

**Die Entwicklung der Kaufkraft
des französischen Franken seit dem Ende
des Zweiten Weltkrieges**

Hermann Josef Mohr

1961

DIE ENTWICKLUNG DER KAUFKRAFT DES FRANZÖSISCHEN FRANKEN
SEIT DEM ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität zu München

vorgelegt von
Hermann Josef Mohr

1961

Referent: Professor Dr. Bernhard Pfister

Korreferent: Professor Dr. Hans Kellerer

Tag der mündlichen Prüfung: 19. Juli 1961



V O R W O R T

Das Interesse des Verfassers für die Probleme der französischen Wirtschaft wurde durch eine Praktikantenzeit im Sommer und Herbst 1958 in einem französischen Unternehmen der Metallindustrie in Paris geweckt. Die Kaufkraftveränderungen des Franc in der Nachkriegszeit traten als schwere Belastung für die Geschäftstätigkeit im Laufe der praktischen Arbeit ins Bewußtsein. Die Frage nach dem genauen Ausmaß und den Ursachen der Geldwertschwankungen drängte sich auf.

Der Verfasser dankt Herrn Professor Dr. Bernhard Pfister für die freundliche Bereitschaft, eine Untersuchung über das Problem der Kaufkraft des Geldes und der Ursachen ihrer Veränderung in der Inflation am Beispiel der französischen Nachkriegsinflation als Dissertationsschrift anzunehmen. Herr Professor Dr. Bernhard Pfister unterstützte die Arbeit durch seinen Rat und seine Kritik. Hierfür und für die ständige Bereitschaft zu klärenden Aussprachen dankt der Verfasser Herrn Professor Pfister. Der Dank gilt auch Frau Privatdozent Dr. U. Gruber für mehrere kritische Aussprachen.

Die Durchführung der Arbeit wurde wesentlich durch ein Stipendium der französischen Regierung für das Hochschuljahr 1959/1960 erleichtert. An der Faculté de Droit et des Sciences Economiques der Universität von Paris hatte der Verfasser reichlich Gelegenheit, sich mit den Problemen der französischen Nachkriegsentwicklung vertraut zu machen. An der Faculté half Herr Professor Daniel Villey durch seine liebenswürdige Bereitschaft zur Erörterung der Fragen und Aufgaben der französischen Wirtschaftspolitik wesentlich mit, die Arbeit zu gestalten und voranzuführen. Für die Überlassung von unveröffentlichtem statistischem Material sei auch Herrn Fourgeaud vom Service des Etudes Economiques et Financières vom Finanzministerium gedankt.



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555212_0016

E I N L E I T U N G

Bei Untersuchungen von Kaufkraftschwankungen einer nationalen Währungseinheit beschränken sich die Autoren häufig darauf, die reziproken Werte irgendeines "allgemeinen" Preisniveaus mitzuteilen. Es werden oft weder die Problematik des Begriffs noch die Aussagefähigkeit der verwendeten Preisstatistiken gewürdigt, insbesondere fehlt meist der Hinweis auf den "subjektiven" Charakter der Kaufkraft des Geldes. - Das Studium der theoretischen und praktischen Probleme des Begriffs der Kaufkraft des Geldes und ihrer Messung steht deshalb als gleichberechtigter Hauptteil neben der historischen und theoretischen Erforschung der Veränderungen der Kaufkraft des französischen Franken und ihrer Ursachen. Da jede Zusammenfassung von Preisen zu einem Preisniveau bis zu einem gewissen Grade willkürlich ist, wurde auf die Beobachtung der Verschiebungen des Preisgefüges besonderes Gewicht gelegt. Die Streuung der Preise und ihre Veränderung in der Zeit bereiten die systematische Untersuchung der Ursachen der französischen Nachkriegsinflation im dritten Teil der Arbeit vor.

Dank dem statistischen Material, das der Service des Etudes Economiques et Financières vom Finanzministerium zur Verfügung stellte, ist es gelungen, die Personen- bzw. Gruppenbezogenheit der Kaufkraft des Geldes am französischen Beispiel herauszustellen und in ihrer Auswirkung rechnerisch abzuschätzen. Von dem unhaltbaren Begriff der "allgemeinen Kaufkraft des Geldes" konnte so am Ende des zweiten Teiles auch in der praktischen Berechnung Abstand genommen werden.

Unter den Merkmalen und Ursachen der französischen Nachkriegsinflation, die im dritten Teil besprochen werden, wird die entscheidende Rolle der Kreditpolitik und der Geldversorgung deutlich. Neben den verschiedenen Inflationsursachen und -begleitumständen - insbesondere den psychologischen und soziologischen Kräften - tritt die Hebelstellung der Kreditpolitik hervor. Ohne eine großzügige Geldversorgung wäre die inflationistische Preissteigerung in Frankreich wahrscheinlich nach kürzerer oder längerer Zeit in sich zusammengebrochen.

INHALTSÜBERSICHT

Vorwort	Seite III
Einleitung	V
Gliederung	VII

Erster Teil

Die Probleme des Begriffs und der Messung der "Kaufkraft des Geldes"	1
Erstes Kapitel: Preisniveau und Kaufkraft des Geldes	1
1. Die statistische Konzeption	2
2. Die monetäre Konzeption	4
3. Die Preisindizes nach der Äquivalenzkonzeption	8
4. Die Preisindizes nach der Budgetkonzeption	9
5. Die Budgetindizes als Grenzwerte für die Äquivalenzindizes	9
Zweites Kapitel: Inwieweit sind die praktisch berechneten Budgetindizes im allgemeinen und die französischen im besonderen geeignet, die Veränderung der Kaufkraft der nationalen Währungseinheit zu messen?	13
Erster Abschnitt: Die Verwendung der Preisindizes zur Messung der Kaufkraft des Geldes	13
I. Erstes Hauptproblem der Preisstatistik: Auswahl der Referenzartikel und Beobachtung der Referenzpreise	13
1. Definition der Referenzpreise	13
2. Abgrenzung des Bereichs der Preisstatistik	13
3. Überprüfung der Informationsmittel	14
4. Auswahl der repräsentativen Produkte	15
5. Beobachtungszeitpunkt und Beobachtungsrhythmus	15
6. Das Problem der Qualitätsveränderungen der Produkte	15
II. Zweites Hauptproblem der Preisstatistik: Indexkonstruktion und repräsentativer Charakter der Indizes	17
1. Gewogene und ungewogene Indizes	17
2. Die Bestimmungsgründe des repräsentativen Charakters eines Preisindex	18

Zweiter Abschnitt: Die Preisindizes der amtlichen französischen Statistik	19
I. Die Statistik der Großhandelspreise in Frankreich	19
A. Die Beobachtung der Großhandelspreise	20
1. Die Großhandelsmärkte der Nahrungsmittel	20
2. Die Großhandelsmärkte der Brennstoffe, Energie und industrieller Produkte	21
3. Die Lücken in der Beobachtung der Großhandelspreise	22
B. Die französischen Großhandelspreisindizes während und nach dem Zweiten Weltkrieg	22
1. Der gewogene Index der 135 Artikel (1938 bis 1950)	22
2. Der allgemeine Großhandelspreisindex der 319 Artikel (ab 1949)	23
a) Zweck und Struktur der Großhandelspreisindizes	23
b) Der Anwendungsbereich der Großhandelspreisindizes	23
c) Die Auswahl der Bezugsartikel	24
d) Die Auswahl der Referenzpreise	25
e) Die Berechnungsmethode	25
f) Zusammenfassende Würdigung der französischen Großhandelspreisindizes	27
II. Die Statistik der Einzelhandelspreise in Frankreich	28
A. Beobachtung und Erhebung der Einzelhandelspreise	28
1. Die Beobachtung der Einzelhandelspreise in Paris	28
a) Die Erhebung der Nahrungsmittelpreise	28
b) Die Erhebung der Preise industrieller Produkte	30
c) Die Erhebung öffentlicher Tarife und anderer staatlich fixierter Preise	30
d) Die Erhebung der Mietpreise und der Preise einzelner Dienste	31
2. Die Beobachtung der Einzelhandelspreise in der Provinz	32
B. Die französischen Einzelhandelspreisindizes während und nach dem Zweiten Weltkrieg	32
1. Der Preisindex der 34 Artikel (1914 bis 1950)	32
2. Der Preisindex der 213 Artikel für Paris und Umgebung	33
a) Die Auswahl der Basiselemente "Basisperiode" und "Referenzbudget"	34
b) Auswahl und Gewichtung der Referenzartikel	35

	Seite
c) Die Regeln für die Berechnung des Index	35
d) Die Aussagefähigkeit des Preisindex der 213 Artikel	36
3. Der neue Preisindex der 250 Artikel für Paris und Umgebung	40
4. Der Preisindex der Lebenshaltung in den 17 wichtigen Provinzstädten (1949 = 100)	41
5. Die neuen Einzelhandelspreisindizes für die wichtigen Provinzstädte (1957 = 100)	41
III. Schlußfolgerung über die Aussagefähigkeit der offiziellen französischen Preisindizes nach dem Zweiten Weltkrieg	42
1. Die Qualität der einzelnen Preisindizes	42
2. Die verknüpften Reihen der Preisindizes	44
Drittes Kapitel: Die Messung der Kaufkraft des französischen Franken durch Bezugnahme auf den Goldkurs	46
1. Die Idee der Messung der Kaufkraft des Geldes durch den Preis des Goldes	46
2. Der Begriff der "Kaufkraft des Goldes"	46
3. Die Goldkurse im Regime der nicht-einlösbaren Papierwährungen in Frankreich	47
a) Die offizielle Definition des Franc in Gold	47
b) Der schwarze Markt und der "marché libre" für Gold	48
c) Die Aussagefähigkeit des "freien" Goldpreises	50
Viertes Kapitel: Die Messung der Kaufkraft einer Währung durch Bezugnahme auf die Devisenkurse; die "äußere Kaufkraft" einer Währung	51
1. Die Kurse fremder Valuten in Einheiten der eigenen Währung und die "äußere Kaufkraft" des Geldes	51
2. Eine vorläufige Formulierung des Begriffs der "äußeren Kaufkraft des Geldes"	52
3. Die Neuformulierung des Begriffs der "äußeren Kaufkraft" des Geldes und seine Erweiterung durch die Methoden des direkten Warenkorbvergleichs	54
a) Die Neuformulierung der vorläufigen Definition der "äußeren Kaufkraft" des Geldes	54
b) Die modernen Methoden der Kaufkraftparitätenberechnung	55
c) Insbesondere die Methode des gekreuzten Warenkorbvergleichs	56

Fünftes Kapitel: Preisniveau und Preisdispersion; die Notwendigkeit einer synthetischen Untersuchung der Preisentwicklung	59
---	----

1. Zusammenfassende Beurteilung der traditionellen Methoden der Geldwertmessung	59
2. Das "volkswirtschaftliche Preisniveau" und die "allgemeine Kaufkraft des Geldes" - ein "statistischer Zufall"	60
3. Die Preisdispersion als unerläßliche Ergänzung des Studiums der Veränderungen des Preisniveaus	61
a) Die Notwendigkeit der Betrachtung der Preisdispersion	61
b) Die doppelte Aufgabe der Streuungsmaße	61

Zweiter Teil

Die historische Entwicklung der Kaufkraft des französischen Franken seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs	63
--	----

Sechstes Kapitel: Kurzer Rückblick auf die Inflation der Kriegsjahre und Besatzungsjahre	63
--	----

1. Die Preisentwicklung von 1939 bis 1944	63
2. Produktionsentwicklung und Geldumlauf	64
3. Die inflationären Spannungen am Ende des Krieges	64

Siebtens Kapitel: Die erste Inflationsperiode von Ende 1944 bis Ende 1948	65
---	----

I. Der Beginn der Nachkriegsinflation unter der Provisorischen Regierung de Gaulle von August 1944 bis Januar 1946	65
1. Ausmaß und Art der Preisbewegungen	65
a) Änderung des Preisniveaus	65
b) Streuung der Preise	66
2. Die Wirtschaftspolitik der Provisorischen Regierung, insbesondere auf dem Gebiet der Preise und Löhne	68
a) Erste Lohnerhöhungen, Preisblockade und Emission der "emprunt de la Libération"	69
b) Der Banknotenumtausch vom 4. Juni 1945 und die Neuordnung der Preise und Löhne	70
3. Die Frage des Außenwerts des Franc und die Neufestsetzung der Wechselkurse	71
4. Eine Abschätzung der Veränderung der inneren und äußeren Kaufkraft des Franc	73

	Seite
II. Im Inflationskarussell der Jahre 1946, 1947 und 1948	73
1. Die Preisbewegung im Jahr 1946, Niveau und Disparitäten	73
2. Die Preisbewegung im Jahr 1947, Niveau und Disparitäten	75
3. Die Preisbewegung im Jahr 1948, Niveau und Disparitäten	77
4. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen im Verlauf der Jahre 1946, 1947 und 1948	79
a) Das Ende der strukturellen Reformen und die auf die Produktionsausweitung ausgerichteten Maßnahmen	79
b) Die Bemühungen um die Stabilisierung der Preise	80
5. Die Veränderungen der äußeren Kaufkraft des Franc und die Abwertungen des Jahres 1948	82
6. Der Kaufkraftverlust des Franc seit 1944 und 1938	83
a) Nach den offiziellen Preisindizes	83
b) Nach der realen Preisentwicklung gemäß den Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	83
Achtes Kapitel: Die erste Zwischeninflationsperiode von der Jahreswende 1948/1949 bis Juli 1950	85
1. Die Entwicklung der Groß- und Einzelhandelspreise	85
2. Die Gewichtsverlagerungen in der Wirtschaftspolitik	86
3. "Kaufkraftäquivalenzen" und Wechselkurse	87
Neuntes Kapitel: Die zweite Inflationsperiode von Juli 1950 bis Januar 1952	91
I. Die "Koreanische Inflation" von Juli 1950 bis Mai 1951	91
1. Die Preisentwicklung	91
2. Untersuchung der Preisveränderungen mit Hilfe des Medians	92
II. Die Inflationsphase des zweiten Halbjahres 1951	94
III. Die Wirtschaftspolitik in den Monaten zwischen dem Juni 1950 und dem Januar 1952	96
Zehntes Kapitel: Die zweite Zwischeninflationsperiode von Januar 1952 bis November 1955	98
I. Die Jahre 1952 und 1953: Leicht sinkendes Preisniveau und Stagnation von Produktion und Investition	98
1. Die Veränderung des allgemeinen und der Gruppenpreiseniveaus	98

	Seite
2. Die Preisstruktur zu Beginn der Stabilitätsperiode	99
3. Die Wirtschaftspolitik in den Jahren 1952 und 1953	99
II. Die Jahre 1954 und 1955; Expansion in der Preisstabilität	102
1. Das allgemeine "Preis- und Produktionsklima"	102
2. Verschiebungen im Preisgefüge	102
3. Die Wirtschaftspolitik in den Jahren 1954 und 1955	103
Elftes Kapitel: Die dritte Inflationsperiode von November 1955 bis Mai 1958	105
I. Die durch Subventionen und Außenhandelsdefizit zurückgestaute Inflation von November 1955 bis Mai 1957	105
1. Das Problem saisonaler Preissteigerungen und der Indexierung der Preise	105
2. Preisentwicklung und Preisstabilisierungsmaßnahmen im Jahr 1956	105
3. Preisentwicklung und Preisstabilisierungsmaßnahmen im ersten Semester 1957	107
II. Die offene Inflation vor und nach der "Opération Vérité" von Mai 1957 bis Mai 1958	107
III. Der wirtschaftspolitische Rahmen der dritten Inflationsperiode	109
Zwölftes Kapitel: Die Übergangsperiode zum ausgeglichenen Wachstum	110
I. Preisentwicklung und Wirtschaftspolitik bis zu den grundlegenden Reformen der "Opération Rueff" von Juni 1958 bis Dezember 1958	110
II. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen vom Dezember 1958 und ihre Folgen für die Preisbewegung	111
1. Die "Opération Rueff"	111
a) Die wirtschaftspolitische Lage kurz vor der Reform	111
b) Die Kernpunkte der Reform	111
2. Die Bewegungen der Preise im Jahr nach der Reform	113
III. Vergleich der Preisniveauentwicklung in Frankreich und bei seinen wichtigsten Handelspartnern seit 1950, zusammenfassende Darstellung	114
IV. Die größenmäßige Entwicklung der Kaufkraft des französischen Franken seit 1938	115

	Seite
Dritter Teil	
Merkmale und Ursachen der französischen Nachkriegsinflation	121
Dreizehntes Kapitel: Wesen und Definition der Inflation	121
1. Die auf die Ursachen ausgerichteten Definitionen der Inflation	121
2. Die auf die Bedingungen des Produktionsprozesses ausgerichteten Definitionen	122
3. Die Definition der Inflation mit Hilfe des Erscheinungsmerkmals "Preissteigerung"	123
Vierzehntes Kapitel: Die strukturellen Schwächen der französischen Wirtschaft	125
I. Die Last der geringen Produktivität der Wirtschaft	125
1. Handel und Produktivität	125
2. Landwirtschaft und Produktivität	127
3. Industrie und Produktivität	127
II. Mängel und Lücken des Konkurrenzmechanismus	128
1. Protektionismus nach innen und außen	129
2. Verzerrungen von Kosten und Preisen	129
III. Steuersystem und Steuerbetrug	130
1. Die Ungleichheiten im Steuersystem	130
2. Ausmaß und Zentren des Steuerbetrugs	131
IV. Das Wohnungsproblem	132
V. Die ungünstige Bevölkerungsstruktur	132
VI. Strukturelle Schwächen und Inflation	133
Fünfzehntes Kapitel: Kreditpolitik und Geldversorgung	135
I. Die Geldmenge und ihre Gegenposten	135
1. Zur Interpretation der Geldmengenstatistiken	135
2. Die Vermehrung der Geldmenge durch Geldschöpfung zu Gunsten von Staat und Wirtschaft	136
3. Übersicht über die Entwicklung der Geldmenge in der Nachkriegszeit	137
II. Politik, Umfang und Formen der Kreditgewährung an Staat und Wirtschaft	139
1. Grundsätze der offiziellen Kreditpolitik	139

	Seite
2. Die Periode der improvisierten Kreditverteilung	140
3. Die Politik der Kreditbegrenzung	141
a) Idee und Form der qualitativen und quantitativen Kreditkontrolle	141
b) Auswirkung auf den Umfang der Kreditgewährung	142
c) Staatsausgaben und Budgetdefizit	144
aa) Laufende und Investitionsausgaben	144
bb) Die Finanzierung der staatlichen Ausgaben und der gesamten Investitionen	144
4. Die Politik der Krediterleichterung und die Rückkehr zur Kreditbeschränkung im Oktober 1951	146
a) Tendenz und Maßnahmen der kreditpolitischen Leitstellen	
b) Die Kreditausweitung in der Preisstabilität	148
5. Geldversorgung und Inflation des Jahres 1951	149
a) Die ungewöhnliche Ausweitung des Kreditvolumens	149
b) Das Zusammenwirken von Kreditversorgung und von strukturellen Schwächen in der französischen Wirtschaft	149
6. Kreditpolitik und Kreditgewährung in der dritten Inflationsperiode	150
a) Die kreditpolitischen Maßnahmen	150
b) Die Entwicklung der Kredite an die Wirtschaft	151
c) Die Forderungen an den Tresor und die Finanzierung des "impasse"	152
III. Die französische Zinspolitik und die Orientierung der Investitionen	153
1. Die Politik des "billigen Geldes"	153
2. Marktorientierte und dem Marktmechanismus entzogene Investitionen	155
Sechzehntes Kapitel: Versuch und Ergebnis der "zurückgestauten Inflation" im Nachkriegsfrankreich	158
I. Idee und Mittel der "Politik der zurückgestauten Inflation"	158
1. Zweck und Merkmale der zurückgestauten Inflation	158
2. Die Bedeutung der Liquidität im System der zurückgestauten Inflation	159
3. Der Streit um den Vorrang fiskalischer Maßnahmen oder direkter Kontrollen	159

	Seite
II. Die Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Optima im System der zurückgestauten Inflation	161
1. Faktorangebot und Faktorkombination	161
a) Das Verhalten des Faktors Arbeit	161
b) Faktoreinsatz im einzelnen Betrieb, in der Branche und in der Industrie	164
2. Die Konsumentenwohlfahrt	165
III. Das Scheitern der Politik der "zurückgestauten Inflation" in der Nachkriegszeit	166
1. Die Ursachen des Mißerfolgs der direkten Kontrollen	166
2. Das Problem der Erfassung und Rationierung der landwirtschaftlichen Produkte	167
3. Die Subventionen im System der zurückgestauten Inflation	168
4. Das Nebeneinander freier und staatlich kontrollierter Wirtschaftsbereiche und die Lenkung der Investitionen	170
Siebzehntes Kapitel: Lohnbewegungen, Preise und Produktion in den drei Nachkriegsinflationsperioden	171
I. Löhne und Preise in der Inflation	171
1. Die "Preis-Lohnspirale"	171
2. Die Lohninflation	172
a) Der Lohn als Kostenfaktor	173
b) Lohnkosteninflation und Geldpolitik	175
c) Der Lohn als Einkommens- und Nachfragefaktor	175
II. Leitlinien der staatlichen Lohnpolitik und Gewerkschaften	177
1. Maßnahmen und System der staatlichen Lohnpolitik	177
2. Die lohnpolitische Haltung der Gewerkschaften	178
III. Lohnbewegungen, Produktion und Preise in den drei Nachkriegsinflationsperioden	180
1. Die erste Inflationsperiode	180
a) Liberation und unmittelbare Nachkriegszeit (1944 - 1946)	180
b) Höhepunkte der ersten Inflationsperiode (1946 - 1948)	182
aa) Die lohnpolitische Bedeutung der Konferenz im Palais Royal	182
bb) Löhne, Preise, Produktion und Konsum von April 1946 bis Dezember 1947	183
2. Das Inflationsjahr 1951	183
3. Das Inflationsjahr 1957	185

	Seite
Achtzehntes Kapitel: Der kumulative Inflationsprozeß in Frankreich	187
1. Die Änderung der Preiserwartungen und die Beschleunigung der Inflationsbewegung	187
a) Auf der Seite des Angebots: Spekulative Vorratsbildung und Änderung der Kalkulationsmethoden	187
b) Auf der Seite der Nachfrage: Preisunelastisches Verhalten von Produzenten und Konsumenten	188
2. Die Indexierung, der institutionelle Mechanismus der Übertragung und Beschleunigung von Preissteigerungen	189
Quellenverzeichnis	192
Lebenslauf	201

ERSTER THEIL

DIE PROBLEME DES BEGRIFFS UND DER MESSUNG DER "KAUFKRAFT DES GELDES"

Erstes Kapitel:

Preisniveau und "Kaufkraft des Geldes"

Zahlreiche Beispiele aus der Wirtschaftsgeschichte verschiedener Länder zeigen, daß zu gewissen Zeiten nicht nur einzelne Preise, sondern "die Preise im allgemeinen" steigen oder sinken. Die Bewohner eines beliebigen nationalen Währungsgebietes stellen in einer bestimmten Zeitspanne beispielsweise die Verdoppelung oder Verdreifachung der meisten Preise fest und schließen daraus auf eine Verdoppelung oder Verdreifachung "des Preisniveaus". Gegenüber der vagen Aussage, daß die Preise "im allgemeinen" stiegen oder sanken, ist es naheliegend, nach einer genauen Maßgröße der Veränderung zu suchen. Die Aufgabe dieser Maßgröße wäre es, die relative Veränderung einer komplexen Gesamtheit von Preisen zwischen zwei Situationen, der Basissituation und der augenblicklichen Situation, in einer einzigen Zahl zu erfassen und auszudrücken. Die Bemühungen der Statistiker und Nationalökonomten richten sich dann meist darauf, einen auf die Basissituation bezogenen Preisindex zu formulieren, der möglichst zahlreiche Warenpreise umfaßt und - wenigstens im Idealfall - das "allgemeine Preisniveau" nach Stand und Veränderung kennzeichnet.¹⁾ "La solution du problème permet de préciser la notion courante de pouvoir d'achat de la monnaie, celui-ci variant en raison inverse de l'indice du niveau général des prix".²⁾ - Wird in der Basis-situation die Gesamtheit der Preise (p_0) und in einer beliebigen späteren Situation die Gesamtheit der Preise (p_1) betrachtet, kann der Preisindex als

1) Carl Snyder spricht von zwei gleichwertigen Methoden, die es ermöglichen sollen, das allgemeine Preisniveau abzuschätzen: die erste benutzt die Verkehrsgleichung und teilt die gesamten Zahlungen durch eine Maßgröße des Handelsvolumens, die zweite geht über die Einzelpreise zur gewogenen Kombination aller verfügbaren Preisserien. - Aus "The Measure of the General Price Level", S. 40, the Review of Economic Statistics, Bd. X, Nr. 1.

2) René Roy, Les divers concepts en matière d'indices, Journal de la Société Statistique de Paris.

der Quotient $\frac{m_1}{m_0}$ der Durchschnitte von (p_1) und (p_0) definiert werden, und die Kaufkraft des Geldes würde sich im umgekehrten Sinn wie der Index $i = \frac{m_1}{m_0}$ verändern. Das Problem ist mit der Definition nicht gelöst, sondern $\frac{m_1}{m_0}$ beginnt erst eigentlich bei der Frage nach der Methode, mit der m_1 und m_0 ermittelt werden. René Roy zählt im Hinblick auf den Geldwertbegriff vier grundlegende Konzeptionen für die Konstruktion von Preisindizes auf: die statistische, die monetäre, die Äquivalenz- und die Budget-Konzeption.¹⁾²⁾ Durch die Darstellung und Kritik der vier Konzeptionen soll versucht werden, den Begriff der "Kaufkraft des Geldes" zu vertiefen und ihn soweit wie möglich in den exakten Bereich der Zahlen einzuführen.

1. Die "statistische" Konzeption

Nehmen wir an, das Verhältnis der Preise irgendeiner Ware in zwei verschiedenen Situationen könne als Schätzwert der Veränderung eines gewissen Parameters zwischen den zu vergleichenden Situationen angesehen werden.³⁾ Der Grundgedanke der statistischen Konzeption ist nun, daß der Parameter die den Veränderungen aller Preise gemeinsame Ursache, nämlich die Veränderung des Geldwertes, anzeige. Seine Schwankungen treten als eine zusätzliche, unabhängige Ursache zu den jedem Produktpreis eigenen Ursachen aus Verschiebungen der Angebots- und Nachfragestruktur hinzu. Für Lucien March muß ein Index, der die Wirkung der "gemeinsamen Tendenz" nachzeichnen soll, unabhängig von den Produktmengen sein, weil schon Änderungen der Mengen bei gleichbleibenden Preisen den Indexwert beeinflussen würden.⁴⁾

Doch warum überhaupt ein Mittelwert und nicht ein einzelnes, beliebiges Preisverhältnis? March antwortet darauf: "La raison est que les changements relatifs des prix aussi que les circonstances qui déterminent ces changements se superposent aux changements imputables à la cause commune. On ne peut éliminer ces éléments parasites qu'en faisant intervenir plusieurs objets, pour qu'il se produise une certaine compensation des troubles apportées à la cause commune ... Den monetären Preisindex berechnen, heißt, die Preise

1) R. Roy, a. a. O.

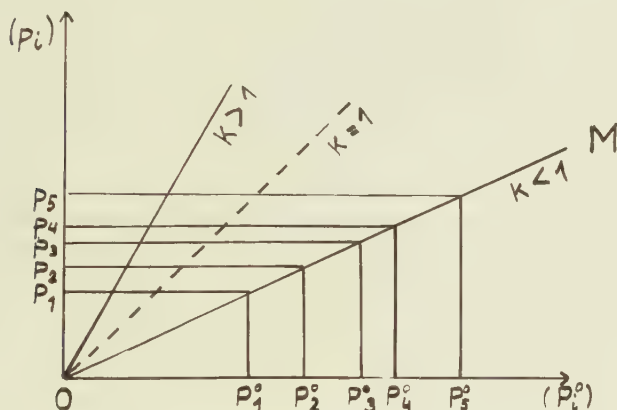
2) In der Einteilung von R. Frisch entspräche die statistische Konzeption seiner "atomistischen" und die Äquivalenzkonzeption seiner "funktionellen".

3) Mouchez Philippe, Les indices de prix, S. 10.

4) Lucien March, Les modes du mesure du mouvement général des prix, Metron, Bd. 1, Nr. 4, Sept. 1921, S. 63.

so zusammenfassen, daß sich die besonderen Ursachen gegenseitig aufheben und allein der Effekt des monetären Faktors übrigbleibt.¹⁾

Da diese Idee bei Untersuchungen von Veränderungen der Kaufkraft einer Währung immer wieder durchklingt, soll sie mathematisch eindeutig formuliert und ihre Unhaltbarkeit bereits an Hand der Formulierung nachgewiesen werden.²⁾



Das Basispreissystem sei (p_0) , das aktuelle Preissystem (p) . Die Preise des Systems (p_0) seien auf der Abszisse, die des Systems (p) auf der Ordinate abgetragen. Würde die monetäre Ursache allein wirken, wären die Systeme (p_0) und (p) proportional und die Punkte (p_i) und (p_i^0) wären die Projektionen von auf der Geraden OM aufgereihten Punkten auf die beiden Achsen. Einer Geraden oberhalb der Winkelhalbierenden entspräche eine allgemeine Preiserhöhung, einer Geraden unterhalb eine allgemeine Preissenkung. Im Fall proportionaler Preisveränderung zeigt die Neigung k von OM die Veränderung der Kaufkraft des Geldes. In der Wirklichkeit überlagern die jedem Preis eigentümlichen Ursachen die allgemeine Ursache, und ein beobachteter Preis unterscheidet sich in der Regel von seinem "theoretischen" Preis $p_i = kp_i^0$.

- 1) Daß die den Geldwert verändernden Faktoren nicht in irgendeiner geheimnisvollen direkten Form, sondern nur über die einzelnen handelnden Wirtschaftssubjekte wirken, führte schon L. v. Mises in "Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel" aus, siehe S. 173.
- 2) Zur Ableitung siehe Mouchez, a. a. O., S. 303, 304.

durch einen die speziellen Ursachen vertretenden Parameter, die zufällige Variable $\sum u_i$.

Der tatsächliche Preis ist $p_i = kp_i^0 + \sum u_i$ ($i = 1, 2, \dots, n$)¹⁾

Die beobachteten Preise werden als das Ergebnis einer Stichprobenauswahl aus der Gesamtheit der zufälligen Variablen angesehen. Sie liegen nur ausnahmsweise auf einer Geraden vom Ursprung. Der Wert jeder zufälligen Variablen $\sum u$ ist der Abstand der beobachteten Preise von der Geraden OM mit der unbekannten Neigung k . - Die Bestimmung von k , d. h. des monetären Index und damit der Kaufkraft des Geldes ist jetzt "nur" noch ein Problem der statistischen Technik, nachdem die Annahmen so gesetzt sind, daß die beobachteten Preise der Gauß'schen Normalverteilung entsprechen oder sich zumindest an sie annähern. Eine der unerläßlichen Bedingungen für die Anwendung des Gauß'schen Gesetzes ist aber die gegenseitige Unabhängigkeit der Elemente. Sich die Warenpreise als gegenseitig unabhängig vorstellen, heißt, gegen eine grundlegende Erkenntnis der Wirtschaftstheorie, die Lehre von der allgemeinen Interdependenz aller Preise, verstoßen. Keynes' Urteil über die statistische Konzeption der Geldwertberechnung als "root- and branch erroneous" trifft genau.

2. Die "monetäre" Konzeption

Die auf der Theorie der zufälligen Fehler beruhende statistische Konzeption bestimmte keine spezielle Indexformel für den praktischen Rechnungsgang. Die verschiedensten Formeln erscheinen als gleich brauchbar. Gegen diese "neutralistische" Haltung wendet sich Divisia mit einer "monetären" Konzeption, mit der Einführung wirtschaftstheoretischer Überlegungen in die Indexkonstruktion. Divisia sieht in seinem "monetären Index" im Gegensatz zu den meisten anderen Indizes nicht lediglich ein statistisches Instrument, dessen Form der jeweils gewünschten Verwendung angepaßt werden kann; "vielmehr dient der monetäre Index als Basis für einen wissenschaftlichen Begriff - den der Kaufkraft des Geldes".²⁾ Die Kaufkraft des Geldes (V) definiert er als den

1) Das Subskript i kennzeichnet sämtliche Produkte vom ersten bis zum n -ten, deren Preise in die Durchschnittsberechnung eingehen; es wird aus drucktechnischen Gründen bei den weiteren Ausführungen weggelassen.

2) Divisia, L'indice monétaire et la théorie de la demande, Revue d'Economie Politique, Juli, Sept., Nov. 1925, S. 856.

reziproken Wert seines monetären Index $V = \frac{1}{I}$. Zu sagen: die Kaufkraft des Geldes ist auf den m-ten Teil gefallen, wenn die Preise um ein m-faches gestiegen sind, ist nichts als eine Tautologie. Divisia glaubt, das neue Element in der Quantitätstheorie zu finden und sieht nur in der Frage ein Problem, ob die Quantitätstheorie ein genaues Gesetz ist; wenn ja, schließt die Theorie eine Definition der Kaufkraft des Geldes ein. Die Antwort auf diese Frage und die Ableitung des monetären Index sucht Divisia auf folgende originelle Weise ¹⁾: In einem Währungsraum werden während einer bestimmten Periode alle Umsätze beobachtet. Die Umsätze erfolgen ausschließlich mit Zeichengeld, z. B. mit Münzen, die alle denselben Nennwert tragen und von denen jede mehrmals nacheinander zu Zahlungen dient. M ist die Gesamtzahl der Geldeinheiten im Umlauf, n die Häufigkeit aller Zahlungsvorgänge.

Der Häufigkeitswert n_i der Umsätze, zu denen die Münze i verwendet wurde, gibt die Umlaufgeschwindigkeit der Münze an. Die durchschnitt-

	Zahlung 1	Zahlung 2	. . .	Zahlung n	Umlaufsge- schwindigkeit jeder Münze
Münze 1	1		. . .	1	n_1
Münze 2	"	1	. . .		n_2
⋮	...	...	. . .	...	...
Münze M	1	1	. . .		n_M
Betrag jeder Zahlung	$P_1 q_1$	$P_2 q_2$	. . .	$P_n q_n$	C

liche Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (der M Münzen) ist

$$V = \frac{n_1 + n_2 + \dots + n_M}{M}.$$

1) Divisia, a. a. O., S. 998 ff.

Jede Zahlung fand anläßlich der Lieferung einer Menge q_1 mit dem Einheitswert p_1 statt. Das Volumen der gesamten Zahlungen ist deshalb $\sum p_1 q_1$.

Die Addition nach Zeilen liefert $n_1 + n_2 \dots + n_M = V \cdot M$, die Addition nach Spalten $p_1 q_1 + p_2 q_2 \dots + p_n q_n = \sum p q$. Da die Summe der Zeilen gleich der Summe der Spalten sein muß, gilt $C = M \cdot V = p_1 q_1 + p_2 q_2 \dots + p_n q_n = \sum p q$. Die linke Seite der Gleichung hat ausschließlich mit monetären Globalgrößen zu tun. Um zu der üblichen Schreibweise $M \cdot V = D \cdot T$ ¹⁾ zu kommen und um auch die rechte Seite in einen globalen Faktor "Preise" und einen anderen Faktor "physisches Austauschvolumen" zu spalten, differenziert Divisia den bereits gefundenen Ausdruck $C = \sum p q$ und ebenfalls den Zielausdruck $C = D \cdot T$ ²⁾. Als Ergebnis der Rechnung erhält er

$$D = \frac{\sum p q^0}{\sum p^0 q^0}$$

Die Übereinstimmung mit einem Preisindex von Laspeyres ist nur formal, denn (1) müssen Basis- und Beobachtungsperiode sehr nahe beieinander liegen, wenn der Ersatz der differenzierten Glieder gestattet sein soll; die zwischen den beiden Perioden ausgetauschten Mengen dürfen sich nicht geändert haben, und die Berechnung des Geldwertes zwischen den Zeitpunkten t_1 und t_n ist nur über eine ganze Reihe von Zwischenperioden t_2, t_3, t_4 usw. möglich, d.h. der monetäre Index von Divisia ist in Wirklichkeit ein Kettenindex, (2) gehen in den Index alle Güter ein, die Anlaß zu Zahlungen waren, End- und Zwischenprodukte und jede Art von Leistungen.

Sehen wir bei der Kritik einmal von den praktischen Schwierigkeiten ab, die bei der Berechnung des Kettenindex mit ständig neuer Gewichtung und dem Einschluß sämtlicher Güter auftauchen, und wenden wir uns unmittelbar der Idee des "monetären Preisindex" zu. Divisia ist heute selbst sein schärfster Kritiker. Im Vorwort zu "Monnaie, change et système monétaire" von A. Sampaio³⁾ schreibt er: "Pour peu que les qualités ne soient pas les mêmes aux deux époques dont on fait la comparaison, la distinction entre indice de prix et indice de quantités se relève évanouissante. Cette "savante distinction" ... est une distinction purement mathématique et dénouée à elle seule, de portée économique".

1) D bedeutet "Preisniveau" und T "Handelsvolumen".

2) Zur Durchführung der Rechnung s. Divisia, a. a. O., S. 998 ff.

3) A. Sampaio, Monnaie, change et système monétaire.

Zum "allgemeinen Preisniveau" gelangt mit Divisia mit dieser Ableitung nicht - ohne Schaden für den Begriff "Kaufkraft des Geldes", wie sich zeigen wird. Der abstrakte Begriff des "allgemeinen Preisniveaus" kann exakt überhaupt nur als Quotient eines Wertindex und eines Volumenindexes definiert werden.

$$\frac{\sum p q}{\sum p^0 q^0} : \frac{\sum q p^0}{\sum q^0 p^0} = \frac{\sum p q}{\sum p^0 q} \quad \begin{array}{l} \text{(Wertindex: Volumenindex nach Laspeyres} \\ \text{= Preisindex nach Paasche)} \end{array}$$

$$\frac{\sum p q}{\sum p^0 q^0} : \frac{\sum q p}{\sum q^0 p} = \frac{\sum p q^0}{\sum p^0 q^0} \quad \begin{array}{l} \text{(Wertindex: Volumenindex nach Paasche} \\ \text{= Preisindex nach Laspeyres)} \end{array}$$

Die Annahme wäre jedoch voreilig, daß das mit den Größen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾ bestimmte "allgemeine Preisniveau" die Antwort auf die Frage nach der allgemeinen, objektiven, "volkswirtschaftlichen Kaufkraft des Geldes" einschließt. Jetzt zeigt sich, daß Preisniveau ein umfassenderer Begriff ist als Kaufkraft des Geldes.²⁾ Die - in der Praxis näherungsweise - geglückte Lösung des Problems des allgemeinen Preisniveaus ist nicht gleichbedeutend mit der Lösung des Problems der allgemeinen Kaufkraft des Geldes.

Was bedeutet denn eigentlich "Kaufkraft des Geldes"? Es ist die Menge an Gütern und Diensten, die "man" für eine Geldeinheit kaufen kann.³⁾ Der Begriff der Kaufkraft des Geldes, des Geldwertes, muß daher auf bestimmte Wirtschaftssubjekte ausgerichtet sein. "Der Geldwert drückt eine bestimmte Fragestellung aus, mit der man das Preisniveau untersucht, die Frage nach dem Realeinkommen, der Kaufkraft des Einkommens. Es gibt keine Kaufkraft des Geldes schlechthin, keinen absoluten Geldwert, sondern nur einen Geldwert für bestimmte Personen. Deswegen kann es als Maß für die Kaufkraft ein allgemeines Preisniveau nicht geben".⁴⁾ - Denselben Gedanken spricht Haberer aus: "Ein volkswirtschaftliches Preisniveau, eine volkswirtschaftliche Kaufkraft, einen objektiven überpersönlichen Tauschwert des Geldes gibt es nicht.

1) Die Schwächen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung insbesondere bei der Volumenberechnung von Diensten seien nicht übersehen.

2) Prof. E. Preiser, Der Begriff des Preisniveaus und das Problem der Kaufkraftstabilisierung, in "Bildung und Verteilung des Volkseinkommens" S. 310.

3) Prof. E. Preiser, a. a. O., S. 310.

4) Prof. E. Preiser, a. a. O.

Da es am einheitlichen Objekt für die Messung fehlt, ist es verlorene Liebeshmüh, den volkswirtschaftlichen Geldwert genau messen zu wollen".¹⁾

3. Die Preisindizes nach der "Äquivalenzkonzeption"

Die Indexkonstruktion gemäß der Äquivalenzkonzeption führt die Auflösung des einheitlichen Geldwertbegriffs zum Extrem. Zu jedem Wirtschaftssubjekt mit seinen persönlichen Nutzenempfindungen gehört ein ganz bestimmter Preisindex. Der "wahre Preisindex der Lebenshaltung"²⁾ sagt uns, wie sich das Nominaleinkommen verändern muß, damit ein Wirtschaftssubjekt dauernd denselben Stand der Befriedigung, dasselbe "Ophelimitätsniveau" beibehält. Der wahre Lebenshaltungskostenindex (I) ist definiert durch das Verhältnis zwischen dem Einkommen, das dem Konsumenten in der neuen Preissituation erlaubt, sein ursprüngliches Befriedigungsniveau zu erreichen, und dem ursprünglichen Einkommen.³⁾ - Das Gegenstück zu I ist der "reziproke Index des wahren Lebenshaltungskostenindex" J. J ist das Verhältnis des augenblicklichen Einkommens des Konsumenten zu dem Einkommen, das ihm in der ursprünglichen Preissituation erlaubt hätte, sein augenblickliches Befriedigungsniveau einzunehmen.

In der Basisperiode wird das Nominaleinkommen μ^0 für das Optimalbudget $\sum p^0 q^0$ ausgegeben. $\mu^0 = \sum p^0 q^0$. Der Konsument befindet sich auf einem bestimmten Punkt der Expansionslinie im Indifferenzkurvensystem.⁴⁾ Dem Optimalbudget der Basisperiode entspricht das Preissystem

$$(p_1^0, p_2^0, p_3^0 \dots p_n^0) \text{ oder } (p^0)$$

mit den Mengen

$$(q_1^0, q_2^0, q_3^0 \dots q_n^0) \text{ oder } (q^0)$$

Damit der Konsument bei dem neuen Preissystem

$$(p_1, p_2, p_3 \dots p_n) \text{ oder } (p)$$

auf der alten Indifferenzkurve verbleiben kann,

benötigt er ein neues Einkommen, μ' , das für das optimale Budget

$$(q_1', q_2', q_3', \dots q_n') \text{ oder } (q')$$

verwendet wird, das dem alten Budget (q^0) ophelimitätsmäßig gleichwertig

1) Gottfried Haberler, Der Sinn der Indexzahlen, S. 98.

2) im folgenden "wahrer Lebenshaltungskostenindex" genannt.

3) Mouchez, a. a. O., S. 41.

4) genaugenommen in einem dreidimensionalen System.

ist, - In Haberlers Ausdrucksweise würde es heißen: das neue "Naturaleinkommen" (q') muß dasselbe "Realeinkommen"¹⁾ sichern wie das alte Naturaleinkommen (q^0).

Das neue Einkommen wird für das neue Optimalbudget ausgegeben:

$$\mu' = \sum p q'$$

Der Preisindex nach der Äquivalenzkonzeption, der "wahre Lebenshaltungskostenindex" ist

$$I = \frac{\mu'}{\mu^0} = \frac{\sum p_0 q'}{\sum p_0 q^0} \quad 2)$$

Die Veränderung der Kaufkraft des Geldes nach der Äquivalenzkonzeption wird dann gemessen durch

$$\frac{1}{I} = \frac{\mu^0}{\mu'}$$

Da das fiktive Budget (q') in der Wirklichkeit nicht beobachtbar ist, können wir den Äquivalenzindex I nicht berechnen, sondern lediglich - unter gewissen Voraussetzungen - Grenzwerte für ihn bestimmen. Dazu dienen die Preisindizes von Laspeyres und Paasche,

4. Die Preisindizes nach der "Budgetkonzeption"

Im Gegensatz zu den Äquivalenzindizes beachten die Budgetindizes nicht das ständig wechselnde Zusammenwirken der Preise und Mengen zu Gunsten einer dritten Größe, der Nutzenstiftung. Die Gütermengen der Basis- bzw. Beobachtungsperiode bleiben vielmehr im Lauf der Rechnung unverändert. Sie dienen dazu, die relative Wichtigkeit der einzelnen Warenpreise zu kennzeichnen. Das Charakteristikum der Budgetindizes ist die Gewichtung der Preisverhältnisse mit dem entsprechenden Umsatz- oder Budgetanteil am Gesamtumsatz oder am Gesamtbudget.

5. Die Budgetindizes als Grenzwerte für die Äquivalenzindizes

Die Basissituation sei definiert durch die Preisgesamtheit (p^0), die Gütergesamtheit (q^0) und das Einkommen $\mu^0 = \sum p^0 q^0$, die Beobachtungs-

1) "Realeinkommen" bei Haberler ist das, "was hinter dem Naturaleinkommen steht" (= psychic income).

2) Der Index definiert die Ophelimität nur für ein ganz bestimmtes Ausgangsniveau!

situation durch (p) , (q) und $\mu = \sum p q$. Die durch die Preis-Mengenkombinationen der Basis- und Beobachtungssituationen fixierten Ophelimitätsniveaus wären nur rein zufällig gleich, wir nehmen an, sie seien verschieden.

Die Bedeutung der Budgetindizes als Grenzwerte der Äquivalenzindizes ist bei einem Vergleich von L und P mit

$$I = \frac{\mu'}{\mu_0} = \frac{\sum p q'}{\sum p_0 q_0} \quad \text{und} \quad J = \frac{\mu}{\mu_0} = \frac{\sum p q}{\sum p_0 q_0}$$

zu erkennen.

a) Vergleich von L und I

Der Konsument verfüge in einer von der Basissituation verschiedenen Lage über das Einkommen $\mu^0 \cdot L$.¹⁾ Dieses Einkommen erlaubt ihm, denselben Warenkorb wie in der Basissituation anzuschaffen.²⁾ Wenn der Konsument das neue Einkommen zum Kauf eines Warenkorbes verwendet, der vom ursprünglichen Warenkorb verschieden ist, drückt er aus, daß ihm der ursprüngliche Warenkorb - der ihm ja weiterhin zugänglich ist - nicht der "nützlichste" ist, den er mit seinem erhöhten Einkommen kaufen kann. Mit dem neuen Einkommen $\mu^0 \cdot L$ verfügt der Konsument so über ein Einkommen, das größer ist als dasjenige, das ihm gerade erlauben würde, sein Ophelimitätsniveau ohne Verbesserung aufrechtzuerhalten. Das letztere Einkommen ist das aus der Definition von I bekannte Einkommen μ' . Die Schlußfolgerung ist daher berechtigt, daß der Preisindex nach Laspeyres größer oder gleich dem wahren Lebenshaltungskostenindex ist, da die Nenner der beiden Indizes gleich sind ($\mu_0 = \mu_0$), und der Zähler von L größer ist als der Zähler von I ($\mu_0 \cdot L > \mu'$).

Damit ist $I \leq L$.

b) Vergleich von P und J

Ausgangspunkt des Vergleichs ist das Ophelimitätsniveau der Beobachtungssituation. In der Basissituation hätte der Konsument bei den früheren Preisen

1) Ein Preisindex nach Laspeyres ist dadurch gekennzeichnet, daß er stets dem Wert des Referenzsystems in den verschiedenen Preissystemen gleich ist. Wenn das Einkommen des Konsumenten nach dem Laspeyres-Index indiziert ist, kann der Konsument zu jedem Zeitpunkt das Basisbudget kaufen und gibt dafür sein ganzes Einkommen aus. $\mu = \mu^0 \cdot L = \sum p q^0$.

2) Es seien alle Güter der Basissituation verfügbar.

denselben Warenkorb beschaffen können wie heute, wenn ihm das Einkommen $\frac{\mu}{P}$ zur Verfügung gestanden wäre. Wir können annehmen, daß der Konsument einen vom Warenkorb (q) verschiedenen Warenkorb erworben hätte, da bei dem alten Preissystem mit dem alten niedrigeren Einkommen andere Warenkörbe eine größere Ophelimität stiften würden, als (q) bei dem früheren Preissystem gestiftet hätte. Der Konsument hätte sich in der Basisperiode mit einem kleineren Einkommen als $\frac{\mu}{P}$ die Befriedigung sichern können, die ihm die Verausgabung des Einkommens μ in der augenblicklichen Situation erbringt. Der Index J, der das Verhältnis des Einkommens μ zu diesem kleineren Einkommen mißt, ist deshalb größer als der Index P.

$$J > P$$

Wir verfügen somit über die beiden, von Haberler und Konus bewiesenen Ungleichheiten

$$L > I \quad \text{und} \quad J > P,$$

aber jede Ungleichheit bestimmt nur eine der beiden Grenzen von I und von J. Es ist naheliegend, den Spezialfall $I = J$ als Hypothese einzuführen; die tatsächliche Basis- und die tatsächliche Beobachtungssituation sind für den Konsumenten gleichwertig. Damit unterscheiden sich auch die fiktiven Situationen nicht mehr von den tatsächlichen Situationen.

In dem uns interessierenden Zeitraum von 1944 bis 1959 sind wir von der Gleichheit $I = J$ weit entfernt. Bestenfalls für die Jahre 1948 bis 1959 ist die Annahme vertretbar, daß die Werte für I und für J nahe genug beieinander liegen, um durch L und P sinnvoll eingegrenzt zu werden. In den Jahren von 1944 bis 1948 fehlt das wesentliche Fundament der Äquivalenzkonzeption: die uneingeschränkte Zugänglichkeit aller den Konsumenten interessierenden Märkte.¹⁾ Auf keinen Fall kann der Übergang vom Individuum zur Volkswirtschaft durch den bloßen Ersatz des Individualbudgets durch den "Gesamtverbrauch" der Volkswirtschaft geschehen. Die Volkswirtschaft als solche konsumiert nicht und produziert nicht. Es ist immerhin vertretbar, die Konsumenten zu sozialen Gruppen zusammenzufassen, wenn innerhalb jeder Gruppe ähnliche Gewohnheiten und Geschmacksrichtungen anzutreffen sind.²⁾ Bei "gegebenen Indifferenzkurven" und gegebener Einkommensverteilung ist es möglich, eine Indifferenzkurve für eine Gesamt-

1) "Wenn der Markt aus irgendeinem Grund nicht allgemein zugänglich ist, ist ein Geldausdruck des Naturaleinkommens eine sinnlose Fiktion, eine nichtssagende Zahlenspielerlei". Haberler, a. a. O., S. 88.

2) R. Roy, a. a. O., S. 191.

heit von Konsumenten zu zeichnen, wie E. J. Mishan darlegt.¹⁾ Wollten wir die Hypothese gegebener Einkommensverteilung während mehrerer Jahre auf die ganze Volkswirtschaft anwenden, begingen wir einen ähnlich schweren Fehler wie die Vertreter der "statistischen Konzeption" mit der Annahme der gegenseitigen Unabhängigkeit der Preise. Innerhalb einzelner sozialer Gruppen ist die Hypothese gegebener Einkommensverteilung und gegebener Indifferenzkurven für eine Reihe von Jahren zulässig.

Die praktischen Informationsbedürfnisse über die Preisentwicklung und die Veränderung der Kaufkraft des Geldes, die durch Individualindizes nie befriedigt werden könnten und mindestens "Milieuindizes" erfordern, zwingen uns also nicht zu theoretisch unhaltbaren Annahmen. Inwieweit die französischen Preisindizes in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg geeignet sind, die Kaufkraft des französischen Franken in ihren Veränderungen zu messen, muß in einer genauen Untersuchung aller Gesichtspunkte geprüft werden, die die Aussagekraft von Preisindizes bestimmen.

1) E. J. Mishan, The principle of compensation reconsidered, Journal of Political Economy, Bd. 60, 1952, S. 321 ff.

Zweites Kapitel:

Inwieweit sind die praktisch berechneten Budgetindizes im allgemeinen und die französischen im besonderen geeignet, die Veränderung der Kaufkraft der nationalen Währungseinheit zu messen?¹⁾

Erster Abschnitt: Die Verwendung der Preisindizes zur Messung der Kaufkraft des Geldes.

Die Aufgaben der Preisstatistik sind (1) die Auswahl und Beobachtung von Preisen und (2) eine Synthese der als Zeitreihen anfallenden Werte. "Les indices de prix donnent une vue simplifiée des mouvements d'ensemble des cours pour les produits et les services de chaque branche importante de l'activité économique. Groupés en indices généraux, ils fournissent un moyen de caractériser la valeur de la monnaie".²⁾

I. Erstes Hauptproblem der Preisstatistik: Auswahl der Referenzartikel und Beobachtung der Referenzpreise

1. Die Definition der Referenzpreise

Am Anfang jeder Preiserhebung steht die Definition der Referenzpreise im Hinblick auf die genauen Qualitäten der ausgetauschten Waren, die technischen Details, die Ausführungsbestimmungen der Verträge, Ort und Zeit der Transaktion, Zahlungsbedingungen usw. Der Statistiker benötigt eine klare Vorstellung von den "Produktions- und Verteilungsmechanismen".

2. Die Abgrenzung des Bereichs der Preisstatistik

Der Bereich der Preisstatistik umfaßt: (a) Die Umsätze der zur Produktion notwendigen Waren, welche Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate betreffen, (b) die Umsätze zwischen den Handelsstufen, (c) die Preise der Dienstleistungen, welche entweder von Produktion und Handel in Anspruch genommen werden (Transport, Versicherungen usw.) oder von den Haushalten bezahlt

1) Für dieses Kapitel sind zahlreiche Punkte aus dem Standardwerk des Französischen Nationalinstituts für Statistik über die Preisstatistik "Les Statistiques de Prix" entnommen.

2) Les Statistiques de Prix, S. 11.

werden (Miete, Arztkosten, Ausbildungskosten).

3. Die Überprüfung und Wertung der Informationsmittel

Die Überprüfung der hauptsächlichsten Informationsmittel gestattet, die tatsächlich erfaßten Gebiete abzugrenzen.

(1) Die von staatlichen und kommunalen Stellen fixierten Preise fallen bei der Durchsicht der behördlichen Veröffentlichungen an. Der Bereich der taxierten Preise variiert sehr mit der wirtschaftlichen und politischen Lage und der allgemeinen Preispolitik. Selbst im Regime einer liberalen Wirtschaftspolitik sind zahlreiche Preise dieser Art (z. B. Gas-, Strom-, Verkehrstarife) anzutreffen.

(2) Die Marktberichte organisierter Märkte liefern eine reichliche Dokumentation und garantieren dank der Kompetenz des Personals eine genaue Beobachtung. Ein Ungenauigkeitsbereich erwächst aus der Art der Ermittlung der Mittelwerte auf diesen Märkten; sie sind nicht das Ergebnis einer exakten Mittelwertberechnung im statistischen Sinn, sondern eher ein "Reflex" des Tagesmarkts gemäß den lokalen Preisbestimmungsgewohnheiten.¹⁾

(3) Einzelne Verwaltungen erhalten im Rahmen ihrer Tätigkeit, z. B. bei der Erhebung des Wertzolls, Kenntnis von einzelnen Preisen. Die Waren sind aber oft nicht mit der für statistische Zwecke nötigen Genauigkeit bezeichnet. Die Angaben der Fachverwaltungen genügen nur bei einfach zu kennzeichnenden landwirtschaftlichen Produkten und industriellen Rohstoffen.

(4) Die direkte Befragung der Geschäftsleute ist die am häufigsten geübte Beobachtungsmethode. Die Kontaktaufnahme mit den korrespondierenden Firmen der Großhandelsstufe zum Zweck der Auswahl von Artikeln, die für die laufende Produktion typisch sind und eine beständige Qualität aufweisen, setzt ein Vertrauensverhältnis zwischen Statistiker und Kaufmann voraus. Sonst erhält der Statistiker überhaupt keine oder tendenziöse Angaben. Periodisch erscheinende Kataloge können die persönliche Kontaktnahme ersetzen, sofern sie nicht zu selten veröffentlicht werden und nicht ausgesprochene Reklameartikel führen.

Konsumartikel, die in Schaufenstern ausgelegt und mit Preisen ausgezeichnet sind, werden direkt beobachtet. Diese Beobachtungsart ist die teuerste,

1) Les Statistiques de Prix, S. 22.

denn sie erfordert ein geschultes Erhebungspersonal mit guten Warenkenntnissen. Sie kommt nur in den wichtigeren Städten in Betracht.

(5) Von Zeit zu Zeit werden Vertreter solcher Personengruppen befragt, die bestimmte Güter benutzen und Dienste in Anspruch nehmen. Die Befragungsergebnisse liefern Vergleichsgrößen zu den anderen Informationsquellen z. B. über Schwarzmarktpreise und die tatsächlichen Kosten von Dienstleistungen.

4. Die Auswahl der repräsentativen Produkte

Aus dem durch die Beobachtung gelieferten Material wählt der Statistiker einen oder mehrere Artikel als repräsentativ für die erfaßten Teilbereiche aus. Welches ist der Referenzartikel, der den untersuchten Markt am besten kennzeichnet? Für Wirtschaftsbereiche mit mannigfaltiger oder häufig wechselnder Erzeugung (chemische Industrie) ist eine größere Zahl von Referenzartikeln angebracht als für Branchen mit gleichmäßigeren Preisbewegungen (Getreide-, Rohstoffmärkte). Der Statistiker gibt natürlicherweise den Produkten mit einfachen und beständigen Merkmalen den Vorzug. Durchschnittspreise, die aus der Division einer Umsatzgröße durch eine Volumengröße ermittelt wurden, spiegeln die Wirkungen von Änderungen von Preisen und der Güterzusammensetzung wieder und sind deshalb von geringerem Interesse.

5. Beobachtungszeitpunkt und Beobachtungsrhythmus

Beobachtungszeitpunkt und Beobachtungsrhythmus beeinflussen ebenfalls die Qualität der Statistiken. Zum Wochen- oder zum Monatsende hin wird der Verlauf mancher Märkte bei Räumungs- oder Liquiditätsverkäufen unstabil. Der Wochenbeginn oder die Wochenmitte sind dann vorteilhafte Beobachtungspunkte. Dagegen brauchen Mieten, Transporttarife, Brotpreise nur einmal während eines längeren Zeitraumes ermittelt zu werden.

6. Das Problem der Qualitätsveränderungen der Produkte

Die Qualitätsveränderungen der Produkte belasten die Aussagekraft der Preisindizes mit einem schwierigen Problem. Die Umstellungen in der Produktion und im Handel, der Geschmackswandel des Publikums und die Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung stören die bislang geführten Preisreihen. Der Ersatz veralteter Artikel erhält eine um so größere Bedeutung, je mehr sich der Be-

obachtungsbereich ausdehnt und je länger die verfügbaren Preisreihen werden. Die neueren Arbeiten von Merville, Hofsten und der UNO geben die genauen Regeln für die Verknüpfung von aufeinanderfolgenden Reihen von nicht-identischen Transaktionen. Hier sollen nur solche Ursachen einer Unterbrechung von Zeitreihen festgehalten werden, die in einer Veränderung der physischen Merkmale der Waren als Folge von Änderungen der Produktionstechnik beruhen.

(1) Der erste Fall, wo der technische Fortschritt den Gestehtungspreis einer Ware ohne Veränderung ihrer Merkmale senkt, schafft der Preisbeobachtung keine Schwierigkeiten. Die Aufmerksamkeit ist lediglich auf die tatsächliche Unverändertheit der Produkte zu richten.

(2) Die Veränderung der Qualität eines Produkts unterbricht die laufende Preisreihe. Die Kontinuität der Preisreihe wird dadurch erhalten, daß eine neue Reihe mit Hilfe eines Verknüpfungskoeffizienten¹⁾ an die unterbrochene angefügt wird. Bei der Bestimmung dieses Koeffizienten wird entweder auf die Gleichwertigkeit der funktionellen Eigenschaften der Produkte, der Produktionskosten oder der Befriedigung der Verbraucher abgestellt.

Die Methode, den Verknüpfungskoeffizienten nach den Unterschieden der Produktionskosten des alten und des neuen Produkts zu bestimmen, ist nur zulässig, wenn der Übergang vom alten zum neuen Produkt nicht Anlaß und Möglichkeit zu produktivitätserhöhenden Methoden bot.

Der Gesichtspunkt gleicher Befriedigung des Konsumenten als Verknüppungsprinzip entspricht wirtschaftstheoretischen Überlegungen. Da er auf rein qualitative Erwägungen beschränkt bleibt, ist er ohne große praktische Bedeutung.

Der unpersönliche Rahmen der Rechnung, den die Formeln von Laspeyres und Paasche scheinbar bieten, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Problem der Reihenverknüpfung subjektive Bewertungen in die Rechnung einführt. "Nous retiendrons que le problème des raccords oblige à prendre en compte sous une forme détournée la satisfaction résultant de l'acquisition d'un bien".²⁾

1) Der Verknüpfungskoeffizient ist eine Verhältniszahl, die man erhält, indem man im einheitlichen Zeitpunkt t den Indexwert der alten Reihe zum Indexwert der neuen Reihe (meist = 100 genommen) in Beziehung setzt.

2) Mouchez, a. a. O., S. 214.

Wenn die Qualität eines Produktes wenig scharf definiert ist, stellt die Kontinuität der Beobachtung keine besonderen Probleme. Dafür täuscht die Preisreihe bei Qualitätsveränderungen leicht eine Hausse oder Baisse vor. Bei sehr scharfer Definition wird die Reihe auch anlässlich unwesentlicher Änderungen in der Darbietung des Produkts häufig unterbrochen.

(3) Das Auftreten neuer Produkte auf dem Markt - die andere Form des technischen Fortschritts - gibt dem Preisstatistiker neue Probleme zur Lösung auf. Sollen die Preisreihen die Veränderungen der wirtschaftlichen Wirklichkeit weiterhin zutreffend kennzeichnen, darf der Statistiker nicht objekte vergleichen, deren Nutzen nicht vergleichbar ist.

Zahlreiche neue Produkte konkurrieren mit den eingeführten Artikeln um die Befriedigung vergleichbarer Bedürfnisse. Der gleichzeitige Verkauf der beiden Produkttypen bietet Ansatzpunkte zur Berechnung von Verknüpfungsverhältnissen. Der Zeitpunkt der Verknüpfung wird so gewählt, daß der Nutzenzuwachs für den Konsumenten hervortritt. Wenn die Konsumenten bereits beim erstmaligen Erscheinen eines Produkts auf dem Markt trotz hoher Einführungspreise den neuen Artikel vorziehen, deutet der höhere Preis eine höhere Nutzenschätzung an. Ein später niedrigerer Preis dank dem Übergang zu Serienproduktion würde den Nutzengewinn verdecken. Die spätere Preissenkung ist lediglich die Folge der vollzogenen Wahl der Konsumenten.

Nicht Substitution, sondern die Neueröffnung von Preisreihen ist beim Auftreten von Produkten angebracht, für die bislang keine Vergleichsartikel angeboten wurden.

II. Zweites Hauptproblem der Preisstatistik: Indeskonstruktion und repräsentativer Charakter der Indizes

1. Gewogene und ungewogene Indizes

Die Beurteilung der Aussagefähigkeit eines Index verlangt eine genaue Kenntnis der Methode seiner Konstruktion und der von ihm erfaßten Bereiche. Die verschiedenen statistischen Mittelwerte ergeben allein oder kombiniert eine große Zahl von Indexformeln. Hier sei lediglich auf die Unterscheidung zwischen ungewogenen, monetären Indizes und gewogenen oder Budgetindizes verwiesen. Die ungewogenen Indizes entsprechen der Idee einer allgemeinen, durch gleiche Einflüsse, zu gleicher Zeit und in gleichem Ausmaß bewirkten Preisbewegung. Der Index ist das Mittel der rela-

tiven Preise einer Anzahl von Produkten. Im gewogenen Index wird die unterschiedliche Bedeutung der einzelnen Artikel durch die Gewichtungskoeffizienten ausgedrückt, mit denen die relativen Preise versehen werden. Der Gewichtungskoeffizient wird - allgemein formuliert - durch das Verhältnis des Wertes eines bestimmten Artikels zum Wert der Gesamtheit der vom Index erfaßten Artikel bestimmt.

2. Die Bestimmungsgründe des repräsentativen Charakters eines Preisindex

Wichtiger als die technischen Probleme der Indexkonstruktion sind für unsere Untersuchung die Bestimmungsgründe des repräsentativen Charakters eines Preisindex. Ausgangspunkt der Überlegung ist, daß jeder der Indizes der offiziellen Preisstatistik nur die Veränderungen einer begrenzten Anzahl von Produkten mißt. Fehlerquellen für die wahre Repräsentation dieser Produkte durch den Index sind bei der Wahl der in den Index eingehenden Artikel, bei der Auswahl der verwandten Formel, bei der größeren oder geringeren Genauigkeit der Gewichtungskoeffizienten und der Preisbeobachtung zu suchen.

(1) Die zum "Warenkorb" zusammengestellten Artikel sollen in ihren eigenen Preisbewegungen die Veränderungen sämtlicher Preise des Sektors messen, den sie vertreten. Das erfordert, daß alle beobachteten Produkte während der ganzen Berechnungszeit des Index gleiche Qualitäts- und Darbietungsmerkmale bewahren.

(2) Der Laspeyres-Index ist so lange gültig, als die Produktions- und Konsumstruktur der Basisperiode sich nicht verändern. Eine Dispersionsbewegung der relativen Preise seit der Basisperiode entwertet im Prinzip den Index nicht - entgegen einer häufig vertretenen Meinung. Veröffentlicht werden zwar nur die Gewichtungskoeffizienten der Basisperiode ($a_0 = \frac{p_0 q_0}{\sum p_0 q_0}$); ihr Wert in einem späteren Zeitpunkt (a_1) berücksichtigt tatsächlich die eingetretene Streuung.

$$a_1 = \frac{p_1 q_0}{\sum p_1 q_0}; \quad \frac{a_1}{a_0} = \frac{p_1}{p_0} \cdot \frac{\sum p_0 \cdot q_0}{\sum p_1 \cdot q_0} = \frac{i}{I}; \quad \text{und} \quad I = \sum a_0 \cdot i$$

$$i = \frac{p_i}{p_0}$$

(i = partieller Index,
I = Gesamtindex)

Allerdings sind Preisdyspersionen ohne Änderungen in der Produktions- und Verbrauchsstruktur, die ihrerseits der Aussagekraft des Index schädlich sind, selten anzutreffen.

Die Tatsache, daß die Produkte, die im Warenkorb zusammengefaßt sind, im Zeitverlauf eben nicht die angenommene Beständigkeit besitzen, beschränkt die Bedeutung des Laspeyres'schen Preisindex auf ein oberes, die des Paasche-Index auf ein unteres Maß der Preisveränderungen.

Wenn deshalb die Abweichung zwischen den Indexwerten nach Paasche und Laspeyres gering ist, liefern die beiden Indizes brauchbare Näherungswerte für den "wahren Index" unter der Voraussetzung, daß die Güterkomplexe in beiden Perioden im wesentlichen gleich sind. Bei der praktischen Beobachtung drängt sich der Eindruck auf, daß sich Produktion und Verbrauch in die Sektoren mit niedrigen partiellen Indizes verlagerten. Der Laspeyres-Index überschätzt die partiellen Indizes mit hohen Werten und ihre Gewichte und zeigt das Preisniveau überhöht an. Mit Hilfe des Paasche-Index kann der Fehlerbereich abgeschätzt werden.

Das Studium der Streuung der Preisreihen hilft, den repräsentativen Charakter der Indizes, den Wert der verschiedenen Indexformeln und ihre Genauigkeit zu beurteilen. "Leur dispersion semble caractériser l'intensité des désordres économiques". 1)

Zweiter Abschnitt: Die Preisindizes der amtlichen französischen Statistik

Die amtliche französische Preisstatistik berechnet seit 1911 einen Großhandels-, seit 1916 einen Einzelhandelsindex und seit dem Ende des zweiten Weltkrieges eine Reihe von Spezialindizes, wie den Index der Großhandelspreise von Baumaterialien, den Index der für die landwirtschaftliche Betriebsführung notwendigen Industriewaren.

I. Die Statistik der Großhandelspreise in Frankreich

Die französischen Statistiker und Nationalökonomten bewiesen seit langem für den Großhandelsindex eine besondere Vorliebe und widmeten sich vorzugsweise seiner Vervollkommnung. 2) Inwieweit erfassen nun die französischen Großhandelspreisindizes die Preisentwicklung auf den Großhandelsmärkten,

1) Les Statistiques de Prix, S. 44.

2) siehe z. B. Albert Aftalion, La théorie quantitative à l'épreuve des faits, Revue d'Economie Politique, Jg. 1926.

und inwieweit sind sie geeignet, die Kaufkraftschwankungen des französischen Franken wiederzugeben?

A. Die Beobachtung der Großhandelspreise

"Le champ des statistiques de prix de gros couvre traditionnellement l'ensemble des transactions effectuées aux divers stades de la commercialisation, à l'exception des ventes directes aux consommateurs qui entrent dans le cadre des statistiques de prix de détail".¹⁾

Die zur Verfügung stehenden Informationsquellen und Auskünfte sind je nach Wirtschaftszweig und Wirtschaftsgruppe von sehr verschiedenem Wert.

1. Die Großhandelsmärkte der Nahrungsmittel

Die Beobachtung umspannt die Umsätze zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben und den die Ernte aufkaufenden Händlern, sowie den Verteilungsweg auf den städtischen Märkten bis hin zum Einzelhändler. Ein System staatlicher Marktordnungsmaßnahmen erfaßt die landwirtschaftlichen Hauptprodukte, wie Getreide, Zuckerrüben, Milch und Wein; beim Getreide geht die staatliche Intervention bis zum Einkaufsmonopol. Zu Gunsten anderer Produkte schafft der Staat durch die Organisation von Handelsbörsen, öffentlichen Märkten und Messen Konkurrenzmärkte. Die Marktberichte besorgen dann das hauptsächliche Informationsmaterial.

Das INSEE (= Institut National de Statistique et des Etudes Economiques) entnimmt regelmäßig aus dem Journal Officiel die Preise von Weizen und Reis, während die Kurse der wichtigsten Sekundärgetreidearten monatlich von Maklern der Pariser Warenbörse mitgeteilt werden. Aus der Vielzahl der Getreideverarbeitungsprodukte werden die Preise von Kleie, Grieß, Mehl und Teigwaren erhoben. Der Ausmahlsatz des Getreides für das Brotmehl ist durch Rechtsverordnung festgelegt. Den Abgabepreis an die Bäckereien in Paris melden die zuständigen Berufsgenossenschaften, ebenso die Preise der Teigwaren. Die Viehpreise aus den Erzeugungsgebieten werden wegen der Verschiedenartigkeit der lokalen Märkte nicht im allgemeinen Großhandelspreisindex festgehalten. Dagegen erlauben die über lebende Rinder in den Schlachtzentren getätigten Umsätze eine offizielle Preisnotierung.

1) Les Statistiques de Prix, S. 63.

Bei den Fischpreisen beschränkt sich das INSEE augenblicklich darauf, einige Preisreihen gemäß den Notierungen in den Halles Centrales auf dem laufenden zu halten. Die Kurse der Halles Centrales steuern auch für Konsummilch (in Flaschen und Kannen), Butter und Käse die einzigen regelmäßigen Preisangaben bei. Den Preis des "vin ordinaire" 9^o von Béziers entnimmt das INSEE den Marktberichten dieses Platzes. Außerdem verfolgt das Statistische Institut eine Preisreihe des Algerischen Weines von 11^o frei Sète und erfährt den Abgabepreis des "vin ordinaire" 10^o (Bercy) vom Großhändler an den Einzelhändler in Paris von der Berufsgenossenschaft. Was die Preise von Früchten und Gemüse betrifft, wertet das INSEE in den Verbrauchszentren lediglich die Angaben von Fachzeitsungen, Marktberichten und Mitteilungen der Halles Centrales aus.¹⁾ Die Preise der übrigen landwirtschaftlichen Güter und ihrer Verarbeitungsprodukte entstammen entweder dem Journal Officiel (Zuckerrüben, kristallinischer Zucker) oder Marktberichten (Eier, Geflügel, Kaninchen) oder schließlich Mitteilungen von Berufsgenossenschaften (Speiseöle, Margarine, Fette).

2. Die Großhandelsmärkte der Brennstoffe, Energie und industriellen Produkte

Die Beobachtung der Preise ist auf diesen Märkten wegen der Vielzahl der Bearbeitungsstufen, der Mannigfaltigkeit der Endprodukte und des stetigen Wandels besonders schwierig. Das Mißtrauen gegenüber der Statistik bei manchen Unternehmern bildet ein ernstes Hindernis für eine ausreichende Information.

Die Beobachtung der Kohlepreise wird durch die offiziellen Preislisten erleichtert, die bis 1953 von der französischen Regierung, danach von der Hohen Behörde verordnet werden. Die Einfuhrpreise für Rohöl (i. o. b. - französische Häfen - werden vom INSEE geschätzt. Die Preise der Verarbeitungsprodukte, die unter staatlicher Kontrolle stehen, sind aus dem Bulletin Officiel des Prix zu erfahren. In Zusammenarbeit mit der "Electricité de France" verfolgt das INSEE die Strompreise für vier "Abnehmer-Typen".

Im metallurgischen Bereich erfährt das Statistische Institut die effektiven Schrottverkaufspreise von Schrotthändlern, die Preise von französischem Aluminium, Nickel und Magnesium aus den amtlichen Veröffentlichungen und die Kurse von Kupfer, Zinn und Blei über die Notierungen der Pariser Warenbörse. Lediglich Maximalpreise stellt das INSEE für etwa 30 Produkte der Eisen- und Stahlindustrie aus einer Auswahl von Preislisten fest. Von den

1) Diese Einschränkung gilt nicht für Kartoffeln und Bohnen.

im Großhandel umgesetzten Fertigprodukten werden nur die Preise von Schienen und Blechen festgehalten.

Eine Reihe von Preisnotierungen wird "ohne Steuer" gemeldet. Das INSEE bemüht sich - trotz der Kompliziertheit der fiskalischen Bestimmungen und der uneinheitlichen Sätze je nach den Käufergruppen -, so oft wie möglich den Preisen "ohne Steuer" Preisreihen "alle Steuern eingeschlossen" gegenüberzustellen.

3. Die Lücken in der Beobachtung der Großhandelspreise

Ein Überblick über die Organisation der Beobachtung der Großhandelspreise deckt mehrere Lücken auf.¹⁾

(1) Die Unterlagen über die landwirtschaftlichen Preise auf der Produktionsstufe sind im allgemeinen ungenau. Die geographische Streuung der Märkte, die mangelhafte Vergleichbarkeit der gegebenen Zeitreihen erschweren die Verbesserung der Preisbeobachtung auf diesem Gebiet.

(2) Im Bereich der industriellen Fertigprodukte und einiger Nahrungsmittel (z. B. Konserven) bereiten die häufigen Produktvariationen der Berechnung homogener Reihen Schwierigkeiten. Voraussetzung für die Ausdehnung und Verbesserung der Statistiken ist hier die bereitwilligere Mitarbeit der Geschäftswelt in der Herausgabe statistischen Basismaterials. In anderen Branchen, in denen die Preise der wichtigen Produkte regelmäßig erhoben werden, sind die Beobachtungspunkte noch zu wenig zahlreich.

B. Die französischen Großhandelspreise während und nach dem zweiten Weltkrieg

1. Der gewogene Index der 135 Artikel (1938 bis 1950)

Die Aussagekraft dieses Indexes ist in zweifacher Hinsicht eingeschränkt, nämlich wegen der geringen Zahl der Referenzartikel und wegen der Vernachlässigung der Schwarzmarktpreise. 23 Nahrungsmittelprodukte und 112 industrielle Produkte, davon 50 Rohstoffe und 62 Halbfertigwaren, sind erfaßt. Kolonialwaren (Kaffee, Kakao, Reis) fehlen wegen der besonders schwierigen Beobachtungsbedingungen, ebenso der Sektor der industriellen Fertigwaren.

1) Les Statistiques de Prix, S. 88.

Mit der Einführung der Preiskontrollen wird das Bulletin Officiel du Service des Prix zur ergiebigsten Materialquelle.

Die Beobachtung der Schwarzmarktpreise erwies sich als so schwierig, daß kontinuierliche Preisreihen nicht aufgestellt werden konnten. Der Index zeichnet also nicht die Entwicklung der Gesamtheit der Großhandelspreise nach, sondern nur die allgemeine Bewegung der reglementierten Preise. Andererseits fördert in den Jahren des Warenmangels ein doppeltes Gewichtungssystem, ausgerichtet auf die Verbrauchsgewohnheiten von 1938 und 1941, die Aussagekraft des Index. Ab 1945 gewinnt der Index mit der abnehmenden Bedeutung der schwarzen Märkte an Repräsentativkraft.

2. Der allgemeine Großhandelspreisindex der 319 Artikel (ab 1949)

a) Zweck und Struktur der Großhandelspreisindizes

Die Großhandelspreisindizes sollen Meßinstrumente für das Studium der Preisbewegungen auf der Gesamtheit der Großhandelsmärkte und in genau abgegrenzten Wirtschaftsbereichen sein. Den Zweck des Generalindexes definiert das INSEE im Bulletin Mensuel de Statistique/Supplément Juli-September 1951, das den neuen Index einführt und erläutert, mit "représenter le mouvement général des prix des marchandises entrant dans le commerce de gros, ou plus précisément ... fournir une mesure de la variation du pouvoir d'achat de la monnaie par rapport à l'ensemble des produits faisant l'objet des transactions en gros".¹⁾ Das INSEE faßt die partiellen Indizes unter zwei verschiedenen Gesichtspunkten zu Gruppenindizes zusammen, einmal nach dem Kriterium der Zugehörigkeit der Produkte zur selben Industrie (Textilwaren, chemische Produkte), zum anderen nach dem Platz, den die Produkte im Wirtschaftskreislauf einnehmen (Importgüter, Ausrüstungsgüter, die von einer beliebigen Industrie im "Einsatz" gebrauchten Güter).

b) Der Anwendungsbereich der Großhandelspreisindizes

Die Prüfung des von den französischen Großhandelspreisindizes umfaßten Bereichs bietet einen ersten Anhaltspunkt, der es erlaubt, die Aussagekraft der Indizes abzuschätzen.

Wenn der Generalindex der Großhandelspreise die Kaufkraft des Geldes in Bezug auf die Gesamtheit der Güter, welche die Großhandelsstufe durchlaufen,

1) Les Statistiques de Prix, S. 25.

messen soll, muß er so umfassend wie möglich sein. Die Preise von Dienstleistungen (Löhne, Transport) sind herkömmlicherweise ausgeschlossen. Es handelt sich deshalb nicht um einen Index der Gesamtheit der Produktionsfaktoren, sondern lediglich um einen Index von Produktpreisen. Abgrenzungsschwierigkeiten zum Einzelhandelspreisindex machen die direkten Verkäufe vom Produzenten an den Konsumenten vor allem bei Ausrüstungsgütern, die unmittelbar an den "Verbraucher" geliefert werden. Der Index muß Referenzartikel aus verschiedenen Umsatzstufen aufnehmen und Produkte, die mehrere Verarbeitungs- und Umsatzphasen durchlaufen, entsprechend oft festhalten.

In der Tat fehlen im französischen Großhandelspreisindex (a) Produkte, deren Anlieferung jahreszeitlich stark schwankt. Das bedeutet die Eliminierung von Fischereierzeugnissen und frischem Obst und Gemüse. Nur die Preisnotierungen von Kartoffeln werden im Generalindex festgehalten. Dagegen mißt ein außerhalb des Generalindex stehender Spezialindex mit monatlich wechselndem Warenkorb die Preisschwankungen von Obst und Gemüse, (b) außer acht bleiben Produkte, für die keine vollständigen Informationen verfügbar sind. Von den landwirtschaftlichen Preisen der Produktionsstufe erscheinen nur die staatlich fixierten und solche, die von den Fachgenossenschaften mitgeteilt werden. Eine kleine Zahl von industriellen Fertigwaren (Reifen, Explosivstoffe, Seife, Fensterglas) geht in den Index ein.

c) Die Auswahl der Bezugsartikel

(1) Theoretische Auswahlgrundsätze. - Da die beobachteten Umsätze immer nur einen kleinen Teil der tatsächlichen Umsätze ausmachen, ist die Auswahl so zu treffen, daß trotz einer verhältnismäßig geringen Zahl von Erhebungen die Korrelation zwischen der Veränderung des realen Preisniveaus der Grundgesamtheit und derjenigen des durchschnittlichen Preisniveaus der Auswahlgesamtheit ausgeprägt ist. Die Auswahl geschieht in Stufen vom Produkt über die "variété" (z. B. Hartguß, Hohlguß) zu den Preisreihen einer kleinen Zahl sorgsam bestimmter Qualitäten ("Blech SM-Stahl, 1,75-1,99 mm"). Ausgehend von komplexen Gütergruppen gelangt man zu genau definierten Artikeln, für die in der Zeit homogene Preisreihen im strengen Sinn verfügbar sind.

Die Kenntnis der gegenwärtigen Marktstruktur hilft in manchen Fällen, die Produkte ausfindig zu machen, die die Preisbewegung bestimmen (produits-pilotes). In den Branchen mit staatlicher Preisfixierung sind die Preisbeziehungen starr und eine hohe Korrelation zwischen den Preisen der Referenzartikel ist institutionell gesichert. Bei substituierbaren Produkten engt die

Konkurrenz die Abweichungen der Preisreihen ein. - Da zwischen den Artikeln desselben Wirtschaftsbereichs im allgemeinen eine Korrelation in der Preisbewegung gegeben ist, genügen 20 bis 30 Artikel für eine befriedigende Darstellung eines Sektors. Ein genauer Generalindex mit etwa 20 Untergruppen benötigt einige hundert Artikel und für jeden Artikel einige Preisreihen. - Wenn diese Grundsätze auch nur Größenordnungen anzeigen, helfen sie doch, den aktuellen französischen Großhandelspreisindex zu beurteilen.

(2) Die dem französischen Großhandelspreisindex eigenen Auswahlmängel. - Die Zahl der Referenzartikel des Generalindex betrug am 1. Juli 1953 370. Kennzeichnend ist die ungleichmäßige Verteilung der Referenzartikel auf die Wirtschaftsbereiche. Die industriellen Fertigprodukte, also der Bereich mit der größten Mannigfaltigkeit in der Produktion, sind sehr vernachlässigt. In anderen Sektoren genügen die wenigen Preisreihen, um die allgemeine Preisbewegung treffend darzustellen (Getreide, industrielle Rohstoffe). Hinzu kommt, daß in Frankreich einige Märkte, wie la Villette und Halles Centrales de Paris, die Preisbildung ihres Bereiches für die ganze Metropole diktieren. Verschiedene von den "marché-pilotes" gemeldeten Kurse sind aber keine statistischen Mittelwerte, sondern "mittlere Tageskurse" - beispielsweise die Preise für lebendes Vieh.

Der Nahrungsmittelbereich ist überwiegend durch die Preise der Großhandelsstufe und die Inlandspreise der importierten Nahrungs- und Genußmittel (Kakao, Rum) repräsentiert. Im industriellen Bereich fehlen neben den meisten Fertigprodukten auch einige Rohprodukte (z. B. Holz am Stamm).

d) Die Auswahl der Referenzpreise

Das INSEE bemüht sich für die Referenzpreise um solche Quellen, die die effektiv verlangten und gezahlten Preise zu liefern garantieren, d. h. um die Notierungen der Warenbörsen, Angaben der Handelszeitungen und Fachverbände. Die Mehrzahl der Preise gilt für den Großraum Paris. Als Preise der importierten Güter werden die des ersten Umsatzes im Inland eingesetzt, zahlreiche Preise gelten "ab Fabrik".

Die indirekten Steuern, die zu den Preisen normalerweise hinzukommen, werden so oft wie möglich erfaßt. Im Jahr 1949 hielt das INSEE für 24 % der Gesamtgewichte Preise "ohne jede Steuer" fest, vornehmlich im Bereich der Nahrungsmittel.

e) Die Berechnungsmethode

Neben den Verfahren zur Auswahl der elementaren Preisreihen bestimmen die

Berechnungsmethoden, die die Preisreihen zusammenfassen, die Aussagekraft des Großhandelspreisindexes.

- (1) Die Basisperiode für die Preise. - Als Basisperiode für die Preise wurde das Jahr 1949 gewählt - es ist das einzige, das in der ersten Nachkriegszeit in Frage kam, da bis 1948 bei einigen Produkten offizielle, schwarze und parallele Märkte nebeneinander bestanden.
- (2) Die Wahl des Mittelwerttyps. - Als Mittelwert für den Großhandelspreisindex dient das gewogene arithmetische Mittel. Es verdankt seine Wahl praktischen Vorzügen, wie der Einfachheit der Rechnung und der einleuchtenden Deutung der Ergebnisse.
- (3) Die Wahl des Gewichtungsprinzips. - Der Charakter des französischen Großhandelspreisindex als Meßinstrument der Preisbewegungen auf der Gesamtheit der Großhandelsmärkte stellt der Festlegung der Gewichte der Referenzartikel ein Problem. Ständen nur Waren einer einzigen Umsatzstufe in der Referenzliste, wären die Gewichtungskoeffizienten dem Anteil des Umsatzes der betreffenden Produkte am Gesamtumsatz proportional. Sobald die Preise aller Umsatzstufen außer der des Einzelhandels in den Index eingehen, müssen einzelne Produkte mehrmals in der Referenzliste geführt werden (Rohwolle, Wollfäden, Webwaren aus Wolle, Wollkleidung). Soll der Gesamtwert oder der Wertzuwachs auf einer bestimmten Produktionsstufe Grundlage der Gewichtung werden?

Im neuen französischen Großhandelspreisindex wurden die Gewichtungskoeffizienten nach dem Gesamtwert der Umsätze eines jeden Produkts ermittelt. Eine Reihe von Verbesserungen suchte die Wirkung der unvermeidlichen "double-~~exemples~~" abzuschwächen und der Tatsache Rechnung zu tragen, daß der Wert des Gesamtumsatzes eines Produkts häufig nicht bekannt ist, und daß der Index die Veränderungen des Produktionswertes auf der Endstufe zeigen soll. Die folgende Methode wurde deshalb angewandt: "Les pondérations globales affectées à chaque secteur et à chaque groupe ont été déterminées d'après la valeur de la production au dernier stade connu des transactions en gros, tandis que celles attribuées à chaque article, à l'intérieur d'un groupe donné ont été définies comme proportionnelles aux valeurs globales des transactions relatives à cet article".¹⁾

Die Gewichte der in den Index eingehenden Artikel entsprechen nicht nur dem Umsatzanteil der Referenzartikel selbst, sondern auch dem Produktions-

1) Les Statistiques de Prix, S. 154.

und Umsatzwert benachbarter, nicht im Index erscheinender Produkte. So wurde z. B. dem "vin ordinaire 9^o Béziers" ein Gewicht zugeteilt, das dem Gesamtwert der Weine der Metropole proportional ist.

(4) Die Bezugsperiode für die Gewichte. - Der Anteil eines Produktes am Gesamtumsatz schwankt mit dem Aufkommen neuer Produkte, mit dem Wechsel der Mode und der Herstellungsverfahren. Der Zeitpunkt der Berechnung der Gewichte beeinflusst deshalb das Indexniveau. Der französische Großhandelspreisindex verwendet die Gewichte der Basisperiode, ist also ein Index nach der Formel von Laspeyres. Die schwierige Berechnung der Gewichte, die genaue Produktions- und Umsatzstatistiken verlangt, braucht nur einmal, eben zur Basisperiode durchgeführt zu werden. Die Auswirkung der Fehlerquelle, die dem Laspeyres-Index infolge der starren Gewichtung innewohnt, wird von Zeit zu Zeit durch die probeweise Berechnung des Paasche-Index überprüft. Im ganzen gesehen bleiben die einer falschen Gewichtung entstehenden Fehler ohne große Bedeutung. Erstens ist die Abweichung zwischen dem wirklichen und dem im Index festgehaltenen Gewicht meist gering, zumindest solange die Bezugsperiode nicht zu weit zurückliegt, zweitens bringt jede Abweichung bei einem Artikel eine entsprechende Abweichung mit umgekehrtem Vorzeichen bei einem anderen.

f) Zusammenfassende Würdigung der französischen Großhandelspreisindizes
Eine einfache und eindeutige Antwort auf die Frage nach der Genauigkeit und Aussagekraft der französischen Großhandelspreisindizes ist nicht möglich. Einige zusammenfassende Bemerkungen über die Stärken und Schwächen, die Lücken und Unvollkommenheiten des Generalindex eignen sich besser zu seiner Würdigung.

Aus den obigen Ausführungen über das Gewichtungsproblem geht hervor, daß die Unvollkommenheiten der Gewichtungskoeffizienten das Niveau der Indizes wahrscheinlich wenig beeinflussen. Befriedigend sind auch die Probleme der Preisbeobachtung gelöst. Die in unmittelbarer Verbindung zu den Märkten stehenden Quellen, die Publizität der notierten Preisreihen und die kritische Prüfung der gemeldeten Preisveränderungen sichern einen hohen Grad von Genauigkeit.

Die Schwächen des Index stehen mit dem zu geringen Auswahlssatz der Referenzartikel in zahlreichen Sektoren in Verbindung. "L'absence d'informations valables dans des domaines importants de la vie économique, le nombre peu important de cotations disponibles en bien des secteurs constituent le principal

défaut des statistiques des prix de gros en France".¹⁾

II. Die Statistik der Einzelhandelspreise in Frankreich

A. Beobachtung und Erhebung der Einzelhandelspreise

Mehrere amtliche Stellen, industrielle Unternehmungen, Unternehmensverband und Gewerkschaften zeichnen die Einzelhandelspreise einer größeren oder kleineren Zahl von Waren auf, um die Realeinkommen bestimmter Bevölkerungsgruppen zu berechnen. Das INSEE ist damit beauftragt, den offiziellen Einzelhandelspreisindex zu erstellen. Das Nationalinstitut nimmt in Paris und in der Provinz die Erhebungen selbst vor. Paris mit Umgebung nimmt in der Organisation der Erhebungen einen bevorrechtigten Platz ein, nachdem die Gesetze über die Kollektivvereinbarungen der "Agglomération Parisienne" die Stellung eines "führenden Bezirks" zuwiesen.²⁾

1. Die Beobachtung der Einzelhandelspreise in Paris

a) Die Erhebung der Nahrungsmittelpreise

Die Feststellung der durchschnittlichen Preise der Waren im Einzelhandel kann auf zwei verschiedene Leitgedanken hin ausgerichtet sein. Erstens kann der Preisvergleich von Produkten angestrebt sein, die in ihren Qualitäten im strengen Sinn in der Zeit vergleichbar sind. Das Messen der absoluten Preisbewegung eines in Quantität und Qualität unveränderten Konsums entspricht der Idee des klassischen Preisindex. Zweitens kann eine Preiserhebung die Durchschnittspreise der zu jedem Zeitpunkt hauptsächlich verkauften Artikel unter Berücksichtigung der verschiedenen am Markt angebotenen Waren wiedergeben wollen.

Auf jede der beiden angeführten Leitideen sind - zumindest in der Konzeption - zwei Typen von Preiserhebungen in Paris und Umgebung abgestellt.

Die erste Erhebung umfaßt eine begrenzte Zahl von Nahrungsmitteln in der Stadt Paris, insbesondere Fleisch und Fisch, Eier, Milchprodukte und Fette, Kartoffeln, Wein und einige Kolonialwaren, dazu Fischkonserven und Bier. Die Preise werden in zwanzig Verkaufspunkten, die auf sechzehn Arrondissements verteilt sind, für jeden Artikel ermittelt. Besucht werden 90 Einzel-

1) Les Statistiques de Prix, S. 170.

2) Das Übergewicht von Paris bei allen Indexberechnungen tritt deutlich zutage.

handelsgeschäfte¹⁾, darunter einige Kaufhäuser, die alle Referenzartikel führen. Bei Änderungen in der Darbietung, die den Ersatz eines Referenzartikels durch einen neuen nahelegen, werden die Verkäufer um Auskunft gebeten.

Die zweite Erhebung ist in der geographischen und produktmäßigen Ausdehnung umfassender als die erste. Sie dehnt sich auf die ganze "Agglomération Parisienne" aus (das gesamte Departement de la Seine und eine Reihe von Kommunen des Departement Seine-et-Oise) und ermittelt die Preise einer großen Zahl von Artikeln, die auf Änderungen der Marktlage im allgemeinen stark reagieren, z. B. Fleisch und Fleischwaren, Geflügel, Fisch, Früchte und frisches Gemüse, Eier, Butter, Käse und Gewürze, insgesamt 70 bis 80 Artikel. Beobachtet werden die kommunalen Lebensmittelmärkte, die dauernd oder nur an einigen Wochentagen abgehalten werden, die "centres alimentaires", d. h. Straßen mit einer großen Zahl von Lebensmittelgeschäften, und Straßenhändler. Bei der Einführung des Index wurden 30 Märkte von Paris, 30 Märkte außerhalb, 30 "centres alimentaires" und etwa 100 sonstige Läden von Paris und Umgebung in die Erhebung einbezogen.

Im Rahmen der Generalanweisung, die im Beobachtungszeitpunkt allgemein gebräuchlichen Qualitäten herauszugreifen, ist das ausführende Personal frei, Luxusprodukte und solche von niedriger Qualität auszusondern und von der Erhebung auszuschließen. Wenn das Ziel der Erhebung der Durchschnittspreis jedes Artikels in den Grenzen der gebilligten Qualitätsunterschiede sein soll, müßten die von jeder Qualität erhobenen Preise genau genommen den zu diesen Kursen umgesetzten Mengen proportional sein. Nach der tatsächlich angewandten Beobachtungsmethode sind sie - wegen der fehlenden Kenntnis der Einzelumsätze - der Zahl der Verkaufsstellen proportional, in denen sie praktiziert werden. "Insgesamt liefert die Erhebung wöchentlich 20.000 bis 25.000 Preisaufzeichnungen, d. h. etwa 300 Preise pro Artikel bei den Früchten und Frischgemüse und 150 bis 200 Preise für die anderen Nahrungsmittel".²⁾ Ein Vergleich der Ergebnisse der beiden Erhebungen offenbart oft Unterschiede in der absoluten Höhe der Preise und in der Preisentwicklung. Die Abweichungen sind zu erklären aus den teilweise unterschiedlichen Qualitäten, der verschiedenen Preisreagibilität und Beobachtungszeit der Produkte.

1) Die Einzelhandelsgeschäfte, in denen regelmäßig Preisbeobachtungen vorgenommen werden, werden als "boutiques-témoins" bezeichnet.

2) Les Statistiques de Prix, S. 94.

b) Die Erhebung der Preise industrieller Produkte

Die große Auswahl unter den industriellen Artikeln, die Schwierigkeiten der Klassifizierung in homogene Gruppen, die häufigen Merkmalsänderungen innerhalb derselben Gruppe erschweren die statistische Beobachtung und beschränken sie auf die dringendsten Bedürfnisse und die unkomplizierten Bereiche. Die Hauptbemühungen des INSEE gelten deshalb solchen Artikeln, die in erster Linie von Haushalten mit niedrigem Einkommen nachgefragt werden.

(1) Die Erhebung der Preise der Artikel des allgemeinen Bedarfs in den Einzelhandelsgeschäften von Paris erfaßt den weiten Bereich von Küchengeräten über Gartengeräte bis zu den Schuhen. Verschiedene und zum Teil widersprüchliche Bedingungen sind der Auswahl der Bezugsartikel gestellt. Sie sollen, um die Kontrolle zu erleichtern, möglichst einfache Merkmale haben und sollen doch die einzelnen Sektoren gut vertreten. Das Ergebnis der Überlegungen und des Abwägens der Bedingungen ist eine Liste von etwa 200 Artikeln, "satisfaisante pour l'étude limitée prévue, mais qui ne saurait être considérée comme valable pour représenter le marché d'ensemble des produits manufacturés".¹⁾ In der Reihe der 64 Referenzgeschäfte finden sich mindestens 10 bis 12, die für jeden einzelnen Artikel Beobachtungsmöglichkeiten bieten.

(2) Die Spezialerhebung der Preise der Küchengeräte ist eine wichtige Ergänzung zur allgemeinen Preisbeobachtung, da nur ein kleiner Teil der Küchengeräte zum "Warenkorb" der Familien mit bescheidenem Einkommen gehört. Die Spezialerhebung verfolgt die Preise von etwa 200 Modellen der wichtigsten Heizungs- und Küchengeräte.

Die Ergebnisse der monatlichen Preiserhebungen in den Einzelhandelsgeschäften von Paris werden jährlich mit dem Preiskatalog eines Versandhauses verglichen und ausgeweitet. Die 1200 Artikel des Katalogs betreffen Eisenwaren, Sport-, Garten-, Haushaltsgeräte usw.

c) Die Erhebung öffentlicher Tarife und anderer staatlich fixierter Preise
Zahlreiche Preise von Waren, die in das Familienbudget eingehen, werden von den Behörden festgesetzt oder genehmigt. Die Preiserhebung ist in diesem Bereich einfach, sie braucht sich nur der offiziellen Preislisten zu bedienen. Zu dieser Gruppe gehören Brennstoffe und Energie, Personenverkehr, Post, Telegraph, Telefon, einige in städtische Regie übernommene Dienste (Per-

1) Les Statistiques de Prix, S. 96.

sonenbeförderung, Wasserzuführung, Bäder, Duschen, Straßenreinigung). Während die Kohlenpreise ab Zeche von staatlichen Stellen, bzw. seit dem Bestehen der Montanunion, von der Hohen Behörde festgesetzt sind, werden die Kohlenpreise "frei Haus" vom Berufsverband der Kohlenhändler festgesetzt und von den städtischen Behörden bestätigt.

d) Die Erhebung der Mietpreise und der Preise einzelner Dienste
Das vielgenannte Gesetz "sur la surface corrigée" vom 1. September 1948 fixiert die Mieten von Wohnungen, die vor diesem Zeitpunkt errichtet wurden, nach bestimmten Wohnungsmerkmalen. Es regelt gleichzeitig die progressive und einheitliche Anhebung der Mietpreise vom 1. Januar 1949 an, bis ein Mietwert erreicht ist, der in einem genau festgelegten Verhältnis zu den Baukosten steht. Wegen der schwierigen Berechnungsweise dieser "wissenschaftlichen" Mieten und wegen der häufigen Streitigkeiten bei der Neuberechnung weichen zahlreiche Mietverträge auf die vom Gesetz gelassene Verlegenheitslösung der Pauschalmieten aus. Es kommt hinzu, daß die Mieten der nach dem 1. September erbauten oder erneuerten Wohnungen frei vereinbart werden, und daß die Nebenausgaben vom Vermieter auf die Mietparteien aufgeschlüsselt werden. - Augenblicklich werden nur Preisreihen für die "wissenschaftliche" Miete einer Wohnung üblicher Ausstattung und durchschnittlicher Ausmaße der städtischen Mieten einschließlich des Wasserverbrauchs und der "hôtels de tourisme homologués" geführt.

In gleichen Zeitabständen werden aus der Zahl der Sozialversicherten, die die Rückerstattung von Arztkosten beantragten, annähernd 100 befragt. Ihre Angaben liegen den Preisreihen der Kosten ärztlicher Behandlung zugrunde.

Die von den Fachverbänden der Schulmischer, Friseure, Wäschereien veröffentlichten Preislisten sind als statistisches Basismaterial nicht zuverlässig genug, da die Mitglieder in den eigenen Preisforderungen zu oft von den Verbandstaxen abweichen. Spezialbeamte des Statistischen Instituts erfragen die wirklichen Ladenpreise in einer unveränderlichen Auswahl von Geschäften. - Schließlich verfolgt das INSEE die Jahresprämie einer Brandversicherung, "welche die üblicherweise gedeckten Risiken garantiert, und deren Kapital sich entsprechend dem Index der Baukosten eines Mietshauses in Großparis verändert". 1)

1) Les Statistiques de Prix, S. 104.

2. Die Beobachtung und Erhebung der Einzelhandelspreise in der Provinz

Von 1911 bis 1950 führte die Statistique Générale vierteljährliche Preiserhebungen von etwa 30 Nahrungsmitteln und einigen weiteren Artikeln in den Städten von mehr als 10.000 Einwohnern durch. Die Angestellten der Stadtverwaltungen waren mit der Preisermittlung beauftragt. Seit 1950 obliegen die Beobachtungen den Regionaldirektionen des INSEE. Die 17 Städte, in denen die Regionaldirektionen ihren Sitz haben und Beobachtungen durchführen, umfassen nur 16 % der städtischen Bevölkerung der Metropole, das Département de la Seine nicht eingerechnet. Von den sechs Städten mit mehr als 200.000 Einwohnern sind fünf, von den 15 zwischen 100.000 und 200.000 sind neun, von den 21 zwischen 50.000 und 100.000 sind nur zwei erfaßt. Die Liste der Referenzartikel der Nahrungsmittel hat einen allen Städten gemeinsamen Teil, der im wesentlichen mit den in Paris beobachteten Artikeln übereinstimmt, und einen variablen Teil, der von den Leitern der Regionaldirektionen auf die Besonderheiten der lokalen Märkte abgestimmt wird.

Der variable Teil der Auswahlliste betrifft vor allem Früchte und Gemüse, Fische, Milchprodukte und Geflügel.

Die von den Regionaldirektionen beobachteten industriellen Artikel sind bis auf wenige Ausnahmen dieselben wie in Paris. Die Bezeichnung der Artikel ist so weit gefaßt, daß jede Regionaldirektion in ihren Beobachtungsgeschäften die gebräuchlichen Qualitäten danach festlegen kann.

Die in der ganzen Metropole einheitlichen Tarife werden von Paris übernommen. Die von den regionalen Verwaltungen und städtischen Behörden genehmigten Tarife sind aus den Stadtanzeigern zu sehen und werden bei Einzelhändlern oder Konzessionären überprüft.

B. Die französischen Einzelhandelspreisindizes während und nach dem zweiten Weltkrieg

1. Der Preisindex der 34 Artikel (1914 bis 1950)

Nach einer Empfehlung der "Commission Centrale d'Etudes relatives au Coût de la Vie" beginnt die Statistique Générale im Jahr 1930, den alten Index der 13 Artikel auf 34 Artikel zu erweitern. Als Gewichtungsbasis für den neuen Index dienen die Berechnungen, die die "Commission Centrale" über das Verbrauchsbudget der Familien durchgeführt hatte. Der neue Index, der die

Preisveränderungen des Warenkorbs einer Arbeiterfamilie von vier Personen mißt, ist das gewogene arithmetische Mittel der partiellen Preisindizes nach der Formel von Laspeyres

$$I = 100 \sum a \frac{p_1}{p_0}.$$

Der Index wird auf der Basis 1914 und seit 1939 auf der Basis 1938 in zwei Serien geführt, nämlich eine für Paris und eine zweite für die Provinzstädte mit mehr als 10.000 Einwohnern.

Weiche Aussagekraft besitzt der Index der 34 Artikel? - Die 29 Nahrungsmittelprodukte vertreten die Lebensmittelausgaben gut, sofern man von Früchten und Frischgemüse absieht. Heizungs- und Beleuchtungsausgaben sind durch vier Artikel ausreichend geltend gemacht, dagegen vernachlässigt der Index Bekleidung und Dienste völlig. Als einziges der Körperpflege- und Reinigungsprodukte ist die Seife in den Index aufgenommen. Von 1939 bis 1945 baut der Index nur auf taxierten und offiziellen Preisen auf.

Neben diesem "allgemeinen" Einzelhandelspreisindex der 34 Artikel berechnet die Statistique Générale von 1940 bis 1949 einen Einzelhandelspreisindex für Früchte und Frischgemüse nach taxierten oder auf den freien Märkten verlangten Preisen. Gewichtung und Basis variieren von einem Monat zum anderen.

2. Der Preisindex der 213 Artikel für Paris und Umgebung

"Ein offizielles und genaues Instrument zur Messung der Kaufkraft des Geldes war kaum je nötiger als in der Periode, die dem zweiten Weltkrieg folgte".¹⁾ Pour mesurer les variations du pouvoir d'achat par rapport aux articles influant sur le coût de la vie familiale ou individuelle, on calcule des indices de prix de détail; chacun de ces indices n'a une valeur représentative que pour un certain genre de vie ... mais en fait les indices officiels des prix de détail en France se réfèrent aux dépenses courantes de la classe largement représentée des salariés de condition modeste".²⁾ Die Verbrauchserhebungen des INSEE seit 1946 liefern die Unterlagen für mehrere neue Einzelhandelspreisindizes für je einen besonderen Sektor der Familienausgaben, die der Verbrauchsstruktur der Nachkriegsausgaben angepaßt sind. Der Zusammenfassung der Einzelindizes zum "indice d'ensemble des prix à la consommation familiale à Paris" gehen im Frühjahr und Herbst 1948 und zu Beginn des Jahres 1950 noch einmal umfassende Verbrauchserhebungen voraus.

1) Les Statistiques de Prix, S. 185.

2) Bulletin Mensuel de Statistique, Supplément Januar 1951, S. 31.

a) Die Auswahl der Basiselemente: Basisperiode und Referenzbudget
Die Wahl der Basisperiode fiel auf das Jahr 1949 als das erste Jahr "relativer Stabilität", in dem die Gesamtheit der Preise keine außergewöhnlichen Bewegungen aufweist. Trotzdem zeigen die Durchschnittspreise auch in diesem Jahr anomale Ausschläge. Die Rationierung mehrerer Nahrungsmittel wird erst im Lauf des Jahres 1949 aufgehoben, einige schwarze Märkte reichen damit noch in das Basisjahr hinein. Auch nach dem Ende der Rationierung bleiben die Preise verschiedener Nahrungsmittel taxiert.

Das Referenzbudget verleiht dem Einzelhandelspreisindex nur Aussagekraft, wenn es die Lebensführung einer in sich gleichartigen Bevölkerungsgruppe kennzeichnet. Es wird nach den drei Gesichtspunkten des Berufs, des Familienstands und des Wohn- oder Arbeitsortes festgelegt. Eine systematische Kombination der drei Kriterien würde homogene Gruppen mit geringer Belegungszahl erbringen. Die Indexberechnung für zahlreiche Zwischengruppen brächte aber nur geringen Nutzen. - Endgültig ausgewählt wurde die Gruppe der Lohnempfänger mit bescheidenem Einkommen; die Lohnempfänger nehmen die Qualifikationsstufen unterhalb des Vorarbeiters oder Buchhalters ein.

Der Haushaltstyp umfaßt vier Personen mit zwei Kindern unter 16 Jahren. Die Bevölkerungsgruppe, die durch diesen Haushaltstyp herausgegriffen wird, macht aber nur 9 % der Gesamtbevölkerung aus. Sie wurde trotzdem ausgewählt, damit die Vergleichbarkeit mit den seit 1914 berechneten Indizes erhalten bleibe.

Die räumliche Basis schließlich ist das Departement "Seine". Die im Herbst 1948 und im Winter 1949-1950 befragten Haushalte wurden durch ein Stichprobenverfahren ausgesucht.

Die beiden grundsätzlich gleichwertigen Methoden zur Ermittlung der Ausgabenzusammensetzung, nämlich die persönliche Befragung der Haushaltsmitglieder oder die Auswertung von Haushaltsbüchern, wurden so kombiniert, daß das Erhebungsverfahren der Häufigkeit der Ausgaben entspricht. Hinsichtlich der täglichen Ausgaben für Lebensmittel, Tabak, Zeitungen usw. erbat das INSEE tägliche vollständige Ausgabenlisten für die Dauer einer Woche. Bei den übrigen Ausgaben befragte ein Beamter des Nationalinstituts die Haushaltsmitglieder.

"Les habitudes de consommation n'évoluant que très lentement au cours du temps, on peut considérer comme très valable les valeurs moyennes obtenues

par ce procédé".¹⁾

b) Auswahl und Gewichtung der Referenzartikel

Die 213 Referenzartikel des "indice d'ensemble des prix à la consommation familiale à Paris" sind das Ergebnis eines Kompromisses aus mehreren schwer zu vereinbarenden Gesichtspunkten, nämlich der Notwendigkeit genauer Bezeichnung von Qualität und Verkaufsbedingungen, dem Erfordernis kontinuierlicher Beobachtungsmöglichkeit, der Auswahl von Referenzartikeln, die geeignet sind, auch die Preisbewegungen der nicht in den Index aufgenommenen Produkte ihrer Gruppe zu vertreten, und schließlich der Begrenzung der Zahl der Referenzartikel im Sinne einer schnellen und billigen Berechnung. Im ganzen überwog der Gesichtspunkt der einfachen Beobachtungsmöglichkeit. Die Folge ist, daß manchmal Produkte einer solchen Qualitätsstufe ausgewählt wurden, die von Haushalten mit bescheidenem Einkommen wohl weniger gefragt werden als geringwertigere Waren.

Die von der Internationalen Konferenz der Arbeitsstatistiker in Montreal im Jahr 1947 aufgestellten Grundsätze geben die Richtlinien für die Bestimmung der Gewichtungskoeffizienten, nämlich daß jeder in den Index eingehende Artikel nicht nur das Gewicht seines eigenen Umsatzes, sondern auch des Umsatzes der übrigen Artikel seiner Gruppe erhält, deren Preisreihen nicht berechnet werden.

Da die Preisentwicklung von Obst und Frischgemüse von einem saisonbereinigten Spezialindex dargestellt wird, berücksichtigt der "indice d'ensemble" nur 92,6 % der Ausgaben der "Indexfamilie".

c) Die Regeln für die Berechnung des Index

Die Regeln für die Berechnung der partiellen Preisreihen, deren gewogenes arithmetisches Mittel die Werte des Gesamtindex erbringt, sind den Bedingungen angepaßt, unter denen die Preise beobachtet werden können. Die verhältnismäßig homogene und stetige Qualität der Lebensmittel erlaubt es, einen Durchschnittspreis für jedes Produkt aus den in sämtlichen zwanzig Verkaufsstellen beobachteten Kursen zu berechnen. Dieser Preis wird auf den Durchschnittspreis des Basisjahres bezogen. Die jedem Nahrungsmittelprodukt zugehörige Preisreihe hat dann die Form

$$i = 100 \frac{\sum p_1}{\sum p_0}.$$

1) Les Statistiques de Prix, S. 190.

Bei unstabilen Befragungsgesamtheiten (ärztliche Beratung) dient der Medianwert der Beobachtungen zur Indexberechnung

$$i = 100 \frac{m_1}{m_0}$$

Die Preisreihen der Industrieartikel sind ungewogene Mittel aus Elementarindizes, die für jedes der Produkte geführt werden, welche in den regelmäßig besuchten Geschäften unter ständiger Beobachtung stehen. Der zum Artikel "Küchenbuffet" gehörende partielle Index, für den 30 Modelle beobachtet werden, hat die Form

$$i = \frac{1}{30} (i_1 + i_2 \dots + i_{30}).$$

d) Die Aussagefähigkeit des Index der 213 Artikel

Eine kritische Zusammenstellung der wichtigsten Eigenschaften des Preisindex der Lebenshaltung erleichtert die Aufgabe, die Aussagekraft dieses so oft angegriffenen Indexes zu beurteilen. Der Index will die Veränderungen der Kaufkraft des Geldes für Personen mit einer ganz bestimmten Lebensführung messen - einer solchen Lebensführung, wie sie in den Jahren 1948 und 1949 bei Arbeiterfamilien mit zwei Kindern, deren Haushaltsvorstand eine bestimmte berufliche Qualifikation besitzt und in Paris und Umgebung wohnt, anzutreffen war.

Der Index basiert auf einem unveränderten Warenkorb und läßt Geschmackswandlungen beim Publikum außer acht. Er berücksichtigt jedoch auf der Basis gleicher Befriedigung des Konsumenten die "Veränderungen, die in der Qualität und in der Aufmachung der dem Publikum angebotener Waren auftreten". 1)

Die Gruppenindizes erreichen nicht alle denselben Grad von Genauigkeit und Aussagekraft. Der Gruppenindex der Nahrungsmittel erfaßt mit seinen 41 Referenzartikeln gut den Nahrungsmittelbereich - abgesehen von Früchten und Frischgemüse. - Die für Heizung und Beleuchtung gehaltenen Artikel vertreten den Sektor in zufriedenstellender Weise. Die von der Preisbeobachtung herrührenden Fehlerquellen sind minimal. - Die beachtliche Zahl von Referenzartikeln der Gruppe industrieller Feingwaren deckt alle Industrien, die den Einzelhandel beliefern.

Beim Gruppenindex "Dienste" befriedigt die ausschließliche Berücksichtigung der sog. wissenschaftlichen Mieten nicht, da ein nicht geringer Teil der Mieten in Paris nach anderen als den im Mietpreisgesetz von 1948 angeführten Methoden berechnet wird. Das INSEE ist jedoch der Ansicht, daß ... "malgré

1) Les Statistiques de Prix, S. 198.

ces quelques lacunes, l'indice des prix des services représente assez bien un secteur qui en raison de son manque d'homogénéité, est difficile à observer".¹⁾

Die Aussage des Gesamtindex der 213 Artikel über die Preisentwicklung baut auf einem ausgewählten Muster von Basiselementen aus dem Jahr 1949 auf, dem Durchschnittsbudget von einigen hundert genau definierten Haushalten, einer Auswahl von etwa 200 aus den 10.000 in Paris und Umgebung ansässigen Geschäften und 6.000 Preisnotierungen.

Die große Sorgfalt, die das INSEE auf die Wahl der Basiselemente aufwandte, engen den Bereich zufälliger Fehler ein, zumal eventuelle Auswahlirrtümer weniger die Preisentwicklung als das Ausgangspreisniveau verfälschen würden. Der Index der 213 Artikel kann in den ersten Jahren nach seiner Einführung als ein befriedigendes Instrument zur Messung der Kaufkraft des Geldes für eine genau abgegrenzte Bevölkerungsgruppe gelten. - Hat der Index in den weiteren Jahren der Veröffentlichung seine Qualitäten eingebüßt?

Der repräsentative Charakter des Index war von Anfang an durch die Publizität gefährdet, die den 213 Artikeln gegeben wurde. Bei der Festsetzung von Preisen sind Produzenten, Händler und staatliche Stellen der Tatsache gegenüber nicht völlig indifferent, daß ein Artikel zu den "213" gehört oder nicht. Die Gewichtungskoeffizienten werden ihrerseits so festgesetzt, daß jeder Artikel, dessen Preis eingeschlossen ist, ein den Konsumausgaben für diesen Artikel und die anderen nicht preiserhobenen Artikel seines Bereichs entsprechendes Gewicht erhält. Sofern nun überhaupt eine Korrelation zwischen den Preisen vermutet werden kann, erwächst bei selektiver Preisfixierung ein systematischer Fehler aus der bewußt herbeigeführten Abweichung zwischen im Index vertretenen und nicht vertretenen Artikeln.

Die Gefahr, daß die Korrelation zwischen den Preisen innerhalb einer Produktgruppe künstlich unterbrochen werden könnte, verdichtete sich nach dem Erlass des Gesetzes vom 18. Juli 1952, das den garantierten Mindestlohn direkt an das Niveau des Index der 213 Artikel knüpfte. - Aber erst im März 1956 kam es zu den ersten selektiven Steuerherabsetzungen und Subventionen.

In der Liste I, die helfen soll, die "Fälschung" des Index nachzuprüfen, sind in der ersten Spalte alle Waren aufgeführt²⁾, deren Umsatzsteuersatz (taxe

1) Les Statistiques de Prix, S. 199

2) Diese Liste ist nicht veröffentlicht, sie wurde dem Verfasser anlässlich einer Unterredung im INSEE von Herrn G. Laurent, Leiter der Abteilung "Preise, Löhne, Sozialerhebungen", freundlicherweise mitgeteilt.

Liste I. Auswirkung und Charakter der Steuerherabsetzungen

Bezeichnung der detaxierten Artikel	Baisse des Index um ... Punkte	Charakter der Maßnahme
Speiseöl	0,50	alle Speiseöle
Schokolade	0,20	nur Blockschokolade <u>S</u>
Teigwaren	0,10	alle Teigwaren
Marmeladen, Gelees	0,10	nicht alle Marmeladen <u>S</u>
kristallisierter Zucker	0,10	alle kristallisierten Z.
Backmehl	0,10	alle Backmehle
Nährmehl	0,05	alle Nährmehle
Essig	0,05	nicht alle Gewürzpro- <u>S</u> dukte, die Essig vertritt
Zichorie	0,05	nicht alle vertretenen Produkte <u>S</u>
Wein	0,45	alle Weinarten
Margarine	0,10	Margarine vertritt keine anderen Artikel
Kino	0,45	alle Kinos
Schweinerücken	?	formell alle Fleischsorten, Aufforderung an die Metzger, Referenzartikel mehr zu senken <u>S</u>

Liste II. Die auf Paris beschränkten Subventionen

Heizgas für die Haushalte	0,48	Gas vertritt keine anderen Heizmaterialien
Milch	0,48	Subventionen für alle Arten von Trinkmilch
Brot (seit dem 25. 2. 1957)	?	gleichzeitige Ausweitung des Beobachtungsbereichs

sur la valeur ajoutée) im März 1956 und Februar 1957 herabgesetzt wurde. Die zweite Spalte nennt die Zahl der Punkte, um die der Gesamtindex durch die jeweilige Steuerherabsetzung gesunken bzw. nicht gestiegen ist. Die dritte Spalte gibt an, ob die Regierungsmaßnahme selektiv ist, d. h. ob sie

nur genau den im Index festgehaltenen Referenzartikel betrifft, ohne die ganze Gruppe, deren Gewichte er mitrepräsentiert, in gleicher Weise im Preise zu senken oder nicht steigen zu lassen. Die selektiven Fälle sind durch den Buchstaben "S" gekennzeichnet.

Die Senkung der TVA (taxe sur la valeur ajoutée) betrifft die ganze Metropole. Die Liste I interessiert deshalb die Preisindizes der Lebenshaltung für Paris und für die Provinz, während die Subventionen nur den Preisindex der Lebenshaltung in Paris berühren. Die Liste I macht deutlich, daß die Maßnahmen der Regierung zur Preisstabilisierung den Index nur über die Referenzartikel Schokolade, Marmelade, Essig, Zichorie und - schwer abschätzbar - bei Schweinerücken verfälschen. Detaxationen und Subventionen sind ja insoweit "indexunschädlich", als sie nicht die Korrelation in der Preisentwicklung der Produkte einer Warengruppe stören. Wenn also sämtliche Preise einer Warengruppe sinken (z. B. bei den Speiseölen oder bei Trinkmilch), oder wenn ein Referenzartikel keine anderen Artikel im Index mit vertritt (Margarine oder Heizgas), registriert der Index tatsächlich eingetretene Preissenkungen.

Das INSEE beziffert bei Schokolade die indextheoretisch nicht gerechtfertigte Baisse auf 0,10 Punkte, bei Marmelade auf 0,08 Punkte. Bei Essig und Zichorie wurden keine Zahlen genannt; die durch diese beiden Artikel eingeführten Fehler können vernachlässigt werden. Bei Schweinerücken wurde den Metzger eine selektive Preissenkung nahegelegt. Es ist kaum möglich, das Ausmaß der beim Verkauf wirksam gewordenen "selektiven Preissenkung" und die entsprechende Baisse des Index zu beziffern. Die "Verfälschung" der Preisindizes der Lebenshaltung durch die Steuersenkungen ist minimal.

Auf den Preisindex der Lebenshaltung in Paris zielen neben den Steuerherabsetzungen auch die Subventionen für Gas, Milch und Brot. Keine einzige Subvention ist im strengen Sinn selektiv. Allerdings nutzt die Regierung bei dem Artikel Milch die Wirkung des starken Gewichtungskoeffizienten aus, der der Milch nach dem Warenkorb von 1949 zukam, und der den Milchverbrauch im Jahr 1956 selbst für die Indexfamilie mit zwei Kindern zu hoch ansetzte.

Einer möglichen Verschlechterung des Index durch die Brotsubventionen kam das INSEE zuvor, indem es zu dem bis dahin einzigen Referenzartikel "pain fantaisie 700 gr" die Preise einiger weiterer Brotsorten erhob und den partiellen Index "Brot" aus mehreren Elementarindizes berechnete.

3. Der neue Preisindex der 250 Artikel für Paris und Umgebung

Die Basisperiode des neuen Einzelhandelspreisindex der 250 Artikel (le nouvel indice d'ensemble des prix de détail des l'agglomération parisienne) ist auf die Zeit vom 1. Juli 1956 bis 30. Juni 1957 gelegt.¹⁾

Der vom Juli 1957 an veröffentlichte Einzelhandelspreisindex der 250 Artikel bedeutet die Rückkehr zu der früheren Unterscheidung zwischen einem Index, der zur statistischen Information oder als Grundlage für Lohnvereinbarungen dient. Ein Gesetz vom 26. Juni 1957 knüpft den garantierten Mindestlohn direkt an einen neuen Spezialindex "der 179 Artikel".

Welches sind die Verbesserungen gegenüber dem Index der 213 Artikel, die geeignet sind, die Aussagefähigkeit des neuen Index zu erweitern und zu verfeinern?

(1) Eine vom INSEE im Jahr 1954 durchgeführte Stichprobenerhebung bei Arbeitnehmerhaushalten aller Größen in Paris und Umgebung erbrachte eine genaue Aufgliederung der Haushaltsausgaben für dieses Jahr.²⁾ Auskünfte aus verschiedenen Quellen halfen bei der Aufteilung der Gewichte auf die Referenzartikel. - Die Haushaltsgröße ist nicht so scharf abgegrenzt wie bisher. So wird verhindert, daß nur 5 % aller Haushalte in Paris und Umgebung (Einzelpersonenhaushalte eingeschlossen) vom Index unmittelbar erfaßt werden.

(2) Das Netz der regelmäßig besuchten Geschäfte wurde wesentlich erweitert. Die Zahl der Beobachtungsstellen pro Artikel wurde verdreifacht und erreicht insgesamt fast 1.300. Die Zahl der Einzelpreisreihen nähert sich 17.000.

(3) In zahlreichen bisher vernachlässigten oder mangelhaft vertretenen Sektoren wurden Referenzartikel neu benannt und vermehrt, z. B. für Nahrungsmittelkonserven, Früchte und Frischgemüse, Wohnungsbau und -renovation, Motorrad und Treibstoff, Spielzeuge usw. Früchte und Frischgemüse sind eingeschlossen.

(4) Der repräsentative Charakter des Index gewinnt insbesondere durch die Vermehrung der Referenzartikel in wichtigen und wenig homogenen Bereichen (Kunstasien, Kunststoffe) und durch die Ausweitung der Definition der Referenzartikel.

1) Siehe dazu Etudes Statistiques Nr. 4 1957 und Supplément Oktober-Dezember 1957 des Bulletin Mensuel de Statistique.

2) Einzelpersonenhaushalte waren von der Erhebung ausgeschlossen.

(5) Wesentlich verbessert wurde die Erhebung der Mietpreise. Während sich der Index der 213 Artikel auf die sog. wissenschaftlichen Mieten beschränkte, enthält der neue Index auch Preisreihen (a) der Pauschalmieten, "die auf den tatsächlichen Mieten vom Juli 1948 fußen und in jedem Semester um 33 % des ursprünglichen Standes erhöht werden", (b) der vor und nach dem 1. September 1948 errichteten mieterbilligten Wohnungen ("Habitations à Loyer Modérés" = HLM), (c) der freien Mieten der neuen Wohnungen.

Nach diesen Verbesserungen unterliegt der Index der 250 Artikel "keinem der Einwände mehr, die gegen seinen Vorgänger vorgebracht wurden".¹⁾

4. Der Preisindex der Lebenshaltung in den 17 wichtigsten Provinzstädten (Basisjahr 1949=100)

Die 17 Regionaldirektionen des INSEE betreiben die systematische Preisbeobachtung in den Städten, in denen sie ihren Sitz haben, und erstellen einen dem Index für Paris entsprechenden Gesamtindex auf der Basis 1949=100. Da genaue Unterlagen über die Zusammensetzung des Warenkorbs der Arbeiterfamilien in der Provinz fehlen, dienen die bei den Referenzhaushalten der Hauptstadt ermittelten Werte zur Gewichtung des Index. Die Artikelauswahl ist grundsätzlich dieselbe wie in Paris. Die Unterschiede in der Verteilung der Gewichte sind sehr gering, und Produkte, die nur für einzelne Gegenden typisch sind (Pferdefleisch, frische Fische) bleiben unbeachtet. Dagegen dürfen die Regionaldirektionen in der Gruppe "Dienstleistungen" die regionalen Verbrauchsgewohnheiten berücksichtigen. Im Ergebnis beträgt die durchschnittliche Zahl der Referenzartikel in den 17 Provinzstädten nur 183 statt 213.

Son intérêt principal réside dans sa large base territoriale qui permet de comparer les évolutions du marché parisien à celui de l'ensemble des autres grandes agglomérations métropolitaines".²⁾

5. Die neuen Einzelhandelspreisindizes für die wichtigsten Provinzstädte (Basisjahr 1957=100)

Die Veröffentlichung des Einzelhandelspreisindexes für die Provinz auf der Basis 1949=100 wurde zu Beginn des Jahres 1956 auf Verlangen der Regierung eingestellt. Das Basismaterial wurde bis Ende 1957 weitergesammelt. - Der neue Einzelhandelspreisindex für die Provinz füllt eine Lücke aus und bringt

1) Etudes et Conjoncture, Juni 1958.

2) Les Statistiques de Prix, S. 205.

einige Verbesserungen. Dem Index ist die Aufgabe gestellt, die Preisveränderungen von Gütern und Diensten zu messen, die in der Provinz von Haushalten von zwei oder mehr Personen gekauft werden. Der Haushaltsvorstand muß Arbeiter oder Angestellter sein und in einer Stadt von mindestens 10.000 Einwohnern leben.

(1) Gegenüber dem früheren Index sind vor allem die Gruppen Früchte und Gemüse, Ausgaben im Hotel und Restaurant, Küchengeräte und Motorfahräder erfaßt. In allen 17 Regionen zählt die Referenzliste etwa 235 Artikel. Die Bezeichnung der Artikel ist dagegen weit genug gefaßt, damit wesentliche Artunterschiede festgehalten werden können.

(2) Während sämtliche Provinzstädte mit mehr als 10.000 Einwohnern zur Ermittlung der regionalen Warenkörbe einbezogen wurden, findet die Preisbeobachtung ausschließlich in den 17 Städten mit Regionaldirektionen des INSEE statt. Nach Meinung des INSEE ist der Extrapolationsfehler gering.

Das INSEE vermeidet es, Einzelheiten der Berechnungsmethoden zu veröffentlichen, um so alle Maßnahmen zu erschweren, die die Korrelation zwischen im Index vertretenen und nicht vertretenen Artikeln künstlich stören könnten.

III. Schlußfolgerung über die Aussagefähigkeit der offiziellen französischen Preisindizes nach dem zweiten Weltkrieg

1. Die Qualität der einzelnen Preisindizes

Die zahlenmäßigen Ergebnisse der Preisstatistik sind immer einer gegenüber der Grundgesamtheit kleinen Auswahlgesamtheit entnommen, sie sind eine Aussage über eine begrenzte Zahl von Umsätzen und die dabei beobachteten Preise. "Die Bezeichnung der Referenzartikel innerhalb jeder Ausgabengruppe ist ein schwieriges Verfahren, von dem der repräsentative Wert des Indexes abhängt".¹⁾ Die Sorgfalt und Genauigkeit, die das INSEE bei der Auswahl der Referenzartikel, -märkte und -geschäfte walten läßt, sichern den Indizes bereits einen hohen Grad von Genauigkeit. Im Idealfall wäre das Beobachtungsnetz das verkleinerte Abbild der Gesamtheit der untersuchten Märkte. - Auf den Märkten der industriellen Zwischenprodukte und Fertigwaren zeigen die französischen Preisindizes - wenigstens in den ersten Jahren nach dem Krieg die weitesten Lücken. "Der Index der 34 Artikel, der in Zeiten relativer Sta-

1) Etudes Statistiques, Nr. 4 1957, S. 92.

bilität ein brauchbares Instrument gewesen sein mag, hat in Perioden starker und divergierender Preisbewegungen schwere Nachteile".¹⁾ Er berücksichtigt weder Früchte und Gemüse noch Mieten und Kleidung, und hat nur fünf industrielle Referenzartikel.

Um das sehr gesunkene Ansehen des Index der 34 Artikel wieder zu heben,²⁾ berechnete das INSEE im Jahre 1949 diesen Index neu auf einer breiteren Basis von 65 Artikeln für 1938 = 1. Der Warenkorb von 1930 wurde beibehalten und mit den Gewichten von 1949 versehen. Die von der Statistique Générale gesammelten Preise und ergänzende Beobachtungen der Commission du Coût de la Vie, sowie die Preisaufzeichnungen der Polizeidirektion des Département "Seine" machten es möglich, das Niveau der Lebenshaltungskosten in Paris für 1949 zu ermitteln.³⁾ Der erweiterte Index der 34 Artikel grenzt als Laspeyres-Index mit dem Warenkorb von 1930 das Preisniveau von 1949 von oben her ein. Die Abgrenzung des "wahren" Preisniveaus nach unten versuchte das INSEE durch die Neuberechnung des im Jahre 1949 eingeführten Indexes der 213 Artikel auf der Basis 1938 = 1. Diese Neuberechnung bestimmt das Preisniveau nach der Indexformel von Paasche für das Jahr 1949. Das geometrische Mittel aus den beiden Indexwerten dürfte das Ausmaß der durchschnittlichen Preissteigerung der Einzelhandelspreise in Paris für eine Arbeiterfamilie mit bescheidenem Einkommen gut messen.

Wie für die Periode 1938-1949 geschildert, versucht das INSEE, dem Problem für 1949-1957 beizukommen, indem es das mittlere Niveau der Einzelhandelspreise im Juli 1957 - verglichen mit dem von 1949 - schätzt. Die Schätzung ist das Ergebnis eines Vergleichs zwischen dem Niveau des Indexes der 213 Artikel im Juli 1957 mit dem Niveau, das der neue Einzelhandelsindex (der 250 Artikel) hätte, wenn er auf der Basis 1949 berechnet würde. Für jede Warengruppe verfügt man über zwei Indizes. Der eine beruht auf den Referenzartikeln des alten Index mit einer Ausgabenstruktur vom Typ 1949, der andere auf den Referenzartikeln und der Ausgabenstruktur des Index der 250 Artikel und des entsprechenden Basisjahres.

Wenn das Niveau 149,1 im Juli 1957, das der Index der 250 Artikel (auf der Basis 1949 = 100) zeigt, die wahrscheinliche Untergrenze des Preisniveaus

1) Jean Romeuf in L'Observation Economique, Juni 1958.

2) Im Juniheft 1958 der Observation Economique ist der Satz zu finden:
"Chacun était d'accord pour considérer que les fameux 34 articles n'avaient aucune valeur technique".

3) Bulletin Mensuel de Statistique, Supplément Januar 1951, S. 35.

für Arbeitnehmerfamilien mit bescheidenem Einkommen bezeichnet, ist die Obergrenze weit weniger gesichert. Das Niveau 150,0 des Index der 213 Artikel im Juli 1957 wurde bereits durch den Einschluß von Früchten und Frischgemüse um 1 % angehoben. Viel schwieriger zu beziffern ist die Korrektur, die im Index für die selektiven Maßnahmen der Regierung anzubringen ist, da die Wirkung der selektiven Maßnahmen und die natürliche Bewegung der Preisdistribution nicht immer klar unterscheidbar sind.¹⁾

Das INSEE versuchte die Korrektur mit Hilfe des Materials, das von der retrospektiven Berechnung des Index der 250 Artikel vorlag. Ohne die Gewichtung der Gruppen und Untergruppen zu ändern, verteilte das INSEE in den Untergruppen die Gewichte auf eine größere Auswahl von Preisreihen. Vor allem wurde der Posten "Früchte und Frischgemüse" hinzugenommen. Der "neue" umfassendere und korrigierte Index der 213 Artikel steht im Juli 1957 bei 153,0, "qui peut,²⁾ semble-t-il, être retenu comme répondant au niveau moyen des prix de détail, suivant la formule de Laspeyres, dans l'agglomération parisienne en juillet 1957, base 100 en 1949".

2. Die verknüpften Reihen der Einzelhandelspreisindizes (les séries composées)

Die nachträgliche Überprüfung, Verbesserung und Erweiterung der Preisindizes wird besonders für die Preisbeobachtung über eine längere Periode wichtig. Der kontinuierliche Index entsteht aus der Verknüpfung der einzelnen Indizes auf der Basis des Verhältnisses der alten und neuen Serien zu einem beiden Indizes gemeinsamen Zeitpunkt. Da alle Indizes nach der Formel von Laspeyres berechnet werden, sind sie in einem längeren Zeitraum kein genaues Maß der Preisbewegung. Durch die Indexverknüpfung wird der systematische Fehler (gleicher Warenkorb in der Zeit), mit dem alle Einzelindizes behaftet sind, addiert. Da er bei allen Einzelindizes in gleicher Richtung wirkt, wird die Preissteigerung im Ergebnis überschätzt. - Durch die Kombination der Formeln von Laspeyres und Paasche erreicht das INSEE in der verknüpften Indexreihe einen hohen Grad von Genauigkeit. Für die kontinuierliche Reihe der Einzelhandelspreisindizes während und nach dem zweiten Weltkrieg stehen zur Verfügung

- (a) der Index der 34 Artikel in Paris plus Mieten und Kleidung (Warenkorb von 1930),
- (b) der Mittelwert des Lebenshaltungskostenindex des Departement "Seine" (Warenkorb 1930) und der Reihe (a),
- (c) der Index der 213 Artikel in Paris (Warenkorb 1949),

1) Etudes Statistiques Nr. 4 1957, S. 121.

2) ebenda.

(d) Mittelwert des Index der 213 Artikel und des Spezialindex "Früchte und Frischgemüse",

(e) Preisindex der 250 Artikel in Paris und Umgebung (Warenkorb 1956/1957).

Diese Indizes werden folgendermaßen verknüpft:

Von 1939 bis 1948 die Reihe (b). Die in 1949 zwischen der Reihe (b) einerseits und dem Durchschnitt der Reihe (b) und der auf der Basis 1938 geführten Reihe (c) andererseits festgestellte Abweichung wurde nachträglich pro rata temporis auf die Jahre 1939 bis 1948 aufgeteilt;

für 1949 der Mittelwert der Reihen (b) und (c) auf der Basis 1938; von 1950 bis 1954 die Reihe (d). Die in 1955 zwischen der Reihe (d) einerseits und dem Durchschnitt aus der Reihe (d) und der auf der Basis 1949 geführten Reihe (e) andererseits festgestellte Abweichung wurde nachträglich pro rata temporis auf die Jahre 1950 bis 1954 aufgeteilt;

1955 bis 1956 der Mittelwert der Reihe (d) (korrigiert durch die Ausweitung des Beobachtungsbereichs) und der auf der Basis 1949 geführten Reihe (e);

ab 1956 die Reihe (e).

Drittes Kapitel:

Die Messung der Kaufkraft des französischen Franken durch die Bezugnahme auf den Goldkurs

1. Die Idee der Messung der Kaufkraft des Geldes durch den Preis des Goldes

Der Warenwert des Goldes und sein Wert als Zahlungsmittel waren im Bewußtsein der Menschen jahrhundertlang ein einheitlicher Begriff. Ein Austauschverhältnis zwischen Währungseinheit und Gold konnte sich erst bilden, als beide Begriffe vorstellungsmäßig nicht mehr in eine Einheit vermengt werden.

"S'étant affranchi de sa subordination à l'égard du métal précieux, l'unité monétaire a pu acquérir une valeur en marchandises en dehors de toute considération de la valeur d'usage du métal".¹⁾ - Das Gold wird zu einer Ware besonderer Art, und, gleich wie die Preisentwicklung der "übrigen Waren" zur Messung der Kaufkraft einer Währungseinheit dient, wird die Preisbewegung des Goldes als Entwertungsmaß empfohlen.

Bei Goldumlaufwährung mit Goldankaufs- und -verkaufspflicht der Notenbank wird die Nachfragekurve auf der Höhe des im Währungsgesetz festgelegten Ankaufskurses unendlich elastisch. Die Zentralbank ist verpflichtet, jede angebotene Menge an Gold aufzukaufen. Der Goldpreis kann nicht unter den Goldankaufspreis sinken und nicht über den oberen Goldpunkt steigen, da hier die Angebotskurve unendlich elastisch wird. Der effektive Goldpreis kann sich deshalb kaum vom legalen, dem aus der Definition der Währungseinheit in Gramm Gold zu berechnenden Kurs entfernen.

Im Regime der Papierwährung wird die Trennung zwischen Geldeinheit und Metall am deutlichsten offenbar. Ein "gesetzlicher Kurs" ist zwar aus der vorausgegangenen Metallwährung überkommen, er ist aber eines guten Teils seines Begriffsinhalts entleert, soweit und da die Pflichten der Notenbank sich auf den Goldankauf beschränken. Der gesetzliche Kurs führt ein Scheindasein, wirkliche Bedeutung hat nur der "effektive Goldkurs".

2. Der Begriff der "Kaufkraft des Goldes"

Was ist denn überhaupt die Kaufkraft des Goldes? - Nichts anderes als die Menge an Gütern und Diensten, die eine bestimmte Menge Goldes zu kaufen vermag. Der Austausch zwischen Gold und Waren vollzieht sich über die Geldein-

1) Albert Aftalion, *L'or et la monnaie*, leur valeur, S. 19.

heit. Die Kaufkraft des Goldes ist deshalb abgeleitet vom Preis einer Gewichtseinheit Goldes in Geldeinheiten (p) und von der Kaufkraft der Geldeinheit in Gütern (v). Die Kaufkraft des Goldes ist dann $p \cdot v$. Da die Kaufkraft des Goldes mit Hilfe der Kaufkraft des Geldes definiert wird, kann sie nicht zur Erklärung der Kaufkraft des Geldes herangezogen werden. "Die Kaufkraft des Goldes und der Geldeinheit waren im System der Goldwährung immer voneinander abhängig. Zuerst hatte die Geldeinheit eine abgeleitete Kaufkraft. Heute ist die Kaufkraft des Goldes nur ein Reflex der Kaufkraft der Geldeinheit".¹⁾ Wenn die Kaufkraft des Goldes ein "Reflex der Kaufkraft des Geldes" ist, ist doch noch nicht gesagt, daß sich beide Größen gleichmäßig verändern müssen. Nehmen wir ein starkes Steigen des Goldpreises bei mäßiger Hausse der Inlandspreise an (p steigt stark, v fällt wenig). Im Ergebnis hat sich die Geldeinheit bezogen auf Gold sehr, bezogen auf die Preise wenig entwertet, während die Kaufkraft des Goldes zugenommen hat. Das Operieren mit dem Begriff "Kaufkraft des Goldes" bringt keine neuen Erkenntnisse und kann deshalb für die weiteren Überlegungen beiseitegelassen werden.

3. Die Goldkurse im Regime der nicht-einlösbaren Papierwährungen in Frankreich

a) Die offizielle Definition des Franc in Gold

"Le 1^{er} octobre 1936, une loi entérine le franc Poincaré et renvoie à plus tard le choix d'une nouvelle définition du franc qui ne devrait être ni inférieure à 43 mgr d'or à 0,900 ni supérieure à 49 mgr d'or à 0,900".²⁾ Durch dieses Gesetz wird die seit dem 23. Juni 1927 wiedereingeführte Goldwährung (als Goldkernwährung) aufgehoben. Ein Dekret vom 30. Juni 1937 beseitigt die Schwankungsgrenzen. Bezüglich einer neuen gesetzlichen Definition des Franc heißt es: "La nouvelle teneur en or du franc, unité monétaire française, sera fixée ultérieurement par un décret en conseil des ministres". Das angekündigte Dekret wurde nie erlassen.³⁾ Der Franc bleibt bei unbegrenzter Schwankungsbreite im Prinzip an das Gold gebunden. Mangels einer gesetzlichen Äquivalenz ("statutairement fixée"⁴⁾) stehen uns zur Ermittlung des offiziellen Goldkurses

1) Aftalion, a. a. O., S. 27.

2) René Sédillot. Du franc Bonaparte au franc de Gaulle, S. 81.

3) Erst das Journal Officiel vom 28. 12. 1958, das die Einführung des Nouveau Franc bekanntmachte, nannte die neue gesetzliche Definition von 200 mgr zu 900/1000 oder 180 mgr Feingold. Die neue Währung trat am 1. 1. 1960 in Umlauf.

4) Pierre Vigreux, Revue d'Economie Politique, September 1948, S. 839.

folgende drei Elemente zur Verfügung:

- der Goldkurs, nach dem der Goldvorrat der Banque de France in der Bilanz bewertet wird,
- der Goldkurs, den die Banque de France bei Goldkäufen für Rechnung des Fonds de Stabilisation des Changes anwendet,
- der vom Fonds de Stabilisation des Changes praktizierte Dollarkurs auf der Basis 1 Unze Feingold = 35 \$.

Nach diesen drei Bewertungsrichtpunkten wurde die offizielle Definition des Franc in Gold seit 1938 mehrmals abgeändert.¹⁾

Datum	Gewicht des Franc in mgr Gold zu 900/1000 f. Feingold		Art der Definition Bilanzkurs: B, \$-Kurs: D
(1914	322,58	290,322)	
12. November 1938	27,5	24,75	B
29. Februar 1940	23,34	21,006	B
2. November 1944	20,72	17,77	D (1 \$ = 50 frs)
26. Dezember 1945	8,29	7,461	B
26. Januar 1948	4,685	4,145	D (1 \$ = 214,392 frs)
28. Oktober 1948	3,746	3,372	D (1 \$ = 263,500 frs)
27. April 1949	3,629	3,266	D (1 \$ = 272,100 frs)
20. September 1949	2,821	2,539	D (1 \$ = 350, --- frs)
16. August 1950	2,800	2,520	B
14. Juli 1958	2,350	2,115	B
27. Dezember 1958	2,000	1,800	B (und neue gesetzliche Definition)
1. Januar 1960	200,--	180,--	Nouveau Franc

b) Der schwarze Markt und der "marché libre" für Gold

Die offiziellen Definitionen des Franc in Gold und die daraus abzuleitenden offiziellen Goldpreise sind wegen ihrer Starrheit über längere Perioden mit ausgeprägten Preisniveauveränderungen wenig geeignet, als Maß für die Kaufkraftschwankungen des französischen Franken zu dienen. - Die Eignung der "schwarzen" und "freien" Goldpreise als Barometer für Kaufkraftveränderungen wird da-

1) R. Sédillot, a. a. O., Annexe I S. 232 und Jacques Cadot, Bulletin de la Statistique Générale de la France, Supplément April-Juni 1949, S. 103.

von abhängen, inwieweit die Goldkurse überwiegend von wirtschaftlichen oder außerwirtschaftlichen Einflüssen bestimmt werden.

Seit der Veröffentlichung des Gesetzes vom 1. Oktober 1936, das die Konvertierbarkeit der Banknoten in Gold aufhob aber den Goldhandel nicht verbot, wurde das Gold mit Prämienaufschlag gehandelt. Während die Banque de France den Napoléon mit 98,50 frs. bewertete, stieg er im Lauf des Jahres 1938 im Kurs bis auf 250 frs. an. Ein Gesetz vom 9. September 1939 verbot auch den Handel mit Gold, eine Verordnung vom 7. Oktober 1944 erneuerte dieses Verbot nach der Liberation. - Das Gold erlangt einen Thesaurierungswert, der seinen offiziellen monetären Wert beträchtlich übersteigt.¹⁾

Das Gold übernimmt gleichsam eine der Funktionen des Geldes, nämlich die des Wertaufbewahrungsmittels, während das Papiergeld als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel weiter die Tauschmittelfunktion ausübt.²⁾

Über Jahre hin deutet die Marktlage auf "beaucoup plus demandeur qu'offreur",³⁾ Die monetäre und politische Instabilität einerseits, die Freiheit der Verwendung der in Gold angelegten Guthaben und die scheinbare Wertsicherung andererseits, lassen die Käufer auch schwindelnde Prämien zahlen. Die Kurse steigen, obwohl das Gold seine Geldfunktion verloren hat und auf die Stufe der Waren herabgesunken ist. "L'or a pris une valeur paramonétaire".⁴⁾

Eine einfache Bekanntmachung des Office de Change⁵⁾ vom 26. Januar 1948 führt einen "marché officiellement libre" für das Gold ein. Goldhandel und Goldtransport sind in der Metropole wieder gestattet. Das Office de Change erkennt an, daß der Franc verschiedene Grundlagen für seinen Wert hat, eine gesetzliche und eine freie. In Wirklichkeit nimmt die Banque de France auf den "offiziell freien" Markt starken Einfluß. Sie "glättet" die Kursbewegungen, indem sie bei Hausse Metall liefert und bei Baisse ankauft. Namentlich 1954 nimmt sie vom Publikum große Mengen Gold herein, da die Privaten sich den Wertpapieren zuzuwenden beginnen.

1) Raymond de Miribel, La double valeur des monnaies en matière de change et ses conséquences théoriques, S. 61.

2) Jacques Cadot, Les marchés de l'or après la deuxième guerre mondiale, S. 181.

3) Raymond de Miribel, a. a. O., S. 73.

4) Herbet, Revue d'Economie Politique, Januar-Februar 1949, S. 45.

5) Journal Officiel vom 26. 1. 1948, Avis Nr. 291, "La détention, le transport et le commerce de l'or sont libres sur le territoire Français".

c) Die Aussagefähigkeit des "freien" Goldpreises

Trotz der Interventionen der Banque de France und obwohl der französische Goldmarkt, wie Jacques Cadot zeigt¹⁾, seit Ende 1949 sich den Bewegungen des internationalen Goldmarktes angleicht, offenbaren die Kursschwankungen auch nach dem 26. Januar 1948 ein deutliches spekulatives Moment. Das Urteil der Statistique Générale über den schwarzen Markt als Wertmesser des Franc gilt deshalb nur wenig gemildert auch für den "offiziell freien Markt".

Die Kursbewegungen vor und nach dem 26. Januar 1948, dem Tag der Wiedereinführung des freien Goldmarktes, unterscheiden sich in den maßgebenden sechs dem Zeitpunkt vorausgehenden und folgenden Jahren nur durch eine schwache Verengung der Amplitude. Bemerkenswert ist der langanhaltende Kursanstieg von 4.000 auf 6.000 an der Jahreswende 1948/1949, während die Einzelhandelspreise von Juli 1948 bis Juli 1949 nur um 12,2% anziehen. Die Kursveränderungen des Napoléon von Juni 1950 bis Juni 1952, einer Periode der Hausse der Einzelhandelspreise um 33,8%, nehmen sich demgegenüber bescheiden aus. Wäre der Goldkurs wenigstens "in großen Linien" als Kaufkraftindikator brauchbar, müßte der Franc 1953 das Kaufkraftniveau von 1950 und von 1944 wiedergefunden haben!

Die Goldpreise haben in der Nachkriegszeit in Frankreich jedoch nicht jede Aussagekraft eingebüßt, sofern man das Augenmerk nicht auf das absolute Niveau, sondern auf die Veränderungen in einzelnen kurzen Zeitabständen richtet.²⁾ "Toutefois, en période d'inflation, les cours de l'or et surtout les cours clandestins reflètent l'état d'esprit des spéculateurs... Les variations des cours sont cependant révélatrices, en général, de l'évolution de la situation monétaire".³⁾ Die Bewegung des Goldkurses erlaubt eine Aussage über den qualitativen Aspekt der Kaufkraft des Franc: Inwieweit hat der Franc gewisse, einer Währung wesenseigene Funktionen verloren oder wiedererlangt? - Die deutliche Baisse des Goldkurses vom Frühjahr 1949 bis zum Sommer 1950 begleitet das Ende der ersten Nachkriegsinflationsperiode. Der Franc ist - vorübergehend - wieder eine vollwertige Währung geworden.

1) J. Cadot, a. a. O., S. 164.

2) Vgl. H. Frankel, The price of gold and the purchasing power of the Pound Sterling, Journal of the Royal Statistical Society, Serie A, Bd. CXVI, Teil I, 1953.

3) J. Mérigot u. P. Coulbois, Le franc, S. 27.

Viertes Kapitel:

Die Messung der Kaufkraft einer Währung durch die Bezugnahme auf die Devisenkurse¹⁾ und die "äußere Kaufkraft" einer Währung

1. Der Kurs einer fremden Währung in Einheiten der eigenen Währung und die "äußere Kaufkraft" des Geldes

Die Suche nach einem unveränderlichen Wertmaß für den Vergleich von Franc-Beträgen zu verschiedenen Zeitpunkten und die Mängel von Waren- und Goldpreisindizes als Kaufkraftindikatoren führten zu dem Verfahren, die Kaufkraftentwicklung der eigenen Währung durch die Kursbewegungen fremder Valuten gegenüber der nationalen Währung zu bestimmen.

Im "Inventaire de la Situation Financière 1913-1946"²⁾ findet sich der bezeichnende Satz: "Pour étudier la valeur du franc au cours de la période écoulée depuis 1913 on est ainsi amené à confronter la série des définitions officielles du franc par rapport à l'or avec l'évolution des devises anglo-saxonnes et des prix intérieurs". Nach einem Vergleich der inneren Preisniveaus verschiedener Länder mit den jeweiligen Dollarkursen kommt das INSEE³⁾ zu dem Schluß "qu'une dissociation très profonde entre la valeur intérieure et la valeur extérieure des monnaies a été très marquée dans tous les pays".

Hier wird die äußere Kaufkraft einer Währung verstanden als die Zahl der Einheiten einer fremden Währung, welche eine heimische Währungseinheit kauft. Die äußere Kaufkraft der einheimischen Währung ist um so höher, je mehr ausländische Währungseinheiten eine einheimische Währungseinheit anschafft, bzw. je weniger einheimische Währungseinheiten für eine ausländische Währungseinheit gezahlt werden müssen.

1) Der Devisenkurs oder der Kurs ausländischer Valuten ist der Preis in heimischer Währung für 1 oder 100 Einheiten der fremden Währung. Häufig wird als Synonym für "Devisenkurs" der Begriff "Wechselkurs" gebraucht, der jedoch als der Preis einer Einheit der eigenen Währung in Einheiten einer fremden Währung zu definieren ist. Da in der Diskussion um die Kaufkraftparitätentheorie ständig Wechselkurs im Sinne von Devisenkurs verwendet wurde, sei im folgenden Kapitel dem Wechselkurs die Definition des Devisenkurses beigelegt.

2) Inventaire 1913-1946, S. 27.

3) Etudes et Conjoncture, März-April 1949, S. 9.

Die Definition der äußeren Kaufkraft (K_a) lautet danach

$$\begin{aligned} (K_{a1} &= \text{äußere Kaufkraft im Zeitpunkt 1} \\ W_2 &= \text{Wechselkurs} \quad " \quad " \quad 2) \\ K_a &= \frac{1}{\text{Wechselkurs}} \quad \text{und} \quad K_{a1} : K_{a2} = \frac{1}{w_1} : \frac{1}{w_2} . \end{aligned}$$

(Der Wechselkurs sei in Prozenten eines Basiswechselkurses ausgedrückt.)

Faßt man die "äußere Kaufkraft" als den reziproken Wert des Wechselkurses, ist die häufige weitgehende Abweichung zwischen Außen- und Innenwert der Währungen nicht verwunderlich, ja es wäre geradezu ein erstaunlicher Zufall, wenn die beiden Werte übereinstimmen.

2. Eine vorläufige Formulierung des Begriffs der "äußeren Kaufkraft des Geldes"

Die Kaufkraft einer Währung ist - in der allgemeinsten Definition - die Fähigkeit einer Geldeinheit oder eines Vielfachen davon, eine bestimmte Menge von Gütern und Diensten zu beschaffen. Die "innere Kaufkraft" oder der "Binnenwert" ist die Kauffähigkeit einer Währungseinheit auf den Binnenmärkten, die "äußere Kaufkraft" oder der "Außenwert" ist die Fähigkeit, auf ausländischen Märkten Güter und Dienste zu kaufen. Die Größe der äußeren Kaufkraft hängt demzufolge einerseits vom Umtauschverhältnis der beiden Währungen und andererseits von der Höhe des ausländischen Preisniveaus ab.¹⁾ Die äußere Kaufkraft ist um so niedriger, je höher bei konstantem Wechselkurs das ausländische Preisniveau und je größer bei konstantem Preisniveau die Summe nationaler Währungseinheiten ist, die für den Kauf einer fremden Währungseinheit gebraucht werden. Es gilt deshalb die Beziehung

$$K_a = \frac{1}{\text{Wechselkurs} \cdot \text{Preisniveau i. Ausl.}}$$

Da ein "allgemeiner Wechselkurs" in der Wirklichkeit nicht anzutreffen ist, kann es auch keine "allgemeine äußere Kaufkraft" geben, sondern nur je einen Außenwert für jeden fremden Währungsraum. Lediglich die Hilfsvorstellung von "dem" Ausland als Gegenstück zum Inland erlaubt die Bildung des Begriffs "der" äußeren Kaufkraft. Unter der Voraussetzung völliger Freiheit des Außenhandels stimmt der Außenwert einer Währung der Tendenz nach mit dem Binnenwert überein. Pierre Vigreux sieht den Hauptnachteil starrer Wechselkurse

1) Kurt Schneider, Die Entwicklung der äußeren Kaufkraft des (schweizer d. Vf.) Franken in den Jahren 1925-1938, siehe auch Halm, G., Geld, Außenhandel und Beschäftigung.

im System der Devisenkontrolle darin "que l'on supprime l'adaptation spontanée de la valeur extérieure de la monnaie à sa valeur intérieure, et par suite les réactions d'équilibre automatique des courants commerciaux, contrairement à ce qui se passe sous le régime de liberté des changes".¹⁾

Für den Fall weitgehender Freiheit des Außenhandels können wir schreiben

$$K_a = K_i, \text{ und da } K_i = \frac{1}{P_i} \text{ gilt } \frac{1}{P_i} = \frac{1}{w \cdot P_a}.$$

Bei geringfügiger Umstellung der Glieder der Gleichung erhalten wir $w = \frac{P_i}{P_a}$, die als Grundformel der Kaufkraftparitätentheorie bekannte Gleichung. Hängen deshalb die Richtigkeit unserer Definition und die darauf aufbauenden Rechnungen von der Richtigkeit der von der Kaufkraftparitätentheorie behaupteten Zusammenhänge ab? Zunächst haben wir lediglich eine Definitionsgleichung aufgestellt, während doch die Kaufkraftparitätentheorie von kausalen Zusammenhängen spricht. Bei näherem Zusehen zeigt sich, daß die Definitionsgleichung unausgesprochen auf den Gedankengängen der Kaufkraftparitätentheorie beruht. Das allgemeine Preisniveau des Inlandes und das allgemeine Preisniveau des Auslandes werden über den Wechselkurs miteinander in Verbindung gebracht. Der Wechselkurs wird im voraus als in bestimmter Weise gebildet in die Gleichung eingeführt. Er muß ein auf die allgemeinen Preisniveaus ausgerichteter Faktor sein, wenn nicht Größen zueinander in Beziehung gesetzt werden sollen, die sich nicht oder nur teilweise decken. Die Absicht, auf die unsere Definitionsgleichung zugeschnitten ist, nämlich aus den Veränderungen des Wechselkurses und allgemeinen Preisniveaus des betreffenden Landes auf die äußere Kaufkraft der eigenen Währung zu schließen, ist lediglich eine Änderung in der Fragestellung der Kaufkraftparitätentheorie. Die Richtigkeit der obigen Definition der äußeren Kaufkraft einer Währung und darauf beruhender Berechnungen stehen und fallen deshalb mit der Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Kaufkraftparitätentheorie bzw. sind in den Grenzen und unter den Voraussetzungen gültig, in denen die Kaufkraftparitätentheorie stichhaltig ist. Eine ausführliche Darlegung und Kritik der Kaufkraftparitätentheorie erübrigt sich an dieser Stelle, nachdem die von der Theorie aufgeworfenen Probleme von zahlreichen Wissenschaftlern ausgiebig diskutiert wurden.²⁾

1) P. Vigreux, a. a. O., S. 861.

2) Siehe z. B. das Literaturverzeichnis im Anschluß an den Artikel "Kaufkraftparitätentheorie" im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften Bd. 5, S. 589.

3. Die Neuformulierung des Begriffs der äußeren Kaufkraft des Geldes und seine Erweiterung durch die Methoden des direkten Warenkorbvergleichs

a) Die Neuformulierung der vorläufigen Definition der äußeren Kaufkraft des Geldes

Die zu weite Fassung und der hohe Abstraktionsgrad der Kaufkraftparitätentheorie verlangen eine Neuformulierung der Definition der äußeren Kaufkraft des Geldes und sorgsame Einschränkungen für die praktische Anwendung. Die vorläufige Definition als die "Fähigkeit, auf ausländischen Märkten bestimmte Mengen von Gütern und Diensten anzuschaffen", muß auf die Güter und Dienste eingeengt werden, die importiert werden oder unter gewissen Voraussetzungen importiert werden können.¹⁾

$$K_a = \frac{1}{\text{Wechselkurs mal Preisniveau der Exportgüter von Land B, C usw.}}$$

Der Preisindex der Exportgüter des fremden Wirtschafts- und Währungsraumes ist in der Regel nicht bekannt. Er wäre für die Berechnung von "Kaufkraftparitäten" ohnehin nur brauchbar, wenn er sich in etwa proportional zum allgemeinen Preisniveau entwickelte. Die neue Formel näherte sich nur dann der früher gegebenen Formel an und erhielte nur dann praktische Bedeutung, wenn "in der Ordnung der Binnen- und Außenwirtschaft der beteiligten Volkswirtschaften die volkswirtschaftlichen Elemente dominieren".²⁾ Ist die Theorie demnach nur eine äußerst grobe Annäherung an die wirtschaftliche Wirklichkeit? - "The answer must be that for one group of phenomena, namely monetary changes, the theory holds true with a high degree of precision ... It is improbable that inflation or deflation will permanently affect k (the discrepancy between the purchasing power parity and the rate of exchange - Einfügung d. VI.), by changing the relative demand for international or for domestic goods respectively, if the basic consumer tastes and the technological knowledge remain constant. Moreover in a violent inflation the disturbing effect of changes in relative demand is clearly quite imperceptible".³⁾

1) G. Haberler, a. a. O., S. 34; "A great many domestic goods are potential international goods".

2) Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, a. a. O., S. 592.

3) G. Haberler, a. a. O., S. 38; Fritz W. Meyer bestreitet dagegen, daß bei starker Geldentwertung die Faktoren an Bedeutung verlören, die auf eine Abweichung des Wechselkurses von der Kaufkraftparität hinwirken, a. a. O., S. 591.

Milton Gilbert beurteilt die von der UNO in "National and Per-capita-income of Seventy Countries in 1949 expressed in US-\$"¹⁾ angewandte, auf der Kaufkraftparitätentheorie fußende Methode, die Wechselkurse durch Multiplikation eines Basiswechelkurses ("Gleichgewichtswechelkurs") mit den Inflationsquotienten zu bestimmen, folgendermaßen: "While this refinement may adjust exchange rates in the direction of their presumed equilibrium position, it helps very little to establish the appropriate purchasing power relationship of currencies in view of more fundamental objections".²⁾

In dieser Arbeit soll die Kaufkraftparitätentheorie dazu verhelfen, die effektiven Wechselkurse durch theoretische Wechselkurse "in Grobeinstellung" zu überprüfen und festzustellen, in welchen Grenzen der relative Wert des französischen Franken gegenüber anderen Währungen Veränderungen erfahren hat. Die Wertveränderung des Franc gegenüber fremden Valuten - sie sei "äußere Kaufkraft im engeren Sinn" genannt - gibt in Verbindung mit den Groß- oder Einzelhandelspreisniveaus des fremden Landes eine Vorstellung von den Schwankungen des Außenwerts des Franc, ohne daß wir den Ergebnissen das Gewicht arithmetischer Exaktheit zumessen.

b) Die modernen Methoden der Kaufkraftparitätenberechnung
Die neueren Methoden der Kaufkraftparitätenbestimmung liefern keine ebenso "eindeutigen" und "einfachen" Ergebnisse wie der Quotient aus dem Verhältnis zweier Preisniveaus. Sie lösen auch nicht das schwierige Problem, ob Groß- oder Einzelhandelspreisen der Vorzug beim internationalen Vergleich zukommen soll. Dafür geben sie ein wissenschaftlich weniger anfechtbares Instrument zur Messung des Außenwerts an die Hand. Vor allem erlauben sie eine Aussage über die Streuung der in den Vergleich einbezogenen Preise. In manchen Jahren mag die Streuung so stark sein, daß ein Mittelwert, der eine Kaufkraftparität bezeichnet, nicht viel aussagt. Da die Kaufkraftparitätentheorie sogar in G. Cassel's strenger Fassung nur gelten soll, wenn die "wirtschaftlichen Bedingungen, von denen die Austauschbeziehungen zwischen den einzelnen Ländern abhängen, gleich geblieben sind", werden die Ergebnisse der neueren Methoden auch zum Kriterium der Brauchbarkeit der Kaufkraftparitätentheorie. Mit Rücksicht darauf, daß Kaufkraftparitäten immer nur für bestimmte Gesamtheiten von Gütern und Diensten berechenbar sind, folgen die neueren Methoden alle dem Prinzip, die Preise einzelner Waren oder von Warengruppen zweier

1) UN-Statistical Papers, Series E, Nr. 1, N. Y. 1950.

2) Milton Gilbert und Irvis B. Kravis, An international comparison of national products and the Purchasing Power of Currencies.

Länder in den jeweiligen Währungen in Beziehung zu setzen. Ansatzpunkte bieten die Aggregate der Nationalbuchführung (Konsum, Investition usw.) und die "individuellen Ausgaben bestimmter Einkommens- und Berufsgruppen".¹⁾

Drei Gruppen von Problemen sind bei der Paritätenberechnung zu berücksichtigen.

(a) Sollen einige wenige besonders wichtige Waren verglichen werden, oder sollen die Waren zu Warenkörben zusammengefaßt werden? - Jede Warenart, jede Warenqualität und jede Handelsstufe kennt ihre Kaufkraftparität.

(b) Sollen die Groß- oder die Einzelhandelspreise der Rechnung zugrunde liegen? - Die Großhandelspreise entsprechen weitgehend den Preisen der internationalen Güter, während die Einzelhandelspreise den Einfluß von Regierungsmaßnahmen (Taxierung, Subvention) auf die Lebenshaltungskosten spiegeln.

(c) Sollen grundsätzlich alle Inlandsgüter in den Vergleich eingehen, oder sollen nur die international gehandelten beachtet werden? - Die Berechnung von Verbrauchergeldparitäten erfordert den Vergleich der Lebenshaltungskosten und damit prinzipiell den Einfluß aller Konsumentengüter.

Für die Nachkriegszeit können wir uns auf die Arbeiten der nationalen und privaten Statistischen Institute und internationaler Organisationen über selektive Vergleiche und Warenkorbvergleiche stützen. Das INSEE berechnet in vier Studien für die Nachkriegszeit bis 1952²⁾ zuerst die "taux d'équivalence" (Preisparitäten), d. i. der Wert der Geldeinheit eines Landes in Geldeinheiten des anderen Landes, berechnet auf Grund der Preise eines einzelnen genau bezeichneten Gutes in beiden Ländern, danach die "équivalence du pouvoir d'achat" (Kaufkraftparität), d. i. der Wert der Geldeinheit eines Landes in Geldeinheiten des anderen Landes berechnet auf Grund eines Durchschnitts der "taux d'équivalence".

c) Insbesondere die Methode des gekreuzten Warenkorbvergleichs
Der "gekreuzte Warenkorbvergleich" verdient als Methode zur Bestimmung der Verbrauchergeldparitäten besondere Beachtung, weil er die genauen

1) Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Artikel "Kaufkraftmessung" von G. Bombach, Bd. 5, S. 585.

2) Etudes et Conjoncture, März-April 1949, Mai-Juni 1950, Juli-August 1951, Juli-August 1952.

Ober- und Untergrenzen für die wahren Werte vermittelt. Die art- und mengenmäßige Zusammensetzung des Warenkorbes kann dem Bedarf oder dem Verbrauch angepaßt sein. Man könnte daran denken¹⁾, einen Mittelwert aus typischen Bedarfsstrukturen von Familien der zu vergleichenden Länder zu bilden. Das Ergebnis wäre eine wirklichkeitsfremde Durchschnittsstruktur, die auf keines der beiden Länder zutrifft. Man verzichtet deshalb auf die unmittelbare Berechnung eines Mittelwerts und bewertet die Bedarfsstruktur jedes Landes mit den Preisen und in der Währung des eigenen und des fremden Landes. Die beiden resultierenden Verhältniszahlen sind Grenzwerte.²⁾

Es seien U_a = der Wert der Umsätze im Lande a , u_a = die zugehörige Umsatzmenge, k_a = die Kaufkraft der Währung a . Das Preisniveau ist $U_a : u_a$.

$$\frac{k_a}{k_b} = \frac{u_a}{U_a} : \frac{u_b}{U_b} = \frac{u_a}{u_b} \cdot \frac{U_b}{U_a} \quad (1) \quad \text{da } u_a \text{ und } u_b \text{ nicht}$$

oder schwer zu erfassen sind, wandeln wir um

$$u_a = \sum m_i^{(a)}; \quad U_a = \sum p_i^{(a)} m_i^{(a)} \quad (2); \quad \text{beschränkt man die}$$

in Frage stehenden Mengen in beiden Ländern auf eine gleiche Auswahl, wird

$$\sum m_i^{(a)} = \sum m_i^{(b)} \quad \text{und aus (1) wird} \quad \frac{\sum p_i^{(b)} m_i}{\sum p_i^{(a)} m_i} \quad (3)$$

(3) zeigt die Kaufkraftrelation nur für Teilbereiche der beiden Länder. Bei geschickter Warenauswahl ist die Repräsentation gut.

$X_{ik} = \frac{(i)}{\sum p_j} \frac{(k)}{m_j^{(k)}}$, d. i. der Gesamtwert des für die Verbrauchsgewohnheiten des Landes i typischen Warenkorbs in Preisen und Währungseinheiten des Landes k .

Die Maßzahlen sind dann $\frac{X_{ab}}{X_{aa}} \quad \text{und} \quad \frac{X_{bb}}{X_{ba}} \quad (4)$. Sie sind keine

Maßstäbe für eine Bewertung der Kaufkraft der Währung in absoluten Größen. Sie können beispielsweise dem Wechselkurs gegenübergestellt werden und zei-

1) Bruno Gleitze, Die Methodik des internationalen Kaufkraftvergleichs, Vierteljahreshefte für Wirtschaftsforschung, Jg. 1953, S. 159.

2) Marcel Nicholas, Kaufkraftvergleich Westdeutschland-Frankreich, ebenda.

gen,

$$\frac{X_{aa}}{X_{ab}} - \frac{w_a}{w_b} \begin{matrix} > \\ < \end{matrix} 0$$

"ob die Währung von a in bezug auf die Währung von b kaufkraftmäßig gegenüber ihrem Wert im Wechselkurs über-, gleich- oder unterbewertet ist". 1)

1) M. Nicholas, a. a. O., S. 177 ff.

Fünftes Kapitel:

Preisniveau und Preisdispersion; die Notwendigkeit einer synthetischen Untersuchung der Preisentwicklung

1. Zusammenfassende Beurteilung der traditionellen Methoden der Geldwertmessung

Die kritische Betrachtung der traditionellen Methoden, welche die Veränderungen der Kaufkraft des französischen Franken zu messen versuchen, zeigte die Mängel aller drei Verfahren auf. Der Grad der Unzulänglichkeit ist allerdings bei den einzelnen Berechnungsverfahren keineswegs derselbe. Während der Goldkurs kaum mehr ausdrückt als eine Tendenz zur Festigung oder zum Nachgeben des Francwertes, liefern die Devisenkurse in Verbindung mit den ausländischen Preisniveaus in manchen Jahren brauchbare Werte für die Veränderungen der äußeren Kaufkraft des Franc. Da die äußere Kaufkraft sich auf die Dauer der inneren Kaufkraft anpaßt, kann die Bezugnahme auf die Devisenkurse und die ausländischen Preisniveaus Kontrollwerte für den mittels der Preisindizes festgestellten Innenwert des Franc geben. Die offiziellen französischen Einzelhandels- bzw. Lebenshaltungskostenindizes messen die Entwicklung der Kaufkraft des Franc wenigstens seit 1948 in befriedigender Weise für die große und homogene Gruppe der Arbeitnehmerfamilien mit bescheidenem Einkommen.

Wir bedienen uns der Preisindizes für eine ganz bestimmte Fragestellung, nämlich der Kaufkraftentwicklung des Geldes für homogene soziale Gruppen. Diese Leitidee verbindet die theoretisch unerläßliche "Subjektivierung" des Geldwertbegriffs mit der praktisch ebenso unerläßlichen Bildung von Kollektivgrößen. Die Suche nach der idealen, universellen Indexformel, die das Preisniveau unter allen Umständen und zu jedem Zweck erfaßt, erübrigt sich damit für das Problem unserer Arbeit. Auch der Streit darüber, ob die allgemeine Kaufkraft des Geldes mit der Menge von Konsumgütern zu identifizieren sei¹⁾, die eine Geldeinheit kauft, oder ob auch Investitionsgüter einbezogen werden dürfen, löst sich von selbst. Die Wirtschaftssubjekte beurteilen die Kaufkraftentwicklung der nationalen Währungseinheit nach den Bewegungen der Preise aller sie interessierenden Güter und Dienste. Ein unselbständiger Erwerbstätiger mit bescheidenem Einkommen gibt seine Geldmittel zum überwiegenden Teil für Güter aus, die der Einzelhandel anbietet und die

1) siehe dazu Keynes, Treatise, Teil I, S. 54.

größtenteils Konsumgüter sind.¹⁾ Für die Gruppe der unselbständigen Erwerbstätigen mit bescheidenem Einkommen drängt sich der Einzelhandels- bzw. Lebenshaltungskostenindex als Kaufkraftindikator auf. Einen selbständigen Handwerker und einen Unternehmensleiter interessieren die Preise "ab Fabrik" oder die Großhandelspreise von Investitionsgütern und Rohmaterialien ebenso stark wie die der Konsumgüter. Dem Großhandelsindex als ergänzendem Index bleibt ein berechtigter Platz neben den Lebenshaltungskostenindizes, die auf die Lebensgewohnheiten der Selbständig-Erwerbstätigen ausgerichtet sind. Ein auf diese Bevölkerungsgruppe abgestellter Lebenshaltungskostenindex existiert bisher in Frankreich nicht. Aus Material, das der SEEF²⁾ dem Verfasser über die Verbrauchsstruktur der sozialen und Berufsgruppen im Jahr 1956 und über die allgemeinen Preisindizes je Warengruppe von 1949-1959 zur Verfügung stellte, soll versucht werden, Anhaltspunkte über die Kaufkraftentwicklung des Franc für die verschiedenen sozialen Gruppen zu gewinnen.

2. Das "volkswirtschaftliche Preisniveau" und die "allgemeine Kaufkraft des Geldes" - ein "statistischer Zufall"

Die Währungspolitik kommt ohne die Annahme des allgemeinen Preisniveaus und "der" Kaufkraft des Geldes nicht aus. Sie richtet ihre Maßnahmen nach der Veränderung der Einzelpreisindizes "im allgemeinen und im Durchschnitt" aus. "Schon die Produktionsverbundenheit und das Kostengesetz sorgen dafür, daß die Preisbewegung - zumindest für große Zeiträume - einen gleichmäßigen Zug aufweist. Je schärfer die Konkurrenz, je kleiner die Zahl der ursprünglichen Produktionsmittel, je gleichförmiger diese Produktionsmittel (besonders die Arbeitskraft), desto gleichförmiger die Preisbewegung".³⁾ Auf der Nachfrageseite unterstützt die Substituierbarkeit zahlreicher Güter die Tendenz zur Angleichung der Preisbewegungen. Aber "gleichförmige Preisbewegungen" und "scharfe Konkurrenz" gehören zusammen, sie sind zwei verschiedene Seiten desselben Tatbestandes. - In dem uns interessierenden Zeitraum wäre es zumindest vorteilhaft, ohne weiteres von einer scharfen Konkurrenz als Tatbestand auszugehen. Erst nach einer genauen Unter-

1) "Konsumgüter" umfassen hier auch Textilien, Schuhe, Schreibmaterial usw.

2) SEEF = Service des Etudes Economiques et Financières / Statistique et Etudes Financières des Finanzministerium, Direktion des Tresor.

3) G. Haberler, Theorie des internationalen Handels, 3. Auflage, englisch, S. 121 und 122.

suchung der Preisbewegungen in der Nachkriegszeit, vor allem der Streuung der einzelnen Preise, wird ein Urteil darüber vertretbar sein, ob eine Aussage über die Veränderung "der" Kaufkraft des französischen Franken einen vernünftigen Sinn hat oder nicht.

3. Die Preisdispersion als unerläßliche Ergänzung des Studiums der Veränderungen des Preisniveaus

a) Die Notwendigkeit der Betrachtung der Preisdispersion

Irving Fisher legt großes Gewicht auf die Unterscheidung zwischen den Faktoren, die das allgemeine Preisniveau, und denen, welche die Preisrelationen bestimmen.¹⁾ Die Angebots- und Nachfragekurven beziehen sich nach ihm auf ein bestimmtes Preisniveau, und bei unveränderten Q, U und G müsse die Veränderung eines Preises eine entgegengesetzte Veränderung eines anderen Preises hervorrufen. Fisher zieht daraus den Schluß, daß das Preisniveau nicht durch individuelle Preise bestimmt werde, sondern daß im Gegenteil jeder individuelle Preis ein Preisniveau voraussetze. - Viel zutreffender dürfte sein, daß das Preisniveau nur eine Abstraktion ist, und daß die einzelnen Preise die primäre Erscheinung sind, deren relativen Verlauf es aufzuzeigen gilt.

b) Die doppelte Aufgabe der Streuungsmaße

Viele Autoren vernachlässigten bisher die Streuung der Preise, weil sie in den Preisniveaubewegungen ein bequemes Mittel sahen, die Fluktuationen des Geldwertes zu verfolgen. Die Streuung der Preise hat jedoch eine doppelte Bedeutung. Sie hilft, die beste Indexformel für die Preisniveauveränderungen zu definieren und ihre Genauigkeit abzuschätzen, und liefert außerdem ein wertvolles Kriterium für wirtschaftliche Ungleichgewichtslagen.²⁾ Wenn wir davon ausgehen dürfen, daß wirtschaftliche Gleichgewichtsstörungen immer von starken Preisdispersionsbewegungen begleitet sind, beweist umgekehrt die Preisdispersion nicht unbedingt ein wirtschaftliches Ungleichgewicht. Die Bewegung auf dem "Gleichgewichtspfad" des dynamischen Gleichgewichts verlangt nicht die Stabilität der Preisrelationen. Die Größe der Dispersion ist ein neutraler Maßstab der Intensität der dynamischen Prozesse in der Wirtschaft. "Die Veränderung der gegenseitigen Tauschrelationen der Güter ist Symptom

1) I. Fisher, Die Kaufkraft des Geldes, S. 140 ff.

2) Bulletin der SGF April-Juni 1946, S. 242 ff.

einer wirtschaftlichen Gleichgewichtsverschiebung als auch einer Gleichgewichtsstörung".¹⁾

Ein Idealmaß für die einer wirtschaftlichen Gleichgewichtsverschiebung entsprechende Streuung wäre nötig, um angeben zu können, ob ein bestimmter Streuungswert noch eine Gleichgewichtsverschiebung oder bereits eine Gleichgewichtsstörung anzeigt. Da ein solches Idealmaß nicht existiert, beschränken wir uns auf die Feststellung, daß heftige und schnelle Verschiebungen der wirtschaftlichen Größenbeziehungen auf Gleichgewichtsstörungen deuten. Unabhängig vom Gesichtspunkt der Gleichgewichtsstörung oder -verschiebung mindert eine starke Streuung die Aussagekraft der Mittelwertmaße. Die Streuungswerte erlauben uns auf jeden Fall, die Aussagen der Preisindizes zu präzisieren. Bei der Erforschung der Ursachen der Entwertung des Franc in der Nachkriegszeit wird die volle Bedeutung der Preisverzerrungen zutage treten.

1) Oskar Lange, Die Preisdispersion als Mittel zur Messung wirtschaftlicher Gleichgewichtsstörungen, S. 34.

ZWEITER TEIL:

Die historische Entwicklung der Kaufkraft des französischen Franken
seit dem Ende des zweiten Weltkrieges

Sechstes Kapitel:

Kurzer Rückblick auf die Inflation der Kriegs- und Besatzungsjahre

1. Die Preisentwicklung von 1939 bis 1944

Die Kriegs- und Besatzungsjahre sind gekennzeichnet¹⁾ durch ein ständiges Ansteigen der Preisindizes, das Abgleiten der Industrieproduktion auf ein von Jahr zu Jahr niedrigeres Niveau, den allgemeinen Mangel an Gütern aller Art, Rationierung und ein System staatlicher Preisfixierung. Für die Entwertung des Franc besitzen wir keine objektiven Maßstäbe, da die Groß- und Einzelhandelspreisindizes nur die offiziellen Preise berücksichtigen. Das Aufkommen und die Ausweitung der schwarzen Märkte fügt zur "quantitativen" Entwertung noch eine "qualitative"; der Franc verliert einen Teil der Eigenschaften, die zu einer vollwertigen Währung wesentlich gehören. Selbst der rein quantitative Aspekt der Entwertung wird durch die Preisindizes unvollkommen wiedergegeben. Einige Produkte sind völlig aus dem Warenkorb der "Indexfamilie" verschwunden, andere müssen durch geringwertige Substitute ersetzt werden. Die Gewichtung der Indexartikel entspricht bei weitem nicht der wirklichen Bedeutung der Konsumausgaben. Die folgenden Indexwerte sind deshalb nicht mehr als Anhaltspunkte, deren Interesse im Bereich der Preise fast ausschließlich in der Verlaufsweise liegt.

Steigerungsprozentsätze der Preis- und Lohnindizes

	1939-40	1940-41	1941-42	1942-43	1943-44
Großhandelspreisindex	41	26	16	13	15
Nahrungsmittel	43	28	20	17	19
Industrielle Artikel	39	25	12	9	10
Einzelhandelspreisindex	21	17	13	26	31
Index der Stundenlöhne	1	15	11	10	10 bis 15

1) Etudes et Conjoncture, Mai-Juni 1951, S. 160 ff.

2. Produktionsentwicklung und Geldumlauf

Der Index der industriellen Produktion¹⁾ bewegt sich im Jahr 1941 zwischen 60 und 70 % seines Niveaus von 1938, in den Jahren 1942 und 1943 zwischen 50 und 60 % und stürzt nach dem Wiederaufleben der Kampftätigkeit bis auf 20 % ab. Die landwirtschaftliche Produktion hält während der ganzen Kriegszeit das Niveau bei 70 bis 80 % des Vorkriegsstandes.²⁾

Demgegenüber bläht sich der Geldumlauf bis Ende 1944 auf das Vierfache des Betrages vom August 1939 auf. Der Index der Geldmenge liegt dauernd über dem Index der Großhandelspreise und vergrößert den Abstand von 20 % im Jahr 1940 auf 50 % im Jahr 1944. Die Hauptquelle des ständig wachsenden Geldumlaufs ist das enorme Budgetdefizit, dessen kumulierter Betrag 1944 die 1000 Milliarden-Grenze übersteigt, d. i. eine Größe, die etwas mehr als dem Zwölffachen des Budgets von 1938 gleichkommt.

3. Die inflationären Spannungen am Ende der Kriegs- und Besatzungsjahre

Im Augenblick der Liberation sind eine ganze Reihe inflationärer Faktoren in der französischen Wirtschaft gegenwärtig.

- (1) Der Index der Geldmenge liegt weit über dem der verfügbaren natürlichen Produkte unter Berücksichtigung des Niveaus der offiziellen Preise.
- (2) Die Streuung der Preise ist außerordentlich stark, und einige "strategische" Preise (z. B. Transporttarife) liegen weit hinter den Preisen "im allgemeinen" zurück.
- (3) Die Lasten des Budgets sind beträchtlich, während der Rückgang der Erzeugung die Einnahmen schmälert.
- (4) Die Notwendigkeit, in kurzer Zeit große Investitionen vorzunehmen.
- (5) Der Drang der Verbraucher, sofort das Vorkriegslebensniveau wieder zu erreichen.
- (6) Der Rückstand der Lohnentwicklung hinter der Preisentwicklung.
- (7) Die Unmöglichkeit sofortiger umfangreicher Einfuhren wegen der Fortsetzung der Kampfhandlungen und des Devisenmangels.
- (8) Die Notwendigkeit einer Abwertung des Franc nach dem Steigen des allgemeinen Preisniveaus seit 1940.
- (9) Das Verharren der industriellen Produktion auf einem niedrigen Niveau infolge der Engpässe bei Transportmaterial, Energie, Rohstoffen.

1) In der Nachkriegszeit für die Jahre 1941, 1942, 1943 und 1944 rückwärts berechnet.

2) Basis 100 ist der Durchschnitt der Jahre 1934-1938.

3) Etudes et Conjoncture, Mai-Juni 1951, S. 65.

Siebentes Kapitel:

Die erste Inflationsperiode von Ende 1944 bis Ende 1948

Die Inflationsbewegung der Nachkriegsjahre wechselt von Jahr zu Jahr und von Monat zu Monat ihr Gesicht. Es lohnt sich, die stetig sich ändernde Erscheinungsform der Inflation genau zu studieren. Sie ist der Ausdruck der wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Nachkriegsfrankreich und der beste Spiegel von Erfolg und Mißerfolg der französischen Wirtschaftspolitik. Nach Paul Delouvrier¹⁾ sei die erste Inflationsperiode in zwei Phasen aufgeteilt, deren erste mit der "Provisorischen Regierung" des Generals de Gaulle zusammenfällt und deren zweite Phase die ersten Regierungen der IV. Republik umfaßt und von der Inflation beherrscht ist.

I. Der Beginn der Nachkriegsinflation unter der Provisorischen Regierung von General de Gaulle von Ende August 1944 bis Januar 1946

1. Ausmaß und Art der Preisbewegungen

Der ununterbrochene, zunächst langsame, dann beschleunigte Preisanstieg seit der Liberation hebt den Großhandelspreisindex bis zum Januar 1946 auf das Niveau 479 (Basis 1938 = 100), den Einzelhandelspreisindex auf 481. In den 17 Monaten seit dem September 1944 steigen die offiziellen und die registrierten freien Preise auf der Großhandelsstufe um 80 %, auf der Einzelhandelsstufe um 65 %. Zur Veränderung des Preisniveaus tritt ein solches Ausmaß in der Streuung der Einzelpreise, daß immer weniger eine "Preisstruktur" zu erkennen ist.

a) Die Veränderung des Preisniveaus

Die Steigerungssätze der Großhandelspreisindizes sind in den einzelnen Trimestern des Jahres 1945 sehr differenziert (in v. H.).²⁾

1) Politique economique de la France, S. 141.

2) Point Economique, Institut de Conjoncture, veröffentlicht beim Service National de Statistique, Nr. 5, S. 15, ebenfalls Nr. 4, S. 51 ff.

	Nahrungsmittel	industrielle Produkte	Gesamt
1. Trimester	5	3	4
2. "	26	54	39
3. "	13	13	16
4. "	16	1	8
Jahr 1945	72	82	76

Die Anhebung der Preise von Holz, Kohle und Metallen im April und von Guß im Mai ist zu einem guten Teil für die Hausse¹⁾ des zweiten Trimesters bei Stahl und Papier verantwortlich. Im Laufe des Monats August ziehen die Baumaterialienpreise um 18 bis 60 % an, Textilien erheben sich im Durchschnitt um 18 % über ihren Kurs vom Vormonat.

Der Mangel oder Überfluß an Kartoffeln ist der Hauptfaktor der Veränderungen des Nahrungsmittelindex, die Ursache des jähen Anstiegs im Mai und der relativen Baisse im dritten Trimester. Dagegen reagieren im selben Zeitraum die Preise von Trockenbohnen, Wein und Milchprodukten stark, die Steigerung bei Getreide geht von 25 bis 55 %. Die im Oktober auf der Großhandelsstufe neu gewährte Freiheit der Fleischpreise hat sofort Kursanhebungen von 50 bis 60 % zur Folge.²⁾

Die Einzelhandelspreise verfolgen mit dem üblichen zeitlichen Abstand einen ähnlichen Verlauf wie der Großhandelspreisindex. Ihr Index hebt sich im Mai deutlich an und setzt die Hausse im Juni fort. Die Erhöhung der Preise von Wein, Fleisch und Kohle treibt den Index im September um 11 % nach oben, die neuerliche Erhöhung der Fleisch-, Eier- und Zuckerpreise im November bringt neuen Anstieg von 6 %.

b) Die Streuung der Preise

Der Preisfächer der Gesamtheit der Großhandelspreise bleibt von Juli 1944 bis Juli 1945 im wesentlichen unverändert. Die starke Hausse, die im 2. Trimester des Jahres 1945 beginnt, weitet auch den Preisfächer deutlich aus, dagegen ist das Verhältnis der Streuung zum Monatsindex bemerkenswert konstant. Die Streuung der Einzelhandelspreise liegt unter derjenigen der Gesamt-

1) Unter "Hausse" wird jede beliebige Preissteigerung verstanden, nicht nur starke Aufwärtsbewegungen.

2) Diese, sowie alle folgenden Zahlenwerte, Graphiken, Tabellen und Schaubilder entstammen Etudes et Conjoncture des INSEE, soweit nicht anders angegeben.

heit der Großhandelspreise, wenn der Unterschied auch zunehmend geringer wird, wahrscheinlich unter dem Einfluß der vergrößerten Zahl der Zwischenhändler. Gegenüber der Feststellung, daß die Preise in den verstaatlichten Industrien unter der durchschnittlichen Hausse bleiben, muß vollständigkeitshalber auf die Betriebsdefizite hingewiesen werden. Über die Subventionen aus öffentlichen Mitteln "zahlt" der Verbraucher mehr für Gas, Strom und Kohle als nach der Rechnung des Kohlenhändlers und der Electricité de France.

Die Veränderungen der partiellen Preise offenbaren ein derartiges Maß von Zusammenhangslosigkeit, daß die im allgemeinen auf das Preisgefüge einwirkenden Faktoren - drückender Mangel lebenswichtiger Güter, Wandel der Verbrauchsgewohnheiten, technischer Fortschritt usw. - zur Erklärung nicht ausreichen. Ein Vergleich der Preisentwicklung von Kohle mit derjenigen von sechs industriellen Gütern hebt die Größe der Preisverzerrungen heraus. Man hat angenommen, daß die Gütermengen, die man im Jahr 1939 mit der für 10 t Kohle nötigen Summe kaufen konnte, eine Gleichgewichtslage verkörpern, da die Veränderungen in diesen Austauschverhältnissen über eine Reihe von Jahren hin sehr gering waren. Wenn 100 die Menge jedes der Produkte im Jahr 1939 ist, für deren Kauf der Gegenwert von 10 t Kohle genügte, ist die Menge der Güter, die man zu den angeführten Zeitpunkten anschaffen konnte:

Produkte	1939	Juli 1944	Juli 1945	Juli 1946
		- Jan. 1945	- Jan. 1946	
Gummi	100	40	88	162
Guß	100	85	104	150
Zement	100	81	81	171
Baumwolle	100	76	104	100
Zellstoff	100	36	50	58
Benzin	100	47	142	212
Durchschnitt	100	61	95	149

Der Variationskoeffizient (aus der durchschnittlichen Abweichung) der sechs Produkte gegenüber der Kohle von 33 % für Juli 1944 - Januar 1945, 23 % von Juli 1945 - Januar 1946 und von 22 % im Juli 1946 verdeutlicht die Unordnung der Preise, die unter dieser oder jener Notwendigkeit auf Teilmärkten angehoben wurden und auf anderen Märkten bedeutendere Hausses nach sich zogen. "Il n'est pas certain qu'une hausse plus générale n'aurait pas eu à longue échéance une influence moins défavorable sur l'ensemble des prix".¹⁾

1) Etudes et Conjoncture, Dezember 1946 - Januar 1947, S. 137.

2. Die Wirtschaftspolitik der Provisorischen Regierung insbesondere auf dem Gebiet der Preise und Löhne

Die am 9. September 1944 gebildete Provisorische Regierung unter dem Vorsitz von General de Gaulle sah sich im Bereich der Wirtschaftspolitik drei Hauptaufgaben gegenüber. Sie hatte (a) so schnell wie möglich die Produktion in Gang zu setzen, (b) gegen die Inflation anzukämpfen und (c) die im Programm des Conseil National de Résistance (CNR) ausgesprochenen Ziele zu verwirklichen und die strukturellen Reformen zu beginnen.

"Die Produktion in Gang setzen" hieß, drei Engpässe überwinden, den Mangel an Transportmaterial, an Kohlen und jeder Art von Importgütern. Die strukturellen Reformen sollten nach dem Programm des CNR die Wiederherstellung des Gewerkschaftswesens, eine vollständige Sozialversicherung und "le retour à la Nation des grands moyens de production" umfassen.

Zu Beginn des Jahres 1945 kann der "Engpaß" der Transportmittel als überwunden gelten. Auch die Kohlenproduktion erreicht am 1. Januar 1946 98 % des Vorkriegsstandes.

Noch von Algier aus hatte die Regierung durch eine Verordnung vom 7. Juli 1944 das Gesetz vom 4. Oktober 1941 betreffend die "Charte de Travail" für ungültig erklärt und die vorher geltenden Gesetze zur Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer neu in Kraft gesetzt. Eine Verordnung vom 22. Februar 1945 führte die "Comités d'Entreprise" ein, Vertretungskörper der Belegschaft mit nur beratender Funktion, aber mit ausgedehnten Informationsrechten. Zwei Verordnungen vom 30. Dezember 1944 stellen das in der Besatzungszeit gestörte finanzielle Gleichgewicht der Sozialversicherung wieder her. Aber die Reorganisation des gesamten Sozialversicherungssystems erfolgt erst durch die Dekrete vom 4. Oktober und 19. Oktober 1945 nach dem Prinzip einer Pflichtversicherung für alle Lohn- und Gehaltsempfänger ungeachtet der Einkommenshöhe. Die Verstaatlichungsbewegung dauert vom September 1944 über das ganze Jahr 1945 an. Am 27. September 1944 beschließt die Regierung die Gründung einer staatlichen Gesellschaft für die Kohlengruben der Departements "Nord" und "Pas-de-Calais", am 13. Dezember 1944 werden daraus die "Houillères Nationales du Nord et du Pas-de-Calais". Am 15. November 1944 wird der Staat Eigentümer der Renault-Werke, am 29. Mai 1945 der Gesellschaft "Gnome-et-Rhône"¹⁾ und am 26. Juni 1945 der "Air-France".

1) Heute unter dem Namen SNECMA bekannt.

Ein Gesetz vom 2. Dezember verstaatlicht die Banque de France und die vier großen Depositenbanken und organisiert die Lenkung des Kredits durch den "Conseil National de Crédit".

a) Erste Lohnerhöhungen, Preisblockade und Emission der "emprunt de la Libération"

Der erste Akt der wirtschaftspolitischen Maßnahmen von September bis Dezember 1944 hat sozusagen provisorische Entscheidungen über die Generallinie der künftigen Wirtschaftspolitik zum Inhalt. Er umfaßt drei Beschlüsse, die das Gleichgewicht der gesamten Wirtschaft berühren: Erhöhung der Löhne und Gehälter, Blockade der Preise und Emission einer großen Anleihe. Noch in Algier hatte die Provisorische Regierung de Gaulle beschlossen, Löhne und Gehälter sofort nach der Liberation ansehnlich aufzubessern. Die "Commissaires de la République" sind ermächtigt, gleich nach der Ankunft in den ihnen unterstellten Landesteilen die Löhne neu festzusetzen. Die Lohnsätze werden im Durchschnitt um 25 % angehoben und die Familienzulagen am 17. Oktober 1944 um 50 bis 80 % erhöht. Am 6. Januar 1946 folgte die "Angleichung" der Beamtengehälter mit Sätzen, die die Lohnerhöhung der Arbeiter übersteigen.

Das schwierigste Problem stellte der Überschuß der umlaufenden Zahlungsmittel gegenüber der verfügbaren Gütermenge, bewertet mit den offiziellen Preisen. Sollte man durch die Blockade eines Teils der Banknoten die Kauff higkeit der Bevölkerung beschneiden, oder gen igten die "klassischen Methoden"? Die Diskussion um das Für und Wider einer Blockade wurde im Spätherbst 1944 durch einen einfachen praktischen Tatbestand entschieden. Die in den USA bestellten neuen Banknoten waren noch nicht eingetroffen, da die amerikanische und englische Regierung mit der Anerkennung der Regierung von Algier und der Rechtmäßigkeit ihrer Notenbestellung lange gewartet hatte. Die Ministerratssitzung vom 3. November 1944 bringt deshalb keine überraschende Entscheidung, als das Kommunik  die "Befreiungsanleihe"¹⁾ ankündigt. Als die Zeichnung am 20. November geschlossen wurde, erwies sich die "emprunt de la Libération" als "gelingen". Sie brachte 164 Mrd. Franc ein, von denen nur 37 Mrd. frs. in Schatzscheinen eingezahlt worden sind. Der Geldumlauf fällt von 650 Mrd. frs. am Ultimo des August auf 572 Mrd. frs. am Ultimo des Dezember 1944.

1) Eine Anleihe ewiger Renten mit Pari-Emission und einer Verzinsung von 3 %.

b) Der Banknotenumtausch vom 4. Juni 1945 und die Neuordnung der Preise und Löhne

Der Streit um die Blockade der Banknoten wird im zweiten Akt (Januar - Juli 1945) der französischen Nachkriegswirtschaftspolitik entschieden. Das für das Frühjahr 1945 zu erwartende Eintreffen der neuen Banknoten entfacht von neuem die Diskussion um die Art des Umtauschs. Die beiden Fachminister der Wirtschafts- und Finanzressorts sind selbst die Exponenten der Gegenthesen eines vollständigen oder nur teilweisen Umtauschs der alten gegen die neuen Noten. Der Wirtschaftsminister Mr. Mendes-France betrachtet einen beschränkten Umtausch als unerlässlich, da der langsame Produktionsanstieg das Verbrauchsgüterangebot erst nach längerer Zeit als angenommen auf das Vorkriegsniveau heben werde. Ein radikaler Kaufkraftentzug ist für Mr. Mendes-France das einzige Mittel gegen eine dauernde Preissteigerung. - Die Gegner der Blockade mit dem Finanzminister Mr. Plevén an der Spitze bestreiten den auf der Quantitätstheorie beruhenden Standpunkt von Mendes-France. Eine Blockade von Banknoten könne jederzeit in der Wirkung durch eine Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit aufgewogen werden. Im übrigen sei das Zuviel an Zeichengeld nicht die Ursache, sondern nur ein Symptom des Ungleichgewichts, dessen eigentlicher Grund bei der "Diskrepanz der Nominaleinkommen und der Produktion zu suchen sei".¹⁾

Am 29. März 1945 verteidigte der Finanzminister seine vom Kabinett gebilligte Entscheidung vor der Nationalversammlung mit den Worten: "Je ne ferai cet échange que dans des conditions sauvegardant entièrement le crédit du billet de banque, et je ne le ferai qu'en échangeant normalement franc contre franc, sans aucune retenue ni blocage".²⁾

Man kann der Meinung einiges Gewicht beimessen, daß die von der Regierung gewählte Lösung des Problems ein unbrauchbarer Mittelweg zwischen einem Umtausch mit Blockade und dem Weiterzirkulierenlassen der alten Geldscheine war.³⁾ Denn die Umtauschaktion habe die gehorteten Beträge in ihrer Gesamtheit "reaktiviert", indem sie die Landbevölkerung zwang, die angesammelten Barmittel zu offenbaren. Sobald das Widerstreben gegen die Offenlegung des Geldvermögens übergangen war, bestand kein psychologisches Hemmnis mehr, das deklarierte Geld auch so schnell wie möglich auszugeben.

1) Ausführung von Mr. Plevén vor der Nationalversammlung.

2) Zitiert nach P. Delouvrier, a. a. O., S. 166.

3) diese Ansicht wird besonders von Prof. Daniel Villey vertreten.

Daß die Regierung auf jeden Fall auf einem Umtausch der alten Noten bestand, hatte andere, nämlich finanz- und steuertechnische Gründe. Der Finanzminister wollte (1) vom Gegenwert der "unreinen" Noten profitieren, die nicht zum Umtausch eingereicht werden würden, (2) die Geldvermögen genau für die Veranlagung der geplanten Kapitalsteuer erfassen und (3) die Besitzer gehorteter Noten anregen, Bankkonten zu errichten. Die Erhöhung der Bankeinlagen war Voraussetzung dafür, daß die Banken dem Tresor mehr Schatzscheine abnähmen.

Der Banknotenumtausch sowie die Bestandsaufnahme der Schatzscheine (!) erfolgte am 4. Juni 1945. Der Notenumlauf fiel auf 444 Mrd. frs. am 2. August gegen 650 Mrd. frs. bei der Liberation; die Bankeinlagen stiegen dagegen so kräftig an, daß der Tresor aus dem Verkauf der Schatzscheine genügend Mittel erhielt, um das Budget im Jahr 1945 auszugleichen.

Vom 12. April 1945 bis zum Jahresende erscheinen die Verordnungen im Journal Officiel, die die Lohnhierarchie (das "grille Parodi") festlegen.

"D'une manière générale, il apparaît qu'en dix-huit mois, les salaires ont beaucoup plus que doublés, alors que la masse des produits consommables ne s'accroissait pas".¹⁾

Der dritte Akt der Wirtschaftspolitik der Provisorischen Regierung konstatiert gleichsam durch die Abwertung des Franc den Lauf der Inflation.

3. Die Frage des Außenwerts des Franc und die Neufestsetzung der Wechselkurse

Kurz vor der Liberation wurden die im Empire geltenden Kurse von 49,5 frs. für 1 \$ - USA und 200 frs. für 1 £ auf das Gebiet der Metropole ausgedehnt. Die Abwertung gegenüber den Vorkriegskursen (43,60 frs. für 1 US-\$ und 176,62 frs. für 1 £) ist auffallend gering, die heimische Währung ist bewußt überbewertet. Die Preise der Importgüter und die Ausgaben der Alliierten Truppen sollten niedrig gehalten werden. Im Hinblick auf den Preisanstieg im Herbst 1945 entschließt sich die Regierung am 25. Dezember 1945 zur Abwertung des Franc mit

119,10 frs.	für den US-Dollar
480	" " das Pfund Sterling
108	" " den Kanadischen Dollar
27,60	" " den Schweizer Franken

1) P. Delouvrier, a. a. O., S. 171

Das neue theoretische Gewicht des Franc in Gold wurde auf 7,46 mg statt 21 mg vor dem Kriege festgesetzt. Die Abwertung gab den meisten französischen Preisen einen deutlichen Vorsprung vor den Exportpreisen anderer Länder. Bei der Beantwortung der Frage, ob die Wechselkurse mit Rücksicht auf die Bewegungen der ausländischen Preisniveaus die äußere Kaufkraft des Franc richtig anzeigen, ist daran zu erinnern, daß der Preis einer französischen Ware im Ausland von zwei Variablen abhängt, dem Inlandspreis der Ware und dem Preis der französischen Währungseinheit in der fremden Valuta. Die Abwertung wirkt allein auf die zweite Variable. Die folgenden Versuche, die Disparität der französischen und ausländischen Preise zu studieren, sind deshalb nichts mehr als erste grobe Annäherungen.

Mr. Dessirier verwendet in "Conjoncture Economique et Financière" die Methode der Preisniveaus, um sich der Kaufkraftparität anzunähern. Stellen wir seine Rechenergebnisse für je eine Periode vor und nach der Dezemberabwertung gegenüber.¹⁾ Er geht vom Hausse-Koeffizienten der offiziellen Großhandelspreise von 4,1 (August 1945) auf der Basis 1938 oder August 1939 = 100 (= 1) und von 6,1 für die Gesamtheit der (Schwarzmarktpreise eingeschlossen) Preise aus und schlägt die Annahme eines späteren Stabilisierungskoeffizienten von 5,1 vor (Mittelwert ca. 5,5). Bei den amerikanischen Preisen berücksichtigt er eine residuelle Anhebung von 15 %, bei den englischen Preisen von 20 %. Die monetären Paritäten, die einem Preisgleichgewicht im Jahr 1939 entsprachen, standen etwa bei 144 frs. für 1 £ und bei 29,9 frs. für 1 US-\$.²⁾

Die Parität für den Dollar in Francs ist dann

$$\frac{5,5}{1,55} \cdot 29,9 = 106 \text{ frs.} \quad (1,55 \text{ ist der mittlere Hausse-Koeffizient aus dem amerikanischen Großhandelspreis- und Lebenshaltungskostenindex gegenüber dem 1. September 1939 vermehrt um 15 \%)$$

und für das Pfund Sterling

$$\frac{5,5}{1,84} \cdot 144 = 430 \text{ frs.}$$

Die neue offizielle Parität liegt nahe bei den errechneten Werten, zumal die offiziellen Kurse im Augenblick der Neufestsetzung den Franc unterbewerten.

1) 1. Iteft Oktober-November 1945 und Oktober-Dezember 1946.

4. Eine Abschätzung der Veränderung der inneren und äußeren Kaufkraft des Franc

Das "Inventaire de la Situation Financière" von 1946 stellt - ergänzt durch Angaben der Inspection Générale des Wirtschaftsministeriums - in drei Tabellen die Entwicklung der inneren Kaufkraft des französischen Franken in Warenpreisen und Goldkursen der äußeren Kaufkraft in US-\$ und £ gegenüber.

Im September 1946 hat der französische Franken gegenüber 1914 noch
2,1 % seiner Kaufkraft, gemessen an den Warenpreisen der Großhandelsstufe,
2,6 % seiner Kaufkraft gemessen am Goldkurs,
4,3 % seiner Kaufkraft gemessen am Dollarkurs,
5,3 % seiner Kaufkraft gemessen am Pfundkurs.

Da die innere Kaufkraft des US-Dollar und des Pfund Sterling im Jahr 1946 gegenüber 1914 mit den Koeffizienten 0,50 (\$) und 0,47 (£) zu versehen sind, bewegen sich in der Mitte des Jahres 1946 die innere und die äußere Kaufkraft des Franc in denselben Größenordnungen.

II. Im Inflationskarussell der Jahre 1946, 1947 und 1948

Die Nachkriegsinflation geht während der Jahre 1946, 1947 und 1948 mit dauernd wechselndem Rhythmus weiter und kommt erst im Spätherbst 1948 zum Stehen.

1. Die Preisbewegung im Jahr 1946. Niveau und Disparitäten

Das Jahr 1946 beginnt mit relativer Stabilität der Nahrungsmittelpreise. Erst der Großhandelsindex des Monats Mai, in dem die Preise der neuen Kartoffeln zum ersten Mal berücksichtigt werden, steigt jäh an. Das Sinken der Kartoffelpreise im Juni erklärt in gleicher Weise das Sinken des Nahrungsmittelindex in diesem Monat. Die Preiserhöhungen der industriellen Rohstoffe und Halbfertigwaren bleiben im ersten Semester den Nahrungsmitteln gegenüber gering. Die Bewegung des Generalindex nach oben kommt aus dem Agrarbereich, ebenso die Baisse im Juli, welche durch die Preissenkungen von Schweinefleisch, Eiern und Kartoffeln verursacht ist. Landwirtschaftliche und industrielle Produkte tragen in gleicher Weise dazu bei, den Oktoberindex um 13 % gegenüber dem Septemberwert anzuheben. Die schwache Hausse von

Rindfleisch, dessen Preis von neuem taxiert ist und einiger Getreidearten, bei denen die "Prämie für prompte Lieferung" herabgesetzt wurde, wird durch die Preiserhöhungen bei Milchprodukten, Eiern, Kartoffeln, Erdnußöl und Wein ausgeweitet. Die Regierungsverordnungen betreffend verschiedene Preisanhebungen werden verspätet erst im Oktober veröffentlicht und berühren daher erst den Oktoberindex.

Der Preisauftrieb der Einzelhandelspreise in Paris im zweiten Trimester liegt wie bei den Großhandelspreisen am Erscheinen der neuen Kartoffeln, an der Hausse von Eiern, Öl und Wein im Mai, an einer weiteren Hausse derselben Artikel und dazu von Reis und Schokolade im Juni. Die saisonübliche Baisse von Kartoffeln und Kaffee im Juli wird gerade kompensiert durch Preisanhebungen bei Fisch, Eiern, Wein. Im September geht die Hausse bei Fleisch, Milchprodukten, Kartoffeln weiter, ebenso bei Gemüse, obwohl der Markt mit Gemüse gut versorgt ist. Die Steigerung des Index um 9 % von September auf Oktober ist der Gruppe "Fleisch- und Fleischartikel", Eiern und Wein zuzuschreiben. Die Periode des "double secteur" von August bis Oktober 1946 mit dem mißglückten Versuch, einen freien und einen kontrollierten Markt für Eier und Fleisch nebeneinander bestehen zu lassen, gab dem Anstieg der Fleischpreise freie Bahn. Je nach Ware und Qualität kommt es zu Preisanhebungen von 25 % bis 50 %. Die Ware verschwindet vom taxierten Bereich und wendet sich den freien Märkten zu. - Ein ähnliches Problem taucht bei den Industriewaren auf. Statt bislang produzierter Artikel werden "Luxusausführungen" mäßiger Qualität geliefert, die von den Kunden überhaupt nicht gewünscht werden, aber zu einem höheren Preis verkauft werden können. Die einen Preise sind "scandaleusement élevés", andere "anormalement bas". Ein sprechendes Beispiel ist das Mißverhältnis der landwirtschaftlichen Produktionspreise (Januar 1947) gegenüber den entsprechenden Preisen von 1938. - Die Zahlen geben die Hausse-Koeffizienten für die Basis 1938 (= 1).

Weizen (offiz. Preis)	5	Auf dem Hintergrund dieser Preisrelationen sind die Ursachen der Getreidekrise leicht einzusehen. Der Weizen droht von den zweitrangigen Getreidesorten verdrängt zu werden und das Interesse der Bauern vom Getreideanbau überhaupt abzulenken (1946 sind 1 Million ha Ackerland weniger mit Getreide bestellt als vor dem Kriege).
Gerste (effekt. Preis)	12	
Kartoffeln (freier Preis)	15	
Zuckerrüben (taxierter Preis)	7	
Rind, lebend, 1. Qualität	14	
Schwein " "	17	
Milch (taxierter Preis)	11	
Geflügel	14	
Eier (freie Preise)	15	

Der Weizenpreis selbst reizt zu einem "irrationalen Konsum", zum Verfüttern des Weizens an Mast- und Legehühner.

2. Die Preisbewegungen im Jahr 1947. Niveau und Disparitäten

Mit der Ankündigung einer autoritären Senkung aller Preise in Landwirtschaft und in Industrie am Abend des 31. Dezember war das Jahr 1946 zu Ende gegangen. Am 2. Januar wird die erste Baisse von 5 % verordnet, am 24. Februar soll sich die zweite mit differenzierten Sätzen anschließen. Der Einzelhandelspreisindex fällt von 872 in der vierten Dezember-Woche auf 822 in der fünften Januar-Woche, zieht im Februar auf 851 an, fällt im März nach der Veröffentlichung der zweiten Preissenkungsverordnung auf 833. Gemessen an der Höhe des Preisniveaus ist die Regierungsaktion wenigstens ein Teilerfolg. Der Einfluß auf die zukünftige Preisentwicklung ist vielmehr unheilvoll, da die Regierung die ohnehin schon niedrigen Preise der subventionierten Produkte zuerst herabsetzt und so die Disparität der Einzelhandelspreise vergrößert.

Das Emporschnellen der Fleischpreise treibt den Index im Mai auf 883, und damit über das Ausgangspreisniveau der Preissenkungsaktion. Ebenfalls die Fleischpreise verursachen den 5 %igen Anstieg von Mai bis Juni. Anfang August nähert sich der Index dem Wert 1000. Von Juli bis Oktober zieht der Index um 34 % an, verändert sich im letzten Trimester nur noch um weitere 6 % nach oben. Die Fleischpreise sind stabilisiert und gehen sogar leicht zurück.

Die Beschleunigung der Preissteigerung von Juli bis Oktober bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes als das Sichtbarwerden einer vorher schon erfolgten Preiserhöhung. Eine zunehmende Zahl von Artikeln des Einzelhandels geht in den freien Verkauf über und nähert sich dabei den Schwarzmarktpreisen an.

Trotz der "Aktion der 5 %" steigt der Großhandelspreisindex von Dezember 1946 zum Januar 1947 um 3 %. Die vorausgegangene Preiserhöhung der Kohle wurde offensichtlich auf die Endpreise verschiedener industrieller Artikel weitergewälzt.

Die 23 %ige Steigerung des Nahrungsmittelindex von Juli bis August, die den Generalindex um 13 % anhebt, verstärkt die Auseinanderentwicklung der Nahrungsmittel- und industriellen Preise. Der dynamische Charakter der Hausse ist um so gefährlicher, als von der Marktversorgung her kein Grund für eine Preissteigerung vorliegt. Es hat den Anschein, daß große Warenmengen zur Lagerbildung aufgekauft wurden. - Am auffallendsten ist im Monat August

die Fleischpreissteigerung. Während die Fleischpreise auf der Produktionsstufe von 55 frs. auf 85 frs. je kg anziehen, steigen sie im Einzelhandel von 100 - 150 frs. auf 150 - 350 frs. an. Einer Hausse von 55 % im Produktionsbereich steht im Einzelhandel eine solche von 100 % gegenüber.

Das Hauptelement der immer von neuem ansetzenden Inflationsbewegung ist der Mangel an Nahrungsmitteln, der trotz - oder vielmehr wegen - der Agrarsubventionen nicht behoben wurde. Die 100 Mrd. frs. Agrarsubventionen (in Francs von 1947), die seit der Liberation ausgegeben wurden, haben ihr Ziel verfehlt. Statt zu der Ausdehnung der Getreideproduktion verleiteten sie zu einer Verringerung der Weizenanbaufläche um 20 % gegen 1938. Der Mangel an Brotgetreide zwingt andererseits die Bevölkerung, in der Zusammensetzung der Ernährung die billigen vom Getreide gelieferten Kalorien durch die teuren Kalorien des Fleisches und z. B. der Eier zu ersetzen. "Une remise en ordre des prix agricoles en fonction des besoins et des coûts de production est donc indispensable".¹⁾ - Aber eine Neuordnung der Preisstruktur der Nahrungsmittel genügt nicht. Die Erhöhung des Weizenpreises muß von einer wirksamen Stabilisierung der übrigen Nahrungsmittelpreise begleitet sein, nehmen doch im April 1947 die Ausgaben für Nahrungsmittel bereits 80 % des Verdienstes eines Facharbeiters in Anspruch, der eine Familie von vier Personen zu ernähren hat.

Die Disparität²⁾ der Preise verdient eine genauere Untersuchung. Nimmt man den Generalindex als Basis 100 für die Indizes der landwirtschaftlichen und industriellen Produkte und den Gruppenindex der landwirtschaftlichen Produkte als Basis 100 für den Getreide- und Fleischindex, wird die entgegengesetzte Bewegung der Preisfächer zwischen Dezember 1946 und Dezember 1947 sichtbar.

	Dez. 1946	Juli 1947	Dez. 1947
Generalindex	100	100	100
Industrielle Produkte	87	89	82
Nahrungsmittelprodukte	113	111	117
Gruppenindex Nahrungsmittel	100	100	100
Getreide	60	56	71
Fleisch, Fett	143	160	126

1) Etudes et Conjoncture, August 1947.

2) Disparität = Verhältniszahl aus zwei Indizes.

Im Innern der Gruppe der landwirtschaftlichen Produkte neigt der Preisfächer dazu, sich zu verengern (71 und 126!). Aber die Preisdiskrepanz dieser wichtigen Gruppe ist noch größer als die der industriellen Preise. "Pour le secteur agricole le gouvernement n'a fait qu'enregistrer périodiquement des hausses de prix qui échappent à son contrôle ...".¹⁾ Die Güter, welche die Landwirtschaft an den "Sektor Industrie" "exportiert", sind für diesen kurzfristig wichtiger als die industriellen Erzeugnisse für die Landwirtschaft. Es kommt hinzu, daß die Diskrepanz der landwirtschaftlichen und industriellen Preise der Landbevölkerung gar nicht bewußt wird, denn die Bauern kaufen die Industrieprodukte von Händlern, die außerhalb jeder Reglementierung anbieten. Die Händlergewinne "beseitigen" die Diskrepanz zum Schaden der Industrie.

3. Die Preisbewegungen im Jahr 1948. Niveau und Diskrepanzen

Das Jahr 1948 beginnt in einem anderen wirtschaftspolitischen Klima als das verflossene. Im Vorjahr traten eine Reihe von Gütern in den freien Markt ein, die Subventionen wurden auf 47 % des Volumens von Anfang 1946 herabgesetzt. Das Jahr 1947 ist die Übergangsperiode zwischen zwei Experimenten ganz verschiedener Art, zwischen einem in gleicher Weise gemilderten Dirigismus und Liberalismus.

Das neue Regime der Preise gewährt vom 1. Januar 1948 an einem Teil der Produkte (Baumaterialien, Spezialstähle, chemische Produkte usw.) völlige Freiheit und richtet für andere (Erzeugnisse der Metall- und Elektroindustrie) neue Verfahren zur Preisfixierung ein. Von Februar bis April bleibt der Generalindex nach zehn Monaten ununterbrochenen Anstiegs stabil. Ist die Inflation überwunden? Eine optimistische Antwort scheint nicht völlig unbegründet zu sein, denn die Industrieproduktion nähert sich dem Niveau von 1937 und liegt damit über dem Niveau von 1938, die Versorgung mit Nahrungsmitteln hat sich deutlich gebessert, die Ernteaussichten sind gut und die Staatsfinanzen sind vom Haushaltsgleichgewicht nicht mehr weit entfernt.

Die Stabilität des Generalpreisindex vom Februar zum März ist das Ergebnis einer gegenläufigen Preisbewegung im landwirtschaftlichen und industriellen Bereich. Der Anstieg zum April ist sehr gering, aber zum Mai setzt der Preisauftrieb wieder ein, und zwar in gleicher Weise bei den landwirtschaft-

1) Etudes et Conjoncture, Januar 1948.

lichen (Frühjahrskartoffeln) wie bei den industriellen Gütern (Textilien und chemische Erzeugnisse). - Im zweiten Trimester 1948 trägt der Index der industriellen Produkte den Generalindex nach oben. Die Neuordnung der Preise, die "Revalorisation" der Industrieartikel - eines der Ziele der Regierung Schumann - bedeutet in der Praxis Genehmigung von Preissteigerungen, Lockerung der Preiskontrollen und weitere Verminderung der Subventionen.

Der Einzelhandelspreisindex setzt wie der Großhandelspreisindex die Aufwärtsbewegung vom zweiten Trimester 1947 bis Februar 1948 fort. Mit einer Hausse von 12 % von Dezember bis Februar strebt er einem Höchstwert für das erste Halbjahr 1948 zu. Die lange Zeit der Stabilität der Einzelhandelspreise muß mit Vorsicht gewürdigt werden, denn der Index der 34 Artikel ist ein sehr unvollkommenes Instrument. Da 29 seiner Referenzartikel Nahrungsmittel sind, gibt er weder den Fortgang der Hausse der industriellen Produkte im Februar wieder noch das Ergebnis der Preissenkungsaktion der Regierung vom 1. April. Von Juni bis November zieht der Index weiter um 22 % an. Ursache sind die Preiserhöhungen einiger taxierter und freier Produkte, insbesondere die starke Hausse bei Gas und Elektrizität. Aber die Preissteigerungen sind bedeutend geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres, wo sie 43 % erreichten.

Die Disparität der landwirtschaftlichen und industriellen Großhandelspreise verschwindet im Lauf des Jahres 1948 fast völlig.

Disparitäts- maß ¹⁾	Juni 47	Nov. 47	Jan. 48	Juni 48	Juli 48	Aug. 48	Sept. 48	Nov. 48
I. Nahrungs- m. Preise ²⁾	138,7	142,-	115,4	96,5	94,8	103	103,6	92,7
I. ind. Preise								
I. Nahrungs- m. Preise	115,8	117,3	107,-	98,-	97,3	101,5	101,8	96,2
Generalindex								
I. Ind. Preise	84,3	82,7	93,-	102,-	102,7	98,5	98,2	103,8
Generalindex								

Der Preisfächer schließt sich in der Mitte des Jahres ganz und öffnet sich zum Jahresende in entgegengesetzter Richtung, die industriellen Preise nei-

1) Disparitätsmaß mal 100 genommen.

2) Index der Nahr. m. Preise usw.

gen dazu, die landwirtschaftlichen Preise zu überholen. Der Weizenpreis hat seine Position verbessert, ist aber dem Fleisch gegenüber noch im Nachteil. Der Preisfächer der Gruppe der industriellen Produkte schließt sich fast ganz, in der Untergruppe der Halbfabrikate fallen die Textilien als überbewertet auf.

4. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen in den Jahren 1946, 1947 und 1948

a) Das Ende der "Struktur-Reformen" und die auf die Produktionsausweitung gerichteten Maßnahmen

Die Wirtschaftspolitik der ersten Regierungen der Vierten Republik von Januar 1946 bis Ende 1948 ist ebenso bewegt wie die Preisentwicklung. Sieben Regierungen lösen sich in den drei Jahren ab, aber ihre Hauptziele bleiben dieselben wie unter der Provisorischen Regierung.

Die Struktur-Reformen werden in den beiden Jahren 1946 und 1947 zu Ende geführt. Ein Gesetz vom 16. Mai 1946 schreibt die Wahl von "comités d'entreprise" bereits für Betriebe mit einer Belegschaft von mehr als 50 (statt bisher 100) Personen vor. Das Prinzip der Sozialversicherung wird durch das Gesetz vom 22. Mai 1946 wesentlich abgewandelt. Jeder Franzose und nicht nur jeder Unselbständig-Erwerbstätige ist pflichtversichert. "La notion de Sécurité Sociale n'est plus attachée au contrat de travail, elle se rattache très directement au principe de la Solidarité Nationale".¹⁾ Die Gesetze zur Verstaatlichung der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft folgen am 8. April, die der wichtigen Versicherungsgesellschaften am 25. April, der Kohlengruben am 17. Mai 1947.

Dem zweiten Hauptziel - der Ausweitung der Produktion - dient der erste Modernisierungs- und Ausrüstungsplan (Premier Plan de Modernisation et d'Équipement.) Der Plan, der als Gemeinschaftswerk von zwanzig Fachkommissionen mit Vertretern der Verwaltung, der Industrie und der Gewerkschaften entwickelt wurde, legt das Investitions- und Produktionsprogramm der Grundindustrien, der "activités de base" Kohle, Elektrizität, Eisen- und Stahl, Zement, Transporte und Landmaschinen, mit Gesetzescharakter fest und bestimmt für die anderen Wirtschaftszweige Produktions- und Modernisationsziele. Die Produktionsziele sollen jährlich den Fortschritten der Grundindustrien angepaßt werden.

1) Delouvrier, a. a. O., S. 187.

In der Ausrichtung des Planes selbst interessieren sich Jean Monnet und seine Mitarbeiter mehr für die Produktion als für die Produktivität und bieten nur allgemeine Empfehlungen für die Finanzierung der Planziele an. Die Finanzierungskredite kommen schließlich zum großen Teil aus dem Budget und tragen zum Budgetdefizit bei.

Der dritte Engpaß, der sich einem schnellen Anstieg der Produktionen entgegenstellt, ist neben dem Kohle/Stahl- und Arbeitskräftemangel das Devisenproblem. Das Ausmaß des Devisenbedarfs erhellt aus dem Betrag der von Frankreich in den Jahren 1945 bis 1948 tatsächlich verbrauchten Devisen. In den vier Jahren sind es 7,325 Millionen Dollar, davon 3,235 Millionen aus Geschenken oder Krediten der USA, 1,473 Millionen aus Geschenken oder Krediten anderer Länder und 2,667 Millionen aus der Verwendung der Goldreserven und der Requisition der französischen Guthaben im Ausland.¹⁾

b) Die Bemühungen um die Stabilisierung der Preise

Den Kampf gegen die Inflation versuchen die Regierungen an mehreren Fronten zu führen. Der Abbau der Militärkredite ermöglicht 1946 und 1947 eine wesentliche Ausgabenminderung. Die Vorschläge von Sparkommissionen und Pauschalreduktionen von 6 oder 7 % lassen auch die zivilen Ausgaben deutlich abnehmen. Auf der Einnahmenseite bringen einige Teiltreformen (Erhöhung der "taxe à la production" von 9 auf 10 % im Februar 1946, die Einführung einer Mindestpauschalbesteuerung des Einkommens etc.) und die Tatsache der Geldentwertung selbst, die die Einkommen in den progressiven Bereich hineinführt, höhere fiskalische Erträge. Kennzeichnend für die Epoche sind neue Steuern, die mit "außergewöhnlich" oder "ausnahmaweise" betitelt sind, obwohl sie durch ihre Häufigkeit den Anspruch auf diese Bezeichnung verlieren. Die zweite, dritte und vierte Rate der 1945 beschlossenen "impôt de solidarité nationale" samt dem am 27. Juli 1947 beschlossenen "fünften Viertel" berühren die Jahre 1946 und 1947.

Der Einzug der 5000-Francis-Noten am 30. Januar 1948 ist weder mit einer Geldabschöpfung noch mit einer Anleihe zu Gunsten des Tresor verknüpft. Die eingezogenen Beträge werden vom 6. Februar ab zurückerstattet. Diese merkwürdige Maßnahme soll die Zustimmung der Sozialisten zur Einführung des freien Goldmarktes erkaufen. Sie hat im übrigen einen moralisierenden Charakter, denn die 5000-Franc-Noten galten als das Instrument der Schwarzmarktsätze. Hilflos gegenüber dem Wettlauf der Preise und Löhne sucht die

1) P. Delouvrier, a. a. O., S. 196.

Regierung mit autoritären Preissenkungsaktionen Abhilfe. Zwei im Januar und Februar 1946 angeordnete Preisblockaden bleiben wirkungslos. Angesichts neuer Lohnforderungen im April-Mai beruft der Ministerpräsident Bidault die Vertreter der Gewerkschaften, der Unternehmer und der Bauern zur "Konferenz im Palais Royal" im Juni-Juli 1946. Das Ergebnis ist ganz anders, als Minister und Verwaltung es erwarteten. Die entgegengesetzten Interessen der vertretenen Gruppen neutralisieren sich nicht, sondern die Verbandsvertreter verbünden sich zur Unterstützung ihrer jeweiligen Forderungen gegen die Regierung.

Die galoppierende Inflation des Herbstes 1946 will die Regierung Blum durch ein großangelegtes Baisse-Experiment zum Stehen bringen. Am Abend des 31. Dezember verkündet der Ministerpräsident eine Zwangspreissenkung von 5 % für alle Güter und eine weitere Baisse von 5 % zwei Monate später. Der Überraschungserfolg ist an den Preisindizes des ersten Trimesters abzulesen, aber der Mangel an Produkten aller Art, insbesondere an Fleisch, bringt den Preisanstieg wieder in Gang. Im April muß der neue Kabinettschef Ramadier ansehnliche Fleischpreiserhöhungen zugestehen, um die Bauern zur Belieferung der großen Städte zu bewegen.

Im November 1947 beschneidet die Regierung den Gesamtbetrag der "wirtschaftlichen" Subventionen zwecks Verbesserung der Haushaltslage, muß aber gleichzeitig wesentliche Tarifierhöhungen der Eisenbahnen, von Gas und Strom bewilligen. Lohnforderungen und Preiserhöhungen folgen immer schneller aufeinander in einer Zeit, in der Frankreich praktisch ohne Regierung ist. Die von der am 22. November endlich neugebildeten Regierung Schumann-Mayer gewährte einmalige Lohnzulage von 1.500 frs. pro Lohnempfänger verhindert die soziale Explosion nicht mehr. Am 28. November dehnen sich die bis dahin vereinzelt Streiks auf ganz Frankreich aus - das Land erlebt die schwärzesten Tage seit Kriegsende. Unter dem Druck der Forderungen hebt die Regierung die Löhne von Oktober bis April um 40 % an.

Die Leitidee der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung Schumann-Mayer ist die Abkehr vom System der gelenkten Wirtschaft, das seine Wirkungslosigkeit im Kampf gegen den Preisauftrieb klar genug gezeigt hatte. An die Stelle der "politischen" sollen "wahre" Preise treten. Dazu dienen die fast völlige Beseitigung der wirtschaftlichen Subventionen, die Anhebung der Tarife der Staatsbetriebe auf ein kostendeckendes Niveau und die Befreiung des größten Teils der industriellen Preise. Die Genehmigung für die Hausse der landwirtschaftlichen Produkte erscheint nach dem erheblichen An-

stieg der industriellen Preise und der Landerbeiterlöhne als unvermeidlich. Die nachfolgende Erhöhung der Nahrungsmittelpreise führt zu neuen Lohnforderungen. Über eine leichte Nominalloohnerhöhung und den Nachlaß der von den Arbeitgebern zu zahlenden Steuer auf die Löhne gewährt die Regierung Queuille eine 15 %ige Lohnaufbesserung.

5. Die Veränderungen der äußeren Kaufkraft des Franc und die Abwertungen des Jahres 1948

Der wirtschaftspolitische Grundsatz der "Preiswahrheit" hätte schon im Lauf des Jahres 1947 dringend eine Änderung des "politischen" Preises par excellence, des Austauschverhältnisses des Franc gegen fremde Valuten, erfordert. Trotz des berechtigten Mißtrauens gegen Preisniveauvergleiche zur Bestimmung eines "Normalwechselkurses" - die Generalindizes sind in den zu vergleichenden Ländern nie völlig gleich aufgebaut, das Preisniveau der Außenhandels Güter kann sich durch Sondertarife für den Transport, durch fiskalische Vergünstigungen usw. deutlich vom inneren Preisniveau unterscheiden -, müssen Preisniveauverschiebungen eines solchen Ausmaßes, wie sie seit 1945 in Frankreich stattfanden, dem am 25. Dezember 1945 fixierten offiziellen Wechselkurs jede Bedeutung eines Normalwechselkurses genommen haben.

Die Bekanntmachung Nr. 291 des Office de Change vom 26. Januar 1948 begräbt das System der starren Wechselkurse und führt Wechselkurse mit Schwanungsbreite und mit multiplen Paritäten ein ("changes flottantes et parités multiples"). Das Wort "Abwertung" ist in der Bekanntmachung nicht zu finden. Die Maßnahme habe lediglich den Zweck "majorer d'une prime générale et uniforme de 80 % les cours auxquels le Fonds de Stabilisation des Changes achète et vend les devises qu'il traite".¹⁾ Die gleichzeitige Eröffnung eines freien Devisenmarktes soll die spätere Stabilisierung des Franc vorbereiten.

Seit dem 26. Januar hat der Franc gegenüber den fremden Währungen drei verschiedene Austauschverhältnisse,

zum offiziellen Kurs sind der Dollar 214,392 frs. und das Pfund Sterling 864 frs. wert,

zum freien Kurs bewegt sich der Dollar von Februar bis Juli zwischen 305 und 306 frs.,

zum mittleren Kurs zwischen dem offiziellen und freien Kurs steht der Dollar bei ca. 230 frs. Der mittlere Kurs ist die Abrechnungsbasis der Exporte nach

1) P. Vigreux, a. a. O., S. 873.

den USA, ... "cours qui semblait correspondre alors assez bien à la parité des pouvoirs d'achat relatifs des deux monnaies".¹⁾

"Frei" ist auf dem freien Markt nur das Angebot an Devisen. Das Recht, Devisen nachzufragen, hat nur, wer eine Importlizenz und eine Genehmigung des Office de Change vorweisen kann. Statt eines fixen und eines variablen Wechselkurses gibt es in Wirklichkeit zwei fixe Kurse.

Die offiziellen Wechselkurse blieben in den beiden ausgeprägten Inflationsjahren 1946 und 1947 unverändert. Sie scheiden deshalb als Maß der Veränderung der Kaufkraft des Franc aus.

6. Der Kaufkraftverlust des Franc seit 1944

a) Nach den offiziellen Preisindizes

Die offiziellen Preisindizes geben trotz ihrer Unvollkommenheit eine Vorstellung vom Ausmaß der Entwertung des französischen Franken.

Der Kaufkraftverlust innerhalb von vier Jahren ist enorm: 86 % nach den Großhandels- und 84 % nach den Einzelhandelspreisen (Dezember 1944 - Dezember 1948). - Da das reale Preisniveau im Dezember 1944 über dem Niveau der offiziellen Preise lag, ist ein Teil der Entwertung der obigen Periode der Zeit von 1938 bis 1944 zuzurechnen.

b) Nach der realen Preisentwicklung gemäß den Größen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Die bisher verwandten Preisindizes der SGF und des INSEE berücksichtigen nur die offiziellen Preise. Da Indizes der Schwarzmarktpreise nicht existieren, muß die reale Preisentwicklung der Nachkriegszeit über einen Umweg, als Quotient eines Wert- und Mengenindex erfasst werden. Die vom SEEF²⁾ berechneten Volumenindizes³⁾ "résultent de la comparaison des différentes productions de chacune des années considérées à celles correspondantes de l'année 1938".⁴⁾ - Die Bewertung zu Marktpreisen gelang im Bereich der Nahrungsmittel ohne jede Verwendung von Preisindizes. "Pour chaque produit

1) P. Vigreux, a. a. O., S. 863.

2) Service des Etudes Economiques et Financières.

3) Le Revenu National de la France, Extrait aus Statistiques et Etudes Financières, Suppl. Fin. Fr. Nr. 20, ausgearbeitet von Pierre Gavanier.

4) Le Revenu National de la France, a. a. O., S. 19.

les quantités commercialisées ont été multipliées par le prix unitaire moyen à la consommation compte tenu pour 1946 et 1947 du marché noir. Aux chiffres ainsi obtenus a été ajoutée l'évaluation (au prix à la production) des quantités autoconsommées par les agriculteurs".¹⁾ In den übrigen Produktionsbereichen "les indices de prix ont du être reconstitués en partant des chiffres d'affaires en francs de 1938 des branches intermédiaires à la production".²⁾ Die Gesamtproduktionswerte wurden über die Wertschöpfung der Sektoren und über die fiskalischen Statistiken unter Beachtung des Steuerbetruges überprüft.

Die Division der Produktionswerte zu Marktpreisen durch die Produktion zu Preisen von 1938 (d. i. ein Volumenindex nach Laspeyres) ergibt einen Preisindex der End- und Zwischenprodukte nach der Formel von Paasche.³⁾

Preisindizes der Endprodukte und Dienste / 1938 = 100

	1946	1947	1948	1949
Nahrungsmittel	1095	1350	1765	1890
(Kaufkraftverlust gegenüber 1938 = 100)	9,1	7,4	5,6	5,3
Nicht dauerhafte Produkte ⁴⁾	635	790	1270	1630
Kleider, Textilien, Lederwaren	715	1120	2200	2520
dauerhafte Güter	825	985	1560	1760
private Dienste	655	835	1300	1580
Wohnung	180	210	255	520
Verbrauchsgüter insgesamt	830	1020	1530	1760
(Kaufkraftverlust gegenüber 1938 = 100)	12,0	9,8	6,5	5,7
Industrielle Ausrüstung	535	830	1410	1710
landwirtsch. Ausrüstung	580	900	1490	1640
Transportmaterial	610	775	1350	1460
Bau u. öffentl. Arbeiten	710	900	1725	1890
Bewaffnung	540	800	1250	1750
Gesamt Ausrüstung	625	850	1525	1720
(Kaufkraftverlust gegenüber 1938 = 100)	16,0	11,8	6,5	5,7
Exportierte Rohstoffe	600	860	1840	1860
gelagerte "	600	860	1600	2160
importierte "	510	710	1710	1830
Bruttosozialprodukt	810	1000	1550	1750

1) Le Revenu National de la France, a. a. O., S. 20,

2) ebenda, S. 8,

3) ebenda, S. 37, 4) Lebensdauer weniger als ein Jahr.

Achtes Kapitel:

Die erste Zwischeninflationsperiode von der Jahreswende 1948/1949 bis
Juli 1950

1. Die Entwicklung der Groß- und Einzelhandelspreise

Am Jahresende 1948 zeichnet sich ein konjunktureller Umschwung mit Absatzstockungen und Preissenkungen ab. Die Preisänderungen sind stärker als die Änderungen der Beschäftigung, und diese sind stärker als die Änderungen der Produktion. Die Preissenkungen sind im landwirtschaftlichen Bereich am ausgeprägtesten. Sie betreffen mehr die Erzeugerstufe als den Einzelhandel.

Sieben Maxima kennzeichnen den Tendenzumschwung: Höhepunkt des Kursindex der französischen Aktien (Ende Oktober 1948), der mittleren Goldkurse auf dem freien Markt (Mitte Oktober), der mittleren Devisenkurse auf dem schwarzen Markt (Dezember 1948), der Großhandelspreise (November 1948), der Großhandelspreise der industriellen Rohstoffe (Januar 1949) und der Halbfabrikate (Februar 1949).

Der Großhandelspreisindex¹⁾ der Nahrungsmittel sinkt von November 1948 bis April 1949 um 17 %. Der wirkliche Preisfall auf der Produktionsstufe kommt damit nicht richtig zum Ausdruck, da ja die Preise mehrerer Verarbeitungsstufen in den Index eingehen.

Im ersten Trimester 1950 heben die Kursbewegungen der Industrierohstoffe auf den Weltmärkten den Generalindex der Großhandelspreise um 5 % an. Im zweiten Trimester steigen die Rohstoffpreise zwar weiter, aber der neuerliche Preisfall der Nahrungsmittel, insbesondere der Gruppe "Fleisch-Fett", senkt den Generalindex wieder um 4 %. Die Einzelhandelspreise bleiben in den ersten vier Monaten des Jahres so gut wie unverändert. Von Mai bis Juli geht der Index dank der Preisermäßigung bei Eiern, Milch und Butter noch um 4 bis 5 % zurück.

Der Index der Mietpreise geht auch in dieser Stabilitätsperiode ständig nach oben. - Mitte 1948 näherten sich die Gruppenindizes der landwirtschaftlichen und industriellen Großhandelspreise über einen sprunghaften Anstieg des Preis-

1) Die Indizes der Einzelhandelspreise sind immer nach den Werten der Monatsmitte, die Indizes der Großhandelspreise nach denen vom Monatsende berechnet.

niveaus einander an. Die Stabilität seit Oktober scheint sich auf eine neuerliche Öffnung des Preisfächers zu Gunsten der industriellen Preise zu gründen, "traduisant la dévalorisation du franc agricole par rapport au franc industriel".¹⁾

2. Die Gewichtsverlagerungen in der Wirtschaftspolitik

Eine große Zahl von im einzelnen unbedeutend und wahllos erscheinenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen, von amtlichen Preissenkungen und einzelnen Preisanhebungen führt im Ergebnis doch zu einer "remise en ordre" der Preise und Löhne. Zum ersten Mal seit Kriegsende brauchen die Bemühungen der staatlichen Wirtschaftspolitik nicht mehr zuvörderst auf den Bereich "Preise-Löhne" gerichtet zu sein. Die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt und die bereits erzielte deutliche Realeinkommenssteigerung der Arbeitnehmer geben der Regierung die Möglichkeit, auf Lohnforderungen mit Einzelprämien, Neueinteilungen der Lohnzonen usw. zu antworten und die "endgültige" Lösung hinauszuschieben. Im Februar 1950 erhalten die Tarifpartner ihr altes Recht, die Lohn- und Arbeitszeitfragen selbst auszuhandeln, zurück.

Der Frage des Budgetausgleichs gilt in dieser Zwischenperiode die Hauptsorge. Mr. Pertsche, Finanzminister seit Juli 1948, will dem Budgetdefizit vor allem durch Anleihebehebungen abhelfen. Seine 5 %ige ewige Anleihe vom 21. Januar 1949 bringt 108 Mrd. frs. an frischen Mitteln. Da der Absatz an Schatzscheinen in den darauffolgenden Wochen auffallend nachläßt, entspricht das Nettoergebnis doch nicht den Erwartungen des Tresor. Im Ergebnis wurde vielmehr die schwebende Schuld durch eine teure Anleihe konsolidiert. Größeren Erfolg in der Einnahmenbeschaffung hat die Regierung mit den Steuern. Die Budgeteinnahmen decken im Jahr 1949 70,6 %, im Jahr 1950 76,9 % der Staatsausgaben gegen 64,2 % im Jahr 1948. Zusammen mit dem Gegenwert der Marshall-Plan-Hilfe steigen die Deckungssätze auf 84,6 % und 84,4 % gegen 72 % im Jahr 1948.

Die letzten Reste der Zwangswirtschaft fallen im Jahr 1949. Die Zuteilung von Brot wird im Januar 1949 aufgehoben, die von Hausbrandkohle im Mai und die von Industriekohle und Stahl am Ende des Jahres 1949. Preiskontrollen, Kontingentierung und Rationierung bestehen praktisch nicht mehr.

1) Etudes et Conjoncture, September-Oktober 1949, S. 52.

Nachdem der gesamte französische Außenhandel bis Juni 1950 zu 80 % liberalisiert ist, soll die französische Exportposition durch die beiden Wechselkursänderungen des Jahres 1949 gestützt und verbessert werden. Am 26. April läßt der Fonds de Stabilisation den Dollarkurs auf dem freien Markt von 322, 20 auf 329, 80 frs. steigen. Der für sämtliche Außenhandelsumsätze anzuwendende mittlere Dollarkurs erhöht sich damit von 264 auf 272, 10 frs. Der auf 350 frs. angehobene freie Dollarkurs ist auf die Gesamtheit aller Außenhandelstransaktionen anzuwenden.

3. "Kaufkraftequivalenzen" und Wechselkurse

Das Studium der Austauschverhältnisse der Güter erwies sich als ein wesentliches und wertvolles Arbeitsmittel bei der Untersuchung des inneren Preisniveaus. Der Rückgriff auf die Wertverhältnisse einzelner genau bestimmter Produkte ist auch für die Berechnung des oder der Außenwerte(s) des Franc unerläßlich. Um die "Kaufkraftequivalenz" der französischen gegenüber der amerikanischen und englischen Währung zu bestimmen, vergleichen wir eine Reihe französischer Preise mit den Preisen entsprechender Artikel in den USA und in Großbritannien. Wir erhalten so eine Reihe von Preisverhältnissen, die "Preisparitäten" (taux d'équivalence) und als Mittelwerte daraus die Kaufkraftequivalenz(en). Beispielsweise stellen wir die Preise eines kg Brotes genau bestimmter Art in Frankreich und Belgien fest und bilden aus den beiden Preisen in den ursprünglichen Währungen ein Preisverhältnis, das uns eine absolute Zahl liefert.

Ein Vergleich mit Hilfe von Mittelwerten ist selbst nach Gustav Cassel's Meinung erst nach dem Ende einer inflationistischen Preisbewegung erlaubt.¹⁾ Die relative Ruhe des Preisniveaus und die Verminderung der Streuungswerte seit 1948 schaffen die Voraussetzung für eine Untersuchung dieser Art.

Die Studie des INSEE "Prix intérieurs et cours des changes en divers pays" stellt die inländischen französischen Groß- und Einzelhandelspreise den inländischen Preisen der USA und Großbritanniens gegenüber. Die Betrachtung lediglich der Exportpreise erschien als eine zu weit gehende Einschränkung des Bereichs der exportierbaren und importierbaren Güter. Die Mittelwerte der Preisparitäten sind in der folgenden Tabelle wiedergegeben.

1) G. Cassel, La monnaie et les changes après 1914, S. 176 und 177.

Vergleich der Wechselkurse und Kaufkraftparitäten zwischen
Frankreich, USA und Großbritannien

Kaufkraftequi- valenz	1938	Aug. 45	Aug. 46	Aug. 47	Aug. 48	Jan. 49	Aug. 49	Okt. 49	Dez. 49
	Wert in Francs von 100 Cents								
Großhandelspreise									
Geometr. Mittel									
Nahrungsmittel	41,5	78,6	150,3	191,5	252,9	252,0	294,2	327,6	327,4
ind. Produkte	34,9	105,1	139,4	144,9	288,3	317,0	346,5	361,1	366,1
Gesamt	37,2	74,7	143,5	161,1	275,1	292,0	326,9	352,5	353,7
Gewogenes Mittel	41,8	-	-	203,2	290,7	320,0	324,0	343,5	358,0
Einzelhandelspreise									
Geometr. Mittel									
Nahrungsmittel	29,4	87,3	130,9	147,6	192,3	228,0	240,9	-	-
Gesamt	29,6	88,3	116,0	128,8	205,3	241,0	-	-	-
Gewogenes Mittel	30,8	-	-	161,5	187,4	203,0	206,8	217,7	-
Wechselkurse									
offizieller Markt	34,9	49,6	119,1	119,1	213,5	263,5	272,5	349,1	-
freier Markt	-	-	-	-	305,7	318,0	330,5	349,1	349,0
paralleler Markt	-	-	-	-	363,0	510,0	373,5	388,1	394,0

Kaufkraftäquivalenz	1938	Aug. 45	Aug. 46	Aug. 47	Aug. 48	Jan. 49	Aug. 49	Okt. 49	Dez. 49
		Wert in Francs von 100 Pence							
Großhandelspreise									
Geometr. Mittel									
Nahrungsmittel	70, 1	136, 6	351, 5	513, 2	618, 5	603, 3	1260, 2	1406, 6	1393, 2
Ind. Produkte	75, 7	162, 5	236, 6	272, 2	478, 6	589, 0	1561, 2	1478, 4	1445, 3
Insgesamt	73, 2	151, 8	280, 7	347, 4	528, 2	594, 0	1440, 4	1451, 0	1425, 6
Gewogenes Mittel	67, 0	"	"	436, 0	591, 7	611, 0	1277, 5	1323, 1	1351, 2
Einzelhandelspreise									
Geometr. Mittel									
Nahrungsmittel	79, 5	198, 0	418, 0	649, 4	761, 7	711, 0	1648, 3	1796, 1	1941, 8
Gesamt	80, 4	177, 0	303, 3	457, 8	602, 4	"	"	"	"
Gewogenes Mittel	86, 5	"	"	779, 6	1014, 0	1000, 0	2155, 4	2163, 6	2229, 6
Wechselkurse									
offizieller Markt	71, 0	82, 7	200, 0	200, 0	360, 0	442, 0	1136, 8	979, 2	979, 2
freier Markt	"	"	"	"	430, 0	"	"	"	"
paralleler Markt	"	"	"	"	422, 0	604, 0	969, 6	969, 6	902, 4

Der Fächer der Preisparitäten Frankreich-USA weitet sich im Jahr 1946 aus und schließt sich gegen 1948 leicht. 1945 liegt der Dollarkurs unter allen Preisparitäten, ab 1949 folgt er ziemlich genau der Kaufkraftäquivalenz der Einzelhandelspreise. 1948 wird der Wert des Dollar gegenüber Frankreich bei den Großhandelspreisen landwirtschaftlicher Güter niedriger als bei den entsprechenden industriellen Preisen. Im Januar 1949 gelangen das Niveau der Einzelhandelspreise und das Niveau der landwirtschaftlichen Großhandelspreise unter den offiziellen Wechselkurs. Am Jahresende 1949 besteht eine weitgehende Übereinstimmung zwischen dem offiziellen Wechselkurs und der nach den Großhandelspreisen berechneten Kaufkraftäquivalenz.

Eine Graphik ließe klar die Überbewertung des Franc gegenüber dem Pfund Sterling auf dem offiziellen Markt erkennen, besonders ausgeprägt beim Vergleich der Nahrungsmittelpreise im Einzelhandel. Diese sind allerdings wegen der kräftigen Subventionen für das Gesamtpreisniveau nicht repräsentativ. Die Kaufkraftäquivalenz nach der Warenkorbmethode, die den Grundnahrungsmitteln das Hauptgewicht zuteilt, bewertet deshalb das Pfund Sterling in Francs noch höher.

Auch im Jahr 1949 fluktuieren die Preisparitäten und die Kaufkraftäquivalenzen ständig. Sie können deshalb keine dauerhafte Größe für den Wert des Franc in Bezug auf die fremden Valuten verschaffen.

"Malgré ces réserves, la présente étude fait apparaître qu'après une période de chaos consécutif à la guerre, les différents calculs de parité se regroupent assez bien et que les écarts entre les parités de prix et les cours de change tendent à diminuer".¹⁾

1) Etudes et Conjoncture, Mai-Juni 1950, S. 21.

Neuntes Kapitel:

Die zweite Inflationsperiode von Juli 1950 bis Januar 1952

Der Ausbruch des Koreakrieges am 25. Juni 1950 beendet die erste Stabilitätsperiode in der Preisbewegung der Nachkriegszeit. Die Vorstellung wäre jedoch falsch, daß Ende Juni 1950 die Preistendenz aller Warengruppen jäh umschläge. Einzig der Index der landwirtschaftlichen Großhandelspreise ändert von Juni auf Juli die Richtung der Bewegung. Aber die Unterschiede in Rhythmus und Ausmaß der Preissteigerung vor und nach der Jahresmitte 1950 sind doch so erheblich, daß die Preisentwicklung einen anderen Charakter erhält.

I. Die "Koreanische Inflation" von Juli 1950 bis Mai 1951

1. Die Preisentwicklung

Produktionsausweitung und Preisanstieg mit zunehmender Beschleunigung zum Jahresende hin kennzeichnen die zweite Hälfte des Jahres 1950. Bis Dezember zieht der Generalindex der Großhandelspreise um 18 % an, der Gruppenindex der landwirtschaftlichen Preise um 15 %, der industriellen Preise um 24 % und der industriellen Rohstoffe um 26 %. Trotz der 15 %igen Steigerung der landwirtschaftlichen Preise von Juni bis Dezember liegt der Gruppenindex nur um 1,1 % über dem Niveau vom Dezember 1949 und um 2,4 % über dem Niveau vom Dezember 1948. Die Beweglichkeit der landwirtschaftlichen Großhandelspreise kommt so deutlich zum Vorschein.

Beim Einzelhandelspreisindex fehlt das spekulative Auf und Ab der Bewegung der Großhandelsstufe. Der Index erreicht seinen Tiefpunkt für das ganze Jahr 1950 im Juli. Der kurzfristig im April auftretende Schwarzmarkt bei einigen Nahrungsmitteln kehrt die Preistendenz um. Von August bis Oktober steigen die Preise der 34 Artikel um 6,1 %, die der 29 Nahrungsmittel um 5,4 %. Bis zum Jahresende zieht der Index der 34 Artikel nur noch um 1 bis 2 % an. Der neue Einzelhandelspreisindex der 213 Artikel weist den Preisanstieg von Mitte Juni bis Mitte Dezember mit ca. 10 % aus. Seit dem niedrigsten Stand der Zwischeninflationsperiode im Juli 1949 sind die Einzelhandelspreise (34 Artikel) immerhin um 19,8 %, diejenigen der Nahrungsmittel um 20,6 % und von "Heizung und Beleuchtung" um 21,3 % bis Dezember nach oben geschneilt. Die Hausse der Fleischpreise tritt am schärfsten hervor.

Die Hausse der Großhandelspreise von Ende Mai 1950, dem letzten Monat

vor dem Ausbruch des Koreakrieges, bis Ende Mai 1951 beläuft sich auf 35,7 %. Sie ist zwischen Ende Januar und Ende April 1951 besonders ausgeprägt. In diesen drei Monaten erreicht sie 14 %. Die Preissteigerungen mit 54,5 % in einem Jahr treten aus der allgemeinen Haussebewegung hervor. Sie sind zu einem guten Teil dem 60 %igen Anstieg der Preise der importierten Güter zuzuschreiben. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Preise mit "lediglich" 19,7 % im gleichen Zeitraum nimmt sich dagegen bescheiden aus. Sie wirkt gegenüber der Hausse der industriellen Preise als ein sekundäres Phänomen.

2. Die Untersuchung der Preisveränderungen mit Hilfe des Medians

Die Veränderungen der Preisniveaus der Gütergruppen wurden bisher stets mit Hilfe eines Budgetindex gemessen. Vom Budgetindex als gewogenem Mittel der partiellen Preisindizes erwartet man einen größenmäßigen Ausdruck für das "allgemeine Preisniveau" zum Zeitpunkt t_n bezogen auf die Basisperiode t_0 . Der Wert des Budgetindex soll zu jedem Zeitpunkt einen "typischen Mittelwert" der partiellen Preisindizes, die selbst mehr oder weniger um das allgemeine Preisniveau streuen, liefern.¹⁾ Die Wahl des Mittelwerts zur Kennzeichnung einer zentralen Tendenz ist in hohem Maße willkürlich. Auch der Median oder der Modus sind dazu geeignet. Der gewogene Median der partiellen Preisindizes empfiehlt sich durch seine privilegierte und charakteristische Lage im Preisbüschel, denn die Produkte, deren Indizes den Medianwert nicht erreichen und die Güter, deren Indizes den Medianwert überschreiten, bilden zwei anzahlmäßig gleich große Gruppen.

Ein Vergleich der Medianindizes und der gewogenen arithmetischen Indizes der Großhandelspreise im Jahr 1950 eröffnet einen interessanten Einblick in die Ansatzpunkte der Hausse-Faktoren der Koreanischen Inflation.

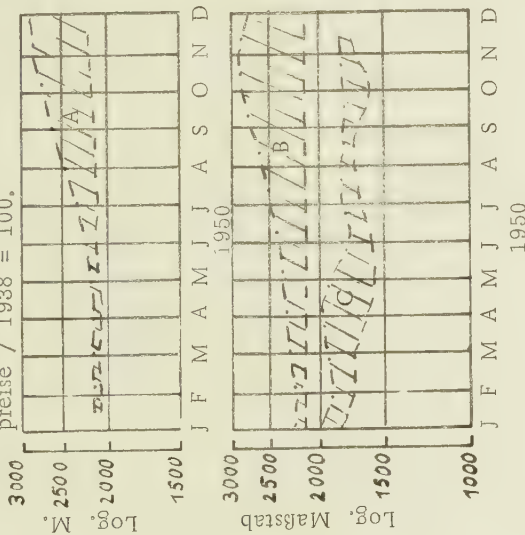
Die Ausweitung des Abstandes der beiden Indizes im Lauf des Jahres 1950 ist auffallend. Die zentrale Tendenz der Preise der industriellen Produkte steigt im Jahr 1950 nur wenig an, die "mittlere Disparität der partiellen Indizes in Bezug auf die zentrale Tendenz nimmt dagegen stärker zu".²⁾

1) Etudes et Conjoncture, Januar-Februar 1951, S. 74, 75, 76.

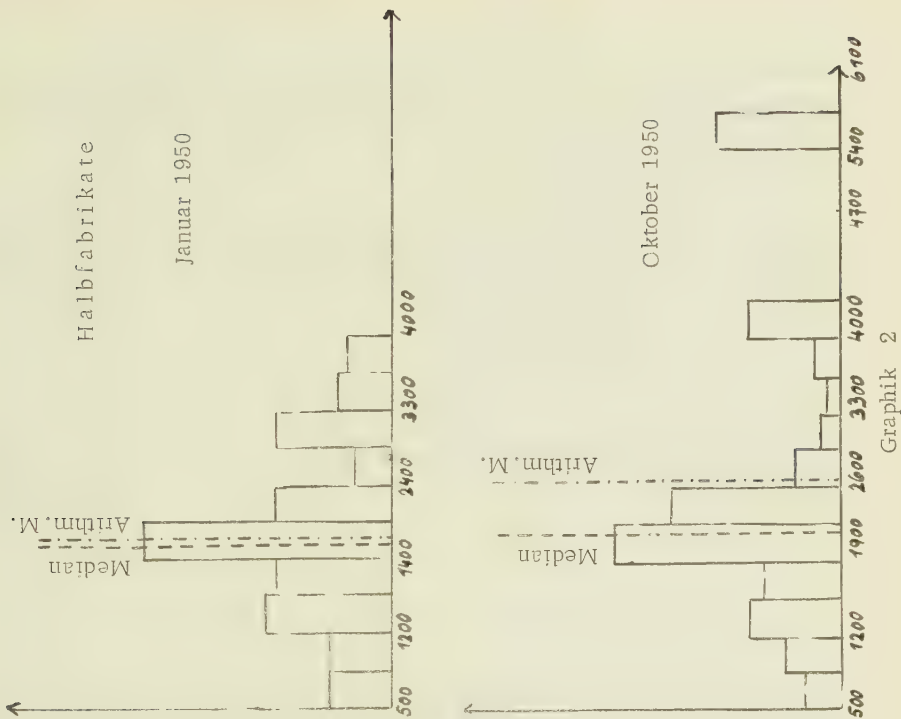
2) Etudes et Conjoncture, Januar-Februar 1951, S. 77, ebenda:

"D'autre part il y a un bouleversement complet de la hierarchie de ces biens".

Medianindex und durchschnittlicher
gewogener Index der Großhandels-
preise / 1938 = 100.



Graphik 1



In den Graphiken 1 und 2 ist die Oberfläche jedes Rechtecks, welches als Basis das in stets gleichen Abständen gehaltene Variationsintervall der Indexwerte hat, dem Gesamtgewicht der Indizes proportional, deren Werte innerhalb des Intervalls liegen.

Die Preisindizes der Halbfabrikate sind im Januar 1950 eine weitgehend homogene Gesamtheit. Im Lauf des Jahres spalten sie sich in zwei unabhängige Gruppen, deren erstere in den Preisen fast unverändert bleibt, während die zweite nach rechts abgeleitet. Im Oktober bilden Blei, Zink, Baumwollgarn, Wollgarn und Oberleder diese zweite Gruppe. Die "zentrale Tendenz" der industriellen Preise bleibt im Jahre 1950 weitgehend stabil.

"La progression des indices moyens pondérés traduisant surtout le glissement vers des valeurs élevées d'un groupe limité de produits dont l'évolution diverge de l'évolution d'ensemble, sans avoir sur cette dernière une incidence notable".¹⁾

II. Die Inflationsphase des zweiten Halbjahres 1951

Der Ermäßigung der Großhandelspreise von Mai bis August entspricht auf der Einzelhandelsstufe nur eine kurzfristige Preisstabilität. Ein knapp 2 %iges Sinken des Nahrungsmittelindex sticht von der fortgesetzten Erhöhung der Preise der industriellen Fertigwaren, der Brennstoffe und der Dienste ab. Die überdurchschnittlichen Preisanhebungen bei Heizungsmaterial und Diensten sind "queues de hausse" aus der ersten Nachkriegsinflation, nachgeholte Anhebungen taxierter Preise oder Übergang taxierter Preise in den freien Bereich.

Im Bereich der industriellen Fertigwaren spielen nach dem Ausbruch des Koreakrieges der mechanische Einfluß der Preisanhebungen der Vorprodukte und die Preiserwartungen der Anbieter zusammen. Die 36,3 %ige Hausse der industriellen Zwischenprodukte (von Juni 1950 bis September 1951) gelangt zur Endstufe. Dazu tritt "une incidence économique, la perspective ou la hausse des salaires elle-même étant l'occasion ou le prétexte de prix de vente plus ou moins justifiés".²⁾ Die Hausse der industriellen Fertigwaren von Septem-

1) Etudes et Conjoncture, Januar-Februar 1951, S. 77, ebenda: "D'autre part il y a un bouleversement complet de la hiérarchie de ces biens".

2) Etudes et Conjoncture, Januar-Februar 1952.

ber 1950 bis September 1951 übersteigt deutlich den Anstieg des Generalindex der Einzelhandelspreise im gleichen Zeitraum (22,4 % gegen 17,6 %). Sie beträgt bei Haushaltartikeln 26 %, bei Papierwaren 35 %, bei Wäsche und Strümpfen 25 % - trotz Absatzschwierigkeiten bei diesen Artikeln.

In der Gruppe der Nahrungsmittel hat der Fleischpreis die Bedeutung eines "führenden Preises". Der Vergleich der Werte des Nahrungsmittelindex mit und ohne den Artikel "Fleisch" hebt die Wirkung der Fleischpreisschwankungen heraus.

	März 51	April 51	Mai 51	Juni 51	Juli 51	Aug. 51
Fleischpreis eingeschlossen	122,6	124,6	132,5	126,9	126,4	127,2
Fleischpreis ausgeschlossen	117,3	118,1	124,9	117,8	116,7	116,4

Die Schockeeinfuhren¹⁾ verhindern die Hausse der Fleischpreise nicht. Das Mißtrauen gegen den Franc läßt die Bauern und Händler das Vieh zurückhalten und so "in Natur" sparen. Obwohl die Umsätze der Metzgereien zur Jahresmitte 1951 hin nicht zunehmen, wird der Abstand des Fleischpreises von der Einzelhandels- zur Großhandelsstufe ständig weiter. Im August stehen die Fleischpreise im Einzelhandel bei 157,1, die übrigen Nahrungsmittel bei 116,4. Das bedeutet eine 50 %ige Hausse der Fleischpreise seit Juni 1950 gegen eine nur 11 %ige für die übrigen Nahrungsmittel.

Von Juli 1951 an geht der Anstieg des Index der 213 Artikel beschleunigt weiter und kommt erst im Februar 1952 nach einer Niveauverschiebung von 14 % zum Stehen. Mit einer ebenfalls 14 %igen Niveauverschiebung seit dem Juliminimum erreicht der Gruppenindex der 41 Nahrungsmittel den Wendepunkt des Februar 1952. Der seit dem Juli 1950 ununterbrochene Preisanstieg der industriellen Fertigwaren gelangt erst im März auf den für einige Jahre geltenden Höhepunkt.

Der Generalindex der Großhandelspreise und die Gruppenindizes setzen zum inflationären Herbstanstieg in verschiedenen Monaten an, übersteigen jedoch

1) importations de choqué, plötzliche von der Regierung vorgenommene Einfuhren von Lebensmitteln.

alle¹⁾ im Januar 1952 den Scheitelpunkt der Preisbewegung. Der Aufwärtsbewegung der Nahrungsmittelpreise im Juli folgt die des Generalindex im August und die der industriellen Produkte mit den Rohstoffen im September.

Die Gesamthausse der zweiten Inflationsperiode auf der Großhandelsstufe ist von Mai 1950 bis Januar 1952: 46,2 % für den Generalindex, 31,8 % für den Nahrungsmittelindex, 36,5 % für den Index der Brennstoffe und Energie, 61,6 % für den Index der industriellen Produkte. - Von Mai 1950 bis Dezember 1951 ist die Hausse der Importgüter 41,5 %, der importierten Rohstoffe 48,2 % und der einheimischen Rohstoffe 106 % (!).

III. Die Wirtschaftspolitik in der Zeit von Juni 1950 bis Januar 1952

Ebenso erfolglos wie beim Versuch um den Budgetausgleich bleiben die Regierungen in dem Bemühen, die Kaufkraft des Franken stabil zu halten. Verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen, die die Stabilität des Wirtschaftsablaufs sichern sollten, helfen im Gegenteil mit, den inflationären Kräften den Weg freizumachen.

Die erste dieser ungewollt die Inflation begünstigenden Maßnahmen ist die Festsetzung des garantierten Mindestlohnes (Salaire minimum interprofessionnel garantié - Smig) durch die Regierung. Ist es die Idee des Mindestlohngesetzes, einen sozialen Schutzlohn festzulegen, so stellt die Praxis der Handhabung des Smig die Regierung von neuem in die Verantwortung für die Gesamtheit der Löhne, nachdem die Sozialpartner eben erst - im Februar 1950 - ihr altes Recht zu kollektiven Abmachungen zurück erhalten haben.

Die erstmalige Festlegung des Smig gibt bereits das Beispiel für die später regelmäßige Reaktionsweise. Nach ergebnislosen Sitzungen der Commission Supérieure de Conventions Collectives bestimmt die Regierung am 22. August 1950 zum ersten Mal den Smig mit 74 frs. in der Stunde, gültig für Paris und Umgebung und anzuwenden auf die Entlohnung eines Hilfsarbeiters. Die Unternehmer passen daraufhin die übrigen Löhne an, da sie im Betrieb ein bestimmtes Lohngefüge aufrechterhalten wollen. In Zukunft warten die Unternehmer die Erhöhung des Smig als Startschuß für eigene Lohnerhöhungen ab. Lohnaufbesserungen, die sonst zeitlich verteilt worden wären, erfolgen als "Lohnwelle".

1) außer dem noch bis März weitersteigenden Index der Gruppe "Brennstoffe, Energie".

Entscheidende Maßnahmen gegen die Preissteigerungen erfolgen nicht. Subventionen würden zu teuer und Krediteinschränkungen blieben in der allgemeinen Hausse-Erwartung wahrscheinlich wirkungslos, heißt es.

An der Preis-Lohn-Welle vom Sommer und Herbst 1951 ist die Regierung mit verschiedenen Verordnungen beteiligt. Der Weizenpreis für die Kampagne 1951 wird auf 3.600 frs. pro Ztr. gegen 2.600 frs. in der vorausgehenden Kampagne angehoben. Die psychologische Folge der 38 %igen Weizenpreiserhöhung ist eine 35 %ige Lohnforderung der Gewerkschaften am 31. August 1951. Mit dem Dekret vom 8. September gewährt die Regierung eine 15 %ige Lohnerhöhung, das ist mehr, als der Zunahme der Lebenshaltungskosten (9,5 %) entsprochen hätte. In diesem Satz, heißt es, sollen künftige Lohnerhöhungen bereits eingeschlossen sein. Da sich die Unternehmer nach den Änderungen des Smig richten, brauchen die Gewerkschaften den Druck der Forderungen nur noch auf einen Punkt, die Regierung, zu richten ...

Zehntes Kapitel:

Die zweite Zwischeninflationsperiode von Januar 1952 bis November 1955

I. Die Jahre 1952 und 1953: Leicht sinkendes Preisniveau und Stagnation von Produktion und Investition

1. Die Veränderung des allgemeinen und der Gruppenpreisniveaus

In den beiden ersten Monaten des Jahres 1952 kommt die allgemeine Aufwärtsbewegung der Preise aus der Inflation des Jahres 1951 zum Stehen. Die Preise stabilisieren sich und gehen bei den meisten Produktgruppen in eine leichte Baisse über. Diese erscheint zunächst nur als saisonal, setzt sich dann aber - zum ersten Mal seit der Liberation außer in 1949 - über den Monat Mai hin fort. Von Januar bis Mai 1952 gibt der allgemeine Großhandelspreisindex um 5,2 % nach, darunter die importierten Produkte um 10,4 %. Der Preisfall der Nahrungsmittel auf der Großhandelsstufe endet im Mai nach einer Baisse von 5,7 % gegenüber dem Januarwert, der Rückgang der industriellen Preise geht ohne Unterbrechung weiter. Auf die industriellen Preise sind die Bemühungen der Regierung Pinay um eine Preissenkung hauptsächlich gerichtet. Einige Preissenkungen werden verordnet, die Mehrzahl ist von den Fachverbänden gegen die Garantie stabiler Löhne und Steuersätze "librement consenties".

Die Gesamtbaisse des Einzelhandelspreisindex seit dem Höhepunkt im Februar bis zum Jahresende 1952 ist mit 2,1 % recht bescheiden. Bezogen auf Juni 1950 sind die "hausse résiduelles" 36 % für den Generalindex, 34,2 % für die Nahrungsmittelgruppe und 27,8 % für die Gruppe der industriellen Fertigprodukte.

Am Jahreswechsel 1952/1953 verursachen nicht mehr die Preise, sondern die konjunkturelle Entwicklung die Hauptsorgen. Handelt es sich einfach um die Anpassung der französischen Wirtschaft an nicht-inflationäre Produktionsbedingungen? - Obwohl die industrielle Produktion unter dem Vorjahresniveau verharrt, gehen die Preise nicht weiter nach. Im Sommer stabilisiert sich die Produktionstätigkeit auf dem Stand vom Jahresanfang 1953 und damit auf einem Niveau von 4 bis 5 % unter demjenigen von 1952.

Der allgemeine Großhandelspreisindex, der durch seinen synthetischen Charakter vieles an konkreter Aussagefähigkeit einbüßt, weist im ersten Semester 1953 kaum Änderungen auf. Die Zusammenfassung der Gütergruppen "Roh-

stoffe" und "Bearbeitete Produkte" zu Mittelwerten täuscht unwirkliche Preisbewegungen vor.

Seit September 1952 sind die Nahrungsmittelpreise im Einzelhandel praktisch stabil, ebenso die "Dienste" seit Jahresbeginn.

In der Erwartung einer ausgezeichneten Ernte kommt der Großhandelspreisindex der Nahrungsmittel von Mai bis August in Bewegung. Er gibt in den drei Monaten um 6 % nach und liegt jetzt um 10 % unter dem Niveau von August 1952. Die Hauptursache ist die Baisse des Fleischpreises (- 13,7 %). In den Vergleichsmonaten des Jahres 1952 stiegen die Nahrungsmittelpreise, dagegen sanken die industriellen Preise, die jetzt leicht anziehen. Nach der Erhöhung der Steuern auf Benzin und Heizöl stiegen die industriellen Brennstoffe von Mai bis September im Preis um 1,9 %, die Industriewaren um 0,5 %.

2. Die Preisstruktur zu Beginn der Stabilitätsperiode

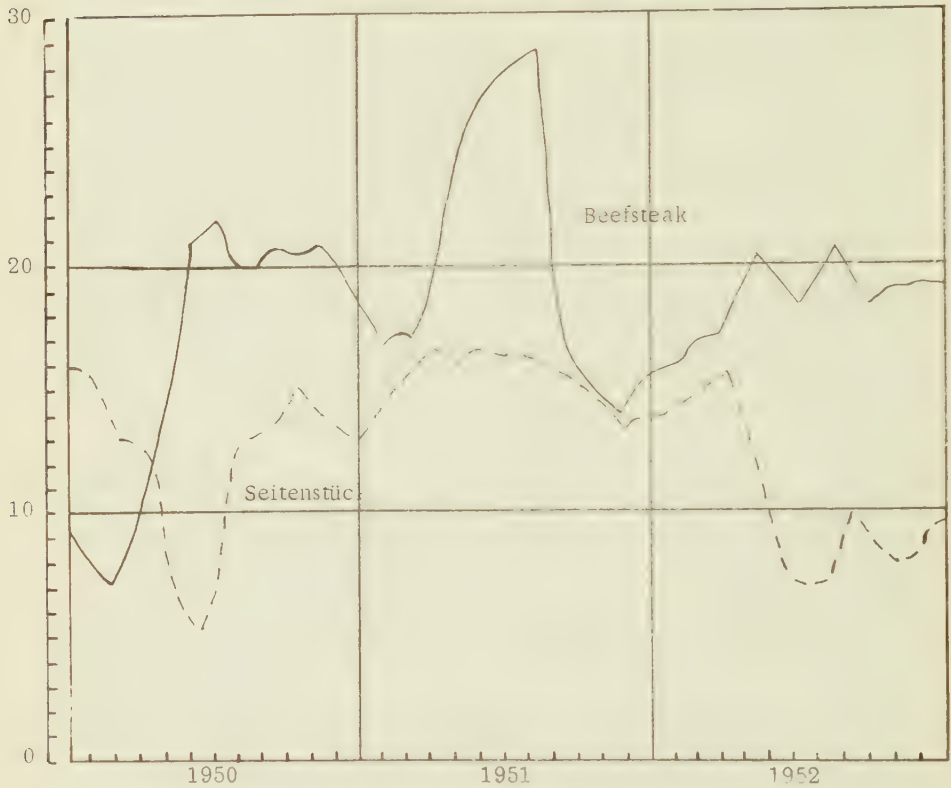
Die Entwicklung der Preisstruktur über die zweite Inflationsperiode hin und bis in das Jahr 1952 hinein kann mit Hilfe des Merkmalspaares "Art der Produkte - Wert der Indizes" und mit Hilfe des Merkmalspaares "Art - Rang" untersucht werden.

Bei der Untersuchung des Preisniveaus mit Hilfe des Merkmalspaares "Natur bzw. Art der Produkte - Rang der Indizes" messen wir jeden Index durch seinen Rang, den er zu jedem Beobachtungszeitpunkt in der Reihe der der Größe nach geordneten Indizes einnimmt (z. B. erreichen in einer Produktgruppe von 30 Artikeln die Produkte mit der höchsten Preissteigerung zu den verschiedenen Zeitpunkten den Rang 30). Wir erhalten so eine neue Variable, die den monetären Faktor bei der Betrachtung der Streuung zu eliminieren gestattet. Diese Methode eignet sich sehr gut, die "Führerrolle" des Fleischpreises herauszustellen (Graphik 3).

3. Die Wirtschaftspolitik in den Jahren 1952 und 1953

Die politischen und wirtschaftlichen Rückwirkungen des Koreakrieges führen in Frankreich zu stärkeren Preissteigerungen als in den anderen europäischen Ländern. Eine Anpassung nach unten der französischen Preise an die Weltmarktpreise ist nötig. Sie ist theoretisch möglich durch (1) eine allgemeine Deflation, (2) eine Abwertung und (3) eine Kombination beider Maßnahmen. - Die Regierung Pinay, die das Kabinett Faure am 6. März 1952 ablöst,

Die von den Artikeln "Beefsteak" und "Seitenstück/Rind" in den Jahren 1950, 1951 und 1952 besetzten Ränge; Indizes auf der Basis 1914.



Graphik 3

Quelle für die Graphiken 22 u. 23: Etudes et Conjoncture, Januar 1953, S. 79 ff.

vermeidet die Abwertung des Franc, da sie ihre Hauptaufgabe in der Wiederherstellung des "Vertrauens in die Währung" sieht und den Weg auf dieses Ziel nicht mit dem psychologischen Schock einer Abwertung beginnen will. Die amtliche Preissenkungskampagne soll vielmehr eine Deflationsbewegung auslösen. Die Kampagne findet zunächst ein günstiges Echo in der Öffentlichkeit. Einige indirekte Steuern werden erhöht, eine allgemeine Amnestie für Steuerbetrug in den vergangenen Jahren erlassen und vor allem eine langfristige Anleihe von 400 Mrd. frs. erfolgreich untergebracht.

Die Deflationsmaßnahmen, die mit einer indirekten und diskriminatorischen

Abwertung verbunden sind, haben einen gewissen Erfolg, der an den Preisindizes abzulesen ist. Die Flucht vor dem Geld in die realen Werte hat aufgehört. Aber die Regierungsmaßnahmen sind nicht umfassend genug, vor allem erreichen sie die Masseneinkommen nicht. Während das Bruttosozialprodukt von 1951 auf 1952 um 428 Mrd. frs. anwächst, geben die Exporte um 94 Mrd. frs. nach. Setzt man voraus, daß die Zunahme des Staatsverbrauchs wegen des Indochinakrieges unvermeidlich war, kann man sagen, daß der Verbrauch der Haushalte und die Lagerbildung den Zuwachs des Sozialprodukts absorbierten. Da Mr. Pinay's Aktion die persönlichen Einkommen nicht berührt, genügt die günstigere Preisrelation allein nicht zur Steigerung der Exporte.

Der zweite "Entwicklungs- und Investitionsplan", der im April vorgelegt wird, ist die einzige Maßnahme der Regierung Mayer von langer Dauer. Mit einigen Sofortmaßnahmen hofft die Regierung, der Schwierigkeiten des Tresor Herr zu werden: Emission von Schatzscheinen, Inanspruchnahme neuer Vorschüsse der Notenbank, Fixierung der gesamten Haushaltsausgaben auf 3711 Mrd. frs. und Verminderung der Investitionen in den meisten Staatsbetrieben.

Eine neue Regierung unter Mr. Laniel mit Mr. Faure im Finanzministerium (Amtsantritt am 28. Juni 1953) sucht aus dem gefährlichen Dreieck "Budgetdefizit, Außenhandelsdefizit, Rezession" einen Ausweg. Das Budgetdefizit ist auf 800 Mrd. Frs., das Defizit der Handelsbilanz im ersten Semester auf 126 Mrd. frs. angestiegen (davon 829 Millionen \$ Schulden bei der EZU). 200 Mrd. frs. "normale" und 200 Mrd. frs. "außergewöhnliche" neue Vorschüsse der Banque de France bringen dem Tresor eine "Soforthilfe". Die Heraufsetzung des Pensionsalters und ein Einstellungsstop für Beamte sollen den Haushalt von der Ausgabenseite her entlasten.

Um die Streiks vom August, die den ganzen Verkehr lahmlegen, zu beenden, erhöht die Regierung den Smig von 100 frs. auf 110 frs. Der Mißerfolg des Unternehmens "Beefsteak" löste den Streik aus. Eine bis zu 40 %ige Preissenkung landwirtschaftlicher Güter auf der Erzeugerstufe wurde im Einzelhandel nur mehr mit 10 - 15 % sichtbar, und auch das in der Hauptsache nur wegen der Ermäßigung der Umsatzsteuer, so daß die effektive Baisse von Juni bis Dezember 2,2 % nicht überschreitet.¹⁾

1) Cours von Prof. M. Marczewski, La politique économique et financière de la France, depuis 1953.

II. Die Jahre 1954 und 1955: Expansion in der Preisstabilität

1. Das allgemeine "Preis- und Produktionsklima"

Die Aufwärtsbewegung der Industrieproduktion, die sich gegen Ende des Jahres 1953 abzeichnete, geht in den ersten Monaten des Jahres 1954 weiter. Im Dezember stand der Index der Industrieproduktion bereits bei fast 150 für 1938 = 100. Es ist dies der höchste Stand aller bisherigen Dezemberindizes. Das Exportvolumen ist im vierten Trimester 1953 um 16 % gegenüber dem entsprechenden Trimester des Vorjahres angestiegen. Die Goldkurse befinden sich auf dem niedrigsten Stand seit der Eröffnung des freien Marktes im Frühjahr 1948. Die freien Devisenkurse sinken seit Mai 1953 ununterbrochen. Der freie Dollarkurs liegt nur um 6 % über dem offiziellen Wechselkurs. "Là encore il semble que la spéculation contre le franc aiet à peu près disparu; le cours du change parallèle est inférieur à celui qui résulterait de la confrontation des prix intérieurs français et américains et français et britanniques".¹⁾

2. Die Verschiebungen im Preisgefüge

Im Jahresverlauf fallen Kakao, Kaffee und Fleisch durch die Hausse ihrer Großhandelspreise auf, zum Jahresende hin ebenfalls der Index der Nichteisenmetalle. Der Großhandelsindex der Nahrungsmittel ist in den letzten drei Monaten des Jahres nach oben in Bewegung. Der Dezemberwert liegt aber immer noch unter dem Wert des Dezember 1953, da Preissenkungen bei Eiern und Milch die Hausse teilweise aufwiegen. Weitere Preisenmäßigungen sind bei Eisen, Leder und einigen anderen industriellen Rohstoffen zu notieren. Insgesamt liegt der Großhandelsindex der industriellen Güter im Durchschnitt des Jahres 1954 um 3 % unter dem Durchschnitt des Jahres 1953. Die Baisse der industriellen Rohstoffe ist deutlicher als die der Halbfabrikate. Die Preise der Gesamtheit der importierten Güter sind in leichter Progression (142,9 in 1954 gegen 141,4 in 1953). Die Durchschnitte der Nahrungsmittelindizes sind in den beiden Jahren fast gleich (124,6 gegen 125,3). Der Generalindex der Großhandelspreise schließlich liegt im Jahresdurchschnitt 1954 um 2 % unter dem Durchschnitt von 1953.

Die langdauernde Trockenheit im Sommer 1955 stört die bis dahin harmonisch verlaufende Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie. Die Milchanelieferung

1) Etudes et Conjoncture, März 1954, S. 230.

läßt im Sommer mehr als sonst nach, und der Milchpreis steigt. Aber der Milchpreis der Kampagne 1954-1955 liegt noch unter dem der Vorjahreskampagne und steht genau auf der Höhe von 1948-1949. - Gefährlicher ist, daß die Fleischproduktion im Vergleich zum Vorjahr kaum zugenommen hat.

Der Einzelhandelspreisindex in Paris spiegelt ebenso wie der Großhandelspreisindex die Auswirkungen der Trockenheit. Von August bis Oktober zieht der Index der 41 Nahrungsmittel um 3,6 % an, hält dann aber bis zum Jahresende sein Niveau. Was die künftige Entwicklung angeht, meint das INSEE, daß "de toute facon, l'accroissement de la demande, né des récentes augmentations de salaires, pèsera sur les prix à la consommation".¹⁾

Die Entwicklung der Einzelhandelspreise in der Provinz ist fast gleich derjenigen in Paris. Die Abweichungen zwischen den beiden Indizes überschreiten nur in wenigen Fällen 1 %.

Am Jahresende sind die Preiserwartungen der Unternehmer, die das INSEE regelmäßig durch Befragungen sondiert, zum ersten Mal seit 1952 auf eine Hausse in den kommenden Monaten gerichtet.

3. Die Wirtschaftspolitik in den Jahren 1954 und 1955

Drei Kabinette bestimmen die Wirtschaftspolitik dieser Jahre: Kabinett Laniel (bis Juni 1954), Kabinett Mendes-France (Juni 1954 bis Februar 1955), Kabinett Pflimlin (bis November 1955). Es ist die "Periode Edgar Faure", denn Mr. Faure bleibt für die Finanzen verantwortlich. Die Jahre 1954 und 1955 sind eine Zeit schneller Expansion bei gleichzeitiger Preisstabilität. Das Bruttosozialprodukt wächst 1954 um 4,6 %, 1955 um 6 %, (1952 um 2,5 %, 1953 um 3,4 %) und die industrielle Erzeugung nimmt 1954 um 9 % und 1955 um 7,3 % zu.

Eine vollständige Erörterung aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen der in dieser Hinsicht so reichen Jahre ist an dieser Stelle unmöglich. Gruppieren wir die wirtschaftspolitischen Entscheidungen deshalb um einige Hauptprobleme.

Der Erfolg der partiellen und diskriminatorischen Abwertung und das Drängen der OEEC-Partner veranlassen die Regierung, die Liberalisierung des Außen-

1) Etudes et Conjoncture, November 1955, S. 960.

handels weiter auszudehnen. Die Etappen der progressiven Wiederaufnahme (in v. H. der 1948 aus den OEEC-Ländern bewirkten privaten Importe): 8 % am 1.1.1953, 17,9 % am 1.12.1953, 53 % am 21.4.1954, 57 % am 26.9.1954, 62,7 % am 20.10.1954, 65 % am 6.11.1954, 75 % am 1.4.1955, 77,5 % am 1.9.1955. Die "taxe spéciale temporaire de compensation" wird dagegen neu auf zahlreiche liberalisierte Produkte gelegt. Auf die Proteste der Handelspartner hin werden die Sätze am 11.11.1954 von 15 auf 11 % bzw. von 10 auf 7 % erniedrigt.

Der zweite Modernisierungsplan wird im Mai 1955 endlich dem Parlament vorgelegt und im März 1956 verabschiedet. Er legt das Gewicht nicht mehr auf die "secteurs de base", sondern auf die "actions de base", nämlich Wohnungsbau, Modernisierung, Flurbereinigung, Marktorganisation. Bis zum Inkrafttreten des Zweiten Plans möchte Mr. Faure bereits mit Hilfe des "Plans der achtzehn Monate" die Expansion vorantreiben. Die Industrieproduktion soll von Ende 1953 bis Mitte 1955 um 11 % steigen, die Reallöhne sollen durch Preissenkungen angehoben werden. Die eingesetzten Mittel sind u. a. die Ermäßigung des Diskontsatzes von 3,5 auf 3,25 %, Verbilligung langfristiger Kredite mit Teilgarantie des Tresor, Ablösung der "taxe à la production" durch die "taxe à la valeur ajoutée" (9.4.1954), wodurch die Investitionsgüter nur noch einmal belastet werden. Vom 1. Juli 1954 an dürfen die für Ausrüstungsgüter bezahlten Steuern von der Bemessungsgrundlage der Umsatzsteuer abgezogen werden.

Mit großer Energie wendet sich die Regierung bisher vernachlässigten Problemen zu, nämlich der Verlagerung von Unternehmen und der Umstellung von Produktionsprogrammen, Umschulung der Arbeitskräfte und schließlich den Fragen, die unter "aménagement du territoire" - Landesplanung - zusammengefaßt werden und die vor allem auf die Dezentralisierung der Industrie zielen. Drei Spezialfonds schaffen Wirkungsmöglichkeiten, deren Ergebnisse in späteren Jahren zutage treten werden.

Elftes Kapitel:

Die dritte Inflationsperiode von November 1955 bis Mai 1958

I. Die durch Subventionen und Außenhandelsdefizit zurückgestaute Inflation von November 1955 bis Mai 1957

1. Das Problem saisonaler Preissteigerungen und der Indexierung der Preise

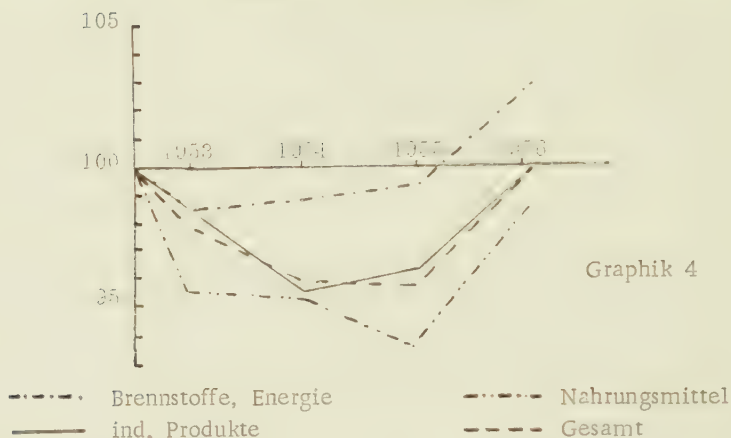
Die Verschärfung der Lage in Algerien, die ungewöhnlich harten Februarfröste und die Machtverschiebung nach Links als Folge der Parlamentswahlen, die Mehrausgaben auf dem sozialen Sektor erwarten läßt, treffen die französische Wirtschaft an ihren empfindlichsten Stellen, der Knappheit an Arbeitskräften, den relativ hohen Produktionskosten und der übermäßigen Beweglichkeit der landwirtschaftlichen Preise. - Die Folgen der Februarfröste sind schwerwiegend. Die Hälfte der Wintersaat ist vernichtet und dazu ein guter Teil der Früchte und Gemüse. Bei Gemüse haben die Fröste bereits zu erheblichen Preisanhebungen geführt.

Jeder Preisindex wird unter dem Einfluß der Witterungsschäden und der vorübergehenden Verknappung des Warenangebots vorübergehend anziehen. Er wird aber wieder zurückgehen, wenn die meteorologischen Bedingungen günstiger geworden sind. - Einer späteren Baisse des Index ist dann der Weg versperrt, wenn eine Indexierung anderer Preise und Einkommen die saisonale Hausse verfestigt.

2. Preisentwicklung und Preisstabilisierungsmaßnahmen im Jahr 1956

Der seit dem zweiten Semester 1955 zu beobachtende langsame Preisanstieg geht im ersten Trimester 1956 weiter. Sieht man vom Februarwert 1956 ab, zeigt sich seit der Mitte des Jahres 1955 die Tendenz einer linearen und sehr regelmäßigen Zunahme von 0,8 Punkten pro Monat bei den Großhandelspreisen. Besser als der Generalindex mit dem Basisjahr 1949 macht eine "Großaufnahme" der Preisentwicklung mit der Basis 100 im zweiten Semester 1952 deutlich, daß die Preise zwischen 1955 und 1956 ihre Richtung ändern und daß die deflationäre Periode zu Ende gegangen ist (Graphik 4). Im Januar 1956 erfolgen besonders starke Preissteigerungen bei Rindfleisch, Kartoffeln und Holz, im Februar bei Kartoffeln (100 %), Eiern, Butter und Käse, im März bei Geflügel und Hammelfleisch. Der Aufwärtstrend der Einzelhandelspreise ist wahrnehmbar, aber weniger ausgeprägt.

Großhandelspreisindizes
(Basis 100 im II. Sem. 1952)



Der Nahrungsmittelindex hat im Juli 1956 denselben Stand wie im Juli 1952. Er hat gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres um 2,4 % angezogen. In die Betrachtung der Preisentwicklung sind die Regierungsmaßnahmen einzubeziehen, die die Preise überhaupt und insbesondere diejenigen der 213 Artikel zu halten suchen. In der Sicht der amtlichen Preisstabilisierungsmaßnahmen soll der Index nur "endgültige" Preisniveaushiftungen ausdrücken. Die "momentanen Ungleichgewichte" lösen in dem Augenblick, in dem sie im Index sichtbar zu werden drohen, die staatlichen Maßnahmen aus, welche die Auswirkungen der Ungleichgewichte unmittelbar aufheben.

Der Einzelhandelspreisindex kommt bedrohlich nahe an die Gefahrenmarke 149,1 heran, bei der die Lohngleitklausel des Smig wirksam wird. Eine Verordnung vom 19. Juli 1956 erneuert die Preisblockade und gestattet verschiedenen Preissteigerungen auf der Zwischenstufe nicht, in die Endprodukte einzugehen (z. B. Stahl und Stahlprodukte).

Die Ereignisse von Suez bringen nicht die jähe Großhandelspreissteigerung, die zu befürchten war (Beginn der Suez-Affaire: 27. Juli 1956). Die Kurse der importierten Rohstoffe scheinen sogar stabiler als Ende 1955 / Anfang 1956 zu sein. Die Veränderungen der Großhandelsindizes von September 1955 bis September 1956 sind 3,7 % bei den Nahrungsmitteln, 3,8 % bei den Brennstoffen, 3,6 % bei den Industrieprodukten. Diese gleichlaufende Bewegung der Gruppenindizes ist erstaunlich. Das INSEE schließt daraus auf ein zwar ungesichertes, aber im Augenblick doch echtes Gleichgewicht.¹⁾

1) Etudes et Conjoncture, Oktober 1956.

3. Preisentwicklung und Preisstabilisierungsmaßnahmen im ersten Halbjahr 1957

Im ersten Semester 1957 hat die industrielle Produktion ein um 10 % höheres Niveau als im ersten Semester 1956 erreicht, und die Erzeugung könnte sofort - nach den Ergebnissen der periodischen Betriebsleiterbefragung - noch um 8 - 10 % gesteigert werden, wenn genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stünden. Am ausgeprägtesten ist der Nachfrageüberhang bei Textilien.

Von Januar bis April 1957 gleicht im Großhandel die Baisse der Nahrungsmittel die langsame aber stetige Hausse der industriellen Preise aus. Trotz aller "Spannungen" beträgt die Hausse nicht mehr als 2 %. Im Einzelhandel können viele bislang ausgebliebene Preissteigerungen als aufgeschoben gelten. Die Anhebung des Weinpreises auf der Erzeugerstufe um 15 % (April 1956 bis April 1957) hat sich im Einzelhandel nur mit 1 - 2 % ausgewirkt. Nach der Herabsetzung der Umsatzsteuer auf Fleisch (30 frs. pro kg bei Schweinefleisch) bzw. der angeordneten Baisse (5 % bei Rind, Kalb und Pferd) sinkt der Index der 41 Nahrungsmittel von Februar auf März um 2 % und noch einmal leicht weiter zum April. Zur Ermäßigung des Nahrungsmittelindex verhelfen auch die Milchsubventionen in Paris und die Anwendung eines reduzierten Umsatzsteuersatzes von 6 % auf Margarine, Pflanzenfette und Schokolade. Aber auch ohne Subventionen und Steuerermäßigungen hielte der Index der 41 Nahrungsmittel im April 1957 den Stand des April 1956. Bei "Heizung und Beleuchtung" wäre dagegen eine Hausse von ca. 3 - 4 %, bei "Dienste" von 4 % zu verzeichnen. Im Bereich der industriellen Fertigwaren ist das "Nach-Oben-Gleiten" deutlicher als vor einem Jahr. In den vergangenen zwölf Monaten hat sich das Niveau dieser Gruppe um 5 %, von Januar bis April um 2 % angehoben. Im Hinblick auf die Preisblockade ist der zuletzt genannte Hausse-Satz als Minimum anzusehen.

II. Die offene Inflation vor und nach der "opération vérité" von Mai 1957 bis Mai 1958

Die Monate Mai/Juni erscheinen als Wendepunkt in der Haltung der Produzenten zum Preisproblem. Bis dahin sahen viele Kaufleute von irgendwie vermeidbaren Preisanpassungen ab, aber jetzt, seit Mai, häufen sich die Preissteigerungen mit zum Teil spekulativem Charakter wie bei einigen Gütern des täglichen Bedarfs. Der Weinpreis zieht im Großhandel von Mai bis Oktober um 50 % an, die Früchte sind im Oktober im Einzelhandel doppelt so teuer wie im Frühjahr und Gemüsepreise sind um 40 % höher als im Frühjahr. Seit Januar 1956 ist die

Hausse des Weinpreises auf der Erzeugerstufe 124 % (Märkte des Midi) und 21 % im Einzelhandel in Paris. Am 20. November ist aus dem Hausse-Satz von 21 % ein solcher von 47 % geworden. Von Oktober 1956 bis Oktober 1957 nimmt der Rindfleischpreis im Großhandel (Großmärkte Villette) um 28 %, das Beefsteak in Paris im Preis um 9 % zu. "En 1956 les hausses de prix se produisaient discrètement et comme honteusement ... plus ouvertement depuis mai 1957, attisées par un climat psychologique d'autant plus indulgent qu'il avait été plus hostile l'année précédente".¹⁾

Die Hausse des Generalindex der 213 Artikel von Mai bis November überschreitet bereits 8 % und zeigt Neigung zur Beschleunigung. Mit dem "loi de redressement économique et financier" vom 26. Juni 1957 kündigt sich ein grundsätzlicher Wandel in der offiziellen Preispolitik an. Die Regierung faßt die Stabilisierung des Preisniveaus auf einer höheren Stufe ins Auge. Wegen des Wirksamwerdens der Lohngleitklausel bei einer nur 2 %igen Erhöhung des Einzelhandelsindex (er steht kurz vor der "Gefahrenmarke") zögert die Regierung noch mit der Verwirklichung der neuen Preispolitik. Sie erneuert vielmehr am 27. August die Preisblockade auf dem Niveau vom 31. Juli 1957.

Im Angesicht des Mißerfolgs der Blockadeverordnungen vollzieht die Regierung im Dezember die lange fällige Schwenkung in der Preispolitik. Gewisse Subventionen und Steuerermäßigungen werden aufgehoben, unerläßliche Preisanpassungen sollen ungehindert geschehen können, und zwar ohne sich über Wochen hinzuziehen. Die "Operation Wahrheit" soll eine einmalige und schnelle Operation sein, die die Rückwirkungen der 20 %igen Abwertung und der Umsatzsteuererhöhung sofort erledigt. Wenn die allgemeine Preisblockade auch bestehen bleibt, werden doch zahlreiche Preise frei oder müssen von der "Direction des prix" nur nachträglich genehmigt werden.

Trotz der 20 %igen Abwertung steigt der Großhandelsindex der importierten Rohstoffe von Juli 1957 bis Januar 1958 nur um 4,5 %. Die landwirtschaftlichen Preise gehen in der Hausse voran. Von Dezember 1956 bis Dezember 1957 nehmen sie im Großhandel um 24 % zu, die Industrieerzeugnisse dagegen nur um 9 %. Ähnlich ist es bei den Einzelhandelspreisen in Paris. Der Gruppenindex der Nahrungsmittel zieht von Juni 1957 bis Januar 1958 um 16,5 % an, der Gruppenindex der industriellen Fertigwaren um 8 %, derjenige der Dienste um 14 %.

1) Etudes et Conjoncture, Januar 1958, Überblick.

III. Der wirtschaftspolitische Rahmen der dritten Inflationsperiode

Die sozialen Maßnahmen der Regierung Mollet, insbesondere die Schaffung des "Fonds National de Vieillesse", fallen in eine Periode des Ungleichgewichts der inneren und äußeren Finanzen. Selbst die einfache Erneuerung des Budgets ohne die außerordentlichen Ausgaben für Algerien würde die Gesamtausgaben um 386 Mrd. frs. erhöhen. Die Einberufung von 70.000 Wehrpflichtigen verschlimmert den ohnehin schon drückenden Arbeitskräftemangel. Von Juli 1956 bis Juli 1957 ist der Suez-Kanal für Frankreich gesperrt. Die zusätzlichen Frachtkosten liegen nicht unter 50 Mrd. frs.

Im Juni 1956 geht die Regierung zur direkten Aktion gegen die Preise über. Zu der schon seit Jahresanfang geübten Subventionspolitik tritt die allgemeine Preisblockade und die massive Einfuhr von Nahrungsmitteln. - Im Februar 1957 wird die ganze Schwere der Krise der inneren und äußeren Finanzen offenbar. Die neue Regierung Ramadier beeilt sich mit Sofortmaßnahmen auf dem Gebiet der Steuern, Anleihen, Einfuhrbeschränkungen und Ausfuhrförderung. Die Anleihe "Ramadier" mit 85 Mrd. frs. wird begeben, der Diskontsatz erhöht, der Rediskontplafond wiederholt herabgesetzt und die Einfuhren mit einer 15 %igen Ausgleichssteuer belegt.

Im Juni 1957 erschwert die Regierung Bourges-Maunoury/Gaillard die Kreditbedingungen weiter, verschärft die Steuerkontrollen, erhöht die Umsatzsteuer auf Luxusartikel und setzt die Liberalisierung des Außenhandels außer Kraft. Die "Operation 20 %" (10. 8. 1957) belastet alle Einfuhren einheitlich und gewährt den Exporteuren eine Vergütung von 20 %. Das Parlament billigt eine Reihe neuer Steuern, die zivilen Ausgaben können um 9 % gesenkt werden. - Endlich, zu Beginn des Jahres 1958 ist das Schlimmste überstanden. Der Preisauftrieb kommt zum Stehen und im Januar/Februar 1958 übertreffen die Steuereinnahmen die Ausgaben des Tresor.

Zwölftes Kapitel:

Die Übergangsperiode zum ausgeglichenen Wachstum

I. Preisentwicklung und Wirtschaftspolitik bis zu den grundlegenden Reformen der "Operation Rueff" von Juni 1958 bis Dezember 1958

Trotz der tiefgreifenden politischen Veränderungen im Mai/Juni 1958 unterscheidet sich die Wirtschaftspolitik im zweiten Halbjahr 1958 wenig von der in der Vierten Republik praktizierten. Sie gleicht bis zur Operation Rueff einer Flickarbeit an den brüchigsten Stellen. - Im Bereich der landwirtschaftlichen Preise verstärkte die Regierung eher noch die Tendenz, die sie bekämpfen wollte. Während in den vergangenen Jahren die Preise der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse unabhängig voneinander festgesetzt worden sind, fixiert das neue System alle Preise gleichzeitig vor Eröffnung der Kampagne. Die "prix objectifs" für 1961 im Rahmen der Produktionsziele des Dritten Plans - im Sinne einer Ausweitung der tierischen auf Kosten der pflanzlichen Produktion - liegen bereits fest, und die jährlichen "prix indicatifs" werden in Beziehung auf die Zielpreise bestimmt. Die Entscheidung über die "prix indicatifs" fällt in jedem Jahr vor dem 15. Oktober, also bevor das genaue Erntergebnis bekannt ist. Die Regierung behält sich deshalb vor, die Preise in Funktion des Ernteeinfangs zu ändern. Damit die Preise auch der allgemeinen Lohn- und Preisentwicklung angepaßt werden können, wird ein Korrekturindex angesetzt, in den die Indizes der Ländereinkommen, der von der Landwirtschaft gebrauchten industriellen Produkte und der nicht-landwirtschaftlichen Artikel des Index der 250 Artikel eingehen.

Sind die Nahrungsmittelpreise im ersten Semester 1958 um 4 % gestiegen, so sinken sie im zweiten Semester um fast 3 % ab. Die genau umgekehrte Bewegung vollziehen "Brennstoffe und Energie", während sich die industriellen Preise seit der Jahresmitte ganz leicht abschwächen.

Die wiedergefundene Preisstabilität ist Voraussetzung und Grundlage für den großen Erfolg der 3,5 %igen "Pinay-Anleihe", die 324 Mrd. frs. bringt. - Frankreich hat für einige Monate die Finanzkrise überwunden - aber auf Kosten eines Rückgangs der Produktion. Von Juni 1958 bis April 1959 schrumpft die Erzeugung, und die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts zu konstanten Preisen erreicht für das ganze Jahr 1958 nur 2,2 %. Das ist weniger als im Rezessionsjahr 1952 mit einer Steigerungsrate von 2,5 %.

II. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen vom Dezember 1958 und ihre Folgen für die Preisbewegung

1. Die "Operation Rueff"

a) Die wirtschaftliche Lage kurz vor der Reform

Die Erwartung entscheidender währungs- und finanzpolitischer Maßnahmen zum Jahresende verursacht im vierten Trimester eine spekulative Devisenflucht. Das Defizit bei der Europäischen Zahlungsunion, das zwischen Juli und Oktober um 30 Millionen ₣ oszilliert, steigt auf 47 Millionen ₣ im November und 169 Millionen ₣ im Dezember. - Aber die Lage der äußeren Finanzen ist nicht der einzige besorgniserregende Punkt am Jahresende. Das Defizit des Tresor für 1959 würde bei einfacher Übernahme der Ausgabenstruktur von 1958 unter Berücksichtigung der eingegangenen Verpflichtungen auf 1133 Mrd. frs. anlaufen. Trotz der günstigen Entwicklung der privaten Ersparnisbildung ist es soviel wie ausgeschlossen, daß der Tresor diesen Betrag durch Anleihemittel wird finanzieren können.

Grundlegende wirtschaftspolitische Entscheidungen sind unausweichlich. Darüber ist sich die Regierung de Gaulle schon seit einiger Zeit im klaren - nicht zuletzt auf den deutlichen Rat einiger internationaler Gläubiger hin.¹⁾ Am 30. September 1958 beauftragt der Finanzminister Mr. Pinay eine Expertenkommission unter dem Vorsitz von Jacques Rueff, Sanierungsbedingungen zu definieren und Sanierungswege vorzuschlagen. Im Dezember liefert die Kommission ihren Bericht ab und die Regierung macht sich die wesentlichen Punkte zu eigen.

b) Die Kernpunkte der Reform

Die Ende Dezember ergriffenen Maßnahmen lassen sich um folgende Leitideen gruppieren:

(1) Das Budgetdefizit soll nur einen Betrag erreichen, der mit annähernder Sicherheit über den Kapitalmarkt finanziert werden kann, das sind nach der

1) Das INSEE deutet den Anteil der internationalen Gläubiger am Zustandekommen der Reform auf elegante Weise an: "Le climat international favorable à une orthodoxie financière plus stricte ... nous poussait par ailleurs à prendre des mesures d'assainissement monétaire et financier". In Etudes et Conjoncture, März 1959, S. 247, und: "Il a été dit que prêteurs éventuels mettraient comme conditions à leur concours un rétablissement plus manifeste de nos finances intérieurs", in Etudes et Conjoncture, Jan. 1958, S. 5.

Meinung von Mr. Pinay 587 Mrd. frs. im laufenden Jahr. Da eine Reihe von Ausgabenposten starr sind, wird beschlossen

- die wirtschaftlichen Interventionen einzuschränken, d. h. gewisse Subventionen und Steuerermäßigungen abzuschaffen oder zu reduzieren,
- die sozialen Interventionen zu verringern,
- die Besteuerung zu steigern und zu vereinfachen. 1)

(2) Der zweite Hauptpunkt der Reform ist die Änderung des Wechselkurses des Franc, die die Exporte erleichtern und die Fluchtkapitalien zur Rückkehr bewegen soll. Der neue Kurs auf der Basis von 180 mg Feingold für 100 frs. entspricht einer Anhebung der Preise fremder Valuten um 17,5 % und einer Abwertung des Franc um 14,93 %. Der offizielle Franc-Kurs für einen Dollar auf dem freien Markt steigt von 420 auf 403,7 frs. an. Die Abkehr von den multiplen Wechselkursen ist damit auch offiziell vollzogen. Die Notierung des französischen Franken erscheint wieder in den Tabellen des IWF. Die Preissteigerung der Importgüter ist als "Bremse" gegen die liberalisierten Güter gedacht, denn, nachdem die Liberalisierung des äußeren Warenverkehrs achtzehn Monate lang außer Kraft gesetzt war, veröffentlicht das Journal Officiel am 29. Dezember eine Warenliste, die den Liberalisierungssatz vom 1. Januar 1959 an auf 90 % anhebt.

Einen weiteren mutigen Schritt macht die Regierung, um die Wirkung der Abwertung zu vertiefen und um möglichst schnell ausländische Kapitalien ins Land zu bringen. Die äußere Konvertibilität des Franc wird eingeführt, d. h. alle Personen, die sich in Frankreich aufhalten, ohne dort ihren ständigen Wohnsitz zu haben, dürfen Franc-Beträge in jede andere Währung frei umtauschen.

(3) Das Schlußstück der Reform ist die Beseitigung des Indexsystems. Was früher keine Regierung auch nur zu diskutieren wagte, wird mit einem Federstrich erledigt. Die meisten automatischen Indexbindungen verschwinden, außer der Lohngleichungsklausel für den Basislohn. Indexklauseln in Verträgen und in Anteilen des Staates und Privater sind fortan untersagt.

Das Reformsystem ist nach dem Urteil von Prof. Marczewski, der sich selbst im allgemeinen nicht zu den Anhängern von Mr. Rueff's Ideen zählt "cohérent et complet dans la conception et application". 2)

1) Siehe dazu im einzelnen Etudes et Conjoncture, März 1959, S. 352.

2) Marczewski, Cours a. a. O.

2. Die Bewegung der Preise im Jahr nach der Reform

Eine sofortige und fühlbare Anhebung des Preisniveaus als Folge der Abwertung und der fiskalischen Maßnahmen wird von Regierung und Öffentlichkeit erwartet. Der Gesamtindex der Großhandelspreise springt vom Dezember zum Januar um 5 % nach oben, geht aber bis April wieder leicht zurück. Die übliche Saisonspitze im Mai ist diesmal auffallend schwach. Der Nahrungsmittelindex steigt um 3 % von Dezember bis Januar und fällt bis April unter das Dezemberniveau zurück. Den stärksten Ruck nach oben macht der Gruppenindex "Brennstoffe und Energie" an der Jahreswende, gleicht aber die Hausse durch die anschließende Baisse wieder aus. Die einzige Warengruppe, deren Preistendenz ständig aufwärts gerichtet ist, sind die industriellen Güter.

Die effektive Hausse des Einzelhandelspreisindex der 250 Artikel ist geringer als die vorausgeschätzte. Statt 5 % beträgt sie von Dezember bis Februar nur 3,9 % und wird von einer leichten Baisse bis Mai gefolgt. Hier ist der schärfste Anstieg befürchtet worden, und hier liegen die Maiwerte unter denen des Dezember!

Die Baisse-Tendenz des Großhandelspreisindex vom Frühjahr ist vom Juli ab zu Ende. Am Jahresschluß stellt sich der Niveauanstieg für das zweite Semester immerhin auf 4,4 %. Hauptursache ist der Auftrieb der Nahrungsmittelpreise (ca. 9 % von Juli bis November) wegen der Trockenheit des Sommers und der folgenden Erhöhung einiger "prix indicatifs".

Wie beim Großhandelsindex bringt die zweite Jahreshälfte auch beim Einzelhandelsindex eine Umkehrung der Tendenz. Im Dezember steht der Index der 250 Artikel um 3 % über dem Maiwert 1959 und 6 % über dem Dezemberwert 1958. Aber hier kommt der Auftrieb allein von der Seite der Nahrungsmittel (und Dienste), deren Gruppenindex von Mai bis Dezember 1959 um 4,8 % steigt. Das Niveau der industriellen Artikel ist im Dezember kaum höher als im Juni.

Am 1. Januar 1960 wird das im Dezember 1958 begonnene Reformwerk vollendet. Der "Nouveau Franc" wird die neue französische Währungseinheit. Der Artikel (I) der Verordnung vom 28. Dezember 1958¹⁾ ist erfüllt, der lautete: "A compter d'une date qui sera fixée par décret et au plus tard le 1^{er} Janvier 1960, il sera créé une nouvelle unité monétaire française, dont la valeur sera égale à 100 francs".¹⁾

1) Journal Officiel vom 28. 12. 1958.

III. Vergleich der Preisniveauentwicklung Frankreichs und seiner wichtigsten Handelspartner seit 1950, zusammenfassende Darstellung

Die Vergleiche der Kaufkraftäquivalenzen und Wechselkurse, die eine Vorstellung von der Entwicklung der Kaufkraft des Franc gegenüber anderen Währungen vermitteln, bauten in den vorausgehenden Kapiteln ausschließlich auf den Berechnungen des INSEE auf. Der Vergleich der Preisniveauentwicklung Frankreichs und seiner wichtigsten Handelspartner sei in wenigen Tabellen mit den Forschungsergebnissen anderer nationaler und internationaler Stellen fortgeführt und erweitert. Die "Preisparitäten" oder die von den verschiedenen Organismen berechneten Indizes wurden einheitlich in Preisniveauindizes umgewandelt, jeweils auf der Basis für Frankreich = 100. Die Situation der französischen bezogen auf die ausländischen Preise kann so leichter aufgezeigt werden. Das INSEE "verlängerte" soweit wie möglich die Resultate der Arbeiten von anderer Seite auf die Zeit nach dem Veröffentlichungsmonat.¹⁾

Wir beschränken uns auf den Vergleich der Verbrauchsgüterpreisniveaus und der Großhandelspreisniveaus. Zu den Verbrauchsgütern zählen hier Nahrungsmittel, alkoholische Getränke und Tabak, Kleidung, Wohnung, Brennmateriel, Beleuchtung und Wasser, Haushaltsausrüstung und private Transportmittel. Die Preise sind ausschließlich Inlandspreise mit Steuern und Verteilungskosten. Umfang und genaue Zusammensetzung der verglichenen Warenauswahl weichen von Untersuchung zu Untersuchung voneinander ab. Für Details muß auf die Quellen verwiesen werden.

Das Material für die folgende Tabelle stammt aus:²⁾

Statistisches Bundesamt der Bundesrepublik Deutschland, Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung, in Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 9, 1955, 1956, außerdem Wirtschaft und Statistik, November 1954, März 1955, August 1955, Januar 1957. OEEC, Milton Gilbert u. Irving B. Kravis, An international comparison of National Products and the purchasing power of currencies, außerdem: Milton Gilbert und Mitarbeiter, Comparative National Products and Price Levels.

1) und 2) Etudes et Conjoncture, Februar 1959, Les comparaisons internationales de prix, S. 162, 167.

Vergleich der Verbrauchsgüterpreisniveaus Frankreich-USA und Frankreich-Großbritannien

Jahr	Indizes Frankreich = 100					
	Statistisches Bundesamt der (1)			OEEC (2)		
	BRD					
	USA	GB	Frankreich	USA	GB	Frankreich
1950	149	80	100	135	99	100
1952	123 ⁽⁴⁾	71	100	-	-	-
1954	134 ⁽⁴⁾	80	100	-	-	-
1955	126	79	100	106	84	100
1956 (Okt.)	125	81	100	-	-	-
1958 (Sept.) ⁽³⁾	131	85	100	111	91	100
1958 (Dez.) ⁽⁵⁾	154	99	100	130	108	100

(1) durchschnittliche Gewichtung aus dem deutschen Warenkorb und dem des Vergleichslandes, (2) durchschnittliche Gewichtung aus dem amerikanischen Warenkorb und dem des jeweiligen europäischen Vergleichslandes, (3) Aktualisierung der letzten Veröffentlichungen der Institute mittels der Entwicklung der Lebenshaltungskosten, (4) die Werte wurden vom Statistischen Bundesamt rückwärts berechnet, (5) unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Dezembermaßnahmen.

IV. Die größtenmäßige Entwicklung der Kaufkraft des französischen Franken seit 1938

Für die Messung der Veränderungen der Kaufkraft des französischen Franken in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg stehen die am Schluß des zweiten Kapitels besprochenen verknüpften Indizes der Groß- und Einzelhandelspreise zur Verfügung. Die verknüpften Preisreihen werden in bestmöglicher Weise das Indexmaterial der offiziellen Preisstatistik aus.

Die Veränderung der Kaufkraft des Franc sei in dreifacher Weise ausgedrückt. Sie sei erstens im Spiegelbild der Preisniveaus beobachtet und gemessen (I), zweitens in den Werten des Transformationskoeffizienten von Francs laufender Jahre in Francs von 1938 (II) und drittens in den Werten des Transformationskoeffizienten von Francs laufender Jahre in Francs von 1959 (III). Für 1946-1949

sind spezielle aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelte Preisniveaus in der Form der Transformationskoeffizienten für 1938 angefügt.

Die Veränderung der Kaufkraft des französischen Franken seit 1938

Jahr	Einzelhandelspreise			Großhandelspreise			spezielle Preisniveaus • 100		
	I	II • 100	III	I	II • 100	III	Nahrungsmittel	Verbrauchsgüter	Ausrüst. G.
1938	100	100	30,7	100	100	32,4			
1939	107	93,4	28,7	105	95,2	30,8			
1940	126	79,3	24,3	138	72,5	23,5			
1941	148	67,5	20,7	169	59,2	19,1			
1942	178	56,1	17,2	198	50,5	16,3			
1943	221	45,2	13,9	230	43,5	14,1			
1944	270	37,0	11,3	259	38,6	12,5			
1945	401	24,9	7,6	366	27,3	8,8			
1946	612	16,3	5,0	631	15,8	5,1	9,1	12,0	16,0
1947	913	10,9	3,4	960	10,4	3,4	7,4	9,8	11,8
1948	1449	6,9	2,1	1655	6,0	1,9	5,6	6,5	6,5
1949	1640	6,1	1,9	1847	5,4	1,7	5,3	5,7	5,7
1950	1804	5,5	1,69	2000	5,0	1,6			
1951	2097	4,77	1,46	2555	3,91	1,27			
1952	2347	4,26	1,31	2676	3,73	1,21			
1953	2307	4,33	1,33	2555	3,91	1,27			
1954	2317	4,32	1,32	2510	3,98	1,29			
1955	2339	4,28	1,31	2507	3,98	1,29			
1956	2437	4,10	1,26	2615	3,82	1,24			
1957	2511	3,98	1,22	2765	3,61	1,17			
1958	2889	3,46	1,06	3083	3,24	1,05			
1959	3063	3,26	1,00	3230	3,09	1,00			

Die Zahlenwerte der Kaufkraftentwicklung des Franc für die Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre werden gleichsam nur in Klammern mitgeführt. Erst ab 1948, mit dem Abbau der Rationierung, gilt die Beziehung "Kaufkraft des Geldes = reziprokes Preisniveau". Bis dahin variieren mit und neben den Preisen auch die anderen Bestimmungsfaktoren der Kaufkraft des Geldes, nämlich die freie Verwendbarkeit der Einkommen, welche die Gleichheit zwischen den Grenznutzen der letzten ausgegebenen und gesparten Einkommensteile ermög-

licht, und der freie Zugang zu den Gütermärkten, der es erlaubt, die Gleichheit der Grenznutzen der einzelnen Güter zu bewirken. Nur wenn die "anderen" Bestimmungsgründe des Geldwertes als gegeben und damit als konstant betrachtet werden können, spiegelt die Bewegung des Preisniveaus allein die Veränderung der Kaufkraft des Geldes. Selbstverständlich muß der Index, der als Indikator der Kaufkraftveränderung des Franc dient, ein "wahrer" Preisindex sein, der die tatsächlichen Preise auf freien und eventuellen schwarzen Märkten berücksichtigt. - Der Vergleich der speziellen Preisniveaus aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die aus der Methode ihrer Ableitung heraus alle Preise erfassen, mit den Preisindizes des INSEE zwingt zu dem Schluß, daß die offiziellen Indizes erst ab 1948 ein getreues Bild der Preiswirklichkeit geben.

Drängen sich dann nicht die Preisniveaus aus dem System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Maß der Veränderung der Kaufkraft des Franc und jedweder Währung auf? - Nein, denn sie befriedigen zwar den Begriff des "Preisniveaus" in vollkommener Weise, lassen aber die für den Begriff der "Kaufkraft des Geldes" unerläßliche Bezogenheit auf die Verbrauchsstruktur einer bestimmten sozialen Gruppe vermissen. Die offiziellen Einzelhandelspreisindizes des INSEE sind, wie im zweiten Kapitel beschrieben worden ist, auf die Verbrauchsstruktur einer genau definierten Bevölkerungsgruppe ausgerichtet und insofern "vollkommene" Meßinstrumente der Kaufkraft des Franc - aber eben nur für die eine, bestimmte Bevölkerungsgruppe.

Die Ergebnisse der Verbrauchsstrukturerhebung des Jahres 1956, die nach mehrjähriger Bearbeitungszeit in "Les Comptes de la Nation"¹⁾ veröffentlicht wurden, und die Preisindexserien 1949-1959 betreffend den Verbrauch der Haushalte in weitgehender Aufgliederung nach Warengruppen, die der "Service des Etudes Economiques et Financières" des Finanzministeriums dem Verfasser zum Zweck der Kaufkraftberechnung des Franc eigens zur Verfügung stellte, gestatten, einen Schritt weiterzugehen.²⁾

Die Preisindizes für insgesamt 49 Warenhaupt- und -untergruppen des Konsums der Haushalte sind die Quotienten aus den entsprechenden Wert- und Volumenindizes auf der Basis 1949 = 100. Die Preisindexserien sind Kettenindexserien

1) S. 263, *Consommation des Ménages*, décomposition par catégorie socio-professionnelle et par fonction.

2) Der Verfasser dankt an dieser Stelle nochmals dem SEEF, insbesondere Herrn Fourgeaud, für die Überlassung des Materials und die Ausführung der zusätzlichen Arbeiten, welche die Zusammenstellung der Preisstatistiken erforderte.

nach der Formel von Paasche. Die Indexglieder lauten z.B.

$$I_{49/50} = \frac{p_{50}^q q_{50}}{p_{49}^q q_{50}}, \quad I_{50/51} = \frac{p_{51}^q q_{51}}{p_{50}^q q_{51}}$$

Die Paasche-Indizes der Warengruppen werden mit den genau entsprechend aufgegliederten Werten des Verbrauchs der verschiedenen sozialen Gruppen aus dem Jahr 1956 gewogen. ¹⁾ Unter der Voraussetzung, daß sich die Verbrauchsgewohnheiten der sozialen Gruppen von 1949 bis 1959 nicht oder nicht nennenswert verändern und durch die Verbrauchsstruktur des Jahres 1956 als "mittlerem Jahr" zu treffend wiedergegeben werden, spiegeln die gewogenen Preisindizes die Veränderung der Kaufkraft des französischen Franken für jede der herausgestellten sozialen Gruppen.

Die Verbrauchsstruktur der Haushalte ist nach sechs Sozialgruppen aufgegliedert: Landwirte (I), landwirtschaftliche Arbeiter (II), Unternehmer der Industrie und des Handels (III), höhere Angestellte und freie Berufe (IV), alle anderen Lohnempfänger (V) und nicht im Erwerbsleben stehende (VI).

Wie im Fall der offiziellen Warenkorbindizes sei die Veränderung der Kaufkraft des Franc für jede soziale Gruppe durch das Spiegelbild der gewogenen Preisindizes und die Transformationskoeffizienten der Francs laufender Jahre in Francs von 1949 gezeigt.

Die Kaufkraftentwicklung des Francs in bezug auf die sozialen Gruppen im Spiegel der gewogenen Preisindizes

Jahr	I	II	III	IV	V	VI
1949	100	100	100	100	100	100
1950	107,7	108,7	108,0	108,2	107,6	108,0
1951	123,3	124,4	125,1	125,8	124,2	125,0
1952	138,1	139,1	141,1	142,2	139,7	140,7
1953	137,9	138,9	142,4	143,3	140,9	141,1
1954	139,3	140,2	144,3	145,0	142,2	142,9
1955	140,7	141,7	146,1	146,6	143,8	144,8
1956	147,5	148,5	152,7	153,1	150,5	152,1
1957	154,8	155,8	161,4	161,4	158,6	160,3
1958	173,8	174,3	180,4	180,4	177,5	179,0
1959	182,9	183,6	191,8	192,6	188,2	189,0

1) Die Rechnung wurde nicht für alle Untergruppen, sondern nur für die acht Hauptgruppen durchgeführt, zu denen die Untergruppen im zugrundeliegenden statistischen Material zusammengefaßt sind.

Beim Vergleich der Kaufkraftveränderung des Franc in bezug auf die sozialen Gruppen fällt die günstige Position der Landwirte und der landwirtschaftlichen Arbeiter auf. Der Vorteil deutet sich in der zweiten Inflationsperiode (Juli 1950 bis Februar 1952) bereits an, ist aber - zumindest für die Gruppe der landwirtschaftlichen Arbeiter - nicht größer als für die Gruppe der "anderen Lohnempfänger". Zu Beginn der zweiten Zwischeninflationsperiode tritt der Vorzug deutlich heraus. Während die Kaufkraft des Franc in bezug auf alle nichtlandwirtschaftlichen Gruppen leicht weitersinkt, steigt sie für die Landwirte und die landwirtschaftlichen Arbeiter. Der Grund für diese gegenläufige Bewegung ist u. a. in der Bewertung des Selbstverbrauchs der Landwirtschaft zu suchen. Der Eigenverbrauch wird mit den Preisen der Erzeugerstufe bewertet ("prix à la production"). Der offizielle Großhandelspreisindex, der Preise der Produktionsstufe berücksichtigt, stieg in der zweiten Inflationsperiode auf der Seite der landwirtschaftlichen Erzeugnisse weniger als auf der Seite der industriellen Güter. Von 1952 auf 1953 sanken die Nahrungsmittelpreise im Großhandel um 4,4 %, im Einzelhandel um 2 %. Der Preisfall der Nahrungsmittel auf der Produktionsstufe ist wesentlich stärker.

Die Kaufkraftentwicklung des Franc in bezug auf die sozialen Gruppen ausgedrückt durch die Transformationskoeffizienten von Francs laufender Jahre in Francs von 1949 (mal 100)

Jahr	I	II	III	IV	V	VI
1949	100	100	100	100	100	100
1950	92,8	92,0	92,6	92,4	92,9	92,6
1951	81,1	80,0	79,9	79,5	80,5	79,9
1952	72,7	71,9	70,9	70,3	71,6	71,1
1953	72,5	71,9	70,2	69,7	70,9	70,9
1954	71,8	71,3	69,3	68,9	70,3	69,9
1955	71,1	70,5	68,5	68,2	69,5	69,0
1956	67,8	67,2	65,5	65,3	66,4	65,7
1957	65,6	64,1	61,9	61,8	63,1	62,4
1958	57,5	57,4	55,4	55,4	56,3	55,8
1959	54,7	54,4	52,1	51,9	53,1	52,8

Von 1953 auf 1954 und von 1954 auf 1955 verlor der Franc gleichmäßig für alle Bevölkerungsgruppen an Wert. Das unterschiedliche Ausmaß der Indexveränderungen während der dritten Inflationsperiode deutet auf eine Eigenart der gewonnenen Indizes. In sie gehen nämlich, ebenso wie in den allgemeinen Preisindex,

aus dem sie berechnet wurden, Groß- und Einzelhandelspreise in einem näher nicht zu bestimmenden Anteil ein. Die Preisindizes nach sozialen Gruppen stiegen von 1955 auf 1956 im Durchschnitt ebenso stark wie von 1956 auf 1957. Die Hausse lag zwischen 4,5 und 5 % in beiden Jahren. Die Hausse des Großhandelsindex (Einzelhandelsindex) des INSEE betrug 4,3 % (4,2 %) von 1955 auf 1956 und 5,7 % (3,0 % - Subventionen!) von 1956 auf 1957.

Im Jahr 1958 kommt der Großhandelsindex der Nahrungsmittel an die übrigen Gruppenindizes heran, steigt aber nicht weiter, während die Indizes "Heizung und Beleuchtung" und "Dienste" (im Einzelhandelsindex) die Hausse fortsetzen. Die Entwertung des Franc für die Bezieher hoher Einkommen beschleunigt sich, und die Kaufkraftunterschiede des Franc nach differenzierten Verbrauchsstrukturen treten noch deutlicher hervor.

D R I T T E R T E I L :

MERKMALE UND URSACHEN DER FRANZÖSISCHEN NACHKRIEGSINFLATION

Dreizehntes Kapitel:

Wesen und Definition der Inflation

1. Die auf die Ursachen ausgerichteten Definitionen der Inflation

Seit dem Ersten Weltkrieg lernten die Inwohner vieler Währungsgebiete das Phänomen "Inflation" aus eigenem Erleben kennen und gaben ihm je nach Standpunkt verschiedene Namen, wie "Lohninflation", "Budgetinflation", "Kreditinflation", "Preisinflation" usw.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden die Definitionen ebenso zahlreich wie die Autoren, die dieses "elusive phenomenon, or perhaps more correctly, elusive and bewildering variety of phenomena"¹⁾ studieren.

Die Quantitätstheorie und die "Theorie der inflationistischen Lücke" sind typische Beispiele der ursachenbezogenen Definitionen. Die größte Zahl der Autoren sucht als Definition die eigene Erklärung der Ursachen des Phänomens zu geben.²⁾ Ein gutes Beispiel dafür ist die Quantitätstheorie. Nach ihr ist "Inflation" eine Vermehrung der Geldmenge, die eine Preissteigerung hervorruft. Der von der strengen Quantitätstheorie aufgestellte Ursache-Wirkung-Zusammenhang enthält eine doppelte Aussage: Jede Vermehrung der Geldmenge erzeugt eine Preissteigerung und: Eine allgemeine Preissteigerung muß ihre Ursache in einer größeren Geldmenge haben.³⁾

Eine zweite Gruppe von Autoren vollzieht den unerläßlichen Schritt von der Geldmenge zu den Geldeinkommen und der effektiven Nachfrage und definiert die Inflation als Überhang der Nachfrage über die Ressourcen, die in der Wirtschaft verfügbar sind.⁴⁾ - Globale wie partielle Lücken bilden sich im Wirtschaftsverlauf ständig. Derartige kurzfristige Ungleichgewichte verschwinden entweder durch eine Angebotsreaktion und/oder durch einen Preisanstieg, der auf einem höheren Niveau angebotene und nachgefragte Mengen einander anpaßt. -

1) A. J. Brown, The great inflation, S. 1.

2) Maurice Flamant, Théorie de l'inflation et politique anti-inflationiste, S. 16.

3) Haberler, Economic Journal 1938.

4) Commission du Bilan National für 1948.

Ohne eine genauere Kennzeichnung der Angebots- und Nachfragestruktur genügt jedenfalls der bloße Hinweis auf Spannungen und Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage zur Definition der Inflation nicht.

Die Tatsache, daß die für die bisherigen Theoreme wichtigste Annahme - die volle Beweglichkeit der Preise - in der wirtschaftlichen Wirklichkeit nicht erfüllt ist, schafft den Ansatzpunkt für die kostenorientierten Definitionen der Inflation.¹⁾ Viele Preise von Halbfertigwaren und Endprodukten sind von den Produzenten gesetzt und werden häufig erst bei wesentlichen Umschichtungen in den Marktbedingungen geändert. Noch weniger gilt die volle Flexibilität für die Faktorpreise, insbesondere die Löhne.

Wenn es auch möglich ist, das zu umschreiben, was Inflation ist, so empfiehlt sich doch eine Definition von den Ursachen her nicht, denn diese sind zahlreich und eng mit den sozialen und politischen Gegebenheiten eines Wirtschaftsraumes verknüpft.²⁾

2. Die auf die Bedingungen des Inflationsprozesses ausgerichteten Definitionen

In der Gemeinschaftsstudie "la France et l'inflation" lehnt das INSEE die ursachenorientierten Definitionen als formal und unbefriedigend ab.³⁾ "Inflation" ist in der Auffassung des INSEE ein gesondertes Phänomen mit seiner eigenen Struktur, das nicht mit Hilfe von Theorien, die für andere Zwecke entwickelt wurden, untersucht werden darf. Das wesentliche Merkmal der Inflation ist die kumulative und sich selbst vorantreibende Bewegung, welche bewirkt, daß die Verschiebungen, die "désajustement" zwischen Angebot und Nachfrage von Dauer sind. Wenn die Verschiebungen zwischen Gesamtangebot und -nachfrage bestehen bleiben und sich verstärken sollen, muß das Angebot gegenüber der Initialbewegung starr, die Nachfrage ausweitbar sein. Die Elastizität der Nachfrage und die Starrheit des Angebots in bezug auf Einkommensbewegungen, Starrheit des Angebots und der Nachfrage in bezug auf Preisbewegungen und dazu eine kumulative Entwicklung sind die Hauptelemente einer Definition der Inflation. Bei der Formulierung der Definition stellt das INSEE die Bedingungen des Inflationsprozesses ganz in den Vordergrund. "Inflation (est) une différence

1) siehe dazu J. Duesenberry, The mechanics of inflation, Review of Economics and Statistics, Bd. XXXII, 1950, S. 144, und R. M. Goodwin, der eine Synthese zwischen den kosten- und übernachfrageorientierten Theorien sucht, *Economia Internazionale*, 1952, S. 1.

2) Brown, a. a. O., S. 17.

3) Etudes et Conjoncture, Mai-Juni 1951, insbesondere S. 6.

d' élasticité de la demande et de l'offre à un mouvement ascendant du revenu monétaire global, l' élasticité de la demande étant plus forte que l' élasticité de l' offre; cette différence d' élasticité entraînant des désajustements qui s' entretiennent, s' accentuent cumulativement".¹⁾ Gegen diese auf die Bedingungen des inflationistischen Prozesses abstellende Definition kann ein doppelter Einwand erhoben werden. Erstens, der Versuch, die Inflation aus dem Entwicklungsprozeß in wenigen Worten oder kurzen Sätzen definieren zu wollen, muß unvollständig und damit unbefriedigend bleiben. In der Definition des INSEE fehlt beispielsweise jeder Hinweis auf die Prozeßbedingungen von der Seite der Geldversorgung. Zweitens kann es zumindest als unzweckmäßig bezeichnet werden, in die Definition einer wirtschaftlichen Erscheinung gleich die Theorie in Kurzform hineinlegen zu wollen.

3. Die Definition der Inflation mit Hilfe des Erscheinungsmerkmals "Preissteigerung"

Eine dritte Gruppe von Autoren entgeht der Versuchung, statt einer echten Definition Erörterungen über Ursachen und Entwicklungsbedingungen der Inflation zu bieten. "Despite (the) variety of independent or partly independent happenings to which the name can be applied, however, inflation as ordinarily understood has something to do with an inordinate rise of prices".²⁾ Den Tatbestand der "ungeordneten und starken Preissteigerung" verwendet auch Mrs. J. Robinson für ihre Definition der Inflation. - E. W. Paish findet dagegen die Definition der Inflation als eines "Zustandes, in dem die Preise während beträchtlicher Zeit schnell steigen", zu weit gefaßt, da sie nur das Symptom bezeichne.³⁾ Aber gerade auf das Symptom kommt es bei dem hier angestrebten Definitionstyp an. "Das einzige Kriterium, das einzige praktische Meßinstrument der Intensität des Phänomens ist die Preisveränderung in Niveau und Struktur", schreiben J. G. Mérigot und P. Coulbois.⁴⁾ Die Hausse nur einzelner Preise genügt dem Begriff "Inflation" nicht; der Tatbestand der "allgemeinen Preissteigerung"⁵⁾ erscheint als notwendig.⁶⁾ Das Wort "Inflation" wird im allgemeinen auch für Preisniveauver-

1) H. Aujac u. Y. Mainguy bedienen sich der Arbeitshypothese "inflation, conséquence monétaire du comportement des groupes sociaux", Ec. Appl. 1950, S. 280 ff., Nyblen: "(l' inflation) ... étroitement liée aux conflits d' intérêt entre groupes sociaux", Ec. Appl. 1952/1.

2) Brown, a. a. O., S. 2.

3) E. W. Paish, Economic Journal, September 1953, S. 527 ff.

4) Le Franc, S. 22.

5) Flamant, a. a. O., S. 20.

6) was natürlich sehr unterschiedliche Veränderungen der Preise nicht ausschließt.

änderungen von einer gewissen Stärke reserviert. Ein jährlicher Anstieg des Preisniveaus um einige wenige Prozent kann dagegen als "inflationäre Bewegung"¹⁾ bezeichnet werden. - Das Kennzeichen einer zumindest kurzfristig nicht umkehrbaren Bewegung scheint als Bestandteil der Definition angebracht zu sein. Der vom INSEE herausgearbeitete "kumulative" Charakter ist ein weiteres unerlässliches Merkmal inflationistischer Preisbewegung. Unter dem Begriff "Inflation" wird deshalb in dieser Arbeit eine "allgemeine, kumulative und nicht umkehrbare Preisbewegung" verstanden.²⁾

1) Prof. F. Lüttge spricht von "inflatorischen" Bewegungen, Einführung in die Lehre vom Gelde, S. 54.

2) Ergebnis einer arbeitgemeinschaftlichen Sitzung mit Prof. Aggr. M. Le Duc, Faculte de Droit, Paris, 1960.

Vierzehntes Kapitel: Die strukturellen Schwächen der französischen Wirtschaft

I. Die Last der geringen Produktivität der Wirtschaft

Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges machte die französische Wirtschaft wiederholte und schwere Kriden durch. Auf die Wiederaufbau- und Inflationszeit der ersten Nachkriegsjahre folgte von 1926 bis 1930 eine vierjährige Periode finanzieller Stabilität und allgemeinen guten Geschäftsgangs. Aber die Jahre von 1931 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges warfen die französische Wirtschaft in ihrer Entwicklung zurück. In einem Bericht der OEEC wird dieser Zeitraum mit dem scharfen Wort "période de décadence économique" gekennzeichnet.¹⁾ Die Stagnation der Jahre unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg und die Kriegsereignisse beeinträchtigen die Produktivitätsentwicklung in allen Wirtschaftszweigen.

1. Handel und Produktivität

Eine Untersuchung des Gesamtbestandes und der Struktur des Handels zeigt seine wachsende Last für die französische Wirtschaft, seine verminderte Aktivität und den bescheidenen Gewinn, der für die im Handel Beschäftigten im Durchschnitt anfällt.

Die Zahl der Erwerbstätigen im Handel bezogen auf 1000 Einwohner²⁾

Frankreich		Belgien		Italien	Großbritannien		BR Deutschland	
1938	1949	1930	1947	1936	1938	1948	1946	1950
49	54	44	46	34	61	46	34	46

Die Zahl aller Verkaufsstellen lag 1938 zwischen 1 und 1,04 Millionen, 1949 zwischen 1,25 und 1,35 Millionen. Die Strukturveränderungen tragen ebenfalls zur verminderten Wirtschaftlichkeit der Branche bei.

1) Länderberichte der OEEC für 1953, Frankreich, S. 24.

2) Diese und alle folgenden Tabellen dieses Kapitels stammen, soweit nicht anders angegeben, aus Statistiques et Etudes Financières Supplément Finances Françaises, Nr. 18, 1953, S. 206 ff.

	1931	1949
	(in Tausend)	
Zahl der Betriebe	1.000	1.300
Beschäftigte	2.050	2.250
selbständige Geschäftsinhaber	990	1.290
Angestellte	1.060	960
durchschnittl. Zahl der Beschäftigten je Betrieb	2,05	1,73
durchschnittl. Zahl der Angestellten je Betrieb	1,05	0,74

Die Zunahme des relativen Gewichts des Handels im Sozialprodukt überrascht danach nicht.

Anteil des Handels am Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (in v. H.)

Frankreich		Bundesrepublik		Italien		Großbritannien
1938	1949	1936	1949	1938	1949	1949
14	16	8,6	8,5	10,7	10,4	13,2

Während die Zahl der Handelsbetriebe von 1938 auf 1949 um 14 % wächst, steigt die Verbrauchsgütererzeugung nur um 3 %.

Der Hundertsatz der im Handel beschäftigten Erwerbstätigen (E) an der gesamten aktiven Bevölkerung und sein Anteil am Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (P) sind nach der zweiten Inflationsperiode:¹⁾

	Niederlande		Frankreich	BRD	Italien	Großbritannien	Belgien
	1956		1954	1956	1951	1951	1956
E	(a)	13,1	10,3	9,4	8,6	14	-
	(b)	-	13,3	13,1	-	-	13,4
P	(a)	10,8	13,3	12,6	9,3	12,5	8
	(b)	-	16,0	-	(1956)	-	-

(a) Handel im weiten Sinn von Dienstleistungsbereich, (b) Handel ohne Banken, Versicherungen, Wäschereien u. a.

Die Größen von E und P, deren reziproke Werte üblicherweise als Maß der Produktivität des Verteilungsapparates dienen, sind im Falle Frankreichs um so mehr überhöht, als der Außenhandel geringere Bedeutung besitzt als in mehreren Vergleichsländern.

1) Vorlesung von Prof. Marczewski, a. a. O.

Trotz einer leichten Zunahme des Gesamtgewinns des Handels müssen sich die individuellen Einkommensverhältnisse im Durchschnitt verschlechtert haben.

2. Landwirtschaft und Produktivität

Ist beim Handel die - wenigstens unmittelbare - Ursache der niedrigen Produktivität in der Organisationsform zu suchen, so stehen die Betriebsgrößenstruktur und die Anbauweisen in der Landwirtschaft einer wirtschaftlicheren Arbeitsweise entgegen.

1942 haben 1,88 Millionen landw. Betriebe weniger als 20 ha Anbaufl.

" " 0,38 " " " zwischen 20 und 50 ha Anbaufl.

" " 0,14 " " " mehr als 50 ha Anbaufl.

Wichtiger ist jedoch das Ergebnis der Erhebung des INSEE aus dem Jahr 1946, in der nach der Zahl der Erwerbstätigen ("personnes actives") in jedem Betrieb gefragt wurde. Danach sind in

34 %	aller Betriebe	1	Erwerbsperson tätig
27 %	" "	2	Erwerbspersonen tätig
21 %	" "	3	" "
10 %	" "	4	" "
4 %	" "	5	" "
4 %	" "	6	und mehr Erwerbspersonen tätig.

Das bedeutet, daß in einem Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe nur eine einzige Erwerbsperson tätig ist. Das niedrige Produktivitätsniveau dieser Betriebe und der hohe Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen an der gesamten aktiven Bevölkerung drücken auf den Produktivitätsstand der französischen Volkswirtschaft.

3. Industrie und Produktivität

Seit 1938 berechnet das INSEE einen Index der Produktivität als Quotient aus der Gesamtheit der Güter, die im Laufe eines Jahres in den Endverbrauch eingingen, und der Gesamtheit der Faktoren, die die Herstellung bewerkstelligten. Die Kapitalamortisation ist im Divisor eingeschlossen. Nicht berücksichtigt sind rein finanzielle Elemente (z. B. Lasten der Auslandsschulden und ausländische Hilfen). Alle Zwischenprodukte sind vom Zähler und vom Nenner des Bruches ausgeschlossen.¹⁾

1) Etudes et Conjoncture, Mai 1957, Evolution récente de la productivité nationale en France (1949-1956).

Die Entwicklung der Produktivität von 1946 bis 1951 auf der Basis 1938 = 100.

	1946	1947	1948	1949	1950	1951
Index der globalen Produktivität	82	90	100	105	105	112
jährliche Zunahme in v. H.	-	10	11	5	0	7
Index der Arbeitsproduktivität	76	80	89,5	95,5	95,5	102
jährliche Zunahme in v. H.	-	5	12	7	0	7

Die Enge der Märkte und ungenügende Rationalisierung sind wichtige Gründe für den niedrigen Produktivitätsstand.

Die Gliederung der Industrie- und Handelsbetriebe nach Größenklassen diene zur Erläuterung des Problems.

Zahl der Beschäftigten	Zugehörigkeit in v. H. der Betriebe zu den Größenklassen	
	1936	1950
1 bis 5	81	69,5
6 " 10	8	8,5
11 " 20	5	6,5
20 und mehr	6	8,5
		(nicht erfaßt 7)

In den sieben Jahren von 1949 bis 1956 steigt die Gesamtproduktivität um 29 %, d. h. im Durchschnitt um 3,7 % im Jahr mit einer Beschleunigung gegen Ende der Periode.¹⁾

Als Schlußfolgerung zur Untersuchung der Produktivität in der französischen Industrie diene der Satz des SEEF: "Les charges abusives qui découlent du retard de l'industrie consistent en un emploi excessif de main-d'oeuvre, de matières et d'outillages par rapport aux satisfactions obtenues. Elles se traduisent par le haut niveau des prix de revient".²⁾

II. Mängel und Lücken des Konkurrenzmechanismus

Die Bestandsaufnahme des unbefriedigenden Produktivitätsstandes und der bis in die zweite Inflationsperiode hinein bescheidenen Produktivitätsfortschritte

1) Statistique et Etudes Financières, a. a. O.

2) ebenda, S. 220.

soll nicht den Eindruck erwecken, als ob diese Schwäche der französischen Wirtschaft naturgegeben und unabänderlich sei. Sie ist vielmehr zu einem guten Teil durch gewollte und ungewollte Folgen wirtschaftspolitischer Maßnahmen verursacht.

1. Protektionismus nach innen und außen

Der Bericht der OEEC über die Mitgliedsländer aus dem Jahre 1953¹⁾ bezeichnet den Protektionismus in Frankreich, der den in vielen anderen Mitgliedsländern geübten übersteige, als die Quelle der Schwierigkeiten. Der Zolltarif beschützt die Landwirtschaft und die verschiedenen Industrien. Wichtiger noch als die Tarife sind die Importkontingentierungen, die Tarifsenkungen teilweise wirkungslos machen. Ausgleichskassen, in welche die von Importeuren gezahlten Sonderabgaben fließen, gewähren Subventionen an Exporteure zur Anregung des Exports.²⁾ - Der Protektionismus im Innern erzeugt Starrheiten im Wirtschaftssystem. Die Praktiken der Preisbindungen, Liefersperren und andere Diskriminierungen suchen die Konkurrenz unter Produzenten und Händlern zu beschränken. Das Prinzip der Freiheit der Berufswahl und -ausübung erfährt zahlreiche Einschränkungen. Die Übersetzung des Verteilungsapparates steht unmittelbar in Beziehung mit dem Verbot neuer Verteilungswege wie Auto-Bazar und Einheitspreisläden. - Dreizehn Kommissionäre bewirken 70 % des Gesamtumsatzes von Fleisch auf dem Pariser Großmarkt. Und die ganze Provinz verkauft zu den Preisen der Pariser Markthallen, deren archaische Organisation seit langem beklagt wird. Die Berufe des Notars, des Auktionators, des Schiffsmaklers und des Pharmazeuten sind durch rigorose Niederlassungsbeschränkungen zu "geschlossenen Berufen" geworden. Die Nutznießungen der Vorzugspositionen gelten häufig als "erworbenes Recht". Da die Betriebsgenehmigungen, Aktivitätskontingente und Gewerbekarten den Inhaber nur gegen Zahlung von Ablösungsbeträgen wechseln, bilden sich Knappheitsrenten zu Gunsten derer, die bei Einführung der Reglementierung zufällig den Beruf ausübten. Die Errichtung von Großbäckereien und von Brönniederlagen hängt von der Bereitstellung finanzieller "Sicherheiten" und der Zustimmung einer departementalen Kommission ab, in der allein die handwerklich betriebenen Bäckereien vertreten sind.

2. Verzerrungen von Kosten und Preisen

Verzerrungen von Kosten und Preisen durch staatlich fixierte oder genehmigte Preise beeinträchtigen den Konkurrenzmechanismus von der Seite der Bewegungs- und Anpassungsmöglichkeiten. Mit der Festsetzung von Höchstpreisen

1) Bericht der OEEC, a.a.O., S. 24.

2) Rapport sur les obstacles à l'expansion économique, 1959, S. 17.

für Verbrauchsgüter und wichtige Grundstoffe wird der Sicherung eines bestimmten Realeinkommens eine höhere Bedeutung zuerkannt als der Lenkungsfunktion der Preise für die Wahlakte der Wirtschaftssubjekte.

III. Steuersystem und Steuerbetrug

1. Die Ungleichheiten im Steuersystem

Das Steuersystem enthält in seiner Anlage und schafft in seiner Anwendung schwere Ungleichheiten. Die indirekte Steuer überwiegt bei weitem die direkte (60 % gegen 25 % im Jahr 1954), und bei den direkten Steuern bringt die "taxe proportionnelle" 5 bis 7mal mehr ein als die "surtaxe progressif". Das geringe Gewicht der progressiven Besteuerung im französischen Steuersystem fällt sofort auf.¹⁾ Die Gewinne der Landwirtschaft und die Einnahmen aus Grundbesitz machen nur 0,6 % der zur "surtaxe" deklarierten Einkommen aus. Die Landwirtschaft ist von der progressiven Steuer so gut wie befreit. Handelsunternehmen mit mehr als vier Einzelhandelsläden zahlen einen Zuschlag zur Patentsteuer, die Umsatzsteuer ist stark nach der Art der Handelstätigkeit abgestuft, und die Pauschalberechnungen bei der Einkommensteuer lassen zu große Unterschiede unberücksichtigt.²⁾

Das Steuersystem verschafft der Landwirtschaft einen derartigen Vorteil, daß es ohne Bedeutung ist, ob man - wegen der Schätzschwierigkeiten - die tatsächlich besteuerten Einkommen mit 1/6 oder 1/8 der besteuerbaren Einkommen ansetzt.³⁾ Die de facto-Befreiung der Landwirtschaft von der Einkommensteuer (im Jahr 1951) privilegiert diese Bevölkerungsgruppe deutlich gegenüber den anderen sozialen Gruppen.

Der Versuch einer Bewertung der fiskalischen Vorteile der Landwirtschaft im Jahre 1951 bringt folgendes Ergebnis:

Direkte Steuern

1. Befreiung von der Pauschalzahlung auf die Lohnsumme (5 % von 200 Mrd. frs.)	10 Mrd.
2. Proportionale Steuer	50 Mrd.
3. Progressive Steuer	15 Mrd.
	<u>75 Mrd.</u>

1) Barrère, a. a. O., S. 222.

2) Rapport sur les obstacles à l'expansion économique, S. 21.

3) Statistique et Etudes Financières, a. a. O., S. 202, 203.

Indirekte Steuern

- | | |
|--|----------------|
| 1. Privileg aus der Nichtveranlagung des Selbstverbrauchs
der Landwirtschaft zur Umsatzsteuer | 10 Mrd. |
| 2. Privileg der Branntweinbrenner | 18 Mrd. |
| | <u>28 Mrd.</u> |

Der Staat verzichtet im Jahr 1951 auf 103 Mrd. frs. Steuereinnahmen aus der Landwirtschaft, und im selben Jahr erhält die Landwirtschaft noch 180 Mrd. frs. an Transferleistungen.

2. Ausmaß und Zentren des Steuerbetrugs

Der Steuerbetrug ist ein Hauptelement der unredlichen Konkurrenz. Er erreicht ein solches Ausmaß, daß er nicht nur den öffentlichen Finanzen, sondern auch dem Wirtschaftssystem schwer schadet. Er bricht den Willen zur Produktivitätssteigerung, denn der durch Steuerbetrug zu erreichende Gewinn übersteigt oft genug den aus Rationalisierungsmaßnahmen erzielbaren Profit. "Pour trop d'entreprises, la sous-imposition ou la fraude fiscale constituent des substituts de la productivité et de la rentabilité". ¹⁾

Im Jahr 1949 (einem "Normaljahr" in dieser Hinsicht) ist im Handel die Steuerhinterziehung bei der Besteuerung der Gewinne 1,5mal, bei der Besteuerung der Umsätze 3mal so hoch wie in der Industrie. Die besteuerten Einkommen betragen im Handel ca. 72 % der besteuerten Einkommen, in der Industrie 80 %.

	Anteil des Steuerbetrugs ²⁾	
	vom Umsatz	vom Gewinn
Industrie, Transport,		
Hoch- und Tiefbau	3,9 %	19,7 % ³⁾
Handel, Dienste, freie Berufe	11,1 %	28,3 %
Nahrungsmittel	9 %	27 %
Kleidung	9 %	23,5 %
Zwischenhandel	11,5 %	31 %

Der ungewollte Transfer zu Gunsten des Handels erreicht dieses Ausmaß in einer Zeit, in der die Notwendigkeiten des Wiederaufbaus und der Inflationsbekämpfung eine besonders scharfe Besteuerung dieses Sektors verlangt hätten. -

1) Rapport sur les obstacles à l'expansion économique, S. 21.

2) Anteil berechnet vom Umsatz bzw. Gewinn mit Einschluß der hinterzogenen Beträge.

3) Statistique et Etudes Financières, S. 203.

Die fortschrittlichen Kräfte des Handels erfahren eine gesetzliche und tatsächliche Diskriminierung in der Praxis der Besteuerung. Je bescheidener der Umsatz bleibt, um so höher ist im Durchschnitt der Steuerbetrag.

IV. Das Wohnungsproblem

Die Regulierung der Mieten, die im Ersten Weltkrieg eingeführt, in der Zwischenkriegszeit mit wechselndem Nachdruck gehandhabt und im Zweiten Weltkrieg vertieft wurde, schadet heute einem Großteil gerade der sozialen Gruppen, zu deren Schutz sie gedacht war. Die Mietengesetzgebung läßt privaten Bauherren lediglich den Anreiz zur Errichtung teurer, frei zu vermietender Wohnungen. Für die minderbemittelten Schichten sind die nötigen Wohnungen einfach nicht vorhanden. Durch die Kompliziertheit der Gesetzgebung und die verschiedenen Ausnahmeregelungen variieren die Mieten für sich entsprechende Wohnformen in Anbauwohnungen vom einfachen bis zum fünffachen Betrag.¹⁾ Die privilegierten Wohnungsinhaber wenden nur einen kleinen Teil ihres Einkommens für Mietzahlungen auf. Sie können es sich erlauben, größere Wohnungen zu halten, als ihrem Bedarf entspricht. Das aktuelle Mietrecht räumt den Mietern von vor 1948 gebauten Wohnungen ein Vorrecht ein, das auf keinem anderen Rechtsrueil als dem Einzugsdatum beruht. Trotz der Reformen von 1948 und 1958 verhindert die Mietengesetzgebung noch immer eine wirtschaftliche Ausnutzung des vorhandenen Wohnungsbestands und die nötige Beschleunigung im Neubau.

V. Die ungünstige Bevölkerungsstruktur

Die erwerbstätige Bevölkerung ist nicht nur unvorteilhaft über den Raum und nach Wirtschaftszweigen verteilt und ungenügend mobil, sondern sie stagniert seit mehreren Jahrzehnten, während die Gesamtbevölkerung seit 1946 zunimmt.

Die Gesamtbevölkerung Frankreichs ist 1946 noch nicht höher als 1901 (1901 : 40,6 Millionen, 1946 : 40,5 Millionen), aber seit 1946 ist der Geburtenüberschuß 300.000 im Durchschnitt der Jahre, und die Volkszählung vom Mai 1954 weist die Gesamtbevölkerung mit 42,7 Millionen aus. 1961 erreicht die Bevölkerungszahl 45 Millionen.

1) Rapport 1959, a. a. O., S. 20.

Erwerbstätige und Gesamtbevölkerung¹⁾

Jahre	männliche Erwerbstätige		Erwerbstätige insgesamt	
	in Mill.	in % der ges. B.	in Mill.	in % der ges. Bev.
1895 - 1904	12,7	32,9	19	46,8
1920 - 1924	13,1	33,4	21,4	54,6
1935 - 1938	12,9	30,9	20,3	48,3
1954	12,5	29,2	20,5	47,7

Für die Periode 1954 bis 1961 berechnet André de Lattre²⁾ eine Zunahme der erwerbstätigen Bevölkerung um lediglich 230.000 Personen gegenüber einem Zuwachs von 2 Millionen zur Gesamtbevölkerung. Die beiden Zuwachsraten verhalten sich annähernd wie 1 : 10.

Alfred Sauvy sieht einen engen Zusammenhang zwischen monetärer Stabilität und Bevölkerungswachstum. Der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedene Bevölkerungsteil lebt - unabhängig von der Finanzierungsmethode - von der Arbeit der erwerbstätigen Generationen. Solange die aktive Bevölkerung wächst, trägt sie die von der jungen und alten Generation herkommenden Lasten ohne allzu große Schwierigkeiten. In Frankreich ist die erwerbstätige Bevölkerung stationär, "da die Franzosen von 1900 mehr an den Ruhestand als an die Nachkommenschaft dachten".³⁾ Die geschwächten Jahrgänge weigern sich, die Auflagen zu erfüllen, die ihnen die "egoistischen" Jahrgänge mit der einzigen ihnen verbleibenden Waffe - dem Stimmzettel - über das Budget und die Besteuerung auferlegen können. Die monetäre Entwicklung sei so verlaufen, meint Sauvy, wie wenn die aktive Bevölkerung sich immer von neuem der Last entzogen hätte, indem sie dem für die ältere Generation unheilvollen Substanzverlust des Geldes Vorschub leistete.⁴⁾

VI. Strukturelle Schwächen und Inflation

Sieht man in der Inflation die (mögliche) Folge von Anpassungsfehlern zwischen Geld- und Güterströmen, so sind die Ursachen auf der Geld und/oder Güterseite zu suchen. Von der Güterseite her ist den Wurzeln der Inflation beizukommen,

1) Prof. Marzewski, Vorlesung a. a. O.

2) A. de Lattre, Politique Economique de la France depuis 1945.

3) Alfred Sauvy, Théorie Générale de la Population, Teil I, S. 281.

4) Théorie Générale, Teil II, S. 35 ff.

wenn das Gütervolumen seine Zusammensetzung ändert und/oder wächst.

Durch die Starrheiten und Blockaden im französischen Wirtschaftssystem, durch die geringe Mobilität der Produktionsfaktoren ändern die Güterströme nur sehr langsam Richtung und Zusammensetzung; und soweit sie beweglich sind, fehlt ihnen der Wegweiser. Die zahlreichen künstlich festgehaltenen Preise fördern nur die weitere Verzerrung der Produktionsstruktur. - Das Gütervolumen wächst verhältnismäßig langsam, da in Anbetracht der Wanderschwierigkeiten die Arbeitskraftreserven ausgeschöpft sind und die Produktionssteigerung ganz aus der Produktivitätssteigerung kommen muß. Die Produktivitätsfortschritte waren jedoch über viele Jahre hin recht bescheiden. Die Starrheit der Strukturen scheint nicht nur wirtschaftlicher Art gewesen zu sein. Sie zeigt sich auch in einer gewissen psychologischen Haltung, die gegen wirtschaftliche, technische und soziale Umgestaltungen feindlich eingestellt ist.¹⁾

Die strukturellen Schwächen erklären, warum die französische Wirtschaft so anfällig für Inflationserscheinungen ist. Trotzdem erscheint eine Bezeichnung wie "strukturelle Inflation", die J. W. Hackett²⁾ verwendet, nicht gerechtfertigt. Niedrige Produktivität in den Nachkriegsjahren, geringe Mobilität der Produktionsfaktoren usw. sind Probleme, die auch andere Volkswirtschaften belasteten, die keine Preissteigerungen vom Ausmaß der französischen erlebten. Die französische Nachkriegsinflation muß noch mit verschiedenen anderen Ursachen, Voraussetzungen und Begleitumständen, insbesondere von der Seite der Geldversorgung her, erklärt werden.

1) Rapport sur les obstacles à l'expansion économique, S. 23.

2) Sur les pressions inflationnistes et les politiques anti-inflationnistes en France, Economie Appliquée, 1956, S. 619 ff.

Fünfzehntes Kapitel: Kreditpolitik und Geldversorgung

I. Die Geldmenge und ihre Gegenposten

1. Zur Interpretation der Geldmengenstatistiken¹⁾

Die Geldmengenstatistik und die Statistik der "contreparties monétaires", der Gegenposten der Geldmenge, beschreiben die monetäre Entwicklung von zwei verschiedenen, aber sich entsprechenden Seiten. Das INSEE verfolgt in seinen Veröffentlichungen die Bewegungen der "liquidités monétaires" und der "disponibilités monétaires totales". Die "liquidités monétaires"²⁾ - im folgenden mit "Geldmenge" bezeichnet - schließen die Zentralbankgeldmenge, die Einlagen bei Banken und die Postscheckeinlagen ein. Der weitere Begriff der "disponibilités monétaires totales" nimmt zu den "liquidités monétaires" noch die Einlagen bei Sparkassen und die vom Publikum gehaltenen Schatzscheine (Bons du Trésor) hinzu. Seit dem August 1949 berechnet die Kreditabteilung der Banque de France die Größe der "masse monétaire", ebenfalls zurückgreifend bis Dezember 1945; sie ist mit den "liquidités monétaires" des INSEE nicht völlig vergleichbar. Schließlich führt der "Conseil National du Crédit" vierteljährlich Erhebungen über die Geldmenge durch.

Der praktische Weg dieser Erhebungen geht über die Addition einiger bestimmender Passivposten der Bilanzen der beobachteten Kreditinstitute. Die festgehaltenen Posten machen fast die ganze Passivseite der Bank- und Notenbankbilanzen aus. Bei der Banque de France nimmt der Posten "Noten im Umlauf" fast 90 % der Passivseite ein. Bei den Geschäftsbanken besteht die Passivseite aus "Sichteinlagen + X". X steht für befristete Einlagen, Kapital usw., es ist bei den französischen Banken im Vergleich zu den anderen Posten klein.³⁾

Die Passivseite aller Bankbilanzen ist dann

$$P = \text{Zentralbankgeld} + \text{Buchgeld} + X.$$

Die Hauptposten der Aktivseite sind das Portefeuille an Staatspapieren, die "Forderungen an den Tresor", das Wechselportefeuille und Darlehen, die "Kredite an die Wirtschaft" + Y (z. B. Kasse). Die Aktivseite der Bilanzen der Geschäftsbanken ist dann

1) Zur gebotenen Vorsicht bei der Interpretation der Statistiken der Gegenposten der Geldmenge siehe Etudes et Conjoncture, Januar-Februar 1954, S. 117.

2) Etudes et Conjoncture, Dezember 1946 - Januar 1947.

3) Etudes et Conjoncture, April 1956, S. 276.

$$A_G = \text{Forderungen an den Tresor} + \text{Kredite an die Wirtschaft} + Y$$

Die Aktivseite der Zentralbank ist

$$A_Z = \text{Gold und Devisen}^{1)} + \text{Forderungen an den Tresor} + \text{Kredite an die Wirtschaft} + Y',$$

und die Aktivseite aller Bankbilanzen

$$A = \text{Gold und Devisen} + \text{Forderungen an den Tresor} + \text{Kredite an die Wirtschaft} + Y \text{ (} Y' \text{ eingeschlossen).}$$

Die drei Aktivposten der Bilanzen sind die "monetären Gegenposten". Da $X > Y$, sind sie zunächst etwas größer als die Geldmenge und müssen mit der Differenz von $X - Y$ korrigiert werden.

2. Die Vermehrung der Geldmenge durch Geldschöpfung zu Gunsten der Wirtschaft und des Staates

Geldschöpfung ist die Eröffnung eines Guthabens in Zentralbankgeld oder Buchgeld gegen die Hereinnahme von Aktiven, die nicht Geld sind.²⁾ - Grundlage der Geldschöpfung in einer Volkswirtschaft sind - abgesehen von der rein banktechnischen Fundierung des Prozesses - Güterproduktion und Gütertausch, Investitions- oder Spekulationspläne oder hoheitliche Vorrechte. Entsprechend diesen drei Quellen der Zahlungsmittel spricht Gaél Farn³⁾ von einer "wirtschaftlichen", einer "finanziellen" und einer "fiskalischen" Geldschöpfung.

Die "wirtschaftliche" Geldschöpfung geschieht bei der üblichen Verkaufsfinanzierung fertiger Güter durch die Banken über den Ankauf von Handelswechseln. Die Bezahlung der Wechselschuld am Fälligkeitstag bedeutet eine Geldvernichtung genau im Betrag der vorausgegangen Geldschöpfung.

Zwischen der "wirtschaftlichen" und der "finanziellen" Geldschöpfung besteht kein grundsätzlicher Unterschied. Hier räumt ein Investor einer Bank eine Darlehensforderung gegen sich ein und erhält dafür das Verfügungsrecht über ein neu geschaffenes Guthaben zum Kauf von Ausrüstungsgütern und Rohstoffen usw. Der Hauptunterschied zur "wirtschaftlichen Geldschöpfung" liegt in der Zeitdauer bis zur Resorption der Finanzierungsmittel, Gelingt die Konsolidierung durch

1) Zum Posten "Gold und Devisen" gehören noch Sichtguthaben bei ausländischen Banken, Guthaben bei der EZU, Vorschüsse an den Wechselkursstabilisierungsfonds.

2) siehe Erich Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, I. Teil.

3) Gaél Farn, La lutte contre l'inflation et la stabilité monétaire, S. 20.

Sparbeträge nicht, können Jahre vergehen, bis die Ausrüstungsgüter in verkaufsreife Produkte übergehen, welche die Rückzahlung der Kredite und die Beendigung des Geldschöpfungsprozesses gestatten.

Die "fiskalische" Geldschöpfung ist ein Verfahren der Finanzierung öffentlicher Ausgaben. Sie ist in drei Hauptarten bekannt.¹⁾ (1) Der Staat bittet die Notenbank, ihm in den vom Parlament festgelegten Grenzen "normaler" oder "außerordentlicher" Vorschüsse Zentralbankgeld zur Verfügung zu stellen.²⁾ (2) Der Staat plazierte Schatzscheine bei den Geschäftsbanken und erhält eine Gutschrift in Buchgeld. Im Falle von Liquiditätsschwierigkeiten reichen die Banken die Schatzscheine zum Diskont bei der Notenbank gegen eine Gutschrift von Zentralbankgeld ein. (3) Der Tresor nimmt bei den korrespondierenden halbstaatlichen Kreditinstituten ("les Correspondants du Trésor") oder bei den Geschäftsbanken kurz- und mittelfristige Darlehen auf. In allen drei Fällen bewirken die Kreditinstitute die Geldschöpfung gegen den Erwerb einer Forderung an den Tresor in der Form einer Buchforderung oder einer durch Wertpapiere verbrieften Forderung. Eine unmittelbare, direkte Wirkung auf den Banknotenumlauf hat nur die erste Methode. Aber alle drei Methoden ersetzen ungenügende Staatseinnahmen aus Steuern oder Anleihen, und alle drei Methoden können in ihrer Wirkung bald mit einer Steuer, bald mit einer Anleihe verglichen werden.³⁾⁴⁾

3. Übersicht über die Entwicklung der Geldmenge in der Nachkriegszeit

Vor der Untersuchung der französischen Kreditpolitik sei die Entwicklung der Geldmenge in der Beobachtungsperiode kurz aufgezeigt. Vom 31. Dezember 1938 bis zum September 1944 wächst die Geldmenge von 192 Mrd. frs. auf 902 Mrd. frs. und steigt bis zum Sommer 1946 rasch weiter an. Von Ende September 1944 bis Ende Juli 1946 macht die Zunahme 88 % aus. Die vorhandenen Zahlungsmittel sind in dieser Periode dauernd größer als der Zahlungsmittelbedarf zur Regulierung der Umsätze. Der Index der Geldmenge liegt fast 2 Jahre lang über dem Index der offiziellen Großhandelspreise. Ein Indexvergleich mit

1) Barrère, a.a.O., S. 369.

2) In der Praxis trifft der Finanzminister mit der Banque de France eine Vereinbarung, die nachträglich vom Parlament durch ein Gesetz gebilligt werden muß.

3) G. Fain, a.a.O., S. 26.

4) daß die Mehrnachfrage zunächst auf jeden Fall zu einer Preissteigerung führt, siehe Prof. Preiser, Multiplikatorprozeß und dynamischer Unternehmensgewinn, in "Bildung und Verteilung des Volkseinkommens" S. 131.

den Schwarzmarktpreisen würde wahrscheinlich keine Diskrepanz ergeben. Aus diesem Grund vermutlich empfiehlt das INSEE, die Inflation (in diesen Monaten) durch die Verlaufsart der Zunahme der Zeichengeldmenge, der Bankeinlagen und der Gesamtgeldmenge zu messen. Die Kurve der Geldmenge in der Zeit verläuft exponentiell.¹⁾

Im Sommer 1946 kommt ein Gleichgewicht zwischen Geldmenge und Zahlungsmittelbedarf zustande. Dieses Gleichgewicht ist allerdings nur mit Hilfe sehr roher Methoden ermittelt. Man errechnet ein theoretisches Preisniveau, in dem man das Geldvolumen auf das Gütervolumen bezieht. Die Umlaufgeschwindigkeit ist als konstant angenommen, und die Fisher'sche Verkehrsgleichung ist auf

$$P = \frac{M}{Q} \quad \text{reduziert.}$$

Beobachtete und theoretische Preise / Indizes 1938 = 100

Datum	beobachtete Preise (Großhandel)	Gesamtpro- duktion (Au- ßenhandel bez.)	theoretische Preise	Realwert der Geldmenge
März 1944	254	60	749	177
Juni	268	48	1.000	178
September	266	41	1.246	192
Dezember	275	51	947	175
März 1945	290	54	903	168
Juni	374	58	-	135
September	429	69	740	119
Dezember	469	74	795	125
März 1946	540	82	777	116
Juni	604	89	759	111
September	726	90	784	96
Oktober	822	90	822	-

Im Augenblick der Liberation überschreitet der theoretische Preis seinen Höhepunkt und sinkt danach dauernd. Die Indizes des Realwertes der Geldmenge und der verfügbaren Gütermenge treffen sich ebenfalls im Verlauf des vierten Trimesters 1946. Aber die Gleichgewichtslage ist ungesichert. Sie ist ein rein arithmetisches Gleichgewicht auf einem zu niedrigen Produktionsniveau. Immer-

1) Etudes et Conjoncture, Dezember 1946 - Januar 1947, ebenso die folgende Tabelle.

hin hat die Behauptung einen Sinn, daß von jetzt an die Preisbewegung nicht mehr unter dem Einfluß der in der Kriegs- und Besatzungszeit aufgestauten Zahlungsmittelmenge steht, sondern Funktion der Produktionsentwicklung und der neuen Wirtschaftspolitik ist.

Die Zunahme der Geldmenge von 1945 bis 1950 ist regelmäßig und weist anlässlich des Banknotenumtauschs vom Juni 1945 und des Einzugs der 5000-Franc-Scheine vom Februar 1948 nur geringe Unstetigkeiten auf.

Ende 1945 beträgt die Geldmenge 1031 Mrd. frs., Ende 1946 1357 Mrd. frs., Ende 1947 1679 Mrd. frs., Ende 1948 2243 Mrd. frs., am 31. 12. 1938 war sie 192 Mrd. frs. gewesen.

Das Verhältnis zwischen Zentralbankgeld und Buchgeld bleibt bemerkenswert stabil. Das Buchgeld nimmt im Durchschnitt der Jahre gerade die Hälfte der Gesamtgeldmenge ein.

II. Politik, Umfang und Formen der Kreditgewährung an Staat und Wirtschaft

1. Grundsätze der offiziellen Kreditpolitik

"Im Angesicht schwerster materieller Schäden einerseits und rasch wachsender Bedürfnisse andererseits, bei unvermeidlicher Diskrepanz zwischen Ersparnisbildung und Kapitalbedarf", schreibt Claude Gruson, "brauchte Frankreich etwas anderes als eine orthodoxe Finanzpolitik".¹⁾ Worin die "unorthodoxe" Kreditpolitik besteht, ist am besten aus den Äußerungen des Conseil National du Crédit, der zentralen Überwachungs- und Leitstelle der französischen Kreditpolitik, zu erfahren. Der Conseil ist sich des schweren Risikos einer übermäßigen Kreditausweitung bewußt, er erkennt aber nicht weniger die umgekehrte Gefahr einer zu weit getriebenen Begrenzung. Er betrachtet die beiden Risiken als gleich schwerwiegend und erklärt, daß, solange die augenblicklichen Unzulänglichkeiten der Produktion fortbestehen, diese "durch einen Mangel an Kredit nicht beeinträchtigt werden dürfe".²⁾ Die Direktive der Kreditpolitik in den ersten Nachkriegsjahren lautet, zu den schon gegebenen Engpässen nicht noch den Mangel an Kredit hinzuzufügen.³⁾

1) Le franc et la politique du crédit, Economie Appliquée, 1952, S. 45.

2) II. Jahresbericht des CNC, S. 54.

3) Barrère, La politique du crédit en France, Revue Economique 1951, S. 517.

2. Die Periode der improvisierten Kreditverteilung

Das Jahr 1945 ist auch für Frankreich noch ein Kriegsjahr und eine Übergangszeit zur Neuregelung des Kreditwesens. In dieser ersten Periode paßt sich die Kreditaufsicht mehr der Entwicklung an, als daß sie diese selbst lenkt. Das Banksystem soll gleichzeitig den Kassenverlegenheiten des Tresor abhelfen, die wiedereinschmelzende Wirtschaftstätigkeit durch die Bereinstellung der nötigen Transaktionskasse unterstützen und Auf- und Ausbau der Industrie fördern. Also zeichnen die Banken Schatzscheine, diskontieren Handelswechsel, gewähren Darlehen und diskontieren die Akzepte des Crédit National. Vom 31. 12. 1945 bis 31. 12. 1946 steigen die von der Gesamtheit der Bankinstitute an den Staat und die privaten Unternehmen gewährten Kredite von 392 auf 600 Mrd. frs. (+ 53 %).¹⁾ Die Zunahme ist ziemlich gleichmäßig auf die beiden Semester verteilt. War zu Beginn des Jahres der Staat zu 70 % Nutznießer des Kreditgeschäfts der Banken, nehmen am Jahresende privater (305 Mrd. frs.) und öffentlicher Sektor (295 Mrd. frs.) je etwa die Hälfte der Engagements der Banken in Anspruch. - Die Last der endgültigen Finanzierung verschiebt sich im Lauf des Jahres immer mehr zur Notenbank. Zu Beginn des Jahres hatte die Banque de France ein Portefeuille im Wert von 13 %, am Jahresende im Wert von 21 % der gesamten laufenden Ausleihungen. Die Entwicklung der Bankeinlagen (und damit der Überschußreserven) erklärt die Verteilung der Kredite. Im Gegensatz zum ersten Halbjahr läßt die Einlagenbildung im zweiten Semester nach, die Kreditnachfrage von Seiten der Wirtschaft wird dagegen so stürmisch, daß die Banken zur Befriedigung der Kreditbegehren nicht nur sämtliche neue Überschußreserven verwenden, sondern dazu in höherem Maße zum Rediskont greifen und den Bestand an Schatzscheinen reduzieren. Die schwächere Stützung der Staatsfinanzen durch die Geschäftsbanken veranlaßt den Tresor zum ersten Male seit Ende 1944, unmittelbar an die Hilfe der Zentralbank zu appellieren.

Im Herbst geraten Banken und Tresor in Liquiditätsschwierigkeiten und wenden sich an die Notenbank, die Banken unter dem Druck der Industrie- und Handelsunternehmen, denen es nach den Preis-, Lohn- und Umsatzsteigerungen ständig an Transaktionskasse fehlt, der Tresor unter dem Druck der Absatzstockungen von Schatzscheinen. Die Notenbank entspricht dem Drängen nach neuen Zahlungsmitteln. Die Ausweitung der Zahlungsmittelmenge ist ebenso Folge vorausgegangener Preis- und Lohnerhöhungen, wie Voraussetzung der Finanzierung folgender Preis- und Lohnanhebungen.

1) I. Jahresbericht des CNC, S. 22 ff.

3. Die Politik der Kreditbegrenzung

a) Idee und Form der qualitativen und quantitativen Kreditkontrolle

Zu Beginn des Jahres 1947 beschäftigen sich die für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen mehr als bisher mit der inflationistischen Wirkung der Investitionsfinanzierung. Von einer drastischen Beschränkung des Kreditvolumens befürchtet man jedoch einen hemmenden Einfluß auf die Produktion. Dagegen scheint sich eine Lösung des Problems in einer rationellen Verteilung der Kredite durch qualitative Kreditkontrollen zu bieten.

Als der CNC am 9. 1. 1947 seine neue Politik der Kreditschleifung festlegt, kann er sich bereits auf Erfahrungen der vorausgehenden Jahre stützen. Seit Dezember 1945 erteilt er den Banken Empfehlungen und Anweisungen über die Kreditarten, die vorzugsweise gegeben werden sollen. Seit 1946 müssen die Banken über alle Kredite von mehr als 5 Millionen frs. der Banque de France berichten. Für Kredite von mehr als 30 (ab 12. 2. 1948: 50) Millionen frs. ist die Zustimmung der Notenbank erforderlich.

Neben den Prinzipien "Sicherheit" und "Rentabilität" sind noch zwei weitere Gesichtspunkte bei der Überprüfung der Kredite zu beachten. Die Kredite müssen gesamtwirtschaftlich "nützlich" und durch andere Finanzierungsformen nicht ersetzbar sein.¹⁾

Die neuen Kreditbestimmungen werden von den Banken in großzügiger Weise ausgelegt und angewandt. Wenn die Kriterien der "Nützlichkeit" und "Unabhängbarkeit" gegeben sind, können die erstgenannten üblichen Kreditbedingungen durch staatliche Garantie ersetzt werden. Der Diskontkredit, der fast zwei Drittel des Bankkredits an Handel und Industrie ausmacht, entgeht ganz der Regulierung. Ein großer Kreditbereich bleibt so unkontrolliert.²⁾ Es ist dann nicht verwunderlich, daß die Kreditexpansion über den Diskontkredit weitergeht.

Im Sommer 1948 entschließt sich der CNC, die qualitative Kreditkontrolle durch eine quantitative Begrenzung zu ergänzen. Bis zu diesem Zeitpunkt jedenfalls sprechen verschiedene Tatbestände für Roosa's Charakterisierung der französischen Anti-Inflationspolitik: "The record of French action to halt inflation has been a patchwork of intricate tactical defenses first on one small front and then another ... There has been no overall grand strategy".³⁾ Selbst

1) II. Bericht des CNC, S. 58 ff.

2) I. G. Patel, Monetary Policy in Postwar-years, I. M. F. Staff Papers, Bd. III, Nr. 1, April 1953.

3) Roosa, The problem of French recovery, The Economic Journal, Juni 1949, S. 163.

Claude Gruson räumt ein, daß die Kreditpolitik bis Ende September 1948 passiv gewesen sei. Einzig die Finanzierung der Lagerbildung sei untersagt gewesen.¹⁾ Das Gesetz vom 29. September 1948 bringt als generelle Neuerungen die "planchers" und die "plafonds". Die Banken dürfen den Bestand an Schatzscheinen nicht abbauen, um mehr Diskont- oder Darlehenskredite zu gewähren. Sie müssen einen Bestand an Staatspapieren in Höhe von wenigstens 95 % des Betrages vom 30. September 1948 halten und haben neue Staatspapiere für wenigstens 20 % der Depotzugänge zu zeichnen. Außerdem begrenzt die Notenbank die Rediskontmöglichkeiten der Banken durch Rediskontplafonds. Zu den generellen Beschränkungen treten schärfere Diskontkontrollen und -plafonds nach Branchen und Unternehmungen. Das Prioritätssystem aus dem Jahre 1947 wird weiter ausgedehnt.

Die Festlegung der "planchers" ist nur scheinbar eine grundlegende Neuerung. Schon im Oktober 1945 hatten sich die Banken zu einem "gentlemen-agreement" gegenüber der Notenbank verpflichtet, Staatspapiere nur bei Einlagenverlusten abzustößen. "This voluntary measure had worked well on the whole", meint J.G. Patel.²⁾ - Der Rediskont mittelfristiger Effekten, die über den Crédit National und die Caisse des Dépôts eingereicht werden, erfährt keine Begrenzung.

b) Auswirkung auf den Umfang der Kreditgewährung

Während des Jahres 1947 nehmen die gesamten Bankkredite an das Publikum um 182 Mrd. frs. zu, die Zessionen von Akzepten des Crédit National um 41 Mrd. frs. (1946: 190 und 56 Mrd.). Während jedoch 1946 den neuen Krediten eine fast ebenso große Vermehrung der Einlagen entsprach, decken die Einlagenzugänge 1947 nur etwa die Hälfte der zusätzlichen Ausleihungen. In der Periode der relativen Preisstabilität von Januar bis Juli hält der Einlagenzuwachs das Gleichgewicht mit den neuen Krediten. Seit Ende August verlangsamte sich der Einlagenzugang, und die Neuausleihungen werden zu fast zwei Dritteln von der Notenbank getragen (51 Mrd. von 84 Mrd. "Kredite an die Wirtschaft").

Ab Oktober scheinen die Kreditbeschränkungen des CNC doch wirksam zu werden, da von diesem Monat an die Hälfte aller neuen Bankverbindlichkeiten die Basisindustrien und die andere Hälfte das Diskontgeschäft betreffen. Auch die Tatsache, daß das gesamte Kreditvolumen 1947 nicht ganz so stark wie im Jahr 1946 gestiegen ist, spricht für einen gewissen Erfolg der Kontrollen.

1) a. a. O., Econ. Appl. 1952.

2) Staff Papers, a. a. O., S. 105.

Die Kredithilfe an den Staat erreicht 1947 den Wert von zwei Dritteln der Kredite an die Wirtschaft. Die Notenbank erhöht den Vorschuß um 116 Mrd., dazu kommen 23 Mrd. aus der Erhöhung der Postscheckeinlagen. Die Kredithilfe der Geschäftsbanken an den Staat aus der Zeichnung von Schatzscheinen und dem Diskont von Akzepten des Crédit National geht um 11 % zurück. Dem Tresor fließen 1947 also insgesamt 128 Mrd. frs. aus dem Banksystem zu. Nimmt man die Last der laufenden und der Investitionsausgaben des Staates als gegeben, bleibt dem Tresor 1947 keine andere Wahl, als den Weg zur Notenbank zu gehen, da langfristige Emissionen keinen Erfolg erwarten lassen, die den ausgebliebenen Kreditbeistand der Geschäftsbanken ausgeglichen hätten. Die Geschäftsbanken ihrerseits bauen den Schatzwechselbestand ab, wenn das Kreditbegehren der Geschäftswelt so drängend und die Krise der Einlagenbildung so ausgeprägt wie im Jahr 1947 sind. Der CNC zieht aus der Entwicklung den Schluß, daß bei Abwesenheit einer genügenden Einlagen- und Ersparnisbildung die Notenbank im Endeffekt die von der Wirtschaft benötigten Zahlungsmittel schaffen muß.¹⁾ - Den Banken erscheint jeder darlehenssuchende Unternehmer als das unschuldige Opfer früherer Preissteigerungen. "Anxious to make certain that lack of finance would not block a single opportunity for production, the banks have been caught up in a vicious circle of their own feeding the inflation, which in turn, raised the demand for bank credit".²⁾

Im Jahr 1948 kann das Banksystem dank dem Einlagenzuwachs die Kreditgewährung in der Form des Diskont- und Kontokorrentgeschäfts ohne Schwierigkeiten ausweiten. Die gesamten neuen Kredite an das Publikum - 378 Mrd. frs.³⁾ - sind nicht viel höher als die Sichteinlagenzugänge bei den Banken in Höhe von 358 Mrd. frs.⁴⁾

Von Juni 1946 bis Januar 1948 verringern die Banken ihr Portefeuille an Schatzscheinen um 121 Mrd. bis auf einen Betrag von 153 Mrd. Während des Jahres 1948 stocken die Banken den Schatzscheinbestand wieder um 65 Mrd. auf (32 Mrd. Schatzscheine und 33 Mrd. Akzpte des Crédit National). Diese neue Hilfe der Banken, die Einlagen der Korrespondenten des Tresor und der Postscheckämter in Höhe von 165 Mrd. frs. und außerordentliche Steuer- bzw. Anleiheerinnahmen bewahren den Tresor vor größeren Kassenschwierigkeiten. Als die Banken im Sommer dazu ansetzen, den Schatzscheinbestand abzubauen, um mit

1) II. Jahresbericht des CNC, S. 76.

2) Roosa, a. a. O., S. 157.

3) III. Jahresbericht des CNC.

4) Revue d'Economie Politique 1951, S. 264.

den frei werdenden Mitteln die Kredite an die Wirtschaft aufzustocken, greift der CNC zu den geschilderten Maßnahmen. Indem die Kreditpolitik die Wiederholung des *circulus vitiosus* des Jahres 1947 verhindert, wird sie zu einer die Stabilisierung auslösenden Kraft.¹⁾ - Die Bestimmungen über die "*planchers d'effets publics*" vom September garantieren dem Tresor einen automatischen Mehrabsatz von Schatzscheinen.

c) Staatsausgaben und Budgetdefizit

aa) Laufende und Investitionsausgaben

Eine Reihe von Umständen beladen den französischen Staat in den Nachkriegsjahren mit außerordentlichen Aufgaben und Ausgaben, die Militärkredite, die noch bis 1948 einen wichtigen Platz im Budget einnehmen, die unmittelbaren Kriegsfolgelasten, die Subventionen, die Kredite für die verstaatlichten Industrien und schließlich die unmittelbar vom Staat ausgeführten oder von ihm geförderten Investitionen. Der Zwang der Umstände und eine anti-liberale Ideologie weisen dem Staat eine zentrale Rolle im Wirtschaftsleben zu. Die Investitionen und der Anteil des Staates an ihnen verdienen besondere Beachtung. Insgesamt sind vom Monnet-Plan für die vier Jahre 1947-1950 folgende Investitionen vorgesehen:²⁾

Laufende Unterhaltung von Geräten und Bauten	750 Mrd. frs.
Wiederaufbau	1.100 " "
durch den Krieg aufgeschobene Ausbesserungen	430 " "
Modernisierung und Ausweitung der Produktionskapazität	720 " "
insgesamt	3.000 Mrd. frs.

Die Investitionen zu Lasten des Staates umfassen die Teilnahme an den Wiederaufbauleistungen Privater, öffentliche Arbeiten und zivile Ausrüstungen, Investitionen der verstaatlichten Betriebe. Die Wiederaufbaukredite (einschl. der Entschädigungszahlungen an Private) sind in Milliarden Francs 1946: 86,3, 1947: 161,4, 1948: 221,5; die gesamten vom Staat finanzierten Investitionen sind 1947: 330, 1948: 476; die von den Privaten finanzierten Investitionen sind 1947: 115, 1948: 209.

bb) Die Finanzierung der staatlichen Ausgaben und der gesamten Investitionen
Von 1945 bis 1948 wird die Gesamtheit der staatlichen Investitionen in wechselndem Ausmaß von ordentlichen Budgeteinnahmen und von außerordentlichen

1) Cl. Gruson, a. a. O.

2) Mérigot u. Coulbois, S. 104, wie auch die Zahlenwerte.

Finanzierungsmitteln gedeckt.¹⁾

Jahre	Gesamt- ausgaben	ordtl. Budget- einnahmen		Anleihen, außer- ordtl. Einnahmen		Vorschüsse d. Notenbank	
		Betrag	%	Betrag	%	Betrag	%
1945	552	245	44	321	58	- 14	-
1946	783	461	59	264	34	58	7
1947	971	694	71	146	15	131	14
1948	1756	1023	58	716	41	17	1
Gesamt	4062	2423	59	1447	36	192	5

Die ordentlichen Budgeteinnahmen reichen in der Beobachtungszeit für knapp 60 % der Gesamtausgaben. Dieser niedrige Deckungssatz weist auf die schon erörterten Schwächen des französischen Steuersystems hin. Höhere indirekte Steuern werden in den Zeiten eines Verkäufermarktes mit Sicherheit in höheren Endpreisen an die Verbraucher weitergegeben. Der ohnehin geringe Anteil der direkten Steuern verliert durch die Steuerhinterziehung und den Kaufkraftschwund des Geldes noch mehr an Gewicht. Die reine Steuerlast, die die französische Wirtschaft 1947/1948 zu tragen hat, wird von Roosa mit 15 %, davon 5 % die direkten Steuern betreffend, beziffert. Für weitere Anspannungen der Einkommensteuer scheint noch Raum gegeben. Vergleichshalber sei das Ergebnis von Berechnungen genannt, nach denen Frankreich das Budget ausgleichen und dazu den Monnet-Plan aus Steuermitteln finanzieren könnte, wenn die Steuerstruktur der USA angewandt würde, und wenn die Steuern tatsächlich hereinkämen.²⁾

Die "außerordentlichen Einnahmen" aus der Neubewertung der Goldkasse der Banque de France sind in ihrem Wesen einem Vorschuß der Notenbank an den Staat ohne Verpflichtung zur Rückzahlung gleichzusetzen.

Die Vorschüsse der Banque de France haben in den einzelnen Jahren einen sehr unterschiedlichen Anteil an der Gesamtfinanzierung. Auf das Jahr 1947 entfällt der Löwenanteil, im Jahr 1948 sind sie ohne große Bedeutung. Im Jahr 1947 heben drei Vereinbarungen zwischen Finanzminister und Notenbank den Plafond der "avances provisoires" von 100 auf 200 Mrd. frs. (24. Juni, 25. September, 12. November). Die "avances permanentes", die seit dem 12. November

1) Mérigot u. Coulbois, a. a. O., S. 108 ff.

2) Roosa, a. a. O., S. 165.

1938 auf 10 Mrd. frs. festgesetzt sind, werden am 29. März 1947 auf 50 Mrd. frs. erhöht. Im Lauf der vier Jahre gewährt die Banque de France dem Staat 192 Mrd. frs. an Vorschüssen und finanziert damit 5 % der Staatsausgaben dieser Periode. Wenn Coulbois und Mérigot aus dem niedrigen Durchschnittssatz folgern, "(que) la part de l'Etat dans la responsabilité de l'inflation est donc beaucoup moins grande qu'au cours de la période précédente"¹⁾, so ist dem entgegenzuhalten, daß (1) die Vorschüsse nicht der einzige Finanzierungsweg des Tresor sind, der zur Notenbank führt, und daß (2) das Hauptgewicht der Vorschüsse auf 1947, dem verworrensten Jahr der ersten Inflationsperiode, liegt. Die direkte Finanzierung des Budgetdefizits über die Notenbank ist für den Staat die angenehmste Methode, aber auch der sicherste Weg zu einer dem Budgetdefizit entsprechenden Kreditausweitung.²⁾ Die Zentralbank steht - banktechnisch gesehen - nicht unter dem Zwang, Kredite an die Wirtschaft in Verfolg der Kredithilfe an den Staat einzuschränken. Die Geschäftsbanken, die dem Staat Kredit geben, bleiben nur unter der Annahme völlig elastischen Kreditangebots anderen Darlehenssuchern unvermindert kreditbereit.³⁾ Da das Kreditangebot in der Wirklichkeit nie ganz elastisch ist, hat ein Budgetdefizit, das nicht von der Zentralbank finanziert wird, eine geringere inflationistische Wirkung. Der Monnetplan erwartete ein freiwilliges Sparen in Höhe von 8 bis 9 % des Volkseinkommens als Beitrag zur Investitionsfinanzierung ohne Inflation. Aber ebensowenig wie in den späteren Inflationsperioden gelingt Frankreich 1947/1948 der Ausbruch aus dem *circulus vitiosus* "Inflation herrscht, weil zu wenig Ersparnisse auf den Markt kommen - zu wenig Ersparnisse kommen an den Markt, weil Inflation herrscht". Der Investitionsplan überfordert offensichtlich die französischen Finanzierungsmöglichkeiten ohne Inflation, "an investment plan too large for the self-discipline of the French Nation (is) the present fundamental cause of continued inflation".⁴⁾

4. Die Politik der Krediterleichterung und die Rückkehr zur Kreditbeschränkung im Oktober 1951

a) Tendenz und Maßnahmen der kreditpolitischen Leitstellen

In der ersten Zwischeninflationsperiode ist der CNC bestrebt, einerseits durch

1) Mérigot, a. a. O., S. 110.

2) die Vorschläge sind prinzipiell zinslos (ab 20. 2. 1947 wird eine Kommission von 4 ‰ gezahlt).

3) W. H. White, Measuring the inflationary significance of a government budget, Staff Papers, Nr. 3, April 1951, Bd. 1.

4) Roosa, a. a. O.

Kreditknappheit zum Abbau der Lager zu zwingen und so die erste Stabilitätsperiode abzusichern, andererseits dem ruhigeren Geschäftsgang Rechnung zu tragen. Die Instrumente der Kreditbeschränkung bleiben deshalb grundsätzlich in Kraft, sie werden jedoch weniger streng gehandhabt. Als die Produktion im Frühjahr 1950 weiter stagniert, werden die Kreditwünsche immer großzügiger erfüllt.

Der Ausbruch des Koreakrieges und die Ende 1950 deutlich zunehmende Kreditnachfrage ändern nichts an der Politik der Krediterleichterung. Der Rediskontplafond liegt im Oktober 1951 bei ca. 285 Mrd. frs.¹⁾ Im Sinne der Verordnung vom September 1948 sollten die Plafonds den Maximalbetrag der zum Rediskont eingereichten Papiere am Monatsende fixieren. Aber zwischen den Fälligkeitsterminen der Monatsultimo können die Banken die Unterstützung der Notenbank über die Plafonds hinaus in Anspruch nehmen. Die Banken nutzen diese Möglichkeit mittels sehr kurzfristiger Papiere und zahlen die Überschreitungen - zunächst ohne Schwierigkeiten - am Monatsende zurück. Aber mit der Anspannung des Geldmarktes, namentlich infolge des rapiden Devisenabflusses im Frühjahr 1951, fällt den Banken die Rückzahlung zunehmend schwerer. Sie ist schließlich nur noch durch die Hilfestellung der Banque de France über Offen-Markt-Operationen möglich ... "dont la substitution pure et simple aux concours par le réescompte faisait perdre à la réglementation des plafonds de crédit une part de son efficacité: en octobre, le montant global de ces tolérances dépassait 150 mrd. frs."²⁾

"Considerable laxity in credit control had in fact developed".³⁾ Drei Zahlen erhellen die Beschleunigung in der Zunahme des Kredit- und Geldvolumens. In den ersten sechs Monaten 1951 kommt die Notenbank der Wirtschaft mit 100 Mrd. zu Hilfe, sie gewährt denselben Betrag in den darauffolgenden drei Monaten und noch einmal den gleichen Betrag allein im Monat Oktober.⁴⁾ Die Kreditreglementierung vom September 1948 funktionierte nicht mehr befriedigend, wie der CNC selbst feststellt.⁵⁾

Mehr als ein Jahr nach dem Ausbruch des Koreakrieges kehrt der CNC zur Politik der Kreditbeschränkung zurück. Die Entscheidungen vom 11. Oktober 1951 ändern nichts an der Grundlage der Kreditkontrollen, sondern sind auf die schärfere Anwendung des vorhandenen Systems gerichtet. Die Rediskontplafonds werden unter Berücksichtigung der Überschreitungen in der Monatsmitte und der

1) VI. Jahresbericht des CNC, S. 83 ff.

2) 4) und 5) ebenda, S. 40, 39, 40.

3) Patel, Staff Papers, a. a. O.

Offen-Markt-Operationen auf 500 Mrd. frs. angehoben. Sie dürfen im Prinzip nicht mehr überschritten werden. - Die quantitative Beschränkung des Redis-konts und seine Verteuerung durch zweimalige Erhöhung des Diskontsatzes sollen die mißbräuchliche Verwendung des Diskontkredits als Ersatz der meldepflichtigen Darlehenskredite verhindern. - Die mittelfristigen Kredite bleiben nach wie vor von jeder quantitativen Beschränkung frei.

b) Die Kreditausweitung in der Preisstabilität

Die Kreditausweitung in der Preisstabilität des Jahres 1949 wird häufig als Beweis für den angeblich nicht-inflationären Charakter des Bankkredits angeführt. Tatsächlich betragen die gesamten Neuausleihungen an die Wirtschaft in diesem Jahr nicht viel weniger als 1948 (345 Mrd. gegen 385 Mrd. frs.). Die Notenbank kommt der Wirtschaft durch den Rediskont mit 117 Mrd. zu Hilfe statt mit 130 Mrd. im Jahr 1948. Der wesentliche Unterschied liegt in der Zusammensetzung der 117 Mrd. frs.: 68 Mrd. sind mittelfristige Papiere, die von Spezialinstituten eingereicht werden, während am 31. 12. 1948 der Bestand nur 10 Mrd. betrug. An direkten Vorschüssen der Notenbank erhält der Staat 1949 nur 7 Mrd. frs. Das Budget ist fast ganz durch "normale" Einnahmen aus Steuern und Anleihen gedeckt. In die "eigenen Mittel des Tresor" gehen allerdings auch der Gewinn aus der Neubewertung der Goldkasse in Höhe von 49 Mrd. frs. und der Gegenwert eines Kredits amerikanischer Banken von 70 Mrd. frs. ein. Wenn Barrère die Ursache der Nachkriegsinflation - auf der Geldseite - nicht beim Kredit (an die Wirtschaft), sondern eher bei den öffentlichen Ausgaben und den Löhnen sieht, so scheint doch der Zusammenhang von Kreditgewährung an Staat und Wirtschaft vernachlässigt. Bei gegebenem Umfang der Staatsausgaben konkurriert der Staat mit der Wirtschaft um das Kreditvolumen der Banken. Bevorzugen die Banken die Wirtschaft bei der Kreditvergabe, bleibt dem Staat nur der Weg zur Notenbank.

1950 steigen die Kredite der Notenbank zu Gunsten der Wirtschaft um 62,5 Mrd., aber der Anteil mittelfristiger Effekten geht im Gegensatz zu 1949 zurück (21 Mrd.). - Im vierten Trimester wenden die Banken bei der Kreditvergabe dieselben Kriterien an wie zuvor und kommen zu einer beachtlichen Kreditausweitung. "Le système en vigueur démontre, dans des circonstances différentes, la souplesse dont il avait déjà fait preuve". ¹⁾

1) Barrère, a. a. O., Revue Economique 1951.

5. Geldversorgung und Inflation des Jahres 1951¹⁾

a) Die ungewöhnliche Ausweitung des Kreditvolumens

Mehr noch als im Jahr 1950 beweist das Bankensystem seine von Barrère gerühmte "Elastizität" im Jahr 1951. Die gesamten von den Geschäftsbanken an die Wirtschaft gewährten Kredite schnellen um mehr als das Doppelte in die Höhe (216 auf 548 Mrd. frs. in 1951). Proportional noch größer ist die Zunahme der Kreditgewährung an den Tresor. Sie erreicht 1951 177 Mrd. gegen 54 Mrd. in 1950, sie ist also 1951 mehr als dreimal so hoch als im vorausgegangenen Jahr. Die direkten Vorschüsse der Banque de France an den Staat fallen 1951 um 2 Mrd. Der Hauptbestandteil der 177 Mrd. sind 82 Mrd. aus der Erweiterung des Schatzscheinportefeuilles bei der Notenbank (63 Mrd.) und Geschäftsbanken (19 Mrd.).

Die von den Unternehmern in Anspruch genommenen Kredite in Höhe von 539 Mrd. frs. bedeuten einen Zuwachs von 38 % gegenüber dem Bestand am Jahresanfang. Die Posten "Debitoren" und "Handelswechsel" zeigen 1951 einen unterschiedlichen Verlauf. "Debitoren" wachsen in den ersten neun Monaten stetig und fallen im letzten Trimester zurück. "Handelswechsel" nehmen in den ersten drei Semestern ebenfalls zu, und zwar durchschnittlich um 60 Mrd. Im Oktober, November und Dezember schwillt das Portefeuille um 297 Mrd.

Da die Geschäftsbanken Staat und Wirtschaft zusammen 621 Mrd. neue Kredite einräumen, die Kundeneinlagen ihnen aber nur 188 Mrd. liquide Mittel bringen (plus 5 Mrd. "verschiedene Eigenmittel"), erhalten sie den Unterschiedsbetrag in Höhe von 428 Mrd.²⁾ durch Rediskont entweder direkt von der Notenbank oder indirekt über den Crédit National und die Caisse des Dépôts et Consignation.

b) Das Zusammenwirken von Kreditversorgung und von strukturellen Schwächen in der französischen Wirtschaft

Die vorausgehende Untersuchung der reichlichen Kreditversorgung der französischen Wirtschaft hilft mit, zwei Probleme zu klären, die für das Inflationsjahr 1951 typisch sind. Wie war einerseits die außerordentliche Ausdehnung der privaten Investitionen möglich, während es andererseits Branchen mit Absatzschwierigkeiten gelang, Lager aufzubauen und zu halten?

Die Investitionsgüterindustrie kennt im Jahr 1951 keine Verkaufsschwierigkeiten; auch Lagerbestände sind nicht vorhanden, obwohl der Realwert der Investi-

1) VI. Jahresbericht, S. 49 ff.

2) VI. Bericht des CNC, S. 55.

tionen der öffentlichen und privaten Betriebe, die vom Tresor finanziert werden, um 30 % gegenüber 1950 abgenommen hat.¹⁾ Das bedeutet, daß die Investitionsgüterkäufe Privater ohne die Hilfe des Staates (equipments spontanés) mindestens um 30 % über dem Niveau von 1950 und 50 % über dem Stand von 1949 liegen. - Trotz der drängenden Nachfrage bleibt der Produktionsindex der Ausrüstungsgüterindustrien wesentlich unter dem Generalproduktionsindex (106 gegen 112 für 1950 = 100). Auf der anderen Seite geht in Branchen mit Absatzstockungen (Wolle, Baumwolle, Schuhe) die Erzeugung nur langsam und - wenn überhaupt - erst im vierten Trimester 1951 zurück. Den Branchen mit schlechtem Geschäftsgang gelingt es fast immer, den Preissteigerungen der Branchen mit Übernachfrage in der eigenen Preisstellung zu folgen. - Die Autoren der schon mehrmals zitierten Studie in "Statistiques et Etudes Financières" glauben, diese nicht in die Konkurrenzwirtschaft passende Erscheinung durch "die Struktur der französischen Wirtschaft und durch einen Zug des kollektiven Verhaltens" erklären zu müssen. - Zweifellos sind die strukturellen Schwächen die "günstige Umgebung" des nicht-marktwirtschaftlichen Verhaltens. Aber Umsatzrückgänge und gestiegene Lagerbestände stellen Finanzierungsprobleme, die gelöst werden, wenn das Banksystem seine Hilfe leiht. - Die liquiden Mittel ersten Grades sind 1951: 370 Mrd., 1950: 280 Mrd. und 1949: 360 Mrd., die den Unternehmen verfügbar sind. 1949 und 1950 ist die Kreditsumme, welche der Wirtschaft zufließt, niedriger als Kasse und Bankguthaben. 1951 erhalten die Unternehmen einen Nettobeitrag an Bankkredit (über die Guthaben) von 200 Mrd. Mit diesen Mitteln finanzieren die Unternehmen auch die Lager, die auf 240 Mrd. frs. geschätzt werden.²⁾ Die Kreditpolitik bleibt allzu lange untätig und gibt der Inflation finanzierungstechnisch und psychologisch freien Lauf. "Si une meilleure politique du crédit avait été appliquée, ni l'écart entre le niveau de l'épargne et celui de l'investissement ³⁾ ni ces facteurs psychologiques n'auraient autant contribué à l'inflation".

6. Kreditpolitik und Kreditgewährung in der dritten Inflationsperiode

a) Die kreditpolitischen Maßnahmen

Das schnelle Wachstum der inneren Nachfrage verschärft im Jahre 1957 die schon 1956 wirksamen Spannungen. Die Kreditpolitik steht vor einer delikaten Aufgabe. Sie soll das Kreditvolumen in den Grenzen halten, die mit einem

1) Statistique et Etudes Financières, a. a. O., S. 173.

2) ebenda.

3) OEEC, La Situation Financière Intérieure dans les Pays membres, 1952, S. 22.

gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht vereinbar sind, und soll gleichzeitig dem Tresor die nötigen Mittel zuführen.¹⁾ Die "Lösung" des Problems befriedigt lediglich den Tresor, nämlich direkte Vorschüsse der Notenbank für den Staat kombiniert mit einer Reihe von Maßnahmen, die auf die Beschränkung der Kreditversorgung der Wirtschaft zielen. Dazu zählen die zweimalige Verteuerung des Diskonts, Strafzinsen für eine Geldbeschaffung mittels Wertpapieren, die bei der Notenbank "in Pension" gegeben sind und direkte quantitative Beschränkungen in der Form einer 20 %igen (Juni) und einer 15 %igen Reduzierung der individuellen Rediskontplafonds der Banken. Mit Sonderverordnungen wagt sich der CNC zum ersten Mal an eine Verminderung der Wohnungsbaukredite. Zu Beginn des Jahres 1958 beweist die Kreditpolitik eine bislang unbekannte Entschlossenheit. Die bisherige Methode der Liquiditätsminderung der Banken genügt ihr nicht mehr. Eine allgemeine und unmittelbare Obergrenze der Bankausleihungen wird festgelegt,²⁾ die kurz- und mittelfristige Kredite einschließt.

Als die politische Krise des Frühjahrs 1958 den Erfolg selbst dieser einschneidenden Verordnungen zu gefährden scheint, droht der CNC am 17. April für jede Überschreitung der Beleihungsgrenzen die Herabsetzung des Rediskontplafonds der betreffenden Bank an. Am Ende der dritten Inflationsperiode erreicht das Kreditkontrollsystem seine größte Härte.

b) Die Entwicklung der Kredite an die Wirtschaft

Vergleicht man die Veränderungen der kurz-, mittel- und langfristigen Kredite in den Jahren der dritten Inflationsperiode, erhält man bereits einen Eindruck von der Wirksamkeit partieller Kontrollmaßnahmen, wie von der Einseitigkeit des Kontrollsystems.

Veränderungen der Kredite im Verlauf des Jahres in Mrd. frs.³⁾

	1955	1956	1957	1958
Kurzfristige Kredite	273	453	248	125
mobilisierbare mittelfr. Kredite (von der Notenbank finanziert)	159 (?)	279 (79)	312 (302)	280 (165)
nicht-mobilisierbare mittel- und langfristige Kredite	304	438	541	372

1) XII. Jahresbericht des CNC, S. 13.

2) XIII. Jahresbericht des CNC, S. 11.

3) Zusammengestellt aus mehreren Tabellen des XI., XII. und XIII. Berichts des CNC.

Die kurzfristigen Kredite sind im wesentlichen einer einzigen Kreditform, dem Wechselkredit, zuzurechnen. Der Sprung von 273 Mrd. in 1955 auf 453 Mrd. in 1956 ist sowohl durch die Erweiterung des Betriebskapitals als auch durch die Inanspruchnahme kurzfristiger Mittel zur Investitionsfinanzierung zu erklären. Wenn im Inflationsjahr 1957 trotz des enormen Liquiditätsbedarfs der Wirtschaft sie nur um wenig mehr als halb so stark wie 1956 steigen, ist die Einwirkungsmöglichkeit der Kreditpolitik bewiesen. - Aber die Kreditpolitik spart den mobilisierbaren mittelfristigen Kredit aus den Kontrollen aus. Die Zentralbankgeldmenge, auf die die Geschäftsbanken durch die Beschränkung des Rediskonts der kurzfristigen Papiere zunächst verzichten müssen, fließt ihnen in reichlichem Maße aus der Mobilisierung mittelfristiger Effekten zu. Trug die Notenbank 1956 ca. 28 % der mobilisierbaren mittelfristigen Kredite, so 1957 fast den gesamten in Frage kommenden Betrag. "Il apparaît nettement que l'élément jugé inflationniste des crédits à l'économie réside dans les opérations sur le moyen terme mobilisable".¹⁾ "Presque tout le moyen terme est actuellement à la Banque de France".²⁾

c) Die Forderungen an den Tresor und die Finanzierung des "impasse"
Der "impasse" mißt den Unterschied zwischen der Gesamtheit der unbedingten Verbindlichkeiten des Tresor und der unbedingten Einnahmen. Die Idee des seit 1952 in die französische Finanztradition eingeführten Begriffs ist, unbedingte Einnahmen und Ausgaben so aufeinander abzustimmen, daß der Differenzbetrag von normalerweise zu erwartenden Anleiheerlösen gedeckt werden kann.³⁾ Aber die Anleihefähigkeit des Tresor ist sehr zufallsbedingt, und die wirklich eingehenden Anleiheerlöse bestätigen oder widerlegen die Richtigkeit einer Wette über die Finanzierung des Defizits.

Seit 1952 ist der "impasse": 668 Mrd. (1952), 652 Mrd. (1953), 664 Mrd. (1954), 662 Mrd. (1955), 1.004 Mrd. (1956), 1.041 Mrd. (1957). Trotz aller Bemühungen gelang es dem Tresor in keinem Jahr, von den Sparem derartige Summen zu erhalten.⁴⁾ Er versucht deshalb, die liquiden Mittel, die er dem Geldmarkt über das Budgetdefizit selbst zuführt, in seine Kassen zurückzulenken. Aber der Devisenabfluß, die Preissteigerungen und die Expansion trocknen den Geldmarkt seit dem zweiten Semester 1956 aus. Mitte 1957 stellt der Rapport "Le Franc et l'Inflation" fest: "Il n'en est pratiquement rien resté pour

1) Rapport "Le Franc et l'Inflation", S. 216.

2) November 1957.

3) Rapport sur la Situation Financière, 1958, S. 9.

4) ebenda, S. 13 und S. 14.

alimenter le circuit".

Die Finanzierungsmethode des "impasse" 1956 und 1957 in Mrd. frs.

	1956	1957
Anleihen	506	151
Schatzscheine	232	86
Einlagen der Korrespondenten	340	273
Vorschüsse der Banque de France	-71	452
Notenbanken von F. O. M.	-31	63
Verschiedene	28	-23

Ein Vergleich der Schatzscheinbeträge in Umlauf im ersten Semester 1956 und 1957 zeigt, wie sehr die Sparer den Tresor im Stich ließen.

	<u>I. Sem. 1956</u>	<u>I. Sem. 1957¹⁾</u>
Schatzscheine bei der BdF	99	-25
Schatzscheine bei Sparkassen u. a. Inst. (nur staatliche u. halbstaatl. Institute)	34	-83

Die Verringerung des Einlagenzuwachses bei der Caisse des Dépôts et Consignation führt zur Minderung des Schatzscheinbestandes. Die Krise der Tresorerie erklärt sich also zum Teil aus der Einlagenbewegung bei den Sparkassen. Die "avances ordinaires" der BdF sind das Element, das 1957 übermäßig ausgeweitet wird. Der Rapport stellt fest: "L'impasse de 1957 est actuellement couverte à concurrence plus de 75 % par des moyens monétaires et, dans ces 75 %, à concurrence de 54 % par la création pure et simple de monnaie".²⁾

III. Die französische Zinspolitik und die Orientierung der Investitionen

1. Die Politik des "billigen Geldes"

Die Zinspolitik nimmt unter den Aktionsmitteln der französischen Geldpolitik in der Nachkriegszeit eine Stellung wechselnden Gewichts ein. In den ersten Nachkriegsjahren verfolgt die Banque de France ebenso wie die Notenbanken der angelsächsischen Länder eine Politik des "billigen Geldes" - noch im Ja-

1) Etudes et Conjoncture, April 1958.

2) Rapport "Le franc ...", S. 249.

nuar 1945 senkt die BdF den Diskontsatz von 1,75 auf 1,625 %. Die Diskontpolitik scheint in erster Linie auf die Bedürfnisse des Finanzministers ausgerichtet zu sein; ihre wirtschaftspolitische Wirksamkeit wird bestritten. Insbesondere könne sie die Geldströme nicht regulieren und auf den langfristigen Zinssatz nicht einwirken.^{1), 2)}

Die "Politik des billigen Geldes" - Schlußfolgerung aus der Keynes'schen Stagflationstheorie und lebhaft von den Finanzministern unterstützt - wird zur Richtlinie der Geldpolitik in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Daten sich fundamental von denen unterscheiden, auf denen jene Politik ursprünglich aufbaut. In der Keynes'schen Auffassung hat der Zins für den Unternehmer die Rolle einer Vergleichsgröße mit der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, d.h. den erwarteten Gewinnen. Da die Grenzleistungsfähigkeit mangels rentabler Investitionsmöglichkeiten tendenziell absinkt, kann die Investitionsbereitschaft der Unternehmer nur noch durch niedrigere Finanzierungskosten angeregt werden. Die Frage der Finanzierung selbst ist zweitrangig. Sie ist mit Hilfe des Banksystems jederzeit lösbar.

Die wirtschaftliche Situation der Nachkriegsjahre paßt viel eher auf die Annahmen der klassischen Zinstheorie. Hier sind Investitionsmöglichkeiten und -neigung praktisch unbegrenzt, lediglich die Finanzierungsmittel, die Ersparnisse fehlen im gewünschten Ausmaß. - In den Nachkriegsjahren fehlen zwar die Finanzierungsmittel in finanzierungstechnischer Sicht nicht, wie die Untersuchung der Kreditentwicklung gezeigt hat, aber in einer Zeit allseitiger Produktionsengpässe mußten den Investitionskrediten freiwillige Ersparnisse gegenüberstehen. Die Bremswirkung eines hohen Diskontsatzes gegen Kreditbegehren zu spekulativen Zwecken ist im Herbst 1951 gut nachweisbar.

Einer der Haupt Einwände gegen die Politik des teuren Geldes ist in den Nachkriegsjahren die Behauptung, die Diskontpolitik könne den langfristigen Zinssatz nicht beeinflussen. Gegen die Richtigkeit dieser These spricht eine statistische Studie des Bulletin Sedeis³⁾, die von 1951 bis 1959 kurz- und langfristige Zinssätze vergleicht und eine erstaunliche Ähnlichkeit in der Veränderung feststellt.⁴⁾ Der langfristige Zinssatz, der letztlich als Preis des Produktionsfak-

1) Claude Ponsard, Sur l'action de la banque centrale sur les taux de l'intérêt à court terme et à long terme, Revue Economique, 1958, S. 792.

2) Patel, Staff Papers, Bd. III, 1953-1954.

3) Bulletin Sedeis, April 1959.

4) außerdem wird ein Teil der Investitionen kurz- und mittelfristig finanziert.

tors Realkapital Ausdruck der relativen Knappheit des Kapitals gegenüber den anderen Produktionsfaktoren ist, wird durch die Politik des billigen Geldes verfälscht. Diese Politik erzeugt Illusionen über die tatsächlichen Knappheitsverhältnisse der Produktionsfaktoren und läßt den Faktor, an dem es in den Nachkriegsjahren am meisten mangelt, als besonders reichlich vorhanden erscheinen.

Erst der Höhepunkt der ersten Inflationsperiode, vom Herbst 1947 bis zum Sommer 1948, bringt die Abkehr von der Politik des billigen Geldes. In der zweiten Inflationsperiode "entdeckt" die Geldpolitik die Zinspolitik neu. Und mit einem Diskontsatz von 5 % und Strafzinsen von bis zu 10 % wird die Zinspolitik zusammen mit quantitativen Kontrollen in der dritten Inflationsperiode eingesetzt.

Die Änderungen des Diskontsatzes in Frankreich seit 1937

1937 - 14. Juni	6 %	1947 - 9. Jan.	1,75%	1953 - 17. Sept.	3 1/2
1938 - 12. Mai	2,5	- 9. Okt.	2,5	1954 - 4. Febr.	3 1/4
- 27. Sept.	3	1948 - 4. Sept.	3,5	1954 - 2. Dez.	3
- 24. Nov.	2,5	- 30. Sept.	3	1957 - 11. April	4
1939 - 3. Jan.	2	1950 - 8. Jun.	2,5	- 12. Aug.	5
1941 - 17. März	1,75	1951 - 11. Okt.	3	1958 - 16. Okt.	4 1/2
1945 - 19. Jan.	1 5/8	- 8. Nov.	4	1959 - 5. Febr.	4 1/4
				- 23. April	4

2. Marktorientierte und dem Marktmechanismus entzogene Investitionen

Die Politik des billigen Geldes in den ersten Nachkriegsjahren verschlechtert die Lenkungsfunction des Zinses, und die Investitionspolitik entzieht den größten Teil aller Investitionen überhaupt jeder marktmäßigen Orientierung.

Zwei Merkmale kennzeichnen die Entwicklung der französischen Investitionen nach dem Krieg bis 1951, der wachsende Anteil am Nettosozialprodukt und der Wandel in der Orientierungs- und Finanzierungsart. Es nimmt der Teil der Investitionen zu, über den öffentliche und private Stellen, die gleichzeitig ein entsprechendes Sparen erzwingen können, entscheiden.

Während die Investitionsquote 1938 nur 5 % beträgt, ist sie 1947 13,2 % und steigt bis 1951 in stetiger Aufwärtsbewegung bis 18,3 % an.

Marktorientierte und dem Marktmechanismus entzogene Investitionen
in Mrd. frs. in der Metropole¹⁾

	1938	1947	1948	1949	1950	1951
Ges. Neuinvestitionen	in Mrd. v. H. 18 100	Mrd. v. H. 436 100	Mrd. v. H. 842 100	Mrd. v. H. 1108 100	Mrd. v. H. 1200 100	Mrd. v. H. 1650 100
dem Marktmech. unterw. freie Emissionen	7 39 3,5	124 29 64	80 10 45	102 9 49	93 8 70	130 8 89
Bankkredite	3,5	60	35	53	23	41
dem Marktmech. entzogen vom öffentl. Sektor	11 61	312 71	762 90	1006 91	1107 92	1520 92
gelenkt	5 28	272 62	532 63	760 69	821 68	811
öffentl. Fonds	- -	236	499	709	721	675
andere Verfahren	5 5	36	33	51	100	136
vom privaten Sekt. gel.	6 33	40 9	230 27	246 22	286 24	709 43

¹⁾ Diese und die folgenden Tabellen aus Statistiques et Etudes Financières,
a. a. O. (Heft 18, 1953), S. 223 ff.

Marktorientierte Investitionen werden definiert mit "effectués par des financements classiques, soit que les divers projets d'investissements privés aient été sélectionnés par une confrontation sur un marché unique et soumis à publicité, soit que la réalisation des projets d'investissements publics aient été suspendue au concours spontané de l'épargne".

1938 ist zwar ein ungünstiges Vergleichsjahr, aber der Teil der privaten Ersparnisse, der den Investitionen im Produktionsbereich zufließt, überstieg zwischen 1900 und 1938 nie 7 % des Volkseinkommens. Die privaten Investitionen, die über den Kapitalmarkt finanziert wurden, blieben von 1938 bis 1951 (in Francs von 1938) annähernd konstant mit 3,5 Mrd. im Jahr 1938 und 3,8 Mrd. im Jahr 1951. Von 1914 bis 1938 ging der Betrag der jährlichen Emissionen ständig zurück.

In der Finanzierungsart der Investitionen verdrängt das durch Steuern und Selbstfinanzierung der Unternehmen erzwungene Sparen die freiwilligen Ersparnisse Privater auf den zweiten Platz. Würde die Summe der "direkten Ersparnisse" (freiwilliges und erzwungenes Sparen) die gesamte Investitionslast decken, könnten die Investitionen in der Preisstabilität verwirklicht werden.¹⁾

Freiwilliges und erzwungenes Sparen in Mrd. frs.

	1938	1949	1950	1951
freiwilliges Sparen der Privaten	20	240	243	350
öffentliches erzwungenes Sparen	-24	343	358	397
privates erzwungenes Sparen	5	288	330	420
gesamtes Sparen	1	871	931	1167

Da das erzwungene Ersparen von 1949 - 1951 ca. 72 % des gesamten direkten Sparens ausmacht, sieht selbst das Finanzministerium "un risque de laisser introduire un certain gaspillage, une certaine anarchie dans la réalisation des investissements".²⁾

1) Die ex-post-Ersparnisse, die von der Inflation selbst erzwungen werden und meist mit "Zwangssparen" bezeichnet werden, heißen hier "indirekte" Ersparnisse (Stat. et Et. Fin. S. 230). Das "erzwungene öffentliche" Sparen wird definiert mit dem Überschuß der laufenden gebietskörperschaftlichen Einnahmen über die laufenden Ausgaben, das "erzwungene private Sparen" mit dem Überschuß des Bruttosparens über den theoretischen Abschreibungsbetrag.

2) Statistiques et Etudes Financières, S. 233.

Sechzehntes Kapitel:

Versuch und Ergebnis der "zurückgestauten Inflation" im Nachkriegsfrankreich

I. Idee und Mittel der "zurückgestauten Inflation"

1. Zweck und Merkmale der "zurückgestauten Inflation"

In der offenen Inflation beschränkt der Preisanstieg die reale Konsumgüternachfrage in dem Maß, in welchem Materialien und Faktordienste aus dem Konsumgüterbereich freigestellt werden müssen. Die inflationistische Preissteigerung erzwingt in jeder Periode einen den Investitionen entsprechenden Konsumverzicht. Die Preise allein rationieren den knappen Vorrat an Gütern und Diensten. - In der "zurückgestauten Inflation" versucht die Regierung, die alleinige Rationierung über Preissteigerungen durch ein Verteilungssystem nach anderen Gesichtspunkten zu ergänzen oder zu ersetzen. Zur "zurückgestauten Inflation" gehören also zwei Merkmale: Eine auf den Markt tretende Übernachfrage und obrigkeitliche Maßnahmen, welche die Preissteigerungen, das marktmäßige Ergebnis der Übernachfrage, auf Produkt- und Faktormärkten verhindern.¹⁾

Wenn die Regierung die lenkende Funktion der Preise außer Kraft setzt, muß sie selbst die Lenkung in allen Bereichen übernehmen. Die zentrale Lenkungsstelle muß die Konsumentenausgaben so einschränken, daß ein Sparvolumen, das dem Wert der geplanten Investitionsgüternachfrage gleichkommt, ex ante gesichert ist. Dazu müssen auch die in früheren Einkommens- und Produktionsperioden angesammelten Ersparnisse weiter unwirksam bleiben, und schließlich darf auch die Geldschöpfungsmacht der Banken nicht dem Belieben des Publikums dienstbar sein. Wenn neugeschaffenes Geld an die Geschäftswelt zur Finanzierung neuer Produktionen oder an die Regierung zur Bestellung neuer Güter ausgeliehen wird, folgt die Einkommenswirkung unmittelbar. Und die Hauptfunktion der von der Regierungsnachfrage ausgelösten oder unterhaltenen Inflationen ist gerade, einen größeren Teil der Ressourcen des Landes den als "vordringlich" angesehenen Zwecken zuzuführen. In einer offenen Inflation wird diese Aufgabe in den ersten Stadien zufriedenstellend gelöst, wenn die persönlichen Ausgaben weniger rasch steigen als die persönlichen Einkommen und die persönlichen Einkommen weniger rasch als die Geldmenge; immer unbefriedigender dagegen in späteren Stadien, wenn die persönlichen Ausgaben schneller wachsen als die Einkommen und die Einkommen schneller als die Geldmenge. "The task of a Government in repressing an inflation, is therefore, to prolong indefinitely the initial phase and

1) H. K. Charlesworth, The Economics of Repressed Inflation, S. 14.

to prevent the later phase from developping at all".¹⁾

2. Die Bedeutung der Liquidität im System der zurückgestauten Inflation

Den liquiden Mitteln und dem Glauben des Publikums an die Wertbeständigkeit der Währung kommt deshalb im Problembereich der zurückgestauten Inflation eine wesentliche Bedeutung zu. Der Bestand an liquiden Mitteln bildet der Anti-Inflationspolitik der Regierung Ansatzpunkte und setzt ihr Grenzen.²⁾

Die Überliquidität ist das Kennzeichen der zurückgestauten Inflation, schreibt Vauzanges.³⁾ Sie ist untrennbar von einem System des "organisierten Ungleichgewichts" verbunden mit wirksamer Kontrolle. Die Vermehrung der Kasse hat unmittelbar eine deflationistische Wirkung, andererseits erhöht die reichliche Kasse die Dispositionsfreiheit der Wirtschaftssubjekte und führt ein Unsicherheitsmoment ein. Im Augenblick jedenfalls spricht die Überliquidität von einem gewissen Vertrauen in die Währung oder zumindest von der Trägheit der Wirtschaftssubjekte. Dieses Vertrauen muß erhalten und die Starrheiten müssen verstärkt werden, "die Starrheiten der Nachfrage und der Ausgaben durch die Rationierung und einen ganzen Apparat administrativer Verfahren, die monetären Starrheiten durch die Politik des "circuit" und die Begrenzung des Kredits".⁴⁾

3. Der Streit um den Vorrang fiskalischer Maßnahmen oder direkter Kontrollen

Die Frage, ob geldpolitische und fiskalische Maßnahmen oder direkte Kontrollen die geeigneteren Mittel sind, um die Inflation in Schach zu halten, wird in der Literatur verschieden beantwortet.⁵⁾ - Milton Friedman hält allein monetäre und fiskalische Maßnahmen für angemessen; direkte Kontrollen, also Preis- und Lohnobergrenzen, Rationierung und Zuteilung von Gütern und quantitative Kreditkontrollen, stauen die Inflation nicht wirksam zurück.⁶⁾ -

1) E. W. Paish, Open and repressed inflation, Economic Journal, Sept. 1953, S. 527.

2) J. L. Vauzanges, Liquidités et inflation, Revue Economique, 1958, S. 969.

3) ebenda, S. 970.

4) Jean Gabillard, La fin de l'inflation, S. 230.

5) siehe The Review of Economics and Statistics, Bd. 33, Aug. 1951, Nr. 3, The controversy over Monet, Pol.

6) The Review of Economics and Statistics, a. a. O., Comments on monetary policy.

Alvin Hansen sieht die direkten Kontrollen als überlegen an, da die quantitativen geldpolitischen Eingriffe nur die Investitionen im allgemeinen beschneiden und die begrenzten Ressourcen nicht selektiv in die notwendigsten Investitionsformen lenken können.^{1), 2)} - Für James Tobin sind direkte Kontrollen ein nützlicher Zusatz zu einer anti-inflationären Budgetpolitik. "Direct controls can provide a breathing periode while the appetite for durable goods is satisfied from new production".³⁾ Bei dem praktischen Versuch in der Kriegs- und Nachkriegszeit, die Inflation durch ein ex-ante erzwungenes Sparen im Betrag der vorgesehenen Investitionen zurückzustatten, verbanden die Regierungen in Frankreich und in den anderen Staaten stets die direkten Kontrollen mit den fiskalischen und geldpolitischen Maßnahmen.

Die staatliche Wirtschaftspolitik verfügt über vier Methoden, mit denen sie den inflationistischen Druck einengt, der auf den Gütermärkten aus der Verfügung über die Faktoreinkommen entsteht.⁴⁾ Erstens eine schwere direkte und indirekte Besteuerung, zweitens die "politique du circuit", das Zurückleiten der liquiden Mittel in die Kassen des Tresor durch patriotischen Appell an Private und die Geschäftswelt, Staatspapiere zu kaufen; drittens eine Begrenzung der Gewinnausschüttungssätze bei Kapitalgesellschaften und viertens die typischen direkten Kontrollen, die mit der Zuteilung preisfixierter Güter ein privates Sparen zusätzlich zum institutionellen Sparen erzwingen.

Da die direkten Kontrollen das Problem der Übernachfrage nicht lösen, sondern nur aufschieben, kommt der Besteuerung und dem Budgetüberschuß eine zentrale Stellung zu. - Selbst auf kurze Sicht genügen direkte Kontrollen nicht, die Kräfte der Übernachfrage zu bremsen und die vorhandenen Güter gleichmäßig aufzuteilen, wenn die Öffentlichkeit nicht bereit ist, weitere Beschränkungen auf sich zu nehmen, d.h. Faktordienste gegen zusätzliche Ersparnisse auszutauschen.⁵⁾

Selbst wenn das System der zurückgestauten Inflation mit aller Strenge funktioniert, führt es zu einer wahren Erstarrung⁶⁾ der Wirtschaft und zu einer ineffizienten Produktion und Verteilung. In Frankreich beweisen die ersten Nachkriegsjahre - selbst wenn man sich nur auf die offiziellen Preisstatistiken stützt -, daß

1) The Review of Economics and Statistics, a. a. O., Monetary Policy and the control of inflation.

2) daß die Geldpolitik wechselnden Umständen anpaßbar ist, siehe Patel, Staff Papers, a. a. O., S. 70.

3) The Review, a. a. O., Monetary restriction and direct controls.

4) und 5) Charlesworth, S. 28 und S. 102.

6) René Courtin, Cours de théorie économique, S. 424.

der Versuch mißlang, die Inflation zurückzustauen.

II. Die Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Optima im System der zurückgestauten Inflation

Das Dilemma der zurückgestauten Inflation liegt in dem vergeblichen Versuch, die wirtschaftlichen und sozialen Ergebnisse der Kontrollen mit Hilfe der Preise zu bewerten, nachdem das Preissystem zuvor als die das Wirtschaftsleben lenkende Kraft weitgehend ausgeschaltet worden ist.¹⁾ Das in der zurückgestauten Inflation zum System erhobene Ungleichgewicht²⁾ schließt eine ganze Reihe von partiellen Ungleichgewichten ein. - Das wirtschaftliche Optimum ist weder auf der Seite der Konsumenten, noch des Produktionsfaktoreneinsatzes im einzelnen Betrieb und zwischen den Industrien verwirklicht.

1. Faktorangebot und Faktorenkombination

a) Das Verhalten des Faktors Arbeit

Bei der Entscheidung für Arbeit oder Freizeit vergleicht das Wirtschaftssubjekt in seiner Eigenschaft als Produktionsfaktor den relativen Vorteil des Einkommens und der Last der Arbeit oder des Einkommens und des Genusses der Freizeit. In einer freien Wirtschaft sind die "opportunity cost" der Freizeit das zusätzlich verdiente Geldeinkommen bzw. die Güter, Dienste und Ersparnisse, die dieses Geldeinkommen bereitstellt. In der zurückgestauten Inflation sind die "opportunity cost" der zusätzliche Geldbetrag, der wahrscheinlich gespart werden muß und weniger hoch als sofort und beliebig verwendbarer Verdienst geschätzt und je nach dem Grad der Minderschätzung diskontiert wird. Der Produktionsfaktor X erreicht sein persönliches Nutzenmaximum aus der Kombination von Verdienst und Freizeit, wenn er Arbeitsleistungen bis zu dem Punkt anbietet, wo seine Grenzwertschätzung der Freizeit gleich dem zusätzlichen Einkommen ist, also wenn $MV_X = q_X$ für den Fall des Preisnehmers.³⁾ In der zurückgestauten Inflation führt dasselbe Prinzip der Nutzenmaximierung zu einem verminderten Arbeitsangebot, da der Träger der Faktordienste mit einem von ihm mindergeschätzten q_X entlohnt wird und bereits bei einem minderen Befriedigungsgrad der Freizeit weitere Arbeitsleistungen einstellt.

1) Lundberg, Cycle économique et la politique économique, S. 484-5.

2) Gailbraith, The disequilibrium system, American Economic Review, 1947, S. 292.

3) In der einfachsten Annahme vollkommener Konkurrenz auf dem Faktormarkt.

je vollkommener das Kontrollsystem der zurückgestauten Inflation, desto geringer wird die Substitutionselastizität zwischen Arbeit und Einkommen oberhalb des Einkommensbetrags, der zum Kauf der Ration gebraucht wird.¹⁾ Die Arbeitsangebotskurve steigt steiler an und biegt eher zurück als im System der freien Wirtschaft.

Die in der Wirklichkeit der Nachkriegsjahre in Frankreich anzutreffende Form der zurückgestauten Inflation ist das Nebeneinander von kontrollierten und unkontrollierten Märkten. Hier ist der Diskontierungssatz für zusätzliches Einkommen weniger progressiv als in der vollkommenen zurückgestauten Inflation. Der Satz ist von der Menge und der Auswahl der Güter auf den unkontrollierten Märkten bestimmt und ist ebenso mit der Minderschätzung der Ersparnisse wie mit dem plötzlichen Kaufkraftschwund des Geldes beim Übergang vom kontrollierten zum unkontrollierten Markt zu erklären. Je ausgedehnter der unkontrollierte Markt, desto weiter die Verwendungsfähigkeit der Ersparnisse und desto größer die Arbeitsleistung, die zu jedem Lohnsatz angeboten wird. Höhere Löhne bringen eine positive Angebotsreaktion der Arbeiter, insbesondere wenn der ursprüngliche Lohnsatz niedrig war. - Gegen diese Überlegungen könnte eingewandt werden, daß im Nachkriegsfrankreich die offizielle, auf dem kontrollierten Markt bezogene Ration nicht ausgereicht habe und die Bezieher kleiner Einkommen ihren ganzen Verdienst sofort auf dem kontrollierten und schwarzen Markt verbraucht hätten. Ersparnisse, die zu einer Beschränkung des Arbeitsangebots hätten verleiten können, seien gar nicht übrig geblieben, ganz im Gegenteil habe die Notwendigkeit, sich auf dem teuren schwarzen Markt zu versorgen, zu vermehrten Arbeitsleistungen gedrängt.

Das Zahlenmaterial über die in Frankreich in den entscheidenden ersten Nachkriegsjahren geleisteten Wochenarbeitsstunden stützt diesen Einwand nicht.

Die Zahl der durchschnittlich pro Woche geleisteten Arbeitsstunden ist in den Jahren 1944, 1945, 1946 niedriger als in den Jahren der Rückkehr zur freien Wirtschaft, obwohl es an Arbeitsmöglichkeiten kaum gefehlt haben dürfte und selbst die kommunistischen Minister durchs Land zogen und Arbeitsdisziplin predigten. Die Wochenstunden sind auch niedriger als in England, wo das Unternehmen "zurückgestaute Inflation" gelang.

Der französische Arbeiter ging nicht bis zu dem Punkt im Angebot von Arbeitsleistungen gegen Geldlöhne, wo der Wert der entgangenen Freizeit gerade gleich

1) Charlesworth, a. a. O., S. 35 ff.

Tatsächlich geleistete Wochenarbeitsstunden pro Arbeiter in der verarbeitenden Industrie, dazu die Zahl der Arbeitslosen in Frkr.¹⁾

	Frankreich			England	Schweiz
	Wochenstunden	Arbeits-suchende (1. Tausend)	Unterstützungs. Empl.	Wochenstunden	Wochenstunden
1943	44,7	42	19,9	49,9	47,1
1944	42,6	23	14,6	48,2	47,4
1945	42,1	68	15,8	47,0	47,6
1946	43,3	57	15,7	46,0	47,8
1947	44,6	46	7,4	44,7	47,9
1948	44,6	77	16,7	44,9	47,7

dem Wert des Beitrages zur Produktion ist.

$$MV_x \neq q_x = p_a \cdot MP_x = MV_a \cdot MP_x^2)$$

(MV_x = Grenzwertschätzung der Freizeit des Faktors X, MP_x = physisches Grenzprodukt des Faktors X, p_a = Preis der Ware, unter der das physische Grenzprodukt auf dem Markt erscheint, MV_a = Grenzwertschätzung des Produkts a vom Faktor als Konsument. Daß alle Marktformen außerhalb der vollkommenen Konkurrenz die wirtschaftlichen Optima weiter beeinträchtigen, sei hier zunächst vernachlässigt.)

Statt des für die Produktionssteigerung entscheidenden Austauschs der Arbeitsleistungen gegen Geldlohn im ordentlichen Arbeitsverhältnis verwenden zahlreiche Arbeitnehmer die Arbeitskraft im eigenen Haus und Garten. Ein zusätzlicher Grund für die auffallend niedrige Wochenstundenzahl im Jahr 1944 ist die Desorganisation des Wirtschaftslebens im Gefolge der Kampfhandlungen. Danach verliert die französische Wirtschaft mehr Arbeitstage durch den übermäßigen Absentiismus als durch Streiks. Leider fehlen Angaben für das "Streikjahr" 1947.

Verlust von Arbeitstagen durch Absentiismus und Streiks³⁾

	1946	1948	1950	"Absentiismus" berücksichtigt Krankheit, nicht Urlaub und Abwesenheit durch Unfälle.
Absentiismus	7,5%	6,4%	4,9%	
Streiks	0,02%	0,81%	0,68%	

1) Statistical Yearbook der UNO 1954, S. 57 und S. 59.

2) T. Scitowski, Welfare and Competition, S. 166.

3) A. Tiano, L'action syndicale ouvrière, S. 348 nach Revue Francaise du Travail.

b) Faktoreinsatz im einzelnen Betrieb, in der Branche und der Industrie

Die geringe Elastizität des Arbeitsangebots in bezug auf Änderungen des Lohnsatzes gehört wesentlich zum System der zurückgestauten Inflation. Geringe Lohnelastizität des Faktorangebots bedeutet (noch) geringe(re) Mobilität der Arbeitskraft. Geringe Mobilität der Arbeitskraft erschwert die optimale Faktorkombination im Betrieb und die optimale Aufteilung der Faktoren auf die Betriebe der Branche und auf die Industrien.

Der Unternehmer kann eine vorgegebene Erzeugungsmenge nur dann mit minimalen Kosten ausbringen, wenn er entlang der zur gewünschten Produktmenge gehörenden Isoquante in der Substitution der Faktoren Arbeit und Kapital ungehindert bis zum Minimalkostenpunkt fortschreitet. Die verminderte Angebotswilligkeit des Faktors Arbeit in der zurückgestauten Inflation beschränkt die Kombinationsfreiheit des Unternehmers. Der Teil des Indifferenzkurvensystems, der jenseits einer Geraden liegt, welche die maximale Arbeitswilligkeit des Faktors anzeigt, steht für Faktorkombinationen nicht zur Verfügung. Fällt der Minimalkostenpunkt in diesen Bereich, steht der Unternehmer vor der Wahl, entweder die vorgegebene Menge zu höheren Kosten zu erzeugen, oder die Ausbringung soweit zu reduzieren, bis eine Minimalkostenkombination möglich wird. Da der Faktor Realkapital in der Nachkriegszeit noch knapper ist, ist die Faktorkombination nun von zwei Seiten eingeengt. Niedrige Arbeitsproduktivität und Produktionsengpässe werden die für die Nachkriegsjahre kennzeichnenden Erscheinungen.

In einer nicht-reglementierten Wirtschaft würde die Konkurrenz um die Faktordienste jeder Industrie die Faktormengen zuführen, welche die Gleichheit zwischen dem Grenzwertprodukt eines Faktors mit seinem Preis in jeder Industrie herstellen.

$$\begin{aligned} q_x &= p MP_x^f = p MP_x^g = p MP_x^h, 1) \\ q_y &= p MP_y^f = p MP_y^g = p MP_y^h. \end{aligned}$$

(MP_x = Grenzprodukt des Faktors X in der Industrie f, g, h.)

Im System einer zurückgestauten Inflation ohne direkte Faktorkontrollen würden die Faktoren dem nicht-kontrollierten Bereich zufließen, wo das hohe Grenzwertprodukt einen hohen Faktorpreis erlaubt. Ohne direkten Einfluß auf die Faktormengen sind die staatlichen Produktionsprogramme undurchführbar.

1) Scitovsky, a. a. O., S. 354.

Die zentrale Planstelle weiß zwar, daß hier und dort ein besonderer Mangel an Gütern besteht, aber sie ist nicht imstande, das genaue Ausmaß des Mangels festzustellen, da viele Preise ohne Beziehung auf die zugrundeliegenden Angebots- und Nachfragefunktionen festgelegt sind. "As compared with the subtleties of a price system in performing these functions, repressed inflation is not only clumsy and slow but also tends to increase rigidities in the economy and permits the production of unwanted goods to be continued".¹⁾

2. Die Konsumentenwohlfaht in der zurückgestauten Inflation

Ebensowenig wie der Unternehmer die Grenzrate der Substitution zwischen zwei Faktoren ihrem Preisverhältnis angleichen kann, gelingt dem Konsumenten die ideale Produktkombination. Selbst wenn die Erzeugungs- und Verteilungsrichtlinien anfänglich die Präferenzen der Konsumenten berücksichtigen, geraten sie früher oder später in Widerspruch dazu, da sich Geschmack und Produktionsbedingungen wandeln, während der Anpassungsmechanismus blockiert ist. - Zu den Wohlfahrtsverlusten aus der Beschränkung der Wahlfreiheit treten weitere aus der Entfernung der Marktform vom Ideal der vollkommenen Konkurrenz.

Die Bedingungen vollständiger, "utopischer"²⁾ Effizienz der Produktion und höchster Wohlfahrt der Konsumenten, die im langfristigen Gleichgewicht bei allseitiger vollkommener Konkurrenz verwirklicht werden, sind im System der zurückgestauten Inflation von keiner Seite erfüllt. Die Optimalbedingung

$$MT_{ab} = \frac{MC_a}{MC_b} = \frac{p_a}{p_b} = MS_{ab}$$

(MT_{ab} = Grenzrate der Transformation zwischen den Gütern a und b, MC = Grenzkosten des Gutes a, p_a = Preis des Gutes a, MS_{ab} = Grenzrate der a Substitution zwischen a und b,)

ist in keiner der Gleichheitsbeziehungen erfüllt. Die Annäherung der Grenzkosten an Preis- bzw. an Grenzkostenverhältnisse wird durch die direkten Kontrollen verhindert, die Gleichheit von Grenzkosten- und Preisverhältnissen durch das Übergewicht unvollkommener Märkte.

Die dem System der zurückgestauten Inflation gegenüber einer freien Wirtschaft - auch in offener Inflation - anhaftenden Wohlfahrtsverluste schmälern

1) Charlesworth, a. a. O., S. 61.

2) J. E. Meade, Trade and Welfare, S. 51 ff.

sicher die Gesamtwohlfahrt der mittleren und oberen Einkommensgruppen. Die unteren Einkommensgruppen erzielen in der zurückgestauten Inflation möglicherweise eine größere Gesamtbefriedigung, da sie in der offenen Inflation nicht mit den Beziehern hoher Einkommen um die überkauften Waren konkurrieren könnten und da der Wohlfahrtsverlust aus verminderter Wahlfreiheit gegenüber dem Wohlfahrtsgewinn aus der Sicherung des lebenswichtigen Bedarfs zurücktritt. Solange das System der zurückgestauten Inflation funktioniert, ist es daher ungewiß, ob die offene oder die zurückgestaute Inflation die größere Gesamtwohlfahrt verbürgt.¹⁾ Sobald es der Regierung nicht mehr gelingt, die Versorgung der unteren Einkommensklassen mit rationierten Gütern zu sichern, ist die offene Inflation unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Effizienz vorzuziehen.

III. Das Scheitern der "Politik der zurückgestauten Inflation" in der Nachkriegszeit

1. Die Ursachen des Mißerfolgs der direkten Kontrollen

Bis zum 26. Juni 1957 ist die staatliche Preispolitik bestrebt, "das Preisniveau durch eine allgemeine Blockade der Preise und - soweit sich die Blockade als unvollständig erweist - durch eine direkte Intervention auf die Höhe der Preise wichtiger Verbrauchsgüter stabil zu halten".²⁾ Die allgemeine Preisblockade ist das Hauptinstrument der ersten Nachkriegsjahre; ab 1955 tritt sie hinter Subventionen und Steuerherabsetzungen an Wichtigkeit zurück. Die Frage nach der Wirksamkeit der direkten Kontrollen ist schnell und eindeutig zu beantworten. Die offiziellen Preisindizes beweisen durch das Ausmaß ihres Anstiegs das Scheitern der offiziellen Preispolitik. Weit weniger klar als der Tatbestand des Mißerfolgs sind seine Ursachen.

In der Besatzungszeit waren Hersteller und Verbraucher zum patriotischen Widerstand und zum Umgehen der direkten Kontrollen erzogen worden. Nach der Liberation waren weder die psychologischen Voraussetzungen für direkte Kontrollen überhaupt, noch die verfahrensmäßigen für ein allgemeines Kontrollsystem gegeben. Es fehlte sowohl die Bereitschaft zu weiteren Einschränkungen auf Seiten der Bevölkerung, als auch die Macht der Regierung, allen Bevölkerungsgruppen gleiche Opfer abzuverlangen. Trotz der massiven Lohnerhöhungen unmittelbar

1) der Problemzusammenhang "Einkommensverteilung-Wohlfahrtsverteilung" ist hier vernachlässigt, siehe Mishan, A re-appraisal of the principles of resource-allocation, *Economica*, 1957.

2) Rapport "Le franc ...".

nach der Liberation gewann die Regierung das Vertrauen der Arbeiterschaft nicht. Die Inflation wird aber nicht durch eine bloße Technik der Wirtschaftspolitik, sondern durch Maßnahmen zurückgestaut, die bei der wichtigsten Bevölkerungsguppe Stütze und Rückhalt finden.¹⁾

Die feindliche Haltung der Arbeiterschaft ist ebenso gut als Folge wie als Ursache der bald zutage tretenden Schwächen und Einseitigkeiten der französischen Politik der zurückgestauten Inflation deutbar. In Frankreich sind im ganzen gesehen die Lohnkontrollen wirksam, die Preiskontrollen nicht.²⁾ Die Preiskontrollen sind nie allgemein, sie sind zu starr oder nicht streng genug, das Verfahren der Subvention der Basisprodukte ist zu kompliziert.³⁾ Die unglückliche Folge von Blockade, Freigabe und neuerlicher Blockade der Fleischpreise trägt im September 1946 das Schweinefleisch (im Großhandel) auf 1495 (1938 = 100) und das Rindfleisch auf 1470, während die Preise derselben Artikel zwei Jahre zuvor, im Juli 1944 bei 299 und 297 standen. In keinem einzigen Augenblick seit der Liberation, schreibt das INSEE, habe das Land das Gefühl gehabt, daß dem Anstieg der Preise und Löhne ein Ende gesetzt sei.⁴⁾ Die Neigung der französischen Produzenten, die eigenen Preise nach den Bewegungen einiger "prix pilotes" auszurichten, verleiht der Korrektur einzelner blockierter Preise eine Breitenwirkung in nicht-kontrollierte Sektoren.

Das Preisgefüge wird Funktion der Branchenkenntnisse und der zufälligen Zugriffsmöglichkeiten der Preisbehörde. Zu den Verzerrungen des Preisgefüges, selbst Keim neuer Preissteigerungen, bemerkt Jeanneney: "Elles ne sont pas routes dues aux différences naturelles de rareté des produits ou à l'inégale élasticité de l'offre ou de la demande. La politique économique en est largement responsable; le blocage des prix a porté tantôt sur des catégories de biens, tantôt sur d'autres, souvent avec incohérence".⁵⁾

2. Das Problem der Erfassung und Rationierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse

Während die Preiskontrolle in der Industrie aus Rücksicht auf Lohnerhöhungen und

1) Henri Aujac u. Yves Mainguy, *L'influence du comportement des groupes sociaux sur le développement d'une inflation*, Economie Appl., 1950, Bd. III, Nr. 2.

2) A.J. Brown, a. a. O., S. 141.

3) Etudes et Conjoncture, Juni 1956, *L'évolution des disponibilités monétaires...*.

4) Etudes et Conjoncture, Dez.-Jan. 1946/47.

5) Forces et faiblesses de l'économie française, S. 110.

Rohstoffimporte nicht mit der theoretisch möglichen Schärfe angewandt wird,¹⁾ bekommt die Preisbehörde die landwirtschaftlichen Preise nicht zu fassen. Preiszugeständnisse, insbesondere für Fleisch, sind immer wieder nötig, damit sich die Bauern zur Belieferung der städtischen Märkte bereit finden.

Heimische Erzeugung von Grundnahrungsmitteln in Frankreich in v.H. des Durchschnitts der Jahre 1934-1938²⁾

	1944/45	1945/46	1946/47	1947/48
Getreide	52	80	56	-
Kartoffeln	35	66	101	-
Fette	-	42	51	54
Fleisch	-	77	78	83

Die niedrige heimische Erzeugung ist gewiß ein Hauptelement der dauernden inflationistischen Lücke im Nahrungsmittelbereich. Das Warenangebot wäre aber nicht ständig unzulänglich, wenn die Bauern nicht "in Natur" sparten. Die schlimme Erfahrung der beiden ersten Nachkriegsjahre bestätigt, daß die Preispolitik, die in der Landwirtschaft die Hoffnung auf weiteren Preisanstieg wachhält, und die Furcht vor dem Kaufkraftverlust des Geldes die wichtigsten Gründe des spekulativen Zurückhaltens der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind. Die Auflösung der Lager ist aber eine Grundvoraussetzung für die Rückkehr zum Gleichgewicht. Gesteigerter Eigenverbrauch der Produzenten, Tauschhandel, schnelle Zunahme der Zahl der Händler und kleinen Industriellen - die typischen Merkmale der offenen Inflation - kennzeichnen das Ende der "zurückgestauten Inflation" in Frankreich.³⁾

3. Die Subventionen im System der zurückgestauten Inflation

Im System der zurückgestauten Inflation hat der Güterpreis einen doppelten Charakter. Er ist Instrument der Zentralverwaltungswirtschaft und wird zum Schutz der Verbraucher möglichst niedrig angesetzt, er ist andererseits wie in einer freien Wirtschaft das wichtigste Anreizmittel für den Produzenten. Ein niedriger und ein hoher Produktpreis befriedigen entweder nur den Konsumenten oder nur den Produzenten. - Zwischen den Preis, den der Produzent erhält,

1) Mérigot und Coulbois, *Revue Economique*, a. a. O.

2) UNO, *Economic Report 1945-1947*, S. 150.

3) Paish, a. a. O., S. 548: "The final stage of a repressed inflation may thus be not very dissimilar to that of an open inflation."

und den Preis, den der Konsument zahlt, kann der Staat eine Subvention einschieben und beide Seiten zufriedenstellen. Das Ungleichgewicht eines einzelnen Marktes ist verschwunden. In Wirklichkeit ist es nur an eine andere Stelle übertragen worden.

Subventionen und Budgetdefizit¹⁾

Jahr	in Mrd. frs.	Subventionen in % der Budgeteinnahmen	Budgetdefizit
1944	59,2	47,8	317,5
1945	84,5	38,5	247,1
1946	86,8	26	93,4
1947	89,0	19,7	43,6
1948	95,4	13,1	42,0
1949	78,4	9,3	4,0

Eine Beurteilung der Subventionspolitik hat die Hausse-dämpfende Wirkung der Subventionszahlungen und die möglicherweise Hausse-anregende Wirkung der Finanzierungsmethode zu vergleichen. In England werden die Subventionszahlungen aus Steuern finanziert, in Frankreich in fast allen Jahren aus Geldschöpfung.

Bis 1946 übertraf das Budgetdefizit den Betrag der jährlichen Subventionen, von 1946 bis 1948 ist es etwa halb so groß wie dieser. Bis 1949, wo das Budget annähernd ausgeglichen ist, weitet jede zusätzliche Subventionsleistung das Budgetdefizit aus. 1947 und 1948 wäre das Budgetdefizit durch eine Beseitigung der Subventionen verschwunden. - Die Finanzierung der Subventionen aus Geldschöpfung hat auch über das Produzenten- und Konsumentenverhalten eine inflationistische Wirkung. Das Budgetdefizit erzeugt bei den Produzenten positive Preiserwartungen und stellt gleichzeitig neue liquide Mittel zur Verfügung. Die Konsumenten verfügen über ein höheres Realeinkommen. Sie können die freigewordenen Einkommensteile den freien und schwarzen Märkten zuwenden. Insofern die Preise "aktiver"²⁾ Güter fest bleiben und die Mehrnachfrage sich auf Güter zweiter Wichtigkeit richtet, nehmen die inflationistischen Spannungen vorübergehend ab.

1) René Passet, Les subventions économiques, S. 21.

2) "aktive Güter" (Rohstoffe, Grundnahrungsmittel) bewegen andere Preise mit.

4. Das Nebeneinander freier und staatlich gelenkter Wirtschaftsbereiche und die Orientierung der Investitionen

"Statt durch direkte Kontrollen oder durch schwere Besteuerung vollzog Frankreich die Rationierung durch die Preissteigerung".¹⁾ Anstelle einer bewußten und offenen Verteilung wählte Frankreich die verborgene durch die Inflation. Der Prozeß der Anpassung der Preise nach oben, der die nominalen Lasten soweit reduziert, bis sie als reale Lasten mit den verfügbaren Gütermengen übereinstimmen, ist die Finanzierung der Lasten durch die Inflation.²⁾ - Inflation bedeutet den Zusammenbruch jeder zusammenhängenden und bewußten Finanzierungspolitik. "Elle échappe à toute discipline, elle est par essence le triomphe de l'anarchie".³⁾ Die Selbstfinanzierung der Unternehmen, die bei Preisstabilität und Beschränkung auf ein vernünftiges Maß ein brauchbares Instrument der Investitionspolitik sein kann, führt in der Inflation solchen Bereichen Kapitalien zu, die aus Leistung oder Augenblicksgunst besonders gewinnbringend sind. Eine Arbitrage der Finanzierungsmittel zwischen den Sektoren erfolgt nicht oder in zu geringem Ausmaß. Einige Bereiche werden übermäßig, andere mangelhaft ausgerüstet.

Der Marktmechanismus einer freien Wirtschaft und die Investitionspolitik einer Zentralverwaltungswirtschaft können beide Anspruch auf Folgerichtigkeit in einem in sich geschlossenen System erheben. - Aber hier ist das Wirken des Marktes beschränkt und verfälscht,⁴⁾ und die Eingriffe der öffentlichen Hand sind wirr und ohne Gesamtrichtung. "La combinaison d'un marché qui a cessé d'apporter stimulation et orientation, et d'un interventionisme qui jusqu'à présent n'a jamais été au service d'une conception globale de l'économie, nous a privés des avantages de chacun des systèmes".⁵⁾ "Die Freiheit einer führerlosen Selbstfinanzierung verbunden mit staatlicher Preisfixierung ohne gesamtwirtschaftliche Ausrichtung begünstigt die Investitionen zum Vorteil unbedeutender Tätigkeiten und auf Kosten der Branchen, die für die Nation von entscheidender Wichtigkeit sind". Die Produktionsstruktur ist allzu stark auf die kurzlebige Nachfrage der sozialen Gruppen ausgerichtet, welche die "windfall profits" der Inflation genossen haben.⁶⁾

1) Roosa, a. a. O.

2) und 3) Statistiques et Etudes Financières, S. 235 und 241.

4) und 5) ebenda, S. 242.

6) Roosa, a. a. O., S. 155.

Siebzehntes Kapitel:

Lohnbewegungen, Preise und Produktion in den drei Nachkriegsinflationsperioden

I. Löhne und Preise in der Inflation

1. Die "Preis-Lohnspirale"

Nehmen wir an, in einer vollbeschäftigten Wirtschaft nehme die Nachfrage nach Investitionsgütern plötzlich stark zu und das Banksystem sei zur Finanzierung der Mehrnachfrage bereit. Die Investitionsgüterpreise werden steigen und über kurz oder lang die Fabrikpreise der Fertigwaren. Verkaufen die Händler ihre Lagervorräte zu Preisen, die noch nach den Anschaffungs- und nicht nach den Wiederbeschaffungskosten kalkuliert sind, tragen sie selbst die erste Wirkung der Preissteigerung der Fertigprodukte. In einer vollbeschäftigten Wirtschaft gleichen die Händler in der Regel sofort die Endverkaufspreise der Erhöhung der Fabrikpreise an und geben den Konsumenten die Last der gestiegenen Preise weiter. Die Profiteinkommen wachsen, und der Realwert der Kontrakteinkommen sinkt. - Ob die Händler die teurer gewordenen Waren absetzen, hängt davon ab, ob es sich um lebenswichtige Güter handelt, ob die Lohnempfänger bisher ihr Einkommen ganz für Verbrauchsgüter ausgaben und über welche liquiden Mittel sie verfügen.¹⁾ Wenn die Löhne nicht auf höhere Preise reagierten, blieben die Preissteigerungen verhältnismäßig gering, sie entsprächen etwa dem Verhältnis der Übernachfrage.²⁾ In Wirklichkeit reagieren die Lohnempfänger bald auf Änderungen der Lebenshaltungskosten und erwarten auch bei geringem Anstieg einen Ausgleich über höhere Löhne. Die französischen Arbeitnehmer sind nach dem zweiten Weltkrieg längst "inflationserfahren" und bestehen auf zumindest ebenso hohen Reallöhnen wie bisher. - Selbst wenn die ursprüngliche Übernachfrage aus dem Budgetdefizit oder aus Investitionsausgaben stammt, kommt dem Lohn im Inflationsprozeß eine Schlüsselstellung zu.³⁾ Die Unternehmer zahlen die höheren Löhne ohne besondere Schwierigkeiten aus den zuvor angefallenen höheren Gewinnen. Sie sind nicht einmal gezwungen, die Investitionsprogramme einzuschränken, wenn die Banken genügend Finanzierungsmittel bereitstellen. Die Preise steigen von neuem, und das Sozialprodukt wird wieder in einer für die Unternehmer vorteilhaften Weise aufgeteilt. Unternehmer und Arbeiter gewinnen und verlieren fortwährend die günstigere Position, ohne daß der Kampf entschieden wird. Sobald die Lohnerhöhung gewährt ist, wird

1) Brown, a. a. O., S. 84

2) Bernstein, Wage-Price Links, Staff Papers, Bd. VI, 1957-1958, S. 326.

3) ebenda, S. 327.

die Inflation, die bisher Profite erzeugte, den Kosten einverleibt.¹⁾

Die Kreditpolitik, die in der ersten Etappe die Unternehmer hätte zwingen können, die ruhende Geldmenge durch verstärkte Vorsichtskasse zu vermehren, muß am Ende der zweiten Etappe die Preis-Lohn-Runde als endgültig und nicht umkehrbar betrachten. - Die Kreditpolitik hat jedoch in der Aufeinanderfolge der Preis-Lohn-Runden Ansatzpunkte zum Eingriff. Die Arbeiter empfinden die Gefährlichkeit der Preissteigerungen immer klarer, sie bringen schneller und entschiedener Lohnforderungen vor, die Zeit zwischen zwei aufeinanderfolgenden Lohnanpassungen wird kürzer. Um die Investitionen in der kürzeren Zwischenzeit durchzuführen, benötigen die Unternehmer viel mehr Kredit als bei langsamerer Reaktion der Lohnempfänger.²⁾ Der relativ bedeutendere Preisanstieg führt zu weitergehenden Lohnforderungen als bisher: Die Lohnerhöhung soll die Preiserhöhung übertreffen, da sich die Arbeiter des Reallohnverlustes zwischen Preiserhöhung und Lohnanpassung bewußt werden. "The economy will be confronted with massive wage adjustments of 20, 30 or 40 per cent at a time, applicable to almost the entire labor force".³⁾ - Die massiven Lohnerhöhungen in Frankreich während der ersten Inflationsperiode finden so eine erste Erklärung.

2. Die Lohninflation

Von einer "Lohninflation", einer von Lohnerhöhungen verursachten Inflation, kann man im strengen Sinne nur sprechen, wenn die Lohnerhöhung autonom, d.h. nicht durch vorausgegangene Preissteigerungen ausgelöst ist und die als Wirkung betrachtete Preissteigerung unmittelbar und in einer zur Lohnerhöhung proportionalen Stärke auftritt. Ob eine Lohnerhöhung autonom oder induziert ist, ist weitgehend eine Frage der zeitlichen Begrenzung der Bezugsperiode. - Einen Ansatzpunkt zur theoretischen und statistischen Untersuchung des Lohnes als inflationistischen Faktors bietet seine doppelte Funktion. Einmal ist der Lohn Kostenfaktor und geht als solcher in die Preiskalkulation ein, zum anderen bestimmt er zusammen mit der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden den größten Teil des Masseneinkommens und der Massennachfrage.

1) Dieterlen, *Quelques enseignements*, die "inflation courante" wird zur "inflation acquise", S. 155.

2) und 3) Bernstein, S. 327.

a) Der Lohn als Kostenfaktor

Lohnerhöhungen wirken weder automatisch noch proportional, sie verändern vielmehr auch die übrigen Elemente der Preisbildung in einer nicht eindeutig vorausbestimmbaren Weise. Das Problem "Lohn und Inflation" wäre in ungehörlicher Weise vereinfacht, wenn nicht die Entwicklung der Produktivität berücksichtigt, die verschiedenen Preisbestandteile beachtet und verschiedene Wirtschaftsbereiche unterschieden würden.¹⁾

Lohnsteigerungen, die von Produktivitätsgewinnen gleichen Ausmaßes begleitet sind oder ihnen nachfolgen, werden meist als nicht-inflationistisch betrachtet.²⁾ Die statistischen Untersuchungen und Messungen der Produktivität unterrichten nur über die durchschnittliche Produktivität der Gesamtwirtschaft und einzelner Branchen, nicht über die Grenzproduktivität der Arbeit. Steigen die Löhne einige Jahre lang weniger als die Produktivität, ist eine Produktivitätsreserve vorhanden, die durch kräftige Lohnaufbesserungen ausgeschöpft werden kann. Diese "Nachhol-Lohnerhöhung" ist aber nur dann nicht inflationistisch, wenn die bisherigen Nutznießer der den Lohnempfängern entgangenen Spanne nicht feste Verbrauchsgewohnheiten entsprechend dem bisherigen Anteil ausbilden. Der Satz von der Ungefährlichkeit von Lohnerhöhungen, die den Produktivitätsgewinn nicht übersteigen, gilt also auch für eine mehrjährige Zeitspanne nur mit Einschränkungen. Mit wirtschaftlichen Argumenten kann außerdem nicht begründet werden, daß dem Faktor Arbeit der ganze Produktivitätsgewinn zukommen soll.³⁾

Lohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus können - neben einer nachgeholten verstärkten Rationalisierung, die aber im Nachkriegsfrankreich durch den Kapitalmangel erschwert ist - durch eine Änderung der funktionellen Einkommensverteilung kompensiert werden. Die Einkommen der französischen Rentner sind in den Nachkriegsjahren aber schon so zusammengeschmolzen, daß sie die Lohnempfänger selbst dann nicht nennenswert besser stellten,

1) siehe R. Coetz-Girey, Salaires et inflation, Revue d'Economie Politique, 1953, S. 291.

2) A. Philip, Salaires et prix en période d'inflation, Revue d'Economie Politique 1958, S. 1081, auch J. M. Clark, Criteria of sound wage ajustement, in "The impact of the union", dagegen Haberler, der Bedenken gegen die Durchschnittsproduktivitätsregel erhebt, Wage policy, employment and economic stability, ebenda.

3) daß bei starkem Kapitalansatz die Löhne nicht proportional zum Pro-Kopf-Produkt steigen können, siehe Alvin Hansen, Factors affecting the Trend of Real Wages, American Economic Review 1925, S. 27.

wenn sie ihnen ganz zufließen. Eine Beschränkung der Profiteinkommen zu Gunsten der Lohnneinkommen verlangt - zumindest auf kurze Sicht - eine allgemeine und durchgreifende Preiskontrolle, welche die Preise niedrig hält, während die Löhne steigen und/oder eine tiefgreifende fiskalische Einkommensumverteilung. Die Schwächen des französischen Steuersystems und die Gründe für das Versagen der direkten Kontrollen wurden bereits dargestellt. - Die Rolle der französischen Gewerkschaften in den Nachkriegsjahren ist insoweit auf jeden Fall inflationistisch, als sie zwar stark genug waren, um die Regierung zu massiven Lohnerhöhungen zu zwingen, aber doch wieder nicht die Macht hatten, um von der Regierung ein entschiedenes Eingreifen gegen die Preis- und Einkommensanpassungen der Unternehmer und der "classe moyenne indépendante" zu erreichen.¹⁾ - Es ist kennzeichnend,²⁾ daß in Frankreich die Lohnkonflikte zuerst in den verstaatlichten Betrieben ausbrechen, wo die Regierung als Arbeitgeber Lohnforderungen ablehnt, weil sie in der Verantwortlichkeit für die Preisentwicklung nicht einfach auf höhere Preise ausweichen will.^{3), 4)}

Lohnerhöhungen lassen in all denjenigen Branchen die Selbstkosten unberührt, in welchen keine oder wenige Lohnarbeiter beschäftigt sind. In einem der vorausgegangenen Kapitel wurde die geringe Bedeutung der unselbständigen Erwerbstätigen in Landwirtschaft und Handel herausgestellt. Der Lohn als Kostenelement kann folglich nur zu einem kleinen Teil für die Hausses landwirtschaftlicher Preise, für die Preise der Importgüter und der Einzelhandelspreise "verantwortlich" sein.⁵⁾ Im industriellen Bereich müssen massive Lohnerhöhungen von der Kostenseite her zu Preiserhöhungen führen, aber weder zu sofortigen, noch allgemeinen, noch proportionalen. - Daß mit den Löhnen auch die Profite steigen, deutet vielmehr auf ein Versagen der Geldpolitik, wie A. Philip mit Recht⁶⁾ ausführt. Es wird häufig argumentiert, nur eine von einer Übernachfrage ausgehende Inflation könne mit monetären Mitteln bekämpft werden, während die Lohnkosteninflation die Selbstkosten anhebe, die Profite senke, die Produktion mindere, während die Geldpolitik doch gerade die Kosten senken

1) André Tiano, *L'action syndicale ouvrière et la théorie économique du salaire*, S. 396.

2) A. Philip, a. a. O., S. 1081.

3) daß die Preise aus außerwirtschaftlichen Gründen möglicherweise zu niedrig gehalten werden, bleibt hier außer acht.

4) über die Vorzüge der sekundären Einkommensverteilung, J. E. Meade, *The control of inflation*, S. 26.

5) Goetz, a. a. O., S. 297.

6) Philip, a. a. O., S. 1082.

und die Erzeugung anregen solle. Eben weil die Erhöhung der Kosten die Investitionen bremst und die Preissteigerung mehr Nominaleinkommen bindet, "wird die Nachfrage schnell zurückgehen, wenn die Inflation nicht durch zusätzliche Notenemissionen und Kreditschöpfung neu in Gang gebracht wird. ... Es gibt keinen allgemeinen inflationistischen Prozeß, wenn nicht gleichzeitig die anderen Nachfragefaktoren und die Geldmenge zunehmen",

b) Lohnkosteninflation und Geldpolitik

An dieser Stelle wird deutlich, wie schwer eine inflationistische Bewegung als "Kosten-" oder als "Nachfrageinflation" isolierbar ist. Die Lohnerhöhungen in der ersten und dritten Inflationsperiode geschehen in der Umgebung übermäßiger, durch Geldschöpfung finanzierter Investitionsausgaben und eines Defizits des allgemeinen Staatshaushalts. In diesem Klima der Übernachfrage sind die verantwortlichen Leiter der Geldpolitik leicht geneigt, dem Druck nach höheren Löhnen ein gut Teil der Verantwortung zuzuschreiben, die Investitionen und Budgetdefizit an der Inflation tragen.¹⁾

Es ist interessant, wie sich gerade bei der Untersuchung der "Lohnkosteninflation" der *circulus vitiosus* der französischen Geldpolitik in den Nachkriegsjahren herausstellt: Erstens dürfe die Geldpolitik der Vollbeschäftigung und der raschen Ausweitung der Erzeugung kein Hindernis in den Weg stellen, zweitens sei die Geldpolitik gegen eine Lohnkosteninflation machtlos. - Dabei regt die Lohnkostensteigerung einerseits selbst zu vermehrten Investitionen an und vermehrt andererseits die bisher schon wirksame Übernachfrage um annähernd die zusätzliche Lohnsumme, da die stetig neue Versorgung der Wirtschaft mit neuen Zahlungsmitteln die Nachfrager aus den übrigen sozialen Gruppen weiter am Markt mitbieten läßt. "Nothing could be more disastrous for monetary stability than wide acceptance of the view that the monetary authorities can do nothing about inflation on the ground, it is caused by pressure for higher wages".²⁾

c) Der Lohn als Einkommens- und Nachfragefaktor

Bei der Erörterung des Einkommenseffekts von Lohnerhöhungen gehen die meisten Autoren ausgesprochen oder unausgesprochen von der Grundannahme aus, die Lohnempfänger verbrauchten ihr Einkommen sofort und ganz, und der Lohnsteigerung folge damit eine gleichgroße Steigerung der Gesamtnachfrage.³⁾ "Die" Lohnempfänger sind aber keine homogene Gruppe, und die genannte Hypothese ist nur dann höchstens annähernd richtig, wenn die Reallöhne vor der Lohnerhöhung das physische Existenzminimum knapp deckten. Wenn die Arbei-

1) und 2) Bernstein, a. a. O., S. 330.

3) Goetz, a. a. O., S. 299.

terschaft mehrere Jahre hindurch mangelhaft mit Nahrungsmitteln versorgt gewesen ist, dürfte die Annahme berechtigt sein, daß die Verbrauchsneigung mit Lohnerhöhungen wächst. Die Zahlenwerte der französischen Konsumfunktion bestätigen diese Annahme.

Die Konsumfunktion in Frankreich¹⁾

Jahr	$\frac{C}{R}$	$\frac{dC}{dR}$	Reallohn
1946	0,86	0,81	100
1947	0,87	0,95	88
1948	0,90	0,90	96
1949	0,94	0,92	92
1950	0,90		93

(Grenzneigung zum Verbrauch von 1946 auf 1947 usw.)

In der ersten Zwischeninflationsperiode gelangen die französischen Arbeitnehmer auf ihr altes Konsumniveau von 1938 zurück. Die Gleichsetzung von Mehreinkommen und Mehrverbrauch ist in der zweiten Inflationsperiode nicht mehr berechtigt. Die Nachfrage der Lohnempfänger ist dazu nur ein Teil der Gesamtnachfrage, z. B. 40 % im Jahr 1948.

Wichtiger als der Gesamtnachfrage-

anteil der Löhne ist für den Fortgang und die Beschleunigung der Inflation die besondere Ausrichtung der Nachfrage der Arbeiterschaft. Der Anteil des Familienbudgets, der für Nahrungsmittel verwendet wird, ist bei Arbeitern größer als bei anderen Bevölkerungsgruppen. Wenn die Bevölkerungsgruppe mit relativ hoher Nahrungsmittelnachfrage unterernährt ist, fließt das Mehreinkommen vornehmlich auf den Markt der Nahrungsmittel. Nahrungsmittelvorräte sind aber nicht verfügbar und auf der laufenden Erzeugung lasten gewisse rechtliche und tatsächliche Prioritäten.²⁾ Selbst eine massive Lohnerhöhung wird kaum die Verteilung zum Nachteil der "bevorrechtigten" Verbrauchergruppen ändern, sondern eher die Landwirtschaft zum Horten der Güter reizen. Nach all dem ist es nicht mehr erstaunlich, daß die Nahrungsmittelpreise viel mehr anziehen, als der Kostenwirkung der Löhne entspräche.

Ohne das Anwachsen der Konsumneigung eines Teils der Geschäftswelt und der Bauernschaft hätten die Lohnbewegungen nie solche kumulativen Preisbewegungen auslösen können, wie sie nach 1940 auftraten. Wenn Prof. Goetz meint, daß die Lohnsteigerung durch "Ansteckung" eine Steigerung der anderen Einkommen (der Bauern und Händler) ohne vorherige Kostenwirkung erzeuge, stellt er den zweifellos sehr wichtigen soziologischen Hintergrund des Lohn-Preiszusammenhangs heraus. Aber lediglich die Einkommen der in der Nahrungsmittelproduktion und -verteilung Tätigen steigen allem schon durch die Hausse der Nahrungsmittelpreise ohne unmittelbare Mitverantwortlichkeit der Notenbank. Bei den Preisen der übrigen Warengruppen genügt es nicht, daß die anderen so-

1) Goetz, a. a. O., S. 302.

2) Fain, a. a. O., S. 79.

zialen Klassen ihr Einkommen anzupassen wünschen. Jede "Ansteckung" hat reelle Liquiditätsmäßige Voraussetzungen, die von der Geldpolitik geschaffen werden.

II. Leitlinien der staatlichen Lohnpolitik und die Haltung der Gewerkschaften

1. Maßnahmen und System der staatlichen Lohnpolitik

Vom Herbst 1939 bis zum 12. Februar 1950 legt die Regierung auf dem Verordnungswege die gesamte Lohnstruktur in allen Einzelheiten fest. Sofort nach der Befreiung der einzelnen Landesteile verordnen die Regierungskommissäre einen einheitlichen Lohnzuschlag von gleicher absoluter Größe für alle Arbeitnehmer, der die Löhne von April bis Oktober 1944 im Durchschnitt um 40 bis 45 % anhebt und naturgemäß die Bezieher niedriger Einkommen begünstigt.¹⁾ Zwischen Oktober 1944 und Ende 1948 liegen fünf umfassende dekretierte Lohnwellen,²⁾ die erste von Oktober 1944 bis Oktober 1945 mit einer Gesamtlohnsteigerung (Steigerung der Einzelhandelspreise im selben Zeitraum) von 37 % (58 %), die zweite von Juli bis Dezember 1946 mit 33 % (50 %), die dritte von Juli bis November 1947 mit 20 % bis 33 % (38 %), die vierte von Dezember 1947 bis April 1948 mit 33 bis 39 % (11 %), die fünfte von September bis Dezember 1948 mit 18 bis 23 % (8 %). (Bei zwei Werten bezieht sich der erste auf Paris, der zweite auf die Provinz.)

Die Absicht der Regierung und die Forderungen der Gewerkschaften auf Angleichung der Nominallohn- und Lebenshaltungskostenindizes übergehen den wichtigen Einwand, daß die Lohnstruktur seit 1938 beträchtliche Umschichtungen erfahren hat. Aus der geänderten Häufigkeitsverteilung wird lediglich der durchschnittliche Stundenverdienst herausgegriffen, während die Merkmale, die die typischen Umschichtungen ausdrücken (Quartilswerte und Streuung) übergangen werden.³⁾ Gegenüber der Vorkriegszeit ist eine Nivellierung der Löhne nach verschiedenen Seiten festzustellen, zwischen Paris und der Provinz, zwischen Männer- und Frauenentlohnung, zwischen Erwachsenen und Minderjährigen. Die Entwicklung der Sozialversicherung schränkt die Vergleichbarkeit der Indizes der Stundenlöhne weiter ein. Mit dem Gesetz vom Februar 1950

1) Jean Vibert, *Salaires et équilibre économique*, S. 127.

2) nach Mériqot und Coulbois, S. 120.

3) siehe J. T. Dunlop, *Cyclical variations in wage structure*, *Review of Economic Statistics*, XXI (1939).

betreffend die "conventions collectives" treten die Sozialpartner in ihr altes Recht der tarifvertraglichen Regelung der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen neu ein. Allein der garantierte Mindestlohn bleibt unter der Kontrolle der Regierung. Sie hat ihn mit Rücksicht auf die Bewegung der Lebenshaltungskosten, die allgemeine Wirtschaftsentwicklung und die Empfehlungen der Commission Supérieure de Conventions Collectives festzusetzen und zu ändern. Letztlich stehen doch Zeitpunkt und Ausmaß der Veränderungen des Smig zu einem guten Teil im Belieben der Regierung. Erst im Juli 1952 bindet das Gesetz über die Lohngleitklausel die Mindestveränderungen des Smig an die Hausse der Einzelhandelspreise. Um auch die am schlechtesten bezahlten Arbeitnehmer an den Produktivitätsfortschritten der zweiten Zwischeninflationsperiode teilnehmen zu lassen, setzt die Regierung den Smig im Februar und Oktober 1954 und im April 1955 mittels "Prämien", die nicht Bestandteil des offiziellen Mindestlohnes werden, herauf. Den Entscheidungen gehen die "rendez-vous" der Regierungsvertreter mit den Sozialpartnern voraus.

2. Die lohnpolitische Haltung der Gewerkschaften

Die Diskussion um Löhne und Preise wird im Vordergrund mit wirtschaftlichen Argumenten geführt, die Entscheidungen fallen letztlich gemäß der Machtverteilung im Staat. Coulbois und Mérigot sehen in der französischen Preis- und Lohnpolitik "eine Folge von Kapitulationen des Staates vor den Verbänden und Berufsgruppen, denen er nicht Widerstand zu leisten vermochte".¹⁾

Die Lohnpolitik der französischen Gewerkschaften in den Nachkriegsjahren wäre in unzutreffender Weise mit dem Wort "höhere Löhne" gekennzeichnet.²⁾ Die Gewerkschaften sind die Vorkämpfer der strukturellen Reformen und sogar bereit, die lohnpolitischen Forderungen im engeren Sinn zurückzustellen, wenn der Ansatz zu Strukturveränderungen dadurch gestört werden könnte. Der Tenor des Organs der C.G.T., *Le Peuple*, steht im Jahr 1944, als der Weg geradeaus auf die erhoffte Gesellschaftsform zu gehen schien, ganz auf "travailler d'abord et revendiquer ensuite".³⁾ Die Aktionsmittel der französischen Gewerkschaften im Kampf um den "gerechten Anteil", dem "Klassenanteil", sind das Verhandeln mit Regierung und Sozialpartner, die politische Einflußnahme auf die Re-

1) Coulbois, a. a. O., S. 119.

2) zum weiten Sinn der "Lohnpolitik" der Gewerkschaften, Dunlop, *Wage Policies of Trade Unions*, in *Readings on the theory of income distribution*.

3) L.L. Guglicini und M. Perrot, *Salaires et revendications sociales en France 1944-52*, S. 230.

gierung und der Streik gegen Regierung und Unternehmer. Im Sinne der Gliederung, die Clark Kerr für die möglichen Ansatzpunkte eines Studiums gewerkschaftlichen Wirkens aufstellte, wären die französischen Gewerkschaften mit einer "Theorie der sozialen Gruppe" zu untersuchen.¹⁾ Bis zur Wiedereinführung der Tariffreiheit richtet sich die ganze Stoßkraft der gewerkschaftlichen Aktivität auf die Regierung über die Minister der nahestehenden Parteien, über das Parlament und über die eigenen Vertreter in den neuen wirtschaftspolitischen Leitstellen (CNC, Conseil National Economique).

Die Parolen und Argumente, unter denen die französischen Gewerkschaften ihre Forderungen vorbringen und mit denen sie sie begründen, sind die bei allen Gewerkschaften zu findenden Kampfpunkte:²⁾ Existenzminimum (minimum vital), Lebenshaltungskosten, Lohngleitklausel, Einkommensverhältnisse gegenüber anderen sozialen Gruppen, Hebung der sozialen Position des Standes, Lohndifferenzierung, Tarifvertragsrecht.³⁾ Alle Richtungsgewerkschaften sind sich darüber einig, daß nicht der Nominallohn entscheidend ist, der den Arbeitern ausbezahlt wird, sondern die "Kaufkraft", die der Lohn verschafft. Ein Grundmotiv der Lohnpolitik kehrt ständig wieder: *Le seul véritable moyen de révaloriser le pouvoir d'achat des travailleurs est la baisse du coût de la vie.*⁴⁾ Zur Sicherung des Gleichgewichts zwischen Löhnen und Preisen müßten die Preise gesenkt oder die Löhne an die Hausse der Lebenshaltungskosten angepaßt werden, schreibt *Le Peuple* am 22. Januar 1948.⁵⁾ Als die amtlichen Preissenkungskampagnen immer wieder stecken bleiben, schwindet die Begeisterung für den Kampf gegen die Preissteigerungen. Das Büro der C. G. T. versäumt keine Gelegenheit, "die Aufmerksamkeit der Werktätigen auf den Bluff zu lenken, den die Erklärungen des Ministerpräsidenten betreffend die künftigen Preissenkungen enthalten".⁶⁾ Die Anpassung der Löhne drängt sich auf, die Regierung muß einen garantierten Mindestlohn festsetzen, verlangt *Force Ouvrière* am 16. und 23. September 1948.

1) Labor's Income share and the Labor Mouvement, New Concepts in wage determination.

2) Zu den Lohnargumenten der Gewerkschaften, die in der Literatur aufgezählt werden, siehe Dunlop, *The mouvement of real and money wages*, in *Economic Journal*, 1938, S. 413-34, ebenfalls in *Collective bargaining, principles and cases* (Kapitel V), auch Arndt, *Theoretische Grundlagen der Lohnpolitik*.

3) und 4) Guglielmi, a. a. O., S. 216, S. 99.

5) aus Guglielmi, S. 103.

6) *Le Peuple* vom 13. März 1952 aus Guglielmi, S. 106.

Das Aktionsprogramm der C. G. T. von 1946 verlangte bereits einen staatlich garantierten Mindestlohn und darauf aufbauende Tariflöhne, die direkt an die Beschleunigung der Produktion gebunden sind. Force Ouvrière entwickelte am 23. Dezember 1948 das Projekt eines Lohnes aus zwei Bestandteilen, dem reglementierten und dem vertraglichen, und die C. F. T. C. forderte am 3. März 1949 (in "Syndicalisme") einen Tariflohn mit staatlich garantiertem Minimum. Der Smig bringt den Gewerkschaften die Sicherheit, daß die Tariflöhne in den Gebieten, in denen der gewerkschaftliche Einfluß gering ist, ein Minimum nicht unterschreitet.

III. Lohnbewegungen, Preise und Produktion in den drei Nachkriegsinflationsperioden

1. Die erste Inflationsperiode

a) Liberation und unmittelbare Nachkriegszeit

In den sechs Monaten von der Liberation bis April 1945 steigt der durchschnittliche Reallohn in der gesamten Metropole um 30 % (Paris um 49 %) und entspricht theoretisch im April 1945 93 % (85 %) des Vorkriegsrealeinkommens.

Reallohnentwicklung in der Metropole und in Paris ¹⁾

Datum	Nominalstundenlohn		Einzelhandelspreise		Reallohn	
	Metropole	Paris	Metropole	Paris	Metropole	Paris
(Oktober)						
1938	100	100	100	100	100	100
April 1944	163	156	281	274	58	57
Okt. 1944	231	205	300	291	77	70
April 1945	314	277	340	325	93	85
Okt. 1945	380	304	479	460	79	66
April 1946	395	321	544	491	73	65

Die Güterproduktion bleibt in dieser Periode wesentlich unter den Vergleichssätzen zur Vorkriegszeit. Die industrielle Erzeugung ist in den Wochen der Liberation zusammengebrochen (20 % von 1938) und erholt sich bis zum April gerade bis zum Produktionswert 40. Die Ernten des Jahres 1945 bringen höchstens zwei Drittel des Vorkriegsertrages. Die Gegenbewegung von Masseneinkommen (unter den Umständen der Nachkriegszeit = Massennachfrage) und Gü-

1) Jean Vibert, a. a. O., S. 133 und 134.

rererzeugung läßt den Einzelhandelspreisindex in der Metropole von 340 auf 479, die Produktion von 41 auf 63 (jeweils 1938 = 100) steigen. Der Reallohn wird von 93 auf 79 % des Standes von 1938 reduziert. Im darauffolgenden halben Jahr scheint ein Gleichgewicht zwischen Produktionszunahme und Masseneinkommenszunahme hergestellt. Die Einzelhandelspreise in Paris steigen kaum mehr als die Löhne (6,7 % gegen 4 %).

Ähnlich wie die Hausse der Lebenshaltungskosten den Reallohn nach dem Höhepunkt des April 1945 dem Wert der verfügbaren Gütermenge anpaßt, senkt der Anstieg der Großhandelspreise den Index der realen Arbeitskosten pro Stunde (aus Stundenlöhnen und Lohnnebenkosten) von 110 im Oktober 1944 auf 79 im April 1946.

Im Laufe des Winters 1945/46 bewegen sich die Indizes der realen Gesamtkosten der Arbeit und der industriellen Produktion aufeinander zu. Sie stehen im April 1946 bei 84 und bei 80 (1938 = 100). - Dieses Gleichgewicht ist höchst instabil, denn es ist ein Gleichgewicht der Unterernährung und der Unterproduktion. Trotzdem besteht ein Gleichgewicht in dem Sinn, daß die Unvereinbarkeit von realen Lohnkosten pro Stunde (110 % von 1938) und des Produktionsniveaus (20 % von 1938) aus den Wochen der Liberation beseitigt und ein Ausgangspunkt für eine stetige Aufwärtsbewegung von Erzeugung und Reallohn in der Preisstabilität gegeben ist. Der April 1946 begreift ebenso ein "Gleichgewicht" zwischen "Verbrauchsgütererzeugung (plus Import) und Realeinkommen der Arbeitnehmerschaft.

Indizes der Mengen verfügbarer Verbrauchsgüter und der Reallohne 1938 = 100¹⁾

Datum	Verbrauchsgüter			Reallohne
	landwirtschaftl. Ursprungs	industr. Ursprungs	Gesamt	
April 1942	79	44	61	68
April 1943	79	36	57	61
April 1944	82	28	55	58
Okt. 1944	82	9	46	77
April 1945	78	28	53	93
Okt. 1945	66	50	58	79
April 1946	71	75	73	73

1) Vibert, a. a. O., S. 139 und 114.

Die beiden allgemeinen Lohnerhöhungen unmittelbar nach der Liberation und im März 1945 beenden die Parallelbewegung des Volumens der verfügbaren Verbrauchsgüter und der Reallöhne aus den Besatzungsjahren. Die Reallöhne nähern sich rechnerisch der Parität von 1938, während die Konsumgütermärkte gerade die Hälfte der Mengen von 1938 bieten.

Bezogen auf 1938 sind die Lohnerhöhungen "induziert", gegenüber dem relativen Gleichgewicht vom April 1944 zwischen Volumen der Verbrauchsgüter und Reallöhne sind sie autonome Lohnsteigerungen. Die Art der Durchführung verstärkt den autonomen Charakter: Sie wurden bereits 1943 von der Provisorischen Regierung in Algier der C.G.T. zugesagt und nach der Liberation wie ein allgemeines nationales Geschenk zugeteilt.

Jean Vibert zieht daraus den Schluß: "... la hausse des prix a été organisée conjointement par le C.G.T. et le Gouvernement ... cette politique d'une invraisemblable imprudence, aurait pu avoir comme contrepartie une volonté d'efficacité et de rendement. En fait, chaque mois comportait ses jours fériés, les élections successives interdisaient de demander aux diverses classes sociales les efforts ou les sacrifices qu'exigeait la situation".¹⁾

b) Die Höhepunkte der ersten Inflationsperiode (1946-1948)

aa) Die lohnpolitische Bedeutung der Konferenz im Palais Royal

Am 29. Mai 1946, einige Tage vor den Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung, tritt die C.G.T. mit der Forderung auf eine allgemeine 25 %ige Lohnerhöhung an die Öffentlichkeit. Die C.G.T. führt an:²⁾ Seit einem Jahr hat sich die Produktion verdoppelt, der offizielle Lebenshaltungskostenindex ist um 60 bis 75 % gestiegen, eine Lohnerhöhung von 25 % ist deshalb ohne Rückwirkung auf die Preise möglich. - Die Argumentation geht darüber hinweg, daß Löhnen, Preisen und Produktion in der Bezugsperiode (April 1945) jegliche Gleichgewichtsbeziehung fehlte. Während die theoretische Kaufkraft des Stundenlohnes 97 % des Standes von 1938 erreicht hatte, war der Index der industriellen Produktion bei 41 gestanden. - In der "Nationalen Wirtschaftskonferenz der Preise und Löhne, die sofort nach der Regierungsbildung einberufen wird, halten die Gewerkschaften ihre Forderungen aufrecht und werden von der Landwirtschaft unterstützt. Mr. Lamour von der Confédération Générale de l'Agriculture hält die Erhöhung der Kaufkraft einer großen Zahl von Verbrauchern in dem Augenblick für unerläßlich, wo die landwirtschaftliche Erzeu-

1) Vibert, a. a. O., S. 139.

2) Le Peuple vom 15. Juni 1946.

gung in einigen Gegenden Überschüsse anzuhäufen beginne... Vor der gemeinsamen Front von Gewerkschaften und Landwirtschaft weicht die Regierung zurück.

bb) Löhne und Preise, Erzeugung und Verbrauch von April 1946 bis Dez. 1947
Von April 1946 bis Oktober 1947 steigen die Stundenlöhne um fast 60 %, der offizielle Einzelhandelspreisindex in Paris um 160 %. Das Realeinkommen der städtischen Bevölkerung, insbesondere der Lohnempfänger, ist schwer betroffen. Die Arbeiterschaft bezahlt die unerwartete Schützenhilfe der Landwirtschaft teuer, mit der die C. G. T. ihre Forderungen im Palais Royal durchsetzte. Der Anstieg der industriellen Preise ist geringer als der der Löhne, ca. 50 %. Das bedeutet, daß in dem betrachteten Zeitpunkt das Realeinkommen der Lohnempfänger sinkt, während die Kosten der Arbeit zunehmen und die Herstellungskosten der industriellen Güter stärker belasten. Der Index des realen Stundenlohnes bedarf der Ergänzung durch den Index der realen Lohnmasse, der die Sozialzulagen und das Beschäftigungsvolumen berücksichtigt. Allein der letztere Index zeigt den Realwert der Einkommen, die der Gesamtheit der Lohnempfänger zufließen.

Der Reallohn als Realeinkommen und reale Arbeitskosten.¹⁾ 1938 = 100

	1946			1947			
	April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.
Stundenlohn (Frankreich)	395	494	527	536	543	590	625
Realer Stundenlohn	73	82	56	57	59	57	46
Lohnmasse	460	590	655	665	710	800	865
reale Lohnmasse	84	97	69	70	77	78	64
reale Arbeitskosten/Std.	79	100	86	85	86	90	87
reale Arbeitsgesamtkosten	85	110	98	97	103	111	109

Ein Vierteljahr nach der Konferenz ist das Realeinkommen der Arbeiterschaft unter das Niveau gesunken, das es in den Monaten vor der Konferenz hatte. Die Hausse der Nahrungsmittelpreise im Sommer 1947 drückt es noch weiter nach unten.

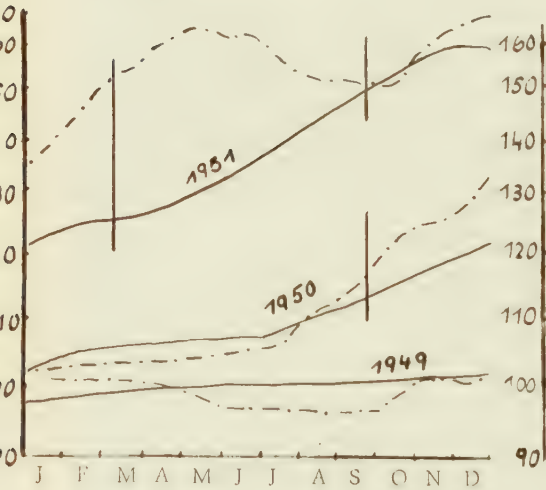
2. Das Inflationsjahr 1951

Das Zusammenspiel von Lohn- und Preiserhöhungen ist in der zweiten Infla-

¹⁾ Jean Vibert, S. 164 und 166.

tionsperiode weit weniger ausgeprägt als in der ersten. Der Kosteneffekt der Löhne ist von einem spekulativen Element der Preisbestimmung überlagert, wie die Gegenüberstellung der Stundenlöhne und der industriellen Großhandelspreise zeigt. Die dreimaligen Anhebungen des Smig scheinen stärker auf die industriellen Preise zu wirken als die stetig ansteigenden Tariflöhne. Die Entwicklung der Stundenlohnsätze gibt erst zusammen mit dem Index der Aktivität (= der Arbeitsstunden) in der Industrie und im Dienstleistungsgewerbe ein zutreffendes Bild von der Masse der ausbezahlten Löhne. Der Index der Aktivität ist für die Basis 1949 = 100 im Jahr 1950 = 101,5, im Jahr 1951 = 104,7, im Jahr 1952 = 104,6 und im Jahr 1953 = 103,1.

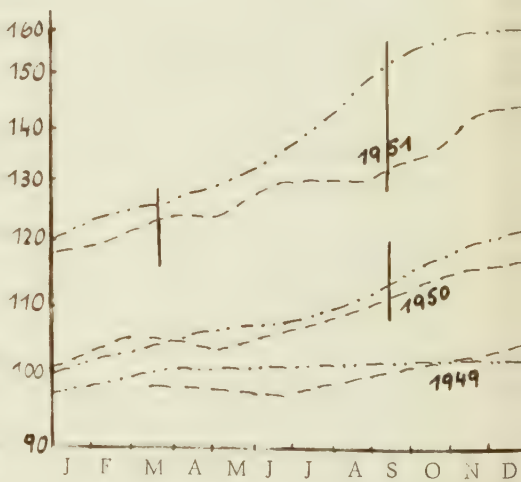
Stundenlöhne und industrielle
Großhandelspreise



--- ind. Großhandelspreise
— Stundenlohnsätze / 1949 = 100
Anhebung des Smig

Graphik 5

Stundenlöhne und Einzelhandels-
preise in Paris



--- Einzelhandelspreise in Paris
— Stundenlohnsätze
Anhebung des Smig

Graphik 6

Quelle: Etudes et Conjoncture, Mai 1953, S.481, dazu Preisstatistiken.

Die 1950 und 1951 beträchtlich ansteigenden Lohneinkommen treffen zuerst auf die Ernteüberschüsse des Jahres 1950. Nach dem geringen Fortschritt der landwirtschaftlichen Erzeugung im Jahre 1951 steht das zusätzliche Nahrungsmittelvolumen nicht bereit, das der Mehrnachfrage der Lohnempfänger entprochen hätte. Aber trotz des Anstiegs der Lebenshaltungskosten verbleibt den Lohnempfängern am Ende der zweiten Inflationsperiode ein Realeinkommenszuwachs.

3. Das Inflationsjahr 1957

Im Jahr 1956 verschärfen die Einberufungen zum Militärdienst die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Unternehmer glauben an eine unbegrenzte Expansion und geben dem Druck der Gewerkschaften nach vorteilhafteren Tarifvereinbarungen leicht nach. Die Gewerkschaften verstärken den im Aufschwung ohnehin wirksamen Lohnauftrieb.¹⁾ 1954, 1955 und 1956 ist der durchschnittliche Lohnsatz pro Trimester etwa um 1,8 % in stetiger Bewegung angestiegen. 1957 erfährt die Hausse von Trimester zu Trimester eine Beschleunigung: 1,6 % im ersten Trimester, 2,7 % im zweiten, 2,9 % im dritten, 3,8 % im vierten Trimester.

1956 waren die Lohnforderungen von der Lohnkostenseite keine Ursache inflationistischer Spannungen. Anders 1957: jetzt wachsen die Lohnkosten pro Arbeitsstunde (= Stundenlohnsatz, da die Lohnnebenkosten gleich bleiben) stärker als die Produktion pro Arbeitsstunde. Die Lohnkosten pro Ertrag der Arbeitsstunde (Arbeiterstunde) überspringen den Wert 100.

(1953 = 100)	1954	1955	1956	1957 ²⁾
Produktion pro Arbeiter-Std.	109	118	127	131
Lohnsätze	107	115	124	133
Lohnkosten pro Ertrag der Arbeiterstunde	98	98	98	102

Die Lohnhausse steigt in den ersten neun Monaten mindestens um 12,5 % gegen 10,9 % im ganzen Jahr 1956.³⁾ Das Volumen der Nahrungsmittelerzeugung übertrifft dagegen das Vorjahresergebnis um lediglich 1 %, und die Fleischerzeugung stagniert.

1) M. Friedmann: "Unions make for steady upward pressure on the wage rate in upswing when wages rise at any rate", in: Some comments on the significance of Labor Unions for Economic Policy, in The Impact of the Union.

2) Marczewski, Vorlesung a. a. O.

3) Etudes et Conjoncture, Januar 1958.

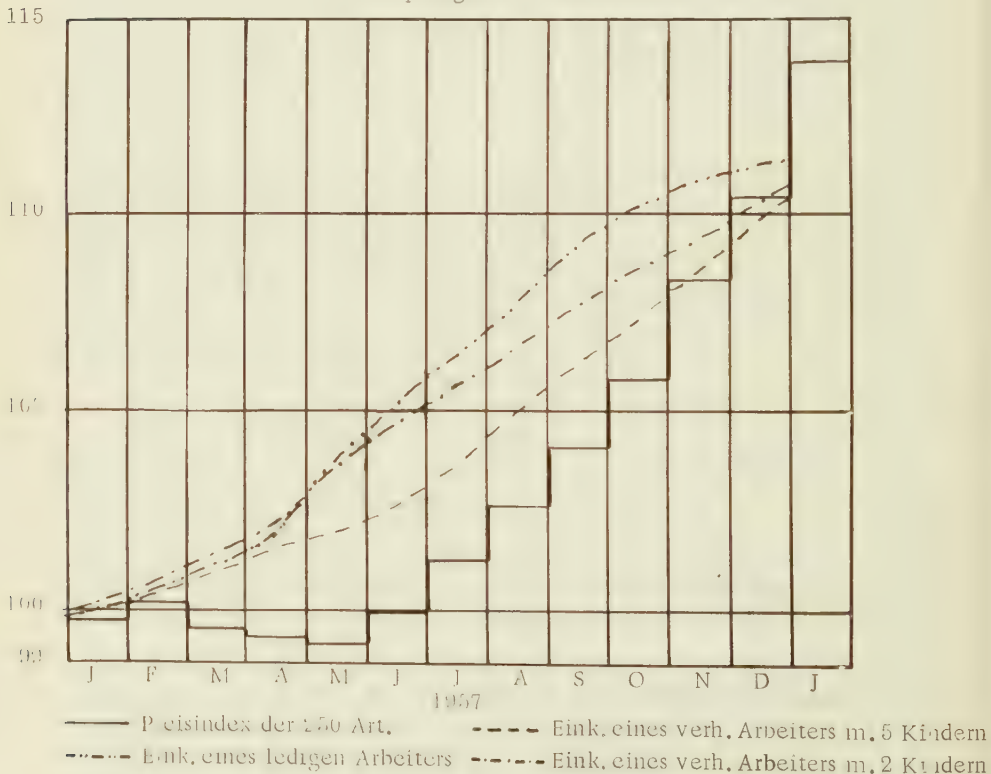
Die Graphik zeigt, wie die Lohnerhöhungen den Preissteigerungen vorausgehen. Die marktmäßigen und psychologischen Rückwirkungen der Lohnerhöhungen hätten bekämpft werden können, wenn einige Lohnerhöhungen zeitlich gestreckt worden wären.

André de Lattre bezeichnet in seiner "Politique Économique de la France depuis 1945" den September 1944, den Juli 1951 und den Beginn der dritten Inflationsperiode als "drei Epochen, wo die Lohnsteigerungen unzweifelhaft das Maß übertrafen, das die Wirtschaft tragen konnte".¹⁾

Graphik 7

Quelle: Revue d'Economie Politique 1958, S. 948.

Entwicklung der Einzelhandelspreise u. der Einkommen der Lohnempfänger in Paris



1) A. de Lattre, a. a. O., S. 148.

Achtzehntes Kapitel: Der kumulative Inflationsprozeß in Frankreich

1. Die Änderungen der Preiserwartungen und die Beschleunigung des Inflationsprozesses

Im historischen wie im systematischen Teil der Untersuchung der französischen Inflation finden sich Beispiele für den Weitergang und die Beschleunigung von Preissteigerungen, die ohne spezifische Begleitumstände nach einer gewissen Zeit zu Ende gegangen wären, ohne eine kumulative Inflationsbewegung einzuleiten. - Die Erörterung beispielsweise der Probleme der zurückgestauten Inflation, der Nahrungsmittelknappheit, der Lohnsteigerungen bei ausgeprägtem Nahrungsmittelmangel, des Budgetdefizits usw. bot Gelegenheit, die Ansatzpunkte zu einem kumulativen Inflationsprozeß aufzuzeigen. Einige zusammenfassende Bemerkungen über die kennzeichnenden Merkmale des Inflationsprozesses in Frankreich scheinen zum Schluß noch angezeigt.

Innerhalb der typischen Inflationszentren des Kreislaufs der Ausgaben für Verbrauchsgüter bei Nahrungsmittelknappheit, des Kreislaufs der staatlichen Ausgaben und der Investitionsausgaben¹⁾ wirken einige Mechanismen der Weiterlenkung und Beschleunigung der ursprünglichen Preissteigerungen. Die Mechanismen werden durch einen Umschwung der Preiserwartungen der Wirtschaftssubjekte und sozialen Gruppen ausgelöst. Unter den Preiserwartungen, die sich über einen ganzen Fächer verschiedener Größen erstrecken, sind die hohen Werte bestimmend, die niedrigen bestimmt.²⁾ Sobald die positiven Preiserwartungen allgemein werden, treten die Mechanismen in Erscheinung, die Angebot und Nachfrage preisunelastischer machen, die Kalkulationsmethoden umgestalten und die Einkaufs- und Zahlungsperioden ändern.³⁾

a) Auf der Seite des Angebots: Spekulative Vorratsbildung und Änderung der Kalkulationsmethoden

Wenn ein Produzent oder Händler einen späteren Anstieg seiner Einkaufs- oder Verkaufspreise erwartet, wird er auf allen Produktionsstufen möglichst große Lager anlegen und den Verkauf einschränken. Statt des monetären Sparens

1) Siehe dazu die Studie des INSEE "La France et l'Inflation", vor allem das III. Kapitel, "le développement inflationniste", S. 112, 122 unten, 126, 127.

2) P. Dieterlen, Matériaux pour l'interprétation de l'évolution monétaire, Banque, Juli 1956.

3) La France et l'Inflation, S. 112.

betreiben die Wirtschaftssubjekte ein "Sparen in Natur" mit der Folge, daß die Preiselastizität des Angebots sinkt. Und je rascher die Preise steigen werden, um so mehr wird das Angebot eingeschränkt werden.

Man könnte annehmen, die spekulative Vorratsbildung binde so viele Finanzierungsmittel, daß die Investitionspläne beschnitten werden müßten, und daß dann eine deflationistische Gegenwirkung aufträte. - In der französischen Nachkriegsinflation standen ebenso wie in den Inflationen anderer Länder genügend Finanzierungsmittel zur Verfügung, daß die produktiven Investitionen vom spekulativen Warenhorten nicht verdrängt wurden.

In Perioden der Preisstabilität berechnen Hersteller und Händler den Verkaufspreis nach den tatsächlich angefallenen Kosten der Güterbeschaffung. Erwartet ein Unternehmer fortgesetzte Preissteigerungen, geht er bei der Preiskalkulation von historischen Kosten zu vorausgeschätzten Wiederbeschaffungskosten über. Er holt eine ansonsten später eintretende Preissteigerung in die Gegenwart hinein. Übernehmen viele Unternehmer diese Kalkulationsart, steigen für andere Produzenten auch die Kosten und mit den Kosten wieder die Preise. "Il n'est pas douteux, qu'un tel procédé explique en grande partie la forme accélérée, souvent exponentielle, que revêt fréquemment la hausse des prix en période d'inflation". 1)

Schon die Berechnung eines unveränderten Gewinnaufschlags auf den Umsatzstufen vom Hersteller zum Einzelhändler beschleunigt in diesem Zusammenhang den Preisanstieg, auch ohne daß künftige Preissteigerungen in der Kalkulation vorweggenommen zu werden brauchen. Wird der gleichbleibende Gewinnsatz nun auf die antizipierten Wiederbeschaffungskosten aufgeschlagen, erhält die hausse der Preise einen exponentiellen Charakter. Eine Preissteigerung kann sich durch das Spiel der Preiserwartungen der Verkäufer selbst in die Höhe treiben, vorausgesetzt, daß die Nachfrage preisunelastisch ist.

b) Auf der Nachfrageseite: Preisunelastisches Verhalten der Hersteller und Verbraucher

Auf der Nachfrageseite besorgt der Preisanstieg selbst die weitere Preisunelastizität der Nachfrage. Die Erwartung kommender Preissteigerungen legt es den Verbrauchern nahe, die nötigen Käufe möglichst bald vorzunehmen. Die Nachfrage der Verbraucher ist um so unelastischer, je unabweisbarer die Bedürfnisse sind und um so wahrscheinlicher Nominal Einkommensanpassungen folgen. Nur wenn ein Wirtschaftssubjekt oder eine Gruppe von ihnen umstände ist, eine Ko-

1) La France et l'Inflation, a. a. O., S. 114.

stensteigerung (der Produktion oder der Lebenshaltung) durch eine Einkommenssteigerung (Lohn, Profit) auszugleichen, kann die Nachfrage preiselastisch bleiben.

An dieser Stelle wird deutlich, wie eng die Verhaltensweisen an die Geldversorgung gebunden und wie sehr die psychologischen von den monetären Faktoren auf die Dauer abhängig sind. Wenn sich die Inflation ausweitert, ist eine wachsende Geldmenge unerlässlich, damit die Umsätze zu höheren Preisen getätigt werden können. "Un développement inflationniste implique une grande souplesse de monnaie ..."¹⁾ Die Einwirkungsmöglichkeit der Geldpolitik auch auf die psychologischen Faktoren ist damit gegeben. Die Feststellung, die der Expertenbericht der OEEC in der Studie "Situation der inneren Finanzen der Mitgliedsländer" über die zweite Inflationsperiode in Frankreich trifft, gilt auch für die meisten anderen Inflationsjahre, daß nämlich die psychologischen Faktoren - ungeachtet ihrer Wichtigkeit - nur dann eine tiefgehende Wirkung haben können, wenn der Zugang zum Kredit übertrieben leicht gemacht ist.²⁾

2. Die Indexierung, der institutionelle Mechanismus der Übertragung und Beschleunigung von Preissteigerungen

Während die psychologischen Faktoren die Preissteigerung innerhalb der Inflationszentren weitertragen und beschleunigen, sind die Indexklauseln für die Übertragung der Preisbewegung auf Bereiche verantwortlich, in denen möglicherweise überhaupt keine inflationistischen Spannungen herrschen. Die Indexierung steckt von einem Inflationsherd aus andere Preise an, die häufig mit den Ausgangspreisen nur "juristisch" zusammenhängen. Nach 1948 werden in Frankreich folgende Indexklauseln eingeführt:

Die Gleitklausel der Mieten nach dem Mindestlohn (1948), die Bindung des Bonus für Wohnungsbau und Bausparen an den Index der Baukosten, des Mindestlohnes an die Lebenshaltungskosten (1952), des Getreidepreises an den Index der für die Landwirtschaft nötigen industriellen Produkte (zu 60 %) und der Einzelhandelspreise der industriellen Fertigprodukte in Paris (zu 40 %) ab 30. September 1953, ähnlich des Zuckerrüben-, Raps- und Erdnußpreises ab 13. November 1954. Zahlreiche privatrechtliche Verträge sind nach dem physischen oder finanziellen Ergebnis der Tätigkeit einer Vertragspartei indexiert, der Ertrag mancher Wertpapiere variiert in einem festen Verhältnis zu den Preisen. Staatliche Betriebe indexieren ihre Anleihen nach dem Stromumsatz in KW-Stunden, der

1) La France et l'Inflation, S. 118.

2) La Situation Financière Intérieure dans les pays membres et associés, OEEC, 1952, S. 22.

Staat selbst greift zur Bindung der Anleihen an den Kurs des Napoleon (Pinay-Anleihen von 1952 und 1958) und an den Durchschnittskurs der Aktien und Obligationen an der Börse von Paris (Anleihe-Ramadier 1956). Indem die Indexierung an die Veränderung gewisser Preise eine Nominaländerung gewisser Einkommen bindet, macht sie aus jeder Preissteigerung eine Ursache zu einer neuen Hausse.¹⁾ "La cause profonde du phénomène réside dans la fragilité de l'économie due à sa structure même"²⁾ - aber nicht eine naturgegebene, sondern eine durch politische Entscheidungen mitgeformte Struktur, muß hinzugefügt werden.

Die Geldpolitik ist im Kampf gegen die Inflation letztlich zur Erfolglosigkeit verurteilt, solange die institutionellen Inflationsmechanismen der Indexklauseln wirken,³⁾ da einzelne Preisanpassungen unvermeidlich sind und geldpolitisch weder vermieden werden können noch sollen. Eine einmalige politische Entscheidung, die Beseitigung des Indexsystems, öffnet den Weg zur Preisstabilität durch die Geldpolitik. Denn die Inflation ist, wie E. M. Bernstein⁴⁾ nicht müde wird zu betonen, "a monetary phenomenon,⁵⁾ while the level of prices will rise when there is increased demand, even if the money supply is restricted, the rise must in that case be limited, and it must in a short time come to an end. A large and prolonged inflation is possible only if the monetary authorities permit an excessive and continuous expansion of credit. Whatever the initiating

1) Jacques Rueff, La restauration du franc, Revue d'Economie Politique, November-Dezember 1960.

2) Statistiques et Etudes Financières, a. a. O. (Nr. 18).

3) die Indexklauseln wurden durch die Verordnung vom 30. 12. 1958 größtenteils abgeschafft.

4) Wage-Price Links, Staff Papers, a. a. O., S. 323.

5) Daß die Inflation auch in der Deutung eines "monetären Phänomens" die ganze Wirtschaft in allen ihren Bereichen berührt und verändert, braucht wohl nicht eigens hervorgehoben zu werden. Es besteht deshalb in der Sache auch kein Gegensatz zu den Autoren, die die Inflation als "globales Phänomen" betrachten und der Geldpolitik doch eine Schlüsselstellung zuweisen; z. B. André Philip, a. a. O., S. 1076, "im Gegensatz zu früheren Epochen, wo der Akzent auf die monetären Elemente gelegt wurde, wird die Inflation heute als ein globales Phänomen angesehen, das die ganze Wirtschaft berührt ...", S. 1082 stellt dann derselbe Autor die entscheidende Rolle der Geldpolitik heraus: "Es gibt keinen allgemeinen Inflationsprozeß, wenn nicht (mit den Löhnen, Anm. d. Verf.) auch die anderen Nachfragefaktoren und die Geldmenge zunehmen".

factors may be, they can act on the price level only if they are made effective by the provision of additional credit, although they may be intensified by an accompanying increase in the velocity of money. For this reason, any measures taken to halt inflation must include the restriction of credit".

QUELLENVERZEICHNIS

I. Periodika

Bulletin Mensuel de Statistique, INSEE,
Bulletin de la Statistique Générale de la France,
Bulletin Sedeis,
Economie Appliquée,
Etudes et Conjoncture, INSEE,
Etudes Statistiques, INSEE,
Point Economique, Institut de Conjoncture, veröffentlicht
bei Service National de Statistique,
La Conjoncture Economique et Financière,
L'Observation Economique,
Revue Economique,
Revue d'Economie Politique,
Jahresberichte der Banque de France,
Jahresberichte des Conseil National du Crédit,

Die im Quellenverzeichnis II gebrauchten Abkürzungen

Ec. Appl.	Economie Appliquée,
Et. Conj.	Etudes et Conjoncture,
Rev. Ec.	Revue Economique,
Rev. Ec. Pol.	Revue d'Economie Politique,
Stat. Et. Fin.	Statistiques et Etudes Financières,
Am. Ec. Rev.	American Economic Review,
Ec. J.	Economic Journal, (The)
J. Pol. Ec.	Journal of Political Economy,
J. R. Stat. Soc.	Journal of the Royal Statistical Society,
Rev. Ec. Stat.	Review of Economic Statistics,

II. Verzeichnis der Autoren

- Aftalion, Albert, La théorie quantitative à l'épreuve des faits,
Rev. Ec. Pol. 1926,
L'or et la monnaie, leur valeur,
Domat-Montchrestien, Paris 1938
- Arndt, Theoretische Grundlagen der Lohnpolitik
- Aujac, H. und
Mainguy, Y. Inflation conséquence monétaire du comportement des
groupes sociaux, Ec. Appl. 1950,
L'influence du comportement des groupes sociaux sur
le développement d'une inflation, Ec. Appl. 1950,
Bd. III, Nr. 2
- Barrère, Alain Politique Financière, Dalloz, Paris 1958
- Bisson, André L'inflation française
- Brown, A.J. The Great Inflation 1939-1951,
Oxford University Press, London 1955
- Cadot, Jacques Les marchés de l'or après la deuxième guerre mondiale,
Dissertation, Paris 1955
- Charlesworth, H.K. The Economics of Repressed Inflation, Allen & Unwin,
London
- Clark, J.M. Criteria of Sound Wage Adjustment in "The Impact of
the Union", ed. von D.M. Wright
- Comptes de la Nation, Les
Finanzministerium, Imprimerie Nationale, Paris 1960
- Coppola d'Anna, Francesco,
Die Normalwechselkurse und die Theorie der Kaufkraft-
parität, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 56, 1942
- Courtin, René Cours de théorie économique, Paris, Faculté de Droit
et des Sciences Economiques
- Delouvrier, Politique Economique de la France, Vorlesung,
Fondation Nationale des Sciences Politiques

- Dieterlen, Pierre Quelques enseignements de l'évolution monétaire française de 1948 à 1952, Armand Colin, Paris 1954
- Matériaux pour l'interprétation de l'évolution monétaire, Banque, Juli 1956
- Divisia, Francois L'indice monétaire et la théorie de la demande, Rev. Ec. Pol., Juli, September, November 1925
- Duesenberry, The Mechanics of Inflation, Rev. Ec. Stat., Bd. XXXII 1950
- Dunlop, J. T. Cyclical Variations in Wage Structure, Rev. Ec. Stat., Bd. XXI 1939
- The Movement of Real and Money Wages, Ec. J., 1938
- Wage Policies of Trade Unions, in "Readings in the Theory of Income Distribution"
- Collective Bargaining, Principles and Cases,
- Fain, Gael La lutte contre l'inflation et la stabilité monétaire, Payot, Paris 1947
- Fisher, Irving Die Kaufkraft des Geldes
- Flamant, Maurice Théorie de l'inflation et politiques antiinflationnistes, Dalloz, Paris 1952
- Frankel, H. The Price of Gold and the Purchasing Power of the Pound Sterling, J.R. Stat. Soc., Series A, Bd. CXVI, Teil I, 1953
- Friedman, Milton Comments on Monetary Policy, Rev. Ec. Stat., Bd. 33, Nr. 3, August 1951
- Some Comments on the Significance of Labor Unions for Economic Policy, in "The Impact of the Union" ed. von D. M. Wright
- Gabillard, Jean La fin de l'inflation, Sedes, Paris, 1952
- Gailbraith, The Disequilibrium System, Am. Ec. Rev. 1947
- Gavanier, Pierre Le Revenu National de la France, Stat. Et. Fin., Suppl. Nr. 20

- Gilbert, Milton Comparative National Products and Price Levels,
National and Per-Capita-Income of Seventy Countries
in 1949 expressed in US-Dollars, UN-Statistical Papers,
Series E, Nr. 1, N. Y. 1950
- Gilbert, Milton und Kravis, B. I.
An International Comparison of National Products and
the Purchasing Power of Currencies
- Gleitze, Bruno Die Methodik des internationalen Kaufkraftvergleichs,
Vierteljahreshefte für Wirtschaftsforschung, Jg. 1953
- Goetz-Girey, Robert Salaires et inflation, Rev. Ec. Pol. 1953
- Gruson, Claude Le franc et la politique du crédit, Ec. Appl. 1952
- Guglielmi, I. L. und Perrot, M.
Salaires et revendications sociales en France 1944-1952
- Haberler, Gottfried Der Sinn der Indexzahlen,
J.C.B. Mohr, Tübingen 1927

Die Theorie des internationalen Handels,
3. Auflage der englischen Übersetzung

Wage Policy, Employment and Economic Stability in
"The Impact of the Union" ed. von D. M. Wright
- Hackett, Sur les pressions inflationnistes et les politiques anti-
inflationnistes en France, Ec. Appl. Bd. 9, Nr. 4, 1956
- Hansen, Alvin Monetary Policy and the Control of Inflation,
Rev. Ec. Stat., Bd. 33, August 1951

Factors Affecting the Trend of Real Wages,
Am. Ec. Rev. 1925
- Hansen, Bent A Study in the Theory of Inflation
- INSEE Les statistiques de prix en France et en divers pays
étrangers, Paris 1953

Prix intérieurs et cours de change en divers pays,
Et. Conj. März-April 1949

Dangers et incertitudes de la référence-
or, Et. Conj. Mai-Juni 1949

- INSEE Evolution comparée des changes et des prix intérieurs
 au cours de l'année 1949, Et. Conj. Mai-Juni 1950
- Evolution comparée des changes et des prix intérieurs
 au cours de l'année 1950, Et. Conj. Juli-August 1951
- La France et l'Inflation, Et. Conj. Mai 1951
- Evolution et comparaison des prix de différents produits
 entre 1940 et 1950, Et. Conj. Januar-Februar 1952
- Comparaison des prix français et étrangers,
 Et. Conj. Juli-August 1952
- L'évolution des disponibilités monétaires et de leurs
 contreparties depuis 1948, Et. Conj. Juni 1956
- Réflexions sur les mouvements de la circulation
 fiduciaire, Et. Conj. Dezember 1956
- Evolution récente de la productivité nationale en France
 (1949-1956), Et. Conj. Mai 1957
- Inventaire de la Situation Financière (1913-1948) und (1951), Finanzministerium,
 Imprimerie Nationale
- Jeanneney, Jean-Marcel Essai sur les mouvements des prix en France depuis la
 stabilisation monétaire (1927-1935),
 Dissertation, Paris 1936
- Forces et faiblesses de l'économie française,
 Armand Colin, Paris 1959
- Kassel, Gustav La monnaie et les changes après 1914, bzw.
 Money and foreign exchange after 1914
- "Kaufkraftparität" Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 5,
 Fritz W. Meyer
- "Kaufkraftmessung" Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 5,
 G. Bombach
- Kerr, Clark Labor's Income Share and the Labor Movement, in
 "New Concepts in Wage Determination"
- Keynes, J. M. Treatise on Money, Teil I

- Lange, Oskar Die Preisdispersion als Mittel zur Messung wirtschaftlicher Gleichgewichtsstörungen, Veröffentlichungen der Frankfurter Gesellschaft für Konjunkturforschung, Neue Folge, Heft 4
- de Lattre, André Politique Économique de la France depuis 1945, les Cours du Droit
- Lundberg Cycle économique et la politique économique.
- Lüttge, Friedrich Einführung in die Lehre vom Gelde
- March, Lucien Les modes du mesure du mouvement général des prix, Metron Bd. 1, Nr. 4, September 1921
- Marcel, Nicholas Kaufkraftvergleich Westdeutschland-Frankreich, Vierteljahreshefte für Wirtschaftsforschung
- Marczewski, La politique économique et financière de la France depuis 1953, Vorlesung 1959/60, Faculté de Droit, Paris
- Meade, J.E. Trade and Welfare, Cambridge University Press, 1955
The Control of Inflation, Cambridge University Press, 1958
- Mérigot und Coulbois
Le problème monétaire français depuis le deuxième conflit mondial, Rev. Ec. Nr. 3, 1950
Le franc (1938-1950), Librairie Générale de Droit, Paris 1950
- Miribel, Raymond La double valeur des monnaies en matière de change et ses conséquences théoriques, Dissertation, Paris 1950
- v. Mises, Ludwig Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel, 2. Auflage, München-Leipzig, Duncker und Humblot
- Mishan, E.J. The Principle of Compensation Reconsidered, J. Pol. Ec. Bd. 60, 1952
- Mouchez, Philippe Les indices de prix, Dissertation, Paris 1959
- OEEC La stabilité financière intérieure dans les pays participants, 1952

- OEEC Comité Economique, Etude des disparités des prix,
Rapport sur l'étude de portée limitée des données rela-
tives aux disparités des prix
- Paish, E. W. Open and Repressed Inflation,
Ec. J. September 1953, Bd. LXIII
- Passet, René Les subventions économiques et la lutte contre l'inflation,
Ed. Montchrestien, Paris
- Philip, André Salaires et prix en période d'inflation, Rev. Ec. Pol. 1958
- Ponsard, Claude Sur l'action de la banque centrale sur le taux de l'intérêt
à court terme et à long terme, Rev. Ec. 1958
- Preiser, Erich Der Begriff des Preisniveaus und das Problem der Kauf-
kraftstabilisierung, in "Bildung und Verteilung des Volks-
einkommens"
- Multiplikatorprozeß und dynamischer Unternehmensgewinn,
in "Bildung und Verteilung des Volkseinkommens"
- Rapport Général "le franc et l'inflation", Nr. 6153 Bericht der Nationalver-
sammlung
- Rapport sur les obstacles à l'expansion économique,
Paris, Imprimerie Nationale 1960
- Rapport sur la situation financière, Ausführung der Verordnung vom 30. Septem-
ber 1958, Paris, Imprimerie Nationale, 1958
- Roosa The Problem of French Recovery, Ec. J. Juni 1949
- Roy, René Les divers concepts en matière d'indices, Journal de la
Société Statistique de Paris, Nr. 9-10,
September-Oktober 1941
- Rueff, Jacques La restauration du franc,
Rev. Ec. Pol., November-Dezember 1960
- Sampaio, A. Monnaie, change et système monétaire
- Sauvy, Alfred Théorie Générale de la Population, Teil I und II
- Schneider, Erich Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil I,
J.C.B. Mohr, Tübingen

- Schneider, Kurt Die Entwicklung der äußeren Kaufkraft des Franken in den Jahren 1925-1938, Dissertation Basel 1949, Bd. 4 der Schriftenreihe des Schweizerischen Wirtschaftsarchivs
- Scitovsky, Tibor Welfare and Competition, G. Allen und Unwin, London
- Sédillot, René Du franc Bonaparte au franc de Gaulle, Calman-Lévy, Paris 1959
- Snyder, Carl The Measure of the General Price Level, Rev. Ec. Stat., Bd. X, Nr. 1
- Statistisches Bundesamt der Bundesrepublik Deutschland Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung, Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 9, 1955, 1956
- Staff Papers White, W. H.,
Measuring the Inflationary Significance of a Government Budget, Bd. 1, Nr. 3, April 1951

Patel, I. G.,
Monetary Policy in Postwar-Years, Bd. III, Nr. 1, April 1953

Bernstein,
Wage-Price Links, Bd. VI, 1957-1958
- Tiano, André L'action syndicale ouvrière et la théorie économique du salaire, Ed. Génin, Paris
- Tobin, James Money Restriction and Direct Controls, Rev. Ec. Stat., Bd. 33, August 1951
- UNO Economic Report, Salient Features of the World Economic Situation 1945-47, N. Y. 1948

Retail Price Comparisons for International Salary Determination, Statistical Papers, Reihe M, Nr. 14, September 1952, Add. 1, Dezember 1953

Monthly Bulletin of Statistics, Mai 1955, Mai 1956, Juli 1958

Statistical Yearbook 1954

- Vauzanges, J.L. Liquidités et inflation,
Rev. Ec. 1958
- Vibert, Jean Salaire et Équilibre économique,
Recueil Sirey, 1951
- Vigreux, Pierre Le marché des changes,
Rev. Ec. Pol. September 1948
- Warren und Pearson Gold and Prices.

L e b e n s l a u f

Ich, Hermann Josef Mohr, wurde als Sohn des Oberlehrers Hermann Mohr und seiner Ehefrau Else am 27. August 1935 in Bad Mergentheim geboren. Ich besuchte die Volksschule in Messelhausen, Landkreis Tauberbischofsheim, das humanistische Gymnasium in Münnerstadt/Ufr. und das Alte Gymnasium in Würzburg, wo ich im Juni 1953 die Reifeprüfung ablegte. Mit Hilfe des Bayerischen Staatsstipendiums studierte ich an den Universitäten von Würzburg, Frankfurt und München Wirtschaftswissenschaften mit der Fachrichtung Volkswirtschaft; in den Semesterferien war ich als Volontär mehrmals in Bank- und Industrieunternehmungen tätig. Im Oktober 1957 unterzog ich mich mit Erfolg dem Diplomexamen für Volkswirte. Vom Oktober 1959 bis Dezember 1960 führte ich als Stipendiat der französischen Regierung meine volkswirtschaftlichen Studien insbesondere in der Richtung der Problemstellung der Dissertation an der Faculté de Droit et des Sciences Economiques der Universität von Paris fort. - Dem Studienaufenthalt in Frankreich war im Herbst 1958 eine Praktikantentätigkeit in einem französischen Unternehmen der Metallindustrie in Paris vorangegangen. - Im Mai 1961 reichte ich die Dissertationsschrift bei der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München ein. Vom 10. bis 19. Juli 1961 fand das Rigorosum statt, und am 19. Juli wurde die erfolgreiche Promotion vom Dekan der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München verkündet.

